ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 6 (82) Juni 2021/ Siwan-Tammus 5781 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,90 €

Antisemitismus als „Erlebnisorientierung"

Innensenator verharmlost die unerträglichen Gewaltexzesse arabischer Judenhasser.

SEITE 10

Bennetts Wählertäuschung

Israels Regierung sollte unter keinen Umständen von der Muslimbruderschaft abhängig sein.

SEITE 23

Koscherer Familienurlaub in Deutschland

Wie eine jüdische Familie ihren Urlaub nach den Regeln des Judentums organisieren kann.

SEITE 48

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

im Juni 2014, in einer Zeit wieder zunehmender, nach der Tragödie der Schoah nie mehr erwarteter Feindseligkeit gegen die jüdische Minderheit in vielen Ländern Europas sowie massiver Anfeindung und Delegitimierung des Staates Israel, haben unsere Redaktion und ich den Schritt gewagt, für Sie eine unabhängige jüdische Monatszeitung herauszugeben, die sich mit ganzer Seele und vorbehaltlos für die jüdische Sache und den Staat Israel, die Heimat aller Juden, einsetzt.

Das sind sieben Jahre, in denen unsere Redaktion und unsere Autoren unermüdlich bemüht sind, Ihnen über viele aktuelle und historische Aspekte des nahezu unbegrenzt facettenreichen jüdischen Lebens in der Diaspora und in Israel zu berichten, die unschätzbaren evolutionären Verdienste des jüdischen Volkes für die moralische und kulturelle Entwicklung unserer freiheitlich-abendländischen Lebenswelt zu beleuchten und gegen jede Form des Antisemitismus, gleich welcher Couleur, sowie gegen Diffamierung und Dämonisierung des als Heimat aller Juden wieder neu erstandenen jüdischen Staates anzukämpfen.

Das sind auch sieben Jahre, in denen Sie, unsere Leser, uns mit wachsendem Interesse und in wachsender Zahl treu zur Seite gestanden und uns mit Ihren zahlreichen wertvollen, konstruktiven Beiträgen und Hinweisen in der Richtigkeit unseres Bemühens bestärkt und mit Mut und Zuversicht für unsere Aufgabe erfüllt haben.

Mut hierfür macht uns 73 Jahre nach der neuen Staatsgründung auch die erfreuliche Entwicklung des an Attraktivität als prosperierende westliche Demokratie ständig zunehmenden jüdischen Staates und seiner nunmehr seit 54 Jahren wiedervereinigten heiligen jüdischen Hauptstadt Jerusalem.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €

4 198807 003907 06

Das unglaubwürdige „Nie wieder" der Kanzlerin

JOHN MACDOUGALL / AFP

Von Chaim Noll

Zu den Leistungen beider deutscher Nachkriegsstaaten gehörte die weitgehende Überwindung des Judenhasses. Zumindest des offenen. Wie groß er in Deutschland gewesen sein muss, wie populär, wie tief in der „Volksseele" verankert, dazu bedarf es nach Auschwitz keines weiteren Wortes. Nach der Katastrophe 1945 begann die Mehrheit der Deutschen zu verstehen, dass Judenhass ein Programm des Scheiterns ist.

Ich kenne beide deutsche Staaten vor der Vereinigung, vor allem vor der desaströsen Kanzlerschaft Angela Merkels, und in keinem der beiden wären öffentliche Bekundungen von Judenhass ungestraft geblieben. Sie wurden zunehmend unüblich, unmöglich, undenkbar. Dieser Zustand währte bis vor einigen Jahren. Ich erinnere mich, wie 1988 der Präsident des deutschen Bundestages, Philipp Jenninger, nach einer rhetorisch missglückten, übrigens an keiner Stelle offen judenfeindlichen Rede anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Reichspogromnacht zum Rücktritt gezwungen wurde. Und an ähnliche Fälle. Die zur Schau gestellte Empfindlichkeit – vor allem bei Grünen und Sozialdemokraten – war, zumindest was ihre eigenen deutschen Landsleute betraf, gnadenlos.

Doch im Schatten geschonter Milieus kehrte der offene Judenhass nach Deutschland zurück, aus einer für viele Ahnungslose (oder sich ahnungslos Stellende) überraschenden Richtung. Allmählich wurde das Wort „Jude" auf muslimisch dominierten Schulhöfen erneut zum Schimpfwort, zum Epitom des Verächtlichen. Diesmal wurzelte das judenfeindliche Ressentiment nicht in Europas antisemitischer Tradition, sondern in einer anderen. Die nur wenige Europäer zur Kenntnis nahmen. Wer hätte sich vor zwanzig Jahren der Mühe unterzogen, den Koran zu studieren, die Hadithe oder die Charta der Hamas? Wer kannte die zahllosen Stellen im religiösen Schrifttum des Islam, die zur Verachtung, Verfolgung oder Vernichtung der Juden aufrufen?

Massive Zunahme importierten Judenhasses seit 2015

Und die wenigen, die sie kannten, haben aus Opportunismus darüber hinweg gelesen und geschwiegen oder wurden, falls sie ihre Bedenken aussprachen, für „islamophob" erklärt und ausgegrenzt. Inzwischen hat sich in tausend Moscheen und Koran-Schulen ungehindert verbreitet, was sich Deutsche seit Jahrzehnten gegenseitig bei schweren Strafen verboten. Während der gleiche Ungeist in seinem neuem Umfeld ungestraft gedeihen durfte. Seit 2015 trifft zahlreiche Verstärkung ein, Judenhass steht in neuer Blüte. Das Geschrei auf den Demos wird von Jahr zu Jahr lauter. Bisher ist kein deutscher Muslim wegen Judenhass oder – obwohl immer wieder geschehen – offener Anstiftung zum Judenmord bestraft worden.

Mitte vergangener Woche haben vor der Synagoge in Bonn drei „Männer" eine Israel-Fahne verbrannt (und wenn deutsche Medien zu dem Wort „Männer" Zuflucht nehmen und nähere Zuschreibung vermeiden, handelt es sich mit Sicherheit um Muslime). Vor der Synagoge in Gelsenkirchen brüllte eine türkische Fahnen schwenkende Meute im Takt „Scheiß Juden".

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Das unglaubwürdige „Nie wieder“ der Kanzlerin

Die Kanzlerin lässt die Ursachen der gewalttätigen islamisch-antisemitischen Exzessen auf deutschen Straßen unbenannt. Es dürfte als sicher gelten, dass sie entgegen ihren Staatsräson-Behauptungen als jene Regierungschefin in die Geschichte eingehen wird, die wesentlich für den offenen Judenhass in Deutschland in nach dem Zweiten Weltkrieg nie dagewesenem Ausmaß verantwortlich zeichnet.

So dass Kanzlerin Angela Merkel sich dann doch eine Erklärung abgerungen hat. Allerdings ließ sie sich nicht zu einem persönlichen Wort herbei. Sie, die sonst so gern redet, über Bücher, die sie nicht gelesen hat, oder dieser Tage auf dem Kirchentag über „Klimaleugner“, ließ von einem Pressesprecher erklären, dass „unsere Demokratie antisemitische Demonstrationen nicht toleriert“. Das war flau. Und wenig glaubhaft. Seit Jahren kommen die neuen Judenhasser, ob auf deutschen Schulhöfen oder Straßen, straflos davon. Die jungen Muslime fühlten sich durch diese Erklärung eher noch ermutigt (ich möchte nicht wissen, was sie insgeheim von dieser Kanzlerin und ihrer Regierung halten), sie legten am nächsten Tag, Sonnabend, 15. Mai, erst richtig los.

Die Bilder, die jetzt um die Welt gehen, dokumentieren Deutschlands neue Schande. Angela Merkel darf sich das Verdienst zuschreiben, dass in einem Land, in dem Judenhass, wo er existierte, wenigstens leise bis unhörbar blieb, erneut das Gegröle von Pogromen zu hören ist. Sie hat die deutschen Juden verraten und verkauft. Und nicht nur die Juden. Auch viele Deutsche, zum Beispiel alle, die Sympathien für Israel fühlen oder denen Judenhass unerträglich ist. Sie hat durch demonstratives Abstrafen von Islamkritikern in Deutschland eine Atmosphäre angstvollen Schweigens geschaffen. Die, nicht anders als in den späten Jahren der Weimarer Republik, das Gebrüll der Judenhasser umso lauter werden lässt.

Angela Merkel wird in die Geschichte eingehen als die Kanzlerin, die den offenen Judenhass in Deutschland wieder möglich gemacht hat. Jahrzehnte von „Aufarbeitung“ und „Vergangenheitsbewältigung“, von Volksbildung und versuchter Überwindung einer traumatischen deutschen Niederlage wurden von ihr einfach beiseitegewischt. Man darf unter ihrer Regierung in Deutschland wieder offen zum Mord an Juden aufrufen und sich zugleich vom Staat subventionieren lassen. Im Kleinen wie im Großen. Wie tausende auf deutschen Straßen brüllende Judenhasser durch staatliche Gelder unterstützt werden, so im großen Maßstab die Terror-Organisation Hamas über obskure „Hilfswerke“ und NGOs, so dass letztlich in jeder Rakete, die hier in Israel einschlägt, auch ein Teil deutsches Geld steckt. Auch dazu schweigt Angela Merkel. Und auch das verstehen die jungen Muslime auf Deutschlands Straßen als Zeichen ihrer Schwäche und heimlichen Duldung.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Die Wiedervereinigung Jerusalems ist das symbolträchtigste Resultat des Sechs-Tage-Krieges. Sie besiegelt die Befreiung des dem im Jahre 1948 noch schwachen jüdischen Staat von den Jordaniern geraubten Ostteils der jüdischen Hauptstadt während des sich in diesem Monat zum 54. Mal jährenden 6-Tage-Krieges vom Juni 1967.

Seit König David die Stadt im Jahre 1004 v.d.Z. zum Mittelpunkt seines Reiches gemacht hatte, ist Jerusalem die historische Hauptstadt des jüdischen Volkes geblieben – auch nach seiner Zerstörung durch die Römer im Jahre 70 n.d.Z. und zeitweiligen Umbenennung Jerusalems in Aelia Capitolina.

Seit 1948 ist Jerusalem die politische Hauptstadt des Staates Israel. Nach der Teilung Jerusalems durch die völkerrechtswidrige jordanische Annexion von 1948 hatten Juden keinen Zugang mehr zu ihrer heiligsten Stätte, der Klagemauer. Die Jordanier verletzten ohne Beanstandung oder Verurteilung durch die UNO sämtliche Vereinbarungen des Waffenstillstandsabkommens, die Jerusalem betrafen.

Zwischen 1948 und 1967 entweihten sie nicht nur Hunderte von jüdischen Gräbern auf dem Ölberg, sondern zerstörten auch 58 Synagogen im jüdischen Viertel der Altstadt Jerusalems. Nur eine einzige Synagoge entging dem Schicksal der Zerstörung und Plünderung. Auch dafür wurde Jordanien von der UNO niemals gerügt oder verurteilt.

Entgegen dieser Barbarei und den üblichen islamischen Usancen ließ Israel im Jahre 1967 bei der Befreiung Jerusalems aus arabischer Okkupation die auf dem uralten jüdischen Tempelberg zur Demütigung der Juden und Entweihung des jüdischen Heiligtums durch die seinerzeitigen islamischen Eroberer vor erst etwas mehr als tausend Jahren errichtete Eroberungsmoschee Al Aqsa unangetastet.

Im Gegenteil: seit der Wiedervereinigung Jerusalems 1967 haben wieder Angehörige aller Religionen freien Zugang zu ihren heiligen Stätten, die von ihren jeweiligen religiösen Autoritäten verwaltet werden.

Aus Dank dafür verweigern Muslime in Umkehrung der historischen Zusammenhänge besonders den Juden mit zunehmender Gewalt und fortwährenden Mordattacken gegen jüdische Besucher immer wieder den Zutritt und benutzen ihr unverdientes Privileg, um unterstützt besonders von den linken Israelhassern aus Deutschland und Westeuropa, um von dort aus immer wieder blutige Unruhen gegen Juden anzuzetteln.

Al Aqsa: Eroberungsmoschee zur Demütigung der Juden

Dabei belegt für jeden, der es sehen will, nichts besser als der von den islamischen Usurpatoren selbst damals gewählte Name der mit Vorbedacht auf den Resten des jüdischen Tempels aufgestellten Moschee, wie wenig geschichtliche Grundlage dem vor allem auch von unserer Israel-Delegitimierungspolitik mit großem Nachdruck gestützten widerrechtlichen arabischen Besitzanspruch auf den Tempelberg innewohnt: „Al Aqsa“ bedeutet übersetzt „fern“. Masgid al Aqsa, wie die Moschee vollständig heißt, bedeutet demnach nichts anderes als „die ferne Kultstätte“ und enttarnt in hervorragender Weise, wie wenig sich der Islam vor seinen mittelalterlichen Raubzügen in der Hauptstadt der Juden beheimatet sah.

> „Wie viele Abschiebungen wegen antisemitischer Straftaten haben eigentlich seit 2014 stattgefunden?“

Auch bezüglich des Sechs-Tage-Krieges wird kaum eines der damaligen Ereignisse, der historischen Zusammenhänge von 1967 und schon gar nicht die Kriegsursache, die in der absoluten Vernichtungs-Aggression der arabischen Nachbarn bestand, heute in der Islam-devoten, faktenverdrehenden und den gesamten Staat Israel delegitimierenden Mainstream-Politik und ihren Medien objektiv und sachrichtig dargestellt.

Selbst die gut dokumentierte, damals unverhohlen bramarbasierte Drohung der arabischen Nachbarn, Israel physisch zu vernichten, wird heute ausgeblendet oder zumindest relativiert.

Entgegen besserem historisch belegbaren Wissen wird bis heute der Anspruch Israels in Abrede gestellt auf sein gesamtes, ihm von der UN 1947 zugesprochenes Territorium in Judäa, Galiläa und Samaria mit uralten jüdischen Städten wie Jericho, Hebron, Nazareth, Betlehem u.a.m. sowie vor allem auf seine ewige und ungeteilte jüdische Hauptstadt Jerusalem zu Gunsten einer friedensfeindlichen, in der Geschichte der Region niemals existenten und erst in den Jahren nach dem 6-Tage-Krieg erfundenen sogenannten „palästinensischen“ Identität.

Einer der geschichtlich am längsten legitimierten Staaten in der Welt und erst recht in der Region wird bis heute durch islamische Aggression, iranische Atombomben-Bedrohung, Israelhass und Antisemitismus in nicht hinzunehmender Weise auch heute noch als einziger Staat in der Welt massiv in seiner Existenz bedroht.

Dies belegt nicht zuletzt auch der jüngste von den Hamas-Terroristen aus Gaza willkürlich vom Zaun gebrochene tausendfache Raketenangriff bevorzugt auf zivile jüdische Ziele, auf israelische Städte und ihre Zivilbevölkerung.

Dank unentwegter und massiver Finanzierung des arabischen Mordterrors seitens der EU und – nach dem mit mehr als undurchsichtigen Wahlmanipulationen von den links-radikalisierten und durch und durch Israel-feindlichen Democrats um seine zweite Amtszeit gebrachten US-Präsidenten Trump – auch wieder seitens der USA, sind die Raketen der arabischen Mörderbande aus Gaza deutlich bedrohlicher geworden und der ungezähmte Todeshass und Vernichtungswille gegenüber Israel und dem jüdischen Volk ist unverändert geblieben oder eher noch gewachsen.

Die schlimmsten Befürchtungen von 2014 haben sich bewahrheitet

Dies gilt auch für die Unterstützung des arabischen Terrors durch unsere hiesige und die übrige westliche Politik samt ihrer Medien. Es war bereits 2014, im ersten Jahr des Erscheinens der Jüdischen Rundschau, in dem ich dazu folgendes geschrieben hatte:

„Während Israel immer wieder versucht mit gutwilligen Waffenruhen für eine Entlastung der Zivilbevölkerung in Gaza zu sorgen, beschäftigt sich die Hamas vor allem damit, diese Waffenruhen umgehend für ihre von unserer Politik großzügig finanzierte Wiederaufrüstung zu nutzen.

Es ist daher unerträglich, wird von der Welt in keiner Weise gewürdigt und erfüllt uns mit Trauer, dass der dem Staat Israel – gerade und wegen seines ungebrochenen Friedenswillens – durch Hass und Terror der Hamas-Verbrecher aufgezwungenen Verteidigungskrieg wegen der für jede Armee dieser Welt Beispielgebenden und unerreichten Rücksichtnahme des israelischen Militärs auf die Zivilbevölkerung in Gaza, vermeidbare Todesopfer unter Israels Soldaten und Zivilisten fordert.

Obwohl kein Staat dieser Welt zulassen könnte, in sein Gebiet reichende Mordtunnelsysteme stehen zu lassen und seine Bevölkerung dem täglichen Terror-Raketen-Beschuss seines verbrecherischen Nachbarn auszusetzen und obwohl dieses Selbstverteidigungsrecht Israels – wenn zum Teil auch nur widerwillig – selbst durch die westlichen Politiker anerkannt werden muss, werden große Teile der hiesigen Medien und ihrer epidemisch als Kommentatoren auftretenden selbsternannten Nahost-Experten, die bei zwischenzeitlich Hunderttausenden Toten in Syrien und dem willkürlichen Hinrichtungsterror der ISIS eher zurückhaltend berichten, nicht müde, vor allem oder sogar ausschließlich die Opfer in Gaza zu beklagen und Israels mit Zurückhaltung geführte Verteidigung seiner Souveränität und seiner Menschen dafür verantwortlich zu machen.

Mit der gleichen Logik wäre der Kampf der Alliierten gegen das Nazi-Regime wegen der zivilen Opfer in Deutschland desavouiert worden und somit eine Befreiung von der schrecklichen Willkürherrschaft der Nazis unmöglich gewesen.“

Zu den damaligen Reaktionen und geradezu ausschließlich islamischen und linken Judenhass-Gewaltaufmärschen in unserem Lande und anderen Teilen Westeuropas schrieb ich damals:

„Der Verteidigungseinsatz Israels bietet auch widerwärtige Gelegenheit und heuchlerisches Alibi, den ohnehin in Deutschland und Europa bestehenden und rapide zunehmenden antijüdischen Vorbehalt noch ungenierter auszuleben. Linke Israelhasser und Terror-Versteher halten in ekelerregender Allianz mit Mord an Juden propagierenden, Islam-bezogenen Hamas-Terror-Anhängern an zahlreichen Orten Deutschlands und Europas gewalttätige Israel-Flaggenverbrennungs- und Judenverunglimpfungs-Aufmärsche ab, die ohne Einschreiten von

▶▶ Fortsetzung auf Seite 6

Nach dem Linksruck der amerikanischen Gesellschaft sind Christen bezeichnenderweise noch vor den Juden das Rückgrat der US-Unterstützung für Israel

Während große Teile der amerikanischen Juden politisch zu den nahezu durchgehend israelfeindlichen Democrats neigen, entwickeln sich besonders die evangelikalen Christen in den USA zu den engagiertesten Freunden des jüdischen Staates.

Von Tsvi Sadan (Israel Heute)

Odd ANDERSEN / AFP

Auch Donald Trumps Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, ist gläubiger Christ und entschiedener Unterstützer Israels.

Die tektonische Veränderung in der jüdischen Welt, die eine Verschiebung der Unterstützung von Israel zu „Palästina“ zeigt, ist schon seit einer ganzen Weile offensichtlich, besonders durch die progressive, amerikanische „J Street“-Gruppe, von denen die meisten entweder Reform- oder säkulare Juden sind und die Mehrheit der amerikanischen Juden ausmachen.

An der Spitze der „Woke-Revolution“

Laut der letzten eingehenden Studie des Pew Research Center von 2013 sind „progressive“ Juden, das heißt, meist Reform- und säkulare Juden, bei weitem die Mehrheit, nämlich 71 % aller amerikanischen Juden. Die „progressive“ Einstellung dieser Mehrheit wird durch eine JStreet-Wahltagsbefragung vom Dezember 2020 bestätigt, die zeigt, dass 77 % der amerikanischen Juden den Demokraten Biden unterstützt haben und nur 21 % den Republikaner Trump. Das ist keine trockene Statistik, denn „progressive“ Juden sind an der Spitze der Woke-Revolution, die gerade Amerika überrollt; und diese Woke-Leute verabscheuen Israel mit Leidenschaft.

Unter ihnen ist die Jüdin Judith Butler, die von der „progressiven“ Plattform „Plebity“ in ihrem lesenswerten und sehr beunruhigenden Artikel „How the Left Woke Up and Found Its Inner Antisemitism“ (Wie die Linke aufwachte und ihren inneren Antisemitismus fand) als „Hohepriesterin“ des Wokeismus bezeichnet wird.

Diese kurze Vorerklärung kann helfen, das unglaubliche Interview zu verstehen, das der Journalist Amit Segal in der letzten Woche mit dem ehemaligen Israel-Botschafter Ron Dermer geführt hat. Und es ist erwähnenswert, dass selbst der N12-Nachrichtensprecherin Yonit Levi die Kinnlade herunterklappte, und sie ist eine „progressive“ Israelin, die, so scheint es, von der Enthüllung kalt erwischt wurde, dass amerikanische Juden als Ganzes Israel eher kritisch als unterstützend gegenüberstehen.

In dem Interview sagt Dermer unter anderem, dass „die Leute verstehen müssen, dass das Rückgrat der Unterstützung Israels in den Vereinigten Staaten die evangelikalen Christen sind. Das ist das Rückgrat. Und es ist wahr, wegen der Zahlen und auch wegen ihrer leidenschaftlichen und eindeutigen Unterstützung Israels.“ „Unter den Juden“, fährt Dermer fort, „sind einige unserer stärksten Verfechter und größten Verteidiger Juden, [aber] einige der schärfsten Kritiken an Israel kommen von amerikanischen Juden.“

Evangelikale trotz allem eine Minderheit

Obwohl diese christliche Unterstützung in jeder Hinsicht lobenswert ist, sollte man bedenken, dass die Evangelikalen trotz allem eine Minderheit in den Vereinigten Staaten sind. So einflussreich sie auch sein mögen, wenn Israels Unterstützung in den USA nur von dieser Minderheit abhängt, hat Israel ein Problem.

Hinzu kommt, dass Statistiken darauf hindeuten, dass Evangelikale mehr mit Themen wie Rassengerechtigkeit beschäftigt sind als beispielsweise mit Familienwerten. Das bedeutet, die Unterstützung für Israel unter Evangelikalen nimmt ab.

Fügt man hinzu, dass „Woke-Werte“, insbesondere das Problem des Weißseins mit seinem antisemitischen ideologischen Ableger, nun die Köpfe der jungen Evangelikalen zu besetzen scheint, scheint dieses Rückgrat geschwächt zu sein.

Dasselbe gilt für die Juden. Auch sie treiben auf der „Woke-Flutwelle“, die, ganz offen gesagt, viel zu viele von ihnen zu Antijuden, wenn nicht gar zu regelrechten Antisemiten macht.

Obwohl Dermer zweifellos Recht hat und die Evangelikalen das Rückgrat der US-Unterstützung für Israel sind, kann man zusammenfassend sagen, dass die US-Unterstützung für Israel wohl im Niedergang begriffen ist.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Die Krieger der Hamas sind in den Medien unsichtbar

Auffällig, aber kaum debattiert: Die Terroristen der Hamas sind 2021 im deutschen und österreichischen Fernsehen ebenso unsichtbar wie jene der Hisbollah im Krieg von 2006. Auf moslemischer Seite zeigen unsere Medien fast nur Zivilisten und zerstörte Häuser.

Von Ben Segenreich (Mena Watch)

Sehr oft sieht man in den Medien vom Krieg betroffene Zivilisten in Gaza - die mörderischen Terroristen der Hamas kommen medial hingegen kaum vor.

Die Situation ist ja wirklich kompliziert. Da ist es schon hilfreich, wenn man einfache, intellektuell und emotionell leicht fassliche Zahlen und Erklärungen geliefert bekommt. Im Ö1-Mittagsjournal am 18. Mai etwa wurde ein (in Kairo produzierter) Bericht über Gaza mit der Information anmoderiert: „Im Gazastreifen ist die Zahl der Todesopfer um das Zwanzigfache höher“ (als in Israel). Rums, auf den Punkt gebracht!

Das stimmt ja auch, und was soll der arme Moderator in der Kürze auch sonst sagen? Aber fehlt da nicht etwas? Richtig: der Kontext. Den würde man in dem von meinem Kollegen Karim El-Gawhary gestalteten Bericht erwarten, der auf die Moderation folgt. Allein, man wartet vergeblich.

Tränen des Mitleids und des Zorns schießen mir in die Augen, als ich die Stimmen in diesem Bericht höre. Ein Mann hat seine Frau, seine Tochter und drei Enkel verloren. Ein anderer hat seine Wohnung und seine Ersparnisse verloren. Mein Zorn richtet sich gegen diejenigen, die ihnen das angetan haben. „Es gibt in ganz Gasa keinen sicheren Ort, es gibt keinen Ort, der nicht bombardiert wird“, hört man dann von einem der Männer im übersetzten Originalton. „Warum bombardiert ihr nicht die Verwaltungsgebäude der Hamas?“

Wirklich jetzt? In ihrem Schmerz dürfen diese Männer sagen, was sie wollen. Aber das bleibt in dem Beitrag dann einfach so stehen, unerklärt, nicht hinterfragt, nicht relativiert. Ohne Kontext eben.

Wo war die Hisbollah?

Aber so läuft es ja nicht nur bei Karim El-Gawhary, so läuft es praktisch in allen Berichten, die aus dem Gazastreifen kommen. Das Fehlen des Kontexts auf der einen Seite der Front ist in die Situation gewissermaßen eingebaut.

Ähnlich und besonders krass war das etwa im Libanonkrieg im Sommer 2006. Als Fernseh-, Radio- und Zeitungskorrespondent berichtete ich damals aus Nordisrael von der Not Hunderttausender Israelis unter dem Raketenfeuer der Hisbollah, von den Toten und Verletzten, von den Einschlägen und Zerstörungen.

Aber die Stimmen und Bilder, die ich aus meinem „Revier“ übermitteln konnte, wirkten beinahe lächerlich im Vergleich mit dem viel größeren menschlichen Leid und den viel schlimmeren Zerstörungen auf der libanesischen Seite. Es war selbstverständlich die Aufgabe meiner drüben stationierten Kolleginnen und Kollegen – ich glaube, Karim war damals darunter -, die Bilder und Stimmen von dort mit all ihrer Wucht und Tragik in die Welt zu schicken.

Aber bei diesen Bildern und Stimmen fehlte etwas Wichtiges, ohne dass es jemandem aufzufallen schien: die Hisbollah! Aus dem Libanon kamen Tonnen von Bildern von weinenden Kindern, schreienden Frauen, verzweifelten Greisen, Zivilisten auf Tragbahren, panischem Krankenhauspersonal, Trümmerhaufen. Aber da musste doch noch etwas sein! Die Raketen, die aus dieser Richtung kamen, waren doch real. Jemand musste doch die Raketenwerfer bewegen, die Raketen abfeuern, die Kommandozentralen bevölkern.

Keine Waffen, keine Kämpfer

Nix da. Kein Bild von einer Waffe, kein Bild von einem „Kämpfer“, weder stehend, noch verletzt oder tot auf einer Bahre liegend, obwohl nach Schätzungen 500 bis 700 Hisbollah-Männer getötet wurden. Und natürlich keine Raketenstellung, womöglich in der Nähe einer Schule, eines Krankenhauses, einer Moschee oder einer UN-Einrichtung. Die Hisbollah war unsichtbar.

Von der israelischen Seite kamen indessen über Wochen Tonnen von „militärischen“ Bildern – startende Flugzeuge, ratternde Panzer, donnernde Kanonen. Welche Vorstellung hat sich also dem weltweiten Medienpublikum eingeprägt? Die israelische Militärmaschine geht völlig grundlos auf elende, wehrlose Zivilisten los.

Die fehlenden Bilder der Hisbollah-Terroristen konnte ich natürlich nicht liefern, denn ich war auf der israelischen Seite. Sie hätten nur von den Kolleginnen und Kollegen auf der libanesischen Seite kommen können, als Kontext zu den Bildern von Tod und Zerstörung. Und das ist natürlich eine Illusion. Die Hisbollah lässt nur zeigen, was sie zeigen will.

Wo ist die Hamas?

Das gleiche Muster erkennen wir im Gazastreifen. Die zehn oder zwölf Toten in Israel, die paar Löcher in ein paar israelischen Häusern – es ist ein Klacks, verglichen mit der Katastrophe, die in den Berichten aus Gaza abgebildet wird.

Aber halt! Besteht nicht zumindest ein begründeter Verdacht, dass die Hamas ihre Raketenwerfer, Tunnelanlagen, Raketenfabriken, Raketenlager, Munitionslager, Kommandoposten, Kommunikationszentralen in oder bei Wohnhäusern, Medienhäusern, Schulen, Krankenhäusern, Moscheen untergebracht hat? Parallel zur Information über die Zerstörungen im Gasastreifen hätte das Publikum auch ein Recht auf die Information, wo denn nun eigentlich wirklich die Hamas sich so herumtreibt. Irgendwo muss sie ja sein, denn sie manifestiert sich ja durch bisher 3.500 Raketen.

Und es wäre ja denkbar, dass die Platzierung der Hamas-Einrichtungen etwas mit den Kollateralschaden für Zivilisten zu tun hat. Aber wieder nix. Keine Bilder von Hamas-„Kämpfern“, weder lebendig noch tot. Auch die Hamas ist unsichtbar.

Klar, denn es gelten die gleichen Regeln wie bei der Hisbollah: eine Terrordiktatur lässt nur jene Bilder zu, die ihr nützen. Die Kolleginnen und Kollegen in dieser Zone nehmen das hin, schon allein deswegen, weil es gefährlich wäre, es nicht hinzunehmen. Und weil man es schon so gewohnt ist, kommt die Hamas im Radio-Bericht von Karim halt auch nicht so wirklich vor.

Zahlen ohne Zusammenhang

Unsichtbar bleiben die Hamas und der Kontext auch in den Zahlen der Toten. Es ist charakteristisch, dass der Moderator des eingangs erwähnten Ö1-Berichts undifferenziert von „Todesopfern“ spricht – das heißt, er wirft in seinen Zahlen Opfer und Täter durcheinander.

Hamas-Leute sind in dieser Tragödie nun einmal keine „Opfer“, sondern Urheber oder Komplizen von Kriegsverbrechen. Und die „um das Zwanzigfache höhere“ Zahl der Toten im Gasastreifen ist natürlich eine schreckliche Vereinfachung. Etwa zeitgleich mit dem Radiobericht publizierte orf.at einen Text, der den Satz enthielt: „Das Gesundheitsministerium in Gaza bezifferte die Zahl der Getöteten seit Beginn der Eskalation vor knapp zwei Wochen auf 212“.

Abgesehen davon, dass die wirkliche Zahl höher liegen dürfte, weil die Hamas die Zahl ihrer getöteten „Kämpfer“ verschleiert, hat so eine Angabe fast keinen Aussagewert, wenn der Kontext nicht mitgeliefert wird.

Wie viele von diesen Toten sind Hamas-Leute? Wie viele wurden von Hamas-Raketen getötet? Wie viele wurden durch eine etwaige Explosion eines Hamas-Munitionslagers getötet? Wie viele sind Zivilisten, die getötet wurden, weil die Hamas in ihrer Nähe Einrichtungen platziert oder Angriffsaktionen gestartet hat?

Der Kontext wird immer wieder weggelassen, bewusst oder unbewusst, aus Angst oder Gleichgültigkeit oder, im schlimmsten Fall, aus Überzeugung.

Update der Redaktion

Dieser Text wurde verfasst, kurz bevor in der ZIB2 vom 19. Mai ein von Karim El-Gawhary gestalteter Fernsehbericht über den Gazastreifen gesendet wurde – der die Aussage dieses Texts bestätigt. Die Unausgewogenheit besteht darin, dass nur die Hälfte des Gazastreifens gezeigt wird: die Hamas bleibt unsichtbar, die Bilder werden nicht journalistisch eingeordnet.

Anerkennung mit Risiko

Als Auswirkung der Trumpschen Friedenspolitik erkennt der islamische Kosovo den jüdischen Staat Israel an. Der Balkanstaat eröffnet sogar seine Botschaft in Jerusalem. Die Europäische Union und vor allem ihre westlichen Mitgliedsländer reagieren feindselig und verärgert.

Ines Demiri (rechts), die neue Botschafterin Kosovos in Israel, zusammen mit Gil Haskel vom israelischen Außenministerium, bei der Eröffnung der Botschaft in Jerusalem.

Von Daniel Frick (Israelnetz)

Am 1. Februar haben Israel und der Kosovo diplomatische Beziehungen aufgenommen. Damit erkennt ein weiteres mehrheitlich muslimisches Land den jüdischen Staat an. Die am 14. Februar neu gewählte Regierung in Pristina hielt sich zudem an die Zusagen ihrer Vorgängerin und eröffnete am 14. März als derzeit drittes Land überhaupt eine Botschaft in Jerusalem. Der designierte kosovarische Außenminister Besnik Tahiri stellte klar, die Haltung zu Jerusalem hänge nicht an der einen oder anderen Regierung, sondern sei „Staatsposition".

Umgekehrt gehört Israel zu den nun 98 Ländern – rund die Hälfte der UNMitgliedsstaaten –, die den Kosovo anerkannt haben. Den Schritt bezeichnete die damalige Außenministerin Meliza Haradinaj-Stublla als „eine der größten Errungenschaften" des jungen Landes. Israel begibt sich damit jedoch in eine schwierige Situation: Denn Serbien passt die Anerkennung nicht. Belgrad sieht den Kosovo, der sich 2008 einseitig für unabhängig erklärt hat, als autonome Region innerhalb des eigenen Staatsgebietes.

Diplomatisches Geflecht

Die Aufnahme der Beziehungen hat ihren Ursprung in Abkommen, die am 4. September 2020 im Weißen Haus unterzeichnet wurden. Darin vereinbarten Serbien und der Kosovo die Normalisierung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen. Für viele erstaunlich war, dass Israel dabei auch eine Rolle spielte: Seitens des Kosovo ging es um die Anerkennung, seitens Serbiens um die zeitnahe Eröffnung einer Handelsmission in Jerusalem – und die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem bis Juli 2021.

In den Tagen nach der Unterzeichnung wurde klar, dass Serbien die Entwicklung zwischen Israel und dem Kosovo mit Argwohn betrachtet: Ein Regierungssprecher stellte zwar klar, dass sich dies nicht auf die Wirtschaftsvereinbarungen auswirken würde. Sollte Israel den Kosovo jedoch anerkennen, würde dies den israelisch-serbischen Beziehungen schaden. In diesem Falle würde Serbien von einer Botschaftsverlegung absehen. Als die Anerkennung dann im Februar vollzogen wurde, teilte Außenminister Nikola Selakovic mit, er sei „nicht glücklich" über den Schritt.

Der amerikanische Faktor

Auf den ersten Blick wirkt dieser Vorgang wie viele andere in der Politik: Des einen Freud ist des anderen Verdruss. Dennoch drängt sich die Frage auf, was Israel zu einer Anerkennung Pristinas bewogen hat. Für viele Beobachter kam der Schritt überraschend, zumal die beiden Länder bislang wenig miteinander zu tun hatten. Über die Jahre hatte Jerusalem auf eine Anerkennung des Kosovo verzichtet, auch weil dessen Situation an die der „Palästinenser" erinnert: Eine in einem bestimmten Gebiet mehrheitlich vertretene Gruppe erklärt einseitig ihre Eigenstaatlichkeit. Die „Palästinenser" haben dies bereits 1988 getan, bis heute haben es 138 Länder anerkannt. Und tatsächlich sehen die „Palästinenser" im Kosovo ein Vorbild: „Der Kosovo ist nicht besser als wir", sagte der hochrangige „palästinensische" Politiker Jasser Abed Rabbo im Jahr 2008 als Reaktion auf die Unabhängigkeitserklärung. „Wir verdienen sogar noch vor dem Kosovo Unabhängigkeit."

Die Anerkennung des Kosovo stößt auch bei israelischen Diplomaten auf Unverständnis. Der frühere israelische Botschafter in Serbien, Arthur Koll, sieht Israel „in den Balkan-Konflikt geworfen". So formulierte er es gegenüber der Nachrichtenseite „The Media Line". Er fürchtet, dass dies Auswirkungen auf den Konflikt mit den „Palästinensern" haben könnte. Und er vermutet, dass die USA diesbezüglich Druck auf Israel ausgeübt haben. Donald Trump befand sich damals mitten im Wahlkampf und wollte sich offenbar nicht nur als Vermittler in Konflikten, sondern mit Blick auf seine christlichen Wähler auch als Förderer Jerusalemer Interessen präsentieren. Netanjahu wiederum konnte wegen der dezidiert pro-israelischen Politik Trumps schlecht Nein zu einer Anerkennung des Kosovo sagen.

> „Solange dieses Ziel nicht „durch Verhandlungen" herbeigeführt wird, müssen EU-Mitglieder ihre Botschaften in Tel Aviv belassen."

Druck aus Brüssel und Ankara

Doch auch für den Kosovo ist der Zug mit Risiko verbunden. Einerseits mag das Land mit seinen rund 1,9 Millionen Einwohnern froh sein über jede diplomatische Anerkennung, um sich gegenüber Serbien zu behaupten. Andererseits geht die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels, zumal der Betrieb einer Botschaft dort, der Europäischen Union gegen den Strich: Der Staatenverbund hat die Vision von Jerusalem als „Hauptstadt zweier Staaten", eines israelischen und eines „palästinensischen". Solange dieses Ziel nicht „durch Verhandlungen" herbeigeführt wird, müssen EU-Mitglieder ihre Botschaften in Tel Aviv belassen.

Der Kosovo ist zwar kein EU-Mitglied, strebt aber wie Serbien einen Beitritt an. Auf „Israelnetz"-Anfrage, mit welchen Konsequenzen der Kosovo nun rechnen müsse, teilte ein Sprecher der Europäischen Union lediglich mit, die Entscheidung, von der EU-Position abzurücken, sei zu bedauern: „Jegliche diplomatischen Schritte, die die gemeinsame Haltung der EU zu Jerusalem infrage stellen, sind eine Angelegenheit großer Besorgnis."

Druck auf Pristina übt auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan aus. Zum Thema Botschaft in Jerusalem sagte er vor der Eröffnung: „Es wäre vorteilhaft, so einen Zug, der dem Kosovo schaden würde, zu vermeiden." Nach der Eröffnung teilte die Türkei mit, sie betrachte dies als „unverantwortlich" und „gesetzlos".

Wie die außenpolitischen Folgen der wechselseitigen Anerkennung zwischen Israel und dem Kosovo aussehen werden, lässt sich noch nicht sagen. Doch für die Juden im Kosovo – nach eigenen Angaben 86 Familien – sind die neuen Beziehungen eine gute Nachricht: Die frühere Außenministerin Haradinaj-Stublla verkündete bei der Anerkennungszeremonie, noch in diesem Jahr werde ein jüdisches Kulturzentrum gebaut. Zudem werde die Regierung die Pflege jüdischer Friedhöfe sowie Bildungsmaßnahmen bezüglich des HolocaustGedenkens fördern.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

der hiesigen, eigentlich den Gesetzen und der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichteten Polizei begleitet werden.

Während ‚Juden-ins-Gas'-Rufe und körperliche Angriffe auf als Juden erkennbare Personen bei unserer Polizei bestenfalls – wie in Frankfurt/M und jetzt auch in Hagen geschehen – dazu führen, den meist muslimischen Rechtsbrechern noch einen polizeilichen Einsatzwagen oder zumindest Polizei-Lausprecher zur Verbreitung von Hetzparolen zur Verfügung zu stellen, wird gleichzeitig das Bekunden von Sympathie mit dem israelischen Staat und das Zeigen von israelischen Fähnchen von eben dieser Polizei als nicht zu duldende Provokation angesehen.

Das besonders Beunruhigende und Beängstigende daran ist, dass der große Teil unserer freiheitlichen Gesellschaften – nicht nur an deren Rändern – die Gefährdung unserer rechtsstaatlichen Systeme nicht einmal erkennen will und – wie zahllose Hass-Einträge in Blogs und sozialen Medien belegen – die antijüdische Grundhaltung mitträgt, während unsere Politik und unsere Medien derartige Vorfälle weitestgehend mit halbherzigen Statements zu bagatellisieren versuchen."

Zu der sich schon damals erkennbaren Verunmöglichung jüdischen Lebens in diesem Lande schrieb ich ebenfalls bereits 2014:

„Der demokratische Rechtsstaat ist die Grundlage unserer freiheitlichen, westlichen Lebenswerte. Der explosionsartige Anstieg von nahezu unverhohlenem besonders islamischem und linkem Antisemitismus gefährdet nur 70 Jahre nach dem Ende des Holocaust das nur unter Schwierigkeiten wieder geschaffene jüdische Vertrauen in unsere deutsche Nachkriegs-Demokratie und ist dabei, das wieder entstandene jüdische Leben in Deutschland zu verunmöglichen. Vor allem aber gefährdet der massiv sichtbar gewordene Islam-generierte Antisemitismus für alle Menschen in Deutschland und Europa unsere mit vielen Opfern erkämpften freiheitlich-demokratischen Grund-Ordnungen.

Noch stets hat uns die historische Erfahrung gelehrt – wo Juden nicht leben können, da kann auch die Freiheit nicht leben – wo die Freiheit nicht leben kann, kann es auf Dauer auch keinen Frieden geben. Unsere Politik und wir alle sollten alles unternehmen, uns einen weiteren Beweis dieser leidvollen geschichtlichen Wahrheit zu ersparen."

Auch damals gab es bereits die wohlfeilen „Nie wieder"-Sprechblasen unserer Kanzlerin und ihrer linken und grünen politischen Entourage und die von gleichzeitigem Import gewalttätigen islamischen Judenhasses ohne Nennung der Hauptursache begleiteten Hohlphrasen, Antisemitismus hätte keinen Platz mehr in Deutschland, antisemitische Gewalt würde mit Nachdruck geahndet und Schuldige vermehrt abgeschoben.

Zwischenzeitlich sind sieben Jahre vergangen. Und die damals von mir geschriebenen Zeilen haben trotz der offensichtlich geheuchelten Versprechen unserer Politik nicht nur nichts an Aktualität verloren, sondern wurden noch übertroffen.

Moslems kommen, Juden gehen

Die islamische Zuwanderung ist besonders nach 2015 explodiert und ebenso der gewalttätige Antisemitismus. Die den soeben kulminierten wiederholten Vernichtungsterror aus Gaza und den israelischen Verteidigungskampf begleitenden islamischen Gewaltexzesse und Hetzparolen gegen die hiesigen Juden haben wir alle noch vor Augen. Und wieder ist unsere Politik vermeintlich entsetzt, heuchelt Überraschung, schwadroniert „Nie wieder" und verspricht harte Maßnahmen bis zur Abschiebung der importierten Judenhasser. Wieviel derartiger Abschiebungen haben eigentlich seither und haben seit 2014 stattgefunden? Mir ist keine einzige bekannt. Stattdessen eine stetig zunehmende Abwanderung jüdischer Menschen aus diesem für Juden rasant zunehmend ebenso unbewohnbar wie der Mond werdenden Land.

John MACDOUGALL / AFP

Klima-Hysterikerin Greta Thunberg verbreitet neuerdings auch krude anti-israelische und antisemitische Thesen.

Übrigens ist der trotz des hier unzweifelhaft vorhanden Bodensatzes an ewiggestrigem Antisemitismus sehr erbärmliche Versuch der für die früheren und auch die letzten antisemitischen Exzesse verantwortlichen etablierten Politik und auch einiger jüdischer Alibi-Stimmen, dieses Geschehen weitestgehend und unter Exkulpation der islamischen und linken Judenhasser ausschließlich rechts zu verorten, auch einer der Gründe für deren stetige Zunahme. Man kann kein Übel bekämpfen, wenn man sich ideologisch weigert die wirklichen und aktuellen Gründe dafür beim Namen zu nennen.

Appeasement, Toleranz und Verständnis gegenüber Rechtsbrechern, Terrorunterstützern und Terror gleich welcher Richtung ist einfach nicht hinnehmbar und das gilt auch für den Antisemitismus der hiesigen Muslime und ihrer linken und grünen Unterstützer.

Während das Judentum nicht nur in Deutschland, sondern besonders in Westeuropa weit über ein Jahrtausend – also noch vor der Gründung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation – verwurzelt ist und trotz aller Anfeindung – besonders auch als Religionsstifter des Christentums – prägend die Entwicklung der abendländischen Kultur in der Alten und später auch in der Neuen überseeischen Welt mitgestaltet hat, verfolgte der Islam – wenn auch nicht annähernd so erfolgreich wie heute mit seiner demoskopischen Strategie bei linker und grüner Unterstützung – seit seiner Entstehung eine Eroberungs- und Unterwerfungspolitik, die ihm bis zum gegenwärtigen suizidalen Islam-Einlass Deutschlands und Westeuropas, in geschichtlicher Zeit – gelegentlich sogar auch nur zeitweilig – nur regional begrenzte Teile des südlichen Europa zugänglich machte. Beispiele sind etwa Teile des heutigen Spaniens, der Balkan und vor allem und leider nachhaltig, das ehemalige griechisch-byzantinische Reich mit der ältesten Hauptstadt des Christentums, Konstantinopel, dem heutigen Istanbul.

Grotesk und beschämend wird es, wenn die Politik Deutschlands und derselben EU, die immer noch Renten für die Familienmitglieder von arabischen Terroristen und Judenmördern finanziert, auch noch ihre mit geschichtlicher Unkenntnis gepaarte Islamaffinität dem staunenden Publikum zum Besten geben.

Die geschichtlich falsche Islam-anbiedernde Aussage unserer Politik, der Islam gehöre zu Deutschland ist nicht nur verantwortungslos und prospektiv suizidal. Diese von unserer weit nach links abgedrifteten, Klima-hysterischen Politik als Postulat an unsere Willfährigkeit zur weiteren Islamaufnahme erfundene These beinhaltet ohne jeden Skrupel auch ein weiteres Voranschreiten der Verunmöglichung eines würdigen jüdischen Lebens, das heute hierzulande gar nicht mehr ohne ein demütigendes, zwischenzeitlich sogar schon offen von Teilen unserer politischen Führung deutlich empfohlenes Identitäts-Mimikry auskommt.

Leider ist eine Besserung dieser Zustände auch in diesem deutschen Wahljahr nicht zu erwarten. Eine grüne Regierungsbeteiligung erscheint so gut wie sicher.

Panik und Klimaapokalypse lenken von den echten politischen Bedrohungen unserer Zeit ab

Weder der gefloppte Waldsterben-Unfug, der Ozonloch-Rohrkrepierer und der schon damals täglich angedrohten, zwischenzeitlich in die Gegenrichtung umgekehrten Eiszeit-Apokalypse-Blödsinn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts, noch der gegenwärtige, den Einfluss der Menschheit weit überschätzende Irrsinn vom anthropogenen Hitzetod unseres Planeten scheinen den deutschen Wähler davon abzubringen, den grünen Wasser predigenden und selbst Wein trinkenden Systemchangern der grünen Partei, den rechthaberischen Öko-Schamanen und Profiteuren des fehlgeleiteten Kinderkreuzzugs gegen unsere westliche und freiheitliche Lebensart seine Stimme zu geben. Daran ändern auch falsifizierte Angaben zu Lebensläufen, Ausbildung und vermeintlichen Eignungsnachweisen ebenso wenig wie das Verschweigen überdimensionaler Vergütungen aus Steuer- oder Lobbymitteln. Auch die vermeintlich konservativen Hoffnungskandidaten der bislang noch stärksten Partei umarmen zwischenzeitlich Bäume und wetteifern um die grünste Politagenda.

Nur so leicht werden wir alle dann die Geister, die die auf den grünen Leim gegangenen Wähler dieser Vereinigung herbeigerufen haben, nicht mehr los. Sie werden uns jetzt – derart Stimmen-gestärkt – mit allem erdenklichen Öko-, Gender- und Multikulti-Unfug überziehen, Krieg gegen die Autofahrer führen und wenn schon nicht ganz Europa, so doch zumindest unser Land mit Windrädern zuspargeln.

Darüber hinaus werden sie mit ihren Stimmen in den Wählerwillen pervertierenden Grün-links-links oder Grün-Schwarz-Links-Koalitionen, den etablierten Islam-Einlassern, allem voran der vollkommen obsoleten und – obwohl sie immer noch nicht begriffen haben, und wohl auch nicht wirklich wissen wollen, warum – zu Recht vom Wähler fast überall getrashten SPD verhelfen, uns weiter aus exekutiver Position mit ihrem Kommunismus-nahen Polit-Irrsinn des wohl zu oft allein gelassenen Kevin K. zu beglücken.

Ein Übriges werden die sich epidemisch ausbreitenden „Zeugen Gretas" tun, die selbst nicht nur antisemitische Thesen verbreitet, sondern uns alle zur Ablenkung von den wirklichen Problemen dieses Landes und Westeuropas mit der Ersatzreligion der Klima-Gläubigen missionieren.

Und da wir gerade bei Wahlen waren: War Israel vor dem 6-Tage-Krieg noch nahezu täglich von der physischen Vernichtung durch seine arabischen Nachbarn bedroht, änderte sich seine Sicherheitslage nach dem überaus erfolgreichen Kriegsgeschehen grundlegend, besonders als auch der wiederholte arabische Vernichtungsversuch im Jom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973 abgewehrt werden konnte.

Die Erinnerung an die große Bedeutung des siegreichen historischen Geschehens des Juni 1967 ist verbunden über die große Freude über die heutige Stärke und Prosperität des – wie das gegenwärtige Ausrufen der Wahlwiederholung ein weiteres Mal beweist – wirklich demokratischen und freiheitlichen jüdischen Staates.

Dass das so blieb und zu wachsender internationaler Anerkennung führte, war nicht zuletzt neben der großen Hilfe durch den vormaligen Präsidenten Trump vor allem das große Verdienst der Regierung Netanjahu.

Es bleibt immer noch zu hoffen, dass etwaige neue Regierungs-Koalitionen trotz gegenteiliger Befürchtungen diese Linie nicht verlassen.

In diesem Sinne wünschen wir dem Staat Israel, dem jüdischen Volk, unseren Lesern und uns allen alles erdenklich Gute – Stay all safe and healthy please!

Am Israel Chai!

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

i.A. Simon Akstinat
Chefredakteur JR

Der Zentralrat und die Selbstverleugnung

Im „weltoffenen" Bonn wurde im Mai 2021 die Synagoge Opfer eines Anschlags durch drei Syrer. Der Gemeindevorstand weiß ganz offensichtlich, warum der Antisemitismus seit einigen Jahren zugenommen hat, traut sich aber vor der Lokalpresse nicht zu einer klaren Stellungnahme.

Von Christoph Lövenich (Achse des Guten)

Am Dienstag wurde die Bonner Synagoge Opfer eines Anschlags. Glas am Gebäude wurde durch einen Steinwurf beschädigt, eine israelische Flagge vor dem Eingang verbrannt. Grüne Oberbürgermeisterin, gelber Vize-Ministerpräsident und andere Politprominente zeigten sich bestürzt, wo Bonn doch so „weltoffen" sei. Drei junge Männer sind geständig, Syrer mit festem Wohnsitz in Deutschland.

Bestürzt waren natürlich auch Margaret Traub und Ricky Kaminski, die beiden Vorsitzenden der Bonner Synagogengemeinschaft. 2018 hatten sie dem regionalen General-Anzeiger ein ausführliches Interview gegeben. Es ging dabei auch um wachsenden Antisemitismus. Hier ein Auszug:

General-Anzeiger: Seit wann hat sich die Situation verschlimmert?

Traub: Seit drei, vier Jahren.

General-Anzeiger: Woran liegt das?

Traub: Dazu sage ich lieber nichts."

Schweigen kann sehr beredt sein. Aber es wurde schon noch knallhart nachgefragt:

General-Anzeiger: Heißt das, Sie sehen einen Zusammenhang mit der Einwanderung aus islamischen Ländern?

Kaminski: Vielleicht trauen sich dadurch auch andere Leute eher, ihren Antisemitismus offen zu zeigen."

Wer auch immer die anderen Leute sind, die sich mit ihrem Judenhass ohne arabische Unterstützung nicht aus dem Keller getraut hätten, sie waren es jedenfalls nicht, die in der Bonner Tempelstraße den ersten Stein geworfen haben. Keine „Verschwörungsideologen" in dem Sinne, wie Anetta Kahane sie an die Wand malt, keine Rechtspopulisten, über die man sich – wie Charlotte Knobloch – taktisch empört.

Ebenso wie von den ebenfalls staatsfinanzierten evangelischen und katholischen Amtskirchen wird man auch vom Zentralrat in absehbarer Zeit keine wirkliche Kritik an Staat und Regierung zu hören bekommen.

Nach dem Anschlag in tröstendem Schulterklopfen üben

So wie oben äußern sich Funktionäre der unter dem Dach des Zentralrats der Juden organisierten Gemeinden, in einer „Selbstverleugnung", die die Bundesregierung „mit 13 Millionen Euro jährlich finanziert". Als Körperschaften des öffentlichen Rechts agieren sie – wie auch die katholische und evangelische Kirche – halbstaatlich und staatsabhängig. So gelingt es ihnen nicht, eine eigenständige, zivilgesellschaftliche Stimme herauszubilden, die Projekte der Regierung, des gesellschaftlichen Mainstreams beziehungsweise des Zeitgeistes kritisch unter die Lupe nimmt.

Oder offen zu analysieren, wo die tatsächlichen Herausforderungen durch den Antisemitismus derzeit liegen. Dieser Tage drängt sich ja einiges an Anschauungsmaterial auf – aus unterschiedlichen Richtungen und verschiedenen Institutionen. Immerhin hat eine Funktionärin im zitierten Interview die einseitige Medienberichterstattung über Palästinensergewalt gegen Israel angeprangert. Ob die mutmaßlichen, syrischen Täter von Bonn so gut Deutsch beherrschen, dass sie vor Tatbegehung die aktuelle Nahost-Berichterstattung bei ARD und ZDF verfolgen konnten?

Die Bonner Politiker, die sich nach dem Anschlag nun in tröstendem Schulterklopfen üben, haben übrigens jahrelang zugesehen, wie sich die Bundesstadt und ehemalige -hauptstadt – lange vor der Flüchtlingswelle von 2015 – zu einer Hochburg des islamischen Fundamentalismus entwickeln konnte. Die Ansiedlung der (inzwischen aufgegebenen) König-Fahd-Akademie, einem fragwürdigen saudischen Bildungszentrum, war vor 25 Jahren sogar gefeiert worden. Von Salafisten verletzte Polizisten, ISIS-Anhänger, die Attacke eines Palästinensers auf einen israelischen Professor, das ist das „weltoffene" Bonn.

Lautstark problematisieren darf man eigentlich nur den Medizintourismus aus zum Beispiel den Emiraten – dabei handelt es sich meist um Wohlhabende, die sich am Rhein Operationen unterziehen und von der Familie begleitet werden. Eine Übersprunghandlung, denn dieser Personenkreis hält sich hier nur temporär auf, bringt Geld mit und spielt bei der hiesigen Kriminalität keine Rolle (sondern ist lediglich von der Mülltrennung überfordert). So vermeidet man, stattdessen Sensibleres zu thematisieren.

Mit dem ritualisierten Gedenken zu jedem 9. November oder der offiziellen Empörung über den aktuellen Anschlag ist jedenfalls nicht viel gewonnen. Notwendig wäre, dem Problem mit unverstelltem Blick gegenüberzutreten.

Karikatur von Bernd Zeller

Zuerst erschienen am 24. Mai 2021 auf publicomag.com

CDU-Kultusminister Alexander Lorz: Keine Islamkritik an hessischen Schulen

Nachdem es zu Übergriffen auf Lehrkräfte gekommen ist, die Mohammed-Karikaturen gezeigt haben oder sonstige Islam-Kritik im Unterricht geäußert haben, kapituliert das hessische Kultusministerium und zieht nun eine erschreckende und skandalöse Konsequenz: Statt wehrhaft gegen islamische Extremisten vorzugehen, rät man den Lehrern im ganzen Bundesland zur Zurückhaltung und Selbstzensur.

Von Simone Schermann

Ein Rabbiner kommt in eine nicht-koschere Metzgerei, zeigt auf einen Schinken und sagt: „Ich möchte etwas von diesem Fisch." Darauf antwortet die Dame hinter der Theke: „Aber das ist doch ein Schinken." Entgegnet der Rabbiner: „Habe ich Sie gefragt, wie der Fisch heißt?"

Jüdischer Humor ist hintersinnig, bissig und macht gerade vor der eigenen Religion keinen Halt. Jüdische Witze kennen keine Selbstzensur. Da Juden über Jahrhunderte in der antisemitischen Atmosphäre der Diaspora lebten, machten sie umso schärfere Witze über Antisemiten und Rabbiner, über Gott und die eigene Religion, über Speisegesetze und andere religiöse Tabus. Vor allem aber über sich selbst.

Was dem Islam offenkundig fehlt, sind zwei Dinge: Er ist nicht dazu imstande, friedlich in der Diaspora zu leben, da er überall die herrschende Macht sein will. Und der Islam ist völlig humorfrei, daher mangelt es ihm auch an Selbstkritik. Im jüdischen Humor hingegen ist eines ganz essenziell: die Bereitschaft, die Enge der eigenen Handlungsspielräume gerade in der eigenen Religion zu karikieren und diese der Lächerlichkeit und Komik preiszugeben, um die eigene gelebte Wunderlichkeit lachend zu bestaunen. Erzählte Witze müssen Vorläufer der heutigen Karikaturen gewesen sein. Ich kenne liberale Rabbiner, die nach dem Schabbat-Gottesdienst die deftigsten und schlüpfrigsten jüdischen Witze erzählen konnten. Diese thematisierten Jahrhunderte jüdischen Lebens.

Im Europa des 21. Jahrhunderts dagegen herrscht die blanke Angst. An Hessens Schulen kam zur Angst die reale Furcht vor Gewalttaten hinzu, sodass die Selbstzensur vom Dienstherrn des hessischen Kultusministeriums zur Maßgabe wurde.

„Die Angst ist da", sagt auch die Präsidentin des bayerischen Lehrerverbandes Simone Fleischmann in Bezug auf die drohenden Konsequenzen für Lehrer, wenn sie im Unterricht Mohammed-Karikaturen zeigen, so „Tichys Einblick" vom 19. April 2021.

Samuel Paty

Am selben Tag informierte die „Welt" über ein verstörendes Dokument des Kultusministeriums vom 21. Dezember 2020, das sich an rund 1.800 Schulleiter Hessens richtete. Darin wurde die Diagnose gestellt, dass von der Thematisierung der Mohammed-Karikaturen im Unterricht möglicherweise eine ernsthafte Gefährdung ausgehe: Muslimische Schüler könnten sich durch die Abbildungen des Propheten provoziert fühlen, im äußersten Fall könnte es sogar zu Gewaltverbrechen – analog der Ermordung des französischen Lehrers Samuel Paty – kommen.

Mit Verweis auf das Landeskriminalamt (LKA) heißt es in dem Schreiben wörtlich:

„Das Zeigen der Mohammed-Karikaturen oder jede bildliche Darstellung des Propheten Mohammed kann als islamkritisches Verhalten interpretiert werden, das emotionalisierend und unter Umständen auch mobilisierend wie radikalisierend auf den Empfängerkreis, auf Schülerinnen und Schüler, wirken kann."

Neben verbalen Unmutsbekundungen eines Teils der Schülerschaft, so zitiert die „Welt" das Schreiben aus dem Ministerium von Alexander Lorz (CDU) weiter, könne

„dies im Einzelfall auch schwerwiegende, polizeilich relevante Reaktionen in Form von körperlichen Übergriffen bis hin zu schweren Gewalttaten gegen die vermeintlichen Urheber bzw. Verantwortlichen der Verunglimpfung nach sich ziehen."

Auslöser für das Schreiben und für eine Gefahrenanalyse des LKA waren Reaktionen von Schülern auf das Abhalten einer Schweigeminute für den ermordeten französischen Lehrer, die der Kultusminister selbst angeregt hatte, wie Alexander Lorz der JÜDISCHEN RUNDSCHAU mitteilte. Die „Welt" berichtete, dass es laut dem LKA während der Schweigeminute „neben Zwischenrufen auch zu rechtfertigenden Äußerungen im Sinne der Tathandlung bis hin zum Androhen vergleichbarer Taten gegenüber Lehrkräften" gekommen sei.

Daher riet das LKA auf Anfrage der „Welt" dazu, „deeskalierend mit dem Themenkomplex im Bildungsprozess umzugehen und zu bedenken, welche negativen bis hin zu radikalisierenden Auswirkungen allein durch das Zeigen solcher Karikaturen oder sonstiger bildlicher Darstellungen im Einzelfall für Folgen haben können."

Lehrer alleingelassen

Das kommt einer Kapitulationserklärung gleich, die nicht nur inakzeptabel ist – sie schockiert und macht fassungslos. Couragierte Lehrer werden so isoliert, alleingelassen und mit dem Rücken zur Wand gestellt. Wenn „deeskalieren" bedeutet, zu „bedenken", welche „radikalisierenden Auswirkungen" man als Lehrer mit islamkritischen Äußerungen erzeugt, wird kein Lehrer mehr den Mut aufbringen, muslimische Schüler mit Themen zu konfrontieren, die ihnen offenbar nicht passen.

Wenn Anfeindungen, die Androhung von Gewalt und die Verhöhnung eines Lehrers – der die Zivilcourage besaß, sich gegen Intoleranz auszusprechen und für Glaubenskritik einzustehen – dazu führen, dass der Kultusminister die Lehrer nun warnt, dann ist die Unterwerfung vor den Tätern und das Einknicken vor der Gewalt des Stärkeren bereits gelungen. Das ist ein unerträglicher Zustand, zumal das hessische Kultusministerium diese skandalöse Vorgehensweise mit seinem Schreiben klar manifestiert und die Schule als Ort des freien Denkens in Hessen nur noch Makulatur ist.

Auch eine „Kleine Anfrage" der AfD vom 22. Oktober 2020 richtete sich an den hessischen Kultusminister. Dort ist zu lesen, dass der deutsche Lehrerverband im Zusammenhang mit der Enthauptung des Lehrers Samuel Paty

WIKIPEDIA, Martin Rulsch

CDU-Kultusminister Alexander Lorz

– weil er Mohammed-Karikaturen gezeigt hatte – mit der Einschüchterung von Lehrkräften ein Problem habe. Insbesondere in sogenannten „Brennpunktschulen" mit einem hohen Anteil von Schülern mit einem entsprechenden Migrationshintergrund seien „Lehrer beispielsweise von Eltern oder Schülern aufgefordert (worden), Themen wie den Nahostkonflikt oder Israel nicht im Unterricht zu behandeln. Teilweise würden Lehrer davon absehen, einen Film wie „Schindlers Liste" im Rahmen des Unterrichts zu zeigen oder beim Thema Meinungs- und Kunstfreiheit auf die Mohammed-Karikaturen zu verweisen."

Der Kultusminister räumte in der Antwort auf die Anfrage ein, dass es „im Zusammenhang mit der Thematisierung des Tötungsdeliktes vom 16. Oktober 2020" zu Vorkommnissen gekommen war, die vom „Ablehnen einer Schweigeminute bis hin zur Rechtfertigung des Ereignisses durch einzelne Schülerinnen und Schüler" gingen. Betroffen waren Schulen aus den „Zuständigkeitsbereichen der Polizeipräsidien Südhessen, Westhessen, Südosthessen, Frankfurt am Main und Mittelhessen", so der Kultusminister. „Eine strafrechtliche Relevanz konnte bislang nicht festgestellt werden. Nachdem die Sachverhalte polizeilich bekannt wurden, erfolgten präventivpolizeiliche Maßnahmen an den Schulen."

Alexander Lorz warnte demnach fast flächendeckend die Lehrer in großen Teilen des Bundeslands Hessen. In Kenntnis dieser schockierenden Fakten konfrontierte die JÜDISCHE RUNDSCHAU auf Facebook den Kultusminister mit der Kernaussage seines eigenen Schreibens vom Dezember 2020 an die hessischen Schulen. Die JR schrieb:

„Der hessische Kultusminister Alexander Lorz (CDU) ließ an alle Schulleiter seines Bundeslandes eine Warnung schicken. Diese lautete: Das Zeigen der Mohammed-Karikaturen oder jede bildliche Darstellung des Propheten Mohammed kann als islamkritisches Verhalten interpretiert werden, das emotionalisierend und radikalisierend auf Schülerinnen und Schüler wirken kann."

Die Antwort des Ministers

Die JÜDISCHE RUNDSCHAU wies zu Recht darauf hin, dass gleichzeitig in Deutschland von anderer Stelle Juden gewarnt werden, sie sollten sich selbst und jüdische Symbole wie die Kippa nach Möglichkeit verstecken.

Die etwas verklausulierte Antwort des Kultusministers möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten:

„Als direkt angesprochener, für die Schulen und Religionsgemeinschaften zuständiger Minister möchte ich in die hier entbrannte Debatte einige klarstellende Bemerkungen einbringen. Es geht um einen Brief, der von meinem Ministerium anlässlich des schrecklichen Mordes an dem französischen

Lehrer Samuel Paty an die Schulen versendet wurde. Ich möchte hierzu zunächst klarstellen, dass es sich dabei um ein einfaches Informationsschreiben – keine ‚Weisung' – mit Hinweisen und Hilfestellungen zum Umgang mit Erscheinungsformen des Islamismus handelt. Dieses wurde letztes Jahr auf Bitten des Landeskriminalamtes mit einer aktuellen Lagebeurteilung der Situation im Anschluss an die von mir initiierte landesweite Schweigeminute für den ermordeten Lehrer versendet. Ich halte es sehr wohl für die Pflicht des von mir geleiteten Ministeriums, die Schulen über speziell auf sie bezogene Bedrohungsanalysen der Sicherheitsbehörden zu unterrichten, da dies die Voraussetzung dafür ist, sie vor entsprechenden negativen Phänomenen zu schützen. Man kann einem Problem nicht dadurch beikommen, dass man es nicht benennt.

Das Schreiben thematisiert jedoch mit keinem Wort den Umgang mit religiösen Symbolen insbesondere des Judentums. Behauptungen, ich hätte vom Tragen einer Kippa o. ä. abgeraten, sind frei erfunden. Ich würde solche Ratschläge auch niemals geben, da es meine Überzeugung ist, dass wir allen Erscheinungsformen des Extremismus jeglicher Couleur entschieden entgegentreten müssen.

Lassen Sie mich aber auch noch hinzufügen, dass das im Dezember 2020 versendete Schreiben an keiner einzigen der fast 2.000 adressierten Schulen zu irgendwelchen Problemen oder gar Diskussionen geführt hat, wie sie jetzt bedauerlicherweise in den sozialen Medien stattfindet."

Deutlich bestätigt der Dienstherr des hessischen Ministeriums in seiner Antwort sein eigenes, von der JÜDISCHEN RUNDSCHAU wiedergegebenes Zitat.

Wie Herr Minister Lorz selbst wiederholt, kam es bei einer von ihm persönlich angeregten landesweiten Schweigeminute für den auf offener Straße enthaupteten Lehrer Samuel Paty offenbar zu Vorfällen im Unterricht in Hessen, die eine „Lagebeurteilung" des LKA nötig machten. Das allein ist erschreckend genug. Entsprechend der daraus erfolgten Einschätzung des LKA wandte sich Herr Lorz dann mit den gewonnenen Bedrohungsszenarien der Sicherheitsbehörden an die Schulen, um sie vor „negativen Phänomenen zu schützen".

Minister Alexander Lorz gibt exakt das wieder, was die JR zitiert hat. Zudem sprach die JR nicht von einer „Weisung", sondern von einer „Warnung". Es ist zudem völlig belanglos, ob diese Warnung vom Dezember 2020 oder aus diesem Jahr stammt. Offensichtlich ist die hessische Regierung sich des Ausmaßes des Skandals, dass sie solche Warnungen überhaupt aussprechen muss, überhaupt nicht mehr bewusst – oder es ist eine Strategie, um sich vor dem Eingeständnis eines hausgemachten Problems zu drücken.

Besonders entlarvend ist aber der Satz des Ministers: „Man kann einem Problem nicht dadurch beikommen, dass man es nicht benennt."

„Extremismus bekämpfen" als Lippenbekenntnis

Offenbar kam Alexander Lorz zu dem Schluss, dass es einfacher ist, die eigenen Lehrer zu zensieren, als dem Problem faktisch zu begegnen. Das dürfte ganz im Sinne der muslimischen Gewalttäter sein, die nun sozusagen gemeinsam mit dem Minister zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Nach dem Motto: Die Lehrer werden verschont, wenn man keine islamkritischen Themen anspricht. Muslimische Eltern und Schüler haben offenbar die Stellung eines Zensors in Hessens Schulen eingenommen.

Es ist also davon auszugehen, dass sich in Hessens Schulen das Klima der Furcht, Bedrohung und der Einschüchterung bei den Lehrkräften verstärken wird. Wenn der Minister „allen Erscheinungsformen des Extremismus" entschieden entgegentreten will, so frage ich mich, wie er das konkret tun will, ohne dass Mohammed-Karikaturen, Islamkritik oder der Nahost-Konflikt thematisiert werden.

Die stärkste Bedrückung empfindet man beim Lesen des letzten Absatzes der Replik von Alexander Lorz an die JÜDISCHE RUNDSCHAU, der wie eine rhetorische Übung klingt. Dass der Minister sich damit rühmt, sein Schreiben habe bei keiner der fast 2.000 angeschriebenen Schulen zu „irgendwelchen Problemen oder gar Diskussionen geführt", ist für sich gesehen schon ein handfester Skandal.

Aus gewaltbereiten Kindern werden gewaltbereite Erwachsene. Daher sollte sich der Minister die Videos des gewaltbereiten muslimischen Mobs der letzten Tage in den sozialen Medien einmal genauer anschauen: aus Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Gelsenkirchen, Münster, Bonn und Neukölln.

Daher ein paar Fragen an den Herrn Minister: Sind Ihnen Phänomene bekannt, wo ein Mob gewaltbereiter Juden oder Christen eine Moschee angegriffen hat, um auf einen Krieg im Ausland aufmerksam zu machen? Oder gab es auch zu Ihrer eigenen Schulzeit Warnungen durch das LKA vor körperlichen Übergriffen ganzer Schülergruppen, Herr Minister Lorz?

Ist dem Minister ein ähnlich flächendeckendes Phänomen christlicher Extremisten bekannt, die bei Jesus-Karikaturen ihre Gewaltbereitschaft ausdrückten? Gehen jüdische Eltern ebenso handfest gegen Lehrer vor? Und sind jüdische Schüler in gleicher Weise gefährlich aufgefallen, wenn ihnen israelkritische oder religionskritische Narrative begegneten? Bedrohen auch radikalisierte jüdische oder christliche Schüler ihre Mitschüler und Lehrkräfte mit dem Tod?

Wenn „Schindlers Liste" oder Israel auf dem Index muslimischer Eltern stehen, sind alle roten Linien längst überschritten. Wenn muslimische Schüler oder ihre Eltern den Lehrplan unter Androhung schwerer Gewalttaten maßgeblich bestimmen und durch das Erzeugen von Angst um Leib und Leben die Arbeit von Lehrern verhindern, dann ist dieser Zustand eine Bankrotterklärung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands. Es ist eine antiliberale Agitation, die unser Modell des freiheitlichen Lebens und Denkens zerstört.

Wie will man Hetzjagden und Gürtelschläge gegen Juden verhindern, wenn man das Thema Israel in deutschen Schulen zu umschiffen versucht? Wie gedenkt der Kultusminister dagegen vorzugehen, dass muslimische Eltern und Schüler zunehmend Hessens Lehrprogramm bestimmen?

Wenn Themen wie Israel oder der Nahost-Konflikt der Zensur unterliegen und gegebenenfalls ein Raketen-Terror gegen Israel nicht als solcher benannt werden darf, dann ist Deutschland verloren. Dann ist die Islamisierung bereits zur Realität geworden und das Einknicken vor der Gewalt, die sich gegen jegliche Religionskritik und Meinungsfreiheit als solche richtet, nichts als ein Eingeständnis der Selbstzensur, ausgehend von allerhöchster ministerialer Stelle. Ein tabuloser Umgang hieße, die Lehrer zum Zeigen von Mohammed-Karikaturen aufzufordern und notfalls mit der offensichtlich notwendigen Polizeipräsenz den Unterricht auch durchzusetzen.

Uns Juden ist es nebenbei gesagt absolut wurscht, ob man Moses, Jakob, König David oder Abraham eine Handgranate in die Hand drückt oder eine israelische Uzi, um sie zu karikieren.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (030) 23 32 88 60
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(030) 23 32 88 60** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(030) 23 32 88 60

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ☒ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Rabatt vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, der bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Antisemitismus als Erlebnisorientierung

Andreas Geisel (früher SED, jetzt SPD) verharmlost die unerträglichen Gewaltexzesse arabischer Judenhasser, die im Mai 2021 ihre tiefste Gesinnung offenbarten, in einer skandalösen Rede als „erlebnisorientierte" Handlung junger Menschen. Eine Wiederholung derartiger antisemitischer Ausschreitungen in naher Zukunft dürfte mit derartigen Politikern gewiss sein.

Von Vera Lengsfeld

David GANNON / AFP

Andreas Geisel, Innensenator des Bundeslandes Berlin.

In der Hitliste der schrillen Misstöne, mit denen deutsche Politiker den Hamas-Terror gegen Israel begleiten, hat die Einlassung von Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) den ersten Platz redlich verdient.

In den vergangenen Tagen ist es in zahlreichen deutschen Städten zu antisemitischen Kundgebungen gekommen, bei denen ein islamistischer antisemitischer Mob die Auslöschung Israels forderte, Israelfahnen verbrannte, jüdische Mitbürger angriff und Polizisten, wenn sie denn versuchten einzugreifen, attackierte.

Am schlimmste waren die Ausschreitungen in Berlin. Allein bei dem Einsatz gegen die Hass-Demos auf der Sonnenallee in Neukölln wurden 93 Polizisten verletzt. Der Skandal war so groß, dass sich das Berliner Abgeordnetenhaus damit beschäftigen musste. Innensenator Geisel hatte vor dem Innenausschuss zu erklären, wer unter den 3.500 Hass-Demonstranten für Randale sorgte. Seine Einlassung war schockierend:

„300 bis 400 junge Männer, arabischstämmig, nicht politisch organisiert, eher erlebnisorientiert."

Das ist ein ebenso kläglicher, wie untauglicher Versuch, den muslimischen Antisemitismus zu vertuschen. Geisel will damit von der Tatsache ablenken, dass seit der Grenzöffnung von 2015 mit hunderttausenden jungen Männern aus antisemitischen und frauenfeindlichen Gesellschaften ein Problem importiert wurde und weiter wird, das unsere Gesellschaft zu zerstören droht.

In Zeiten, wo nach der „Öffnung" ein Restaurantbesuch dem Betreten einer Hochsicherheitszone gleicht, für das eine umfangreiche bürokratische Legitimierung erforderlich ist, wo Reiserückkehrer nur mit negativem Test und einer Einreiseverfügung wieder ins eigene Land gelassen werden, kommen ungetestete junge Männer ins Land, auch wenn sie keine oder sichtbar gefälschte Papiere haben. Demnächst werden nicht wenige dieser Neuankömmlinge mit einiger Wahrscheinlichkeit die antisemitischen Krawalle unterstützen. Dieser Gefahr will die Politik nicht ins Auge sehen.

Die Opposition in Berlin ist ein zahnloser Tiger

In Mailand demonstrierten über 3.000 Islamisten für die Auslöschung Israels, in Berlin droht ein „palästinensischer" „Integrationstrainer" vor laufender Kamera des RBB, dass bald in Deutschland passieren könnte, was in Gaza bereits Realität ist, aber die Politik ist nach wie vor mit Abwiegeln beschäftigt. In Frankreich haben Generäle und Soldaten vor einer Gefahr des Bürgerkrieges gewarnt.

Die Opposition in Berlin ist ein zahnloser Tiger. Es wurde die Frage gestellt, warum keine Wasserwerfer eingesetzt wurden, um die Gewalt zu stoppen. Die wären unverhältnismäßig gewesen, erklärte Geisel: „Bei stationären Lagen, Frontstellungen immer denkbar", aber nicht samstags auf der Sonnenallee. Polizeipräsidentin Barbara Slowik sekundierte, die Lage sei komplex gewesen: Es hätte zahlreiche Schaulustige mit Kleinkindern gegeben, die sich immer wieder mit Randalierern vermischten. Die Polizei hätte, wie inzwischen in solch engen Lagen in Berlin üblich, keine Wasserwerfer bereitgestellt. Diese glatte Lüge blieb ohne Widerspruch. Im vergangenen November waren Wasserwerfer gegen friedliche Anti-Corona-Demonstranten eingesetzt wurden, darunter zahlreiche Kinder. Die Demonstranten wären lediglich „beregnet" worden, hieß es damals aus Polizeikreisen. Die „Beregnung" von Kindern und Senioren an einem bitterkalten Novembertag ist also verhältnismäßig, eine von aggressiven Israelhassern in der Sonnenallee aber nicht. Was für eine Doppelmoral.

Die Erfahrungen der letzten Jahre hatten gezeigt, dass diese Einsätze besser ohne Wasserwerfer funktionieren. Die erfolgreichere Taktik sei: Mit relativ wenigen Beamten in die Masse gehen und einzelne Straftäter rausholen. Warum wurde diese Taktik dann im November nicht angewandt? Weil es keine Straftäter gab, die man aus der friedlichen Menge herausholen konnte?

All diese brisanten Fragen wurden von der Opposition nicht gestellt. Burkard Dregger (CDU) war es lediglich unbegreiflich, wie man Vernichtungsaufrufe gegen Israel nicht zum Anlass nehmen könne, um Versammlungen aufzulösen, sondern erst bei Hygieneverstößen eingreife: „Was ist denn das für eine schwächliche Botschaft eines Rechtsstaates", fragte er.

Antisemitische Attacken werden als rechtsextremistisch ausgewiesen

Von der „ganzen Härte des Rechtsstaates" ist in der Politik gern die Rede. Diese Härte trifft aber lediglich Regierungskritiker und Menschen, die Fragen nach der Verhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen stellen.

Die Islamisten dagegen wissen, dass sie vom Rechtsstaat wenig zu befürchten haben. Wetten, dass die 65 am Rande der Sonnenallee-Krawalle festgenommenen Straftäter schon wieder auf freiem Fuß sind, weiter alimentiert werden und vor Abschiebung sicher sind, selbst wenn ihr Asylantrag abgelehnt sein sollte?

der Statistik ist die Welt noch heil, denn islamistische antisemitische Attacken werden als rechtsextremistisch ausgewiesen und als Legitimation für den einträglichen „Kampf gegen Rechts" genutzt, der sich in Wahrheit gegen die bürgerliche Mitte unserer Gesellschaft richtet, die noch zu widersprechen wagt. Leider haben wir in Deutschland keine Generäle und Soldaten, die wie in Frankreich den Politikern den Spiegel vors Gesicht halten und sie auf die fatalen Folgen ihrer Entscheidungen aufmerksam machen.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Hamburg: Martialischer Aufmarsch der Vereinigung „Muslim interaktiv“

Ein in Nazi-Manier durchgeführter Aufmarsch der Gruppe „Muslim interaktiv“ in Hamburg strafte die Islamverharmlosung von Politikern und Teilen der jüdischen Gemeinde Lügen. Welche Ideologie vertritt die der 2003 verbotenen Hizb ut-Tahrir zugeordnete Gruppe, die offenbar in Deutschland ungehindert agieren und Aufmärsche durchführen kann?

Von Sigrid Herrmann-Marschall

Dass der martial wirkende Aufmarsch überhaupt einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, dürfte der Tatsache geschuldet sein, dass ein Hamburger CDU-Politiker diesen gefilmt hatte. „Das Twitter-Video des Politikers Ali Ertan Toprak zeigt, was sich wirklich abspielte. Auf der Straße wurden Särge aufgestellt, die Demonstrationsteilnehmer skandierten: ‚Israel – Kindermörder‘, womit unterstellt wird, die israelische Armee würde gezielt Kinder ermorden“, erläutert die „Bild“-Zeitung. Dass die Sicherheitsbehörden über das Geschehen nicht im Bilde gewesen sein dürften, wird in der Berichterstattung eines Online-Magazins deutlich: „Auf Nachfrage von T-Online konnte die Polizei Hamburg noch keine Informationen mitteilen. Bei der Pressestelle wusste man lediglich, dass es eine Demonstration zum Thema ‚Palästina‘ gegeben habe.“

Hinter dieser Aktion steht die Gruppe „Muslim interaktiv“. Diese beschrieb sich selbst auf Instagram (Konto mit Datum 1. Juni 2021 nicht mehr aktiv, Anm.d.Red.) so: „Seit einigen Jahren werden wir Muslime seitens des Staates und der Medien aufgrund unserer islamischen Überzeugung stark angefeindet. Es vergeht kaum ein Tag, an dem der Islam nicht als eine Bedrohung für die Gesellschaft dargestellt wird. Dies führt zu einem angeheizten gesellschaftlichen Klima. Übergriffe auf unsere muslimischen Geschwister und Anschläge auf unsere Moscheen gehören nun zum normalen Alltag. In diesem Kontext ist auch der Terroranschlag von Hanau einzuordnen, welcher eine Folge der aggressiv geführten Assimilationspolitik ist. Es wird Zeit! Am 3. März 2020 starten wir von Muslim Interaktiv. Wir haben die problematische Situation der Muslime erkannt und setzen uns proaktiv mit Mut und Entschlossenheit dafür ein, dass ein selbstbewusstes islamisches Leben in Deutschland möglich wird. Seid gespannt auf unsere Vorhaben und seid bei dieser großen Aufgabe dabei!“

Was die Initiatoren der Gruppe alles als Angriff definieren, wird auf Instagram bereits bei einer Protestaktion im letzten November deutlich, die sich gegen angekündigte Maßnahmen gegen Islamismus in Frankreich gerichtet hat. Zu der öffentlichen Veranstaltung am Brandenburger Tor hieß es unter anderem: „Denn wir als Muslime sehen uns angegriffen, wenn unser Prophet oder unsere Religion beleidigt und diffamiert werden. Die über 240 Schließungen von islamischen Einrichtungen, die etlichen Angriffe auf Muslime und die stetige Dämonisierung der Muslime von Politik und Medien sind nicht akzeptabel.“

Millionen tote Moslems?

Auch die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA werden umgedeutet: „11. September, der Tag an dem die Hetze und Verteufelung der Muslime angefangen hat. Der Tag, ab dem wir nicht mehr Muslime genannt wurden, sondern Terroristen, Extremisten oder Salafisten. Millionen von toten Muslimen, Millionen von Muslimen, denen die Identität verwehrt wird und die Hetze gegen den Islam geht weiter. Wir stellen die Frage: Wer sind die wahren Terroristen? Wer sind die wahren Verbrecher? Und wer sind die wahren Extremisten?“

Die Gruppe war mit ihrem Angebot auf Twitter, Instagram, Facebook und YouTube vertreten. Auf dem YouTube-Kanal hieß es: „Muslim Interaktiv ist ein Zusammenschluss von Muslimen, die sich zum Ziel gesetzt haben, den in Deutschland lebenden Muslimen den Islam als eine umfassende Lebensweise vorzustellen und sie zur Praktizierung des Islam in allen Lebensbereichen zu ermutigen.“

Die Einbeziehung aller Lebensbereiche ist eine durchgängige Haltung. Eine muslimische Identität soll nicht nur ausgelebt werden, sondern sie soll die Haltung sein, unter deren Vorbehalt alle anderen Lebenstätigkeiten stehen. Das geht über die Praktizierung des Glaubens in dem freiheitlich-demokratischen System weit hinaus. Die Religionsfreiheit wird ins Feld geführt, um das freiheitliche System als Ganzes abzulehnen und ein eigenes entgegenzustellen. Die Muslime werden gleichzeitig als verfolgte Gruppe dargestellt, deren Assimilation gefordert wird und die zu Millionen von den westlichen Systemen getötet würden, sowie als Gruppe, die eine überlegene, da gottgefällige Weltanschauung habe. Das ist identisch mit den Kalifats-Vorstellungen von Hizb ut-Tahrir, die nur noch nicht umgesetzt werden konnten.

Umsturzpläne für islamische Länder

Wie umfassend dieser Anspruch ist, zeigt sich in dem Aufruf vor der Kundgebung in Hamburg. Darin heißt es: „Die Herrscher der islamischen Welt sind Teil des Problems und nur durch ihre Beseitigung wird der Weg für eine gerechte Herrschaft in Palästina frei!“. Faktisch sind dies Umsturzpläne, die nicht nur auf Deutschland bezogen sind.

Wo diese Haltung, die Herrenmenschen-Mentalität und der Herrschaftsanspruch herkommen, zeigt sich in einer Veröffentlichung auf der Internet-Seite der 2003 verbotenen Hizb ut-Tahrir von Anfang Mai. Dort tritt auch der Judenhass offen zu Tage, der sonst noch verdeckt wird: „Ihr seid die beste Gemeinschaft, die je den Menschen hervorgebracht wurde; ihr gebietet das, was rechtens ist, und prangert das Unrecht an, und ihr glaubt an Allah. (3:110) Sodann werden die Feinde Allahs uns gegenüber nur noch erniedrigt und unterwürfig dastehen. Nicht nur die Juden, die von vornherein mit Erniedrigung und Erbärmlichkeit beschlagen worden sind, sondern alle Tyrannen dieser Welt, die nach Unheil auf Erden trachten. Der Islam und die Muslime werden Würde erlangen und das Gute wird sich in allen Winkeln der Erde verbreiten. Und das wird mit der Erlaubnis Allahs verwirklicht werden! […] Es werden keine Lehmhütte und kein Wollzelt auf Erden übrigbleiben, wozu Allah dem Wort des Islam nicht Zutritt verschaffen wird – sei es durch die Würde eines Würdevollen oder die Erniedrigung eines Erniedrigten. Entweder wird Allah ihnen Würde verleihen, indem Er sie zu dessen Anhängern macht, oder sie erniedrigen, indem sie diesem unterworfen werden.“

Uniformiert in Reih und Glied: „Muslim interaktiv“

Konkret wird nach den „Armeen der Muslime“ gerufen, um „die Gewalt der Juden zu zerschlagen und ihrer Arroganz ein Ende zu setzen, denn ihr seid das Volk der Stärke, Macht und Würde.“ Welche Armeen konkret gegen Israel vorgehen sollen, wird explizit aufgeführt: „Deshalb richten wir unseren Appell an unsere Brüder in den Armeen von Jordanien, der Türkei, Ägypten, Sudan, Algerien, Indonesien, Pakistan, Hejaz und den übrigen muslimischen Armeen.“

Von den Innenbehörden wird „Muslim Interaktiv“ folgerichtig der Hizb ut-Tahrir zugeordnet. Die Gründung von Nachfolgeorganisationen ist bei verbotenen Gruppierungen ein üblicher Weg, um das Verbot zu umgehen. Nach Informationen der Autorin sorgte die Kundgebung am Freitag in Hamburg, die rechtsextremen Aufmärschen in vielen Elementen nachempfunden war, aber auch optische Assoziationen an eine IS-Kampfgruppe weckte, auch in jüdischen Gemeinden außerhalb von Hamburg für große Unruhe.

Unterlegene Polizei

Hier ist nicht nur bemerkenswert, dass ein Ableger einer verbotenen Islamisten-Organisation in Deutschland derart ungehindert agieren kann. Sondern auch, dass dies nur wenige Tage später stattfand, nachdem Politiker aller Parteien erneut inflationär beschworen haben, gegen Antisemitismus in Deutschland vorzugehen. Auf deutschen Straßen aber werden derlei Ankündigungen anscheinend nicht mehr ernstgenommen. Das laut „Bild“ unterdimensionierte Polizei-Aufgebot von 30 Einsatzkräften gegen 200 Teilnehmer, das so eine Unterlegenheitssituation der Polizeikräfte hervorrief, machte ein Eingreifen unmöglich. Damit konnte man rechnen, damit musste man rechnen, sofern man seinen Verfassungsschutz ernstnimmt. Es wunderte daher nicht, wenn die Gruppe das als Sieg verbuchte.

Sigrid Herrmann-Marschall ist Islamismus-Expertin. Auf Deutsch zuerst erschienen bei VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Wo wird der Westen in 10 Jahren sein?

Bei den Ausbrüchen des gewalttätigen Antisemitismus im Westen geht es längst nicht mehr nur um Agitation gegen Israel. Das Modell des freiheitlichen Lebens steht auf der Kippe. Die antiliberale Allianz reicht weit bis ins Zentrum der Gesellschaft, bis zu den Leitmedien und unserem öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Von Alexander Wendt

JEFF PACHOUD / POOL / AFP

Die Forderung nach einem „freien Palästina vom Fluss bis zum Meer" auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland ist ein Aufruf zur Zerstörung Israels. Dieser linke und islamische Hass wird sich mittelfristig nicht auf den jüdischen Staat beschränken, sondern gegen den Westen insgesamt richten.

In der Debatte über Antisemitismus in Deutschland und anderen Ländern des Westens heißt es oft, echter, wirklich echter Antisemitismus komme dort selten vor. Es gebe den sogenannten israelbezogenen Antisemitismus, die bekannte Einseitigkeit, die Praxis sehr vieler Medien, Israel grundsätzlich für jedes Übel der Region verantwortlich zu machen.

Aber Judenfeindlichkeit, die sich darin ausdrücke, dass beispielsweise ein Mob vor einer Synagoge aufmarschiert, oder dass Juden auf offener Straße geschlagen würden, das geschehe so gut wie nie. Jedenfalls sehr selten. Und wenn, dann treffe es auf eine Gegenwehr quer durch die Gesellschaft. Diese Beschreibung traf vielleicht vor zehn Jahren noch zu, was die reine Sichtbarkeit des Phänomens betraf. In der Sache stimmte sie schon damals nicht.

Im Februar 2015 warfen drei arabischstämmige junge Männer Brandsätze auf die Bergische Synagoge in Wuppertal. Zum Glück setzten sie das Gebäude nicht in Brand. Vor Gericht erklärten sie, sie seien keine Judenfeinde, mit den Brandsätzen hätten sie nur auf „die militärische Auseinandersetzung im Gaza-Streifen" aufmerksam machen wollen. Richter Jörg Sturm folgte ihrer Darstellung damals weitgehend, er stellte fest, die drei Täter hätten „nicht aus antisemitischen Gründen per se" versucht, die Synagoge anzustecken, und verurteilte sie zu Bewährungsstrafen. Richter Sturm kann bis auf weiteres als Erfinder der Sichtweise gelten, dass es sich bei Anschlägen (oder Raketenbeschuss) um eine Art nachdrückliche Pressemitteilung handelt, und bei Synagogen in Deutschland und anderswo um Außenposten des Staates Israel. Außer dem Wuppertaler Richter meinen das heute auch sehr viele Politiker, Medienmitarbeiter und Medienkonsumenten.

Damals standen drei Jungmänner vor Gericht, aufgewachsen in Deutschland, medial vermutlich versorgt von arabischem Satellitenfernsehen und entsprechenden Internetseiten. Aus Parlamenten und Sendeanstalten heraus fiel es damals leicht, sie sozial und ideologisch tatsächlich zum Rand zu zählen. Aber bekanntlich können Ansichten vom Rand in die Mitte der Gesellschaft wachsen.

Rolf Mützenichs Bedingungen

Vor wenigen Tagen meinte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich, die Bedrohung von Synagogen wie in Gelsenkirchen durch einen arabisch-türkischen Mob sei zu verurteilen, einerseits, und Sicherheitsmaßnahmen an den Synagogen müssten „angezogen werden". Andererseits wolle er die israelische Regierung auch darauf hinweisen, „dass es gut wäre, wenn sie möglicherweise doch auf Angebote zur Waffenruhe eingehen würde".

Dass er wie viele Wohlmeinende davon ausgeht, die Friedensangebote der Hamas würden nur so hereinflattern, und es könnte längst Ruhe herrschen, wenn die Israelis nicht so stur wären – diese Überzeugung ist das eine. Darüber hinaus hält er eben auch ganz selbstverständlich Synagogen in Deutschland für israelische Außenstellen, nicht anders als die drei Täter von Wuppertal 2015. Für ihn verdienen Synagogen nicht ohne Wenn und Aber Schutz, sondern mit einem ausdrücklichen Wenn und Aber: Israel sollte seine Politik anpassen, nicht mehr so obsessiv auf seinem Selbstverteidigungsrecht herumreiten und endlich die ausgestreckte Friedenshand einer Organisation annehmen, die in der EU aus guten Gründen als Terrororganisation gelistet ist. Dann wären nach Mützenich auch die Synagogen in Deutschland wieder sicherer.

Mützenich gehört zwar zu den führenden Funktionären einer schrumpfenden Partei. Aber er führt immerhin die Fraktion einer Regierungspartei. Zum gesellschaftlichen Rand gehört er also nicht. In seiner Partei erhob sich auch kein lauter Widerspruch gegen seine Ausführungen. Der „Spiegel", ebenfalls schrumpfend, aber auch richtig und wichtig im meinungsbildenden Milieu verankert, nannte die „Scheiß-Juden"-Rufe vor der Synagoge in Gelsenkirchen „antiisraelische Parolen".

Für den WDR, politisch nicht unbedingt in der Mitte, aber doch ebenfalls im Zentrum der Mediengesellschaft angesiedelt, fallen Aufmärsche vor und Angriffe auf Synagogen unter „Zwischenfälle", und ganz selbstverständlich sieht der Sender darin Ausläufer des „Konflikts" zwischen einer Organisation, die Israel auslöschen will, und einem Israel, das sich dagegen wehrt, statt mit Hilfe der SPD und deutschen Medienmitarbeitern irgendwie einen Kompromiss zu suchen. Das liest sich dann so:

„Der #Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern macht sich auch in NRW bemerkbar. In mehreren Städten gab es Zwischenfälle. In Bonn wurde eine Synagoge beschädigt. Dort und auch vor der #Synagoge in Münster brannten israelische Flaggen", schreibt beispielsweise der WDR."

Malcolm Ohanwe arbeitet beim Bayerischen Rundfunk; er hält die Raketen, die von der Hamas auf israelische Zivilisten abgefeuert werden, für notwendige Aufmerksamkeitsverstärker, weil seiner Meinung nach sonst nie jemand über das Leid der „palästinensischen" Menschen spricht, vor allem in den deutschen Medien nicht.

Und Übergriffe auf Juden oder auch nur auf Leute, die für jüdisch gehalten werden, antisemitische Angriffe also auf den Straßen lassen sich seiner Meinung nach verhindern, wenn mehr über die sogenannte „systemische Diskriminierung der Palästinenser in unseren deutschen Medien" gesprochen wird – wobei nicht recht klar wird, ob er nun eine systemische Diskriminierung von „Palästinensern" in deutschen Medien wahrnimmt, oder ob er will, dass dort mehr über die Diskriminierung der „Palästinenser" gesprochen werden soll.

Maischberger

Aber wie herum auch immer: Wenn sich die deutschen Medien nicht so verhalten wie von Ohanwe gewünscht, dann gibt es eben als Kausalität antisemitische Übergriffe auf deutschen Straßen.

Mit dieser Haltung bekommt man nicht nur eine Stelle bei einem ARD-Sender, sondern auch eine Einladung zu Sandra Maischberger. Dort konnte Ohanwe noch einmal darüber sprechen, wie sehr die deutschen Medien über das Leid der „Palästinenser" schweigen. Sich selbst bezeichnet Ohanwe, geboren 1993 in München, als „palästinensischen Menschen". Er teilte auch mit, es würde ihn „entmenschlichen", sich vom Terror der Hamas zu distanzieren.

Interessanterweise fügte der BR-Mitarbeiter Ohanwe in dem Tweet weiter oben besorgt an: „Sonst gewinnen Desinformationen & antiisraelische Fake News mehr Aufwind".

Also das, was beispielsweise der RBB aus dem gleichen Senderverbund seinen Zuschauern am 19. Mai lieferte. Ein Reporter berichtete an diesem Tag von einer antiisraelischen Demonstration in Berlin, als hätte er es mit der Love Parade zu tun. Er lobte „die vielen jungen Frauen, die auch sehr viel Farbe in die Demonstration reinbrachten, Aufgrund von vielen palästinensischen Fahnen, die sie mitgebracht hatten, ihre Kostüme, ihre Kopftücher, und teilweise waren sie halt auch geschminkt. Das verlieh dieser Atmosphäre eine sehr sehr gute Atmosphäre." Außerdem teilte er seinen Zuschauern mit, die Demonstration richte sich „gegen die Kriegspolitik der Israelis. Auch gegen den langandauernden Siedlungskonflikt im Gaza-Streifen".

Den Gaza-Streifen räumte Israel am 12. September 2005, das Gebiet ist seitdem, wie es vor 75 Jahren am

heutigen Standort der RBB-Zentrale hieß, judenrein. Nach etlichen Nachfragen löschte der RBB den Beitrag aus der Mediathek, entschuldigte sich und erklärte, er entspreche nicht den Standards des Senders. Woher hat ein ARD-Mitarbeiter eigentlich das gefühlte Wissen, im Gaza-Streifen gebe es „Siedlungskonflikte", und die Parole „From the river to the sea, Palestine will be free" richte sich gegen die „Kriegspolitik der Israelis"?

Die Überzeugung, die Hamas kämpfe einen gerechten Kampf, und Israel verhindere den Frieden im Nahen Osten – diese Obsession beherrscht die Funkhäuser des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Gremien der SPD und weite Teile der deutschen Presse mit Ausnahme der Springer-Zeitungen (und einiger weniger anderer Medien), weswegen es ja auch den gutgerechten Hashtag #SpringerpresseHaltDieFresse gibt.

Die Erzählung vom gerechten Kampf der Hamas und der Hisbollah gegen den jüdischen Staat besitzt diese Macht, weil sie politisch und mental so vieles verbindet: Rechtsradikale Antisemiten mit linken Antiimperialisten, Deutsche mit einem Abwehrkomplex, die sich mit an der Formel erfreuen, die Juden in Israel hätten nichts aus der Schoah gelernt, mit minderwertigkeitskomplexbeladenen Muslimen, für die der Erfolg Israels eine ständige narzisstische Kränkung darstellt.

Israel als „schuldige weiße Nation"

Dazu kommt seit einigen Jahren noch die Postkolonial-Ideologie in westlichen Universitäten und Redaktionen: Nach deren Schema gehört Israel, so multiethnisch es auch ist, zum schuldbeladenen weißen Teil der Welt und ins Raster der Kolonialmächte. Passend dazu läuft auch unter Führung von BLM-Ideologen, Achille Mbembe und anderen eine Umdeutung der Schoah, die als „white on white crime" beiseitegeschoben werden soll, um der Anklage gegen den weißen kolonialistischen Westen mehr Raum und Aufmerksamkeit zu verschaffen. Die Erzählung vom gerechten Kampf gegen Israel funktioniert also im Westen als eine Art politischer Universalstecker, der fast überall passt, und mit dessen Hilfe sich ansonsten ganz diaparate antiliberale Teile der Gesellschaft verkabeln lassen. Das Narrativ lässt sich überall einbauen – ob nun in die Verlautbarungen von Fridays for Future, in politische Reden, in praktisch jeden ARD-ZDF-Bericht über den Nahen Osten, und selbstverständlich auch in die Tweets eines Malcolm Ohanwe, der darüber klagt, es gebe zu wenige Berichte dieser Sorte.

Bei jedem quantitativen Wachstum gibt es irgendwann auch einen Umschlag in Qualität. Bisher konnten sich viele in Deutschland oder anderen westlichen Ländern einreden, es ginge eben nur um Israel, den Gazastreifen und die Westbank. Dann konnten sie sich sagen, ein Anschlag auf eine Synagoge wie der in Wuppertal komme erstens selten vor, und es handle sich eben um einen Ausläufer des so genannten Nahostkonflikts, aber um keinen Konflikt der eigenen Gesellschaft in Berlin, München, Frankfurt, in Gelsenkirchen, in Wien, Basel oder New York. Diese Beschwichtigungsrhetorik lässt sich mittlerweile nur noch für denjenigen durchhalten, der immer größere Teile der Realität beiseiteschiebt.

JEFF PACHOUD / POOL / AFP

Der Druck sich islamisch zu kleiden wird vermutlich auch auf europäische Frauen in den kommenden Generationen steigen.

Nicht-Jude als Opfer von Antisemitismus in München

Vor wenigen Tagen schlug ein Täter auf einen Mann in der Münchner Innenstadt ein und schrie: „du Judenschwein". Bei dem Opfer handelte es sich nicht um einen Juden, sondern um einen jungen Mann, der sein Basecap mit dem Schild nach hinten trug. Der Angreifer hielt es deshalb offenbar für eine Kippa.

In Neukölln warf ein Teilnehmer einer antiisraelischen Demonstration einen Böller auf eine israelische Reporterin.

In Basel jagten mehrere Anti-Israel-Demonstranten eine Frau über dutzende Meter durch die Gassen, weil sie – als ein-Personen-Gegendemonstration – eine Israelfahne in die Höhe hielt.

Inmitten einer antisemitischen Demonstration in Wien brüllte einer der Teilnehmer unter dem Jubel der anderen in Richtung der Gegendemonstranten: „Steckt euch euren Holocaust in der Arsch."

In New York griffen mehrere Männer eine kleine Gruppe von Pro-Israel-Demonstranten auf der Straße an.

Ein Mob mit Palästina-Fahnen hetzte und schlug in Toronto, Kanada, einen älteren Pro-Israel-Demonstranten.

Auf die Frage eines Twitter-Users, der das Video gesehen hatte und fragte: „Welche Stadt ist das?" antwortete ein anderer: „Berlin 1938." Das ist übertrieben, sicherlich. Aber es ist eben auch nicht mehr das Toronto von 1990, nicht mehr das Berlin, Basel, Wien und New York von 1990. Unter das Video aus New York schrieb ein Twitter-User: „NY has been awful for Jews for almost 2 years, and it's spiraling fast."

Im Jahr 2021 gibt der freiheitsfeindliche Sound den Ton in sehr vielen westlichen Redaktionen an, in fast allen Universitäten, radikal antiliberale Bewegungen wie „Fridays for Future" und „Black Lives Matter" holen sich dort mit herrischer Geste Beifall wie einen Tribut ab. Das, was sich mittlerweile auf den Straßen westlicher Länder gegen Juden abspielt, ist nur ein Teil eines breiten antiaufklärerischen Gletschers, der sich vorwärtsschiebt, verstärkt durch die Migration aus nichtwestlichen Ländern. Wer diesen offensichtlichen Zusammenhang ausspricht, sieht sich sofort dem Knüppelwort „Rassist" gegenüber, benutzt übrigens von Leuten, die im nächsten Atemzug erklären, dass „Scheissjuden" nur eine antiisraelische Parole ist, und dass es Juden im Westen besser gehen würde, wenn dort mehr gegen Israel agitiert würde.

Zur gleichen Zeit, während das alles geschieht – wo bleiben eigentlich die Berichte in „Tagesschau", „Tagesthemen" und im „Spiegel" über die Baseler Hetzjagd? – zur gleichen Zeit also beugt sich ein „Spiegel"-Agitator wie Jonas Schaible über den CDU-Kandidaten Hans-Georg Maaßen, um ihn auf strukturellen Antisemitismus abzuhören. Bei „Spiegel"-Schaible klingt das dann so:

„In den Tagen danach beugten sich Menschen über Maaßens Tweets, Texte und Reden. Und etliche Expertinnen und Experten kamen zu dem Schluss, Maaßen habe in der Tat wiederholt antisemitische Codes verbreitet."

Übrigens nennt er in seinem Text weder die angeblichen Codes noch die Namen der Experten, die meinen, wer den Begriff „Globalist" verwende, sei Para- beziehungsweise Nanoantisemit, streng strukturell natürlich. Wenn jemand beim „Spiegel" nicht erkennt, dass die Parole „Scheißjuden" antisemitisch ist, dann liegt das vielleicht auch daran, dass er gerade keinen Experten finden konnte, der ihm das Wort decodiert.

Ein Mitglied dieses Milieus kann auch kein Problem darin erkennen, dass Beitragszahler eine Figur wie Malcolm Ohanwe finanzieren müssen (und Steuerzahler übrigens die von Merkels Kabinett mit Geld überschütteten „Neuen Deutschen Medienmacher", bei denen Ohanwe mitmischt).

Erklären lässt sich das mit einer politischen Agenda, Selbsthass, Selbsttäuschung, kognitivem Mangel und jedenfalls kognitiver Dissonanz, die zu einer Signatur des Westens geworden ist. Auch dafür passt der Twitter-Kommentar: „It's spiraling fast."

Wer nicht im Zustand der Wahrnehmungsspaltung lebt, der müsste allmählich erkennen, was Israelis, egal ob religiös oder nicht, links oder rechts, schon seit Jahrzehnten wissen: Niemand kann sich seine Auseinandersetzung aussuchen. Für einen Krieg reicht schon aus, wenn ein Angreifer ihn will. Die Anwältin und Publizistin Seyran Ateş gehört zu den wenigen, die darauf hinweisen, dass inzwischen zumindest in den Metropolen das gesamte Modell des zivilisierten Zusammenlebens auf der Kippe steht:

Ihr antwortet gleich unter ihrem Tweet ein „educated muslim", der ihr erklärt – wenige Tage übrigens, bevor in Dresden der Prozess gegen ein syrischer Migranten endete, der in Dresden ein schwules Paar angegriffen, einen getötet und einen schwer verletzt hatte – es gebe im Islam keinen Hass auf Homosexuelle. Im nächsten Tweet teilt er noch mit, Gastarbeiter hätten Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut. In beiden Überzeugungen kann er sich auf Sekundanten in Medien und Politik stützen. Strukturell, um dieses Wunderwort in diesem Text einmal zu benutzen, strukturell hört er sich an wie Ohanwe. Selbst jemand, der sehr an die Kraft des Arguments glaubt, kommt bei diesen Figuren und Redefiguren an seine Grenzen.

Feinde sind für Anhänger dieser breiten freiheitsfeindlichen Front nicht nur Juden und Schwule oder diejenigen, die dafür gehalten werden, nicht nur Liberale oder irgendein Einzelner, der als nächster auf die Liste rückt. Der Begriff „Gesellschaftsveränderung" besitzt immer noch bei vielen im Westen einen guten Klang, obwohl sie wissen müssten, dass sich offene Gesellschaften mit relativ geringer Mühe verschlechtern lassen. Eine Veränderung ist das natürlich auch.

Kein Bericht aus einem fernen Kontinent

Jeder sollte sich die Videos aus New York, Toronto, Basel, Wien und Neukölln genau ansehen und sich dann ausrechnen, wie das Klima in diesen Städten in zehn Jahren sein wird, wenn sich diese Entwicklung fortsetzt. Und wo dann sein eigener Platz sein wird. Vielleicht kommt dem einen oder anderen Joseph Conrads „the horror, the horror" in den Sinn, nur mit dem Unterschied, dass es sich dieses mal um eine Fahrt durch den eigenen Kontinent handelt. Und um keine Lektüre, sondern ein Erlebnis mit Haut und Haaren, Kopf und Kragen.

Egal, wie schlecht es wird: „Spiegel"-Redakteure und die Ohanwes der ARD werden sich dann zu den Siegern zählen.

Zu den rhetorischen Übungen in deutschen Redaktionen gehörte schon vor dreißig Jahren der Satz, Israel werde nicht das Jahr 2000 erleben, das Jahr 2010, dann das Jahr 2020, wenn es so weitermache (statt die Friedenspläne der Leitartikler endlich umzusetzen, versteht sich).

Heute ist es sehr viel wahrscheinlicher, dass Israel als Staat auch das Jahr 2048 und das Jahr 2060 erlebt, wahrscheinlicher jedenfalls, als dass sich zu diesem Zeitpunkt in Westeuropa noch durchweg liberale Gesellschaften befinden.

Der grölende islamische Antisemitismus auf deutschen Straßen ist auch ein Kind von CDU und SPD

Wer die Probleme nicht erkennen will, wird sie niemals lösen: Der gescheiterte Kandidat für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten, Manfred Weber, gibt der an keiner Regierung beteiligten und erst 2013 gegründeten neuen Opposition die Schuld für die islamisch-antisemitischen Aufmärsche im Deutschland des Jahres 2021. Gleichzeitig fantasiert der staatliche Deutschlandfunk sogar eine frei erfundene Mäßigung der Hamas herbei.

Von Roger Letsch

Manfred Weber (CSU) macht die 2013 gegründete AfD für den Judenhass islamischer Demonstranten verantwortlich. Aus dem Blick zahlreicher Unionspolitiker ist geraten, dass ihre Partei noch bis weit in die 1990er Jahre rechter war als es die AfD heute ist, beispielsweise der hessische Landesverband unter Roland Koch (rechts).

WIKIPEDIA

In einem „Standpunkt“ (DLF, „Tag für Tag“, 17.5.2021) mit dem Titel „Wir wollen keinen Judenhass dulden“ nimmt Gerald Beyrodt ziemlich treffend auseinander, welche Lücke die Wirklichkeit in Deutschland in das saubere Gewebe politischer Absichtserklärungen reißt. Man verpflichtet ein vages „wir“ und duldet eben doch, wenn auf deutschen Straßen Israelflaggen brennen. Dabei kapriziert er sich eher auf die Flaggen, statt auf die viel bedrohlicheren Sprechchöre und die Gewalt, die von solchen aufgestachelten Mobs ausgehen. Von den Lügen ganz zu schweigen. Die Bilder stören, das Milljöh, aus dem die Täter offensichtlich kommen, stört eher weniger – sonst würde es vom DLF wohl genauer bezeichnet.

Auch Beyrodt schafft es nämlich, mit keinem Wort jene zu benennen, die zur Tat schreiten und ihrem Judenhass freien Lauf lassen. Ja, er bringt es sogar fertig, selbst die antisemitischen Ausschreitungen muslimischer Gruppen überall im Land noch den „Rechten“ ans Zeug zu framen: „Manchmal habe ich den Eindruck, dass das Land seit Halle wachsamer gegen Antisemitismus geworden ist“, meint Beyrodt uns mitteilen zu müssen. Mal abgesehen davon, dass ich diesen Eindruck keineswegs habe: warum ausgerechnet „seit Halle“? Hat das, was seit einer Woche auf unseren Straßen los ist, irgendetwas zu tun mit dem psychopathischen Spinner, der versuchte, in eine Synagoge einzudringen und nachdem ihm das nicht gelang, wahllos auf Passanten feuerte? Oder vielleicht mit den Schwefelbuben von der AfD, wie Manfred Weber von der CSU es darzustellen versucht?

Es sind eben gerade nicht AfD-Politiker oder deren Anhänger, die auf den Straßen brüllen, Kufiya um den Hals und antisemitische Parolen aus dem Hals hängen haben. Es sind viel eher die Wähler von Erdogan und dessen (Muslim)Brüdern im Geiste! Auch wird dem einen oder anderen Leser aufgefallen sein, dass jene Demonstranten, die keine Scheu hatten, ihre vor Tatsachenverdrehung, Unwissenheit und Hass nur so strotzenden Motive vor Kameras und Mikrofonen darzulegen, sehr gut und akzentfrei Deutsch sprachen. Es handelt sich – zumindest bei den Wortführern und sicher auch der Mehrheit der Mitläufer – nicht um jene laut Göring-Eckhardt „geschenkten Menschen“, die uns dank der von fast allen Parteien bejubelten Politik der Kanzlerin zugeflogen sind. Die artikulieren sich (noch) nicht in so deutlicher Weise.

Zweite und dritte Generation der Zuwanderer

Diese Demonstranten, Herr Weber, sind Ihre Schöpfung! Nicht Ihre persönlich, aber doch die der Union und der SPD, die dieses Land seit 16 Jahren regieren. Auf unseren Straßen protestiert die zweite und dritte Generation der Zuwanderer, und zwar ausdrücklich gegen etwas, das in Sonntagsreden gern als edle deutsche Staatsraison beschworen, jedoch recht selten mit politischer Konsequenz durchgesetzt wird: das Existenzrecht Israels. Das Abstimmungsverhalten Deutschlands in UN-Gremien ist beredtes Beispiel dafür.

In den 16 Jahren von Merkels Kanzlerschaft sind sie geboren worden oder hier aufgewachsen, die jetzt die Hamas feiern und Israel aller möglichen Verbrechen beschuldigen. Bildungsfern, faktenfrei, indoktriniert und weit weg von den beschworenen Konsequenzen unserer Geschichte und den Schlussfolgerungen daraus. Ein Heiko Maas, dessen Partei die meiste Zeit in den letzten Jahren Merkels Politik mitgetragen hat, kann schon kaum ohne sich lächerlich zu machen von sich behaupten, „wegen Auschwitz“ in die Politik gegangen zu sein. Politiker, die sich einst aus den Reihen derjenigen rekrutieren könnten, die heute auf Demos das große „antizionistische“ Wort führen, würden diesem schrecklichen Spruch hingegen nur zu gern seine wörtliche Bedeutung wiedergeben. Wer wird sie davon abhalten, wenn es schon nicht geschafft wurde, sie von solchen Gedanken abzubringen? Die Union? Die Grünen? Sie SPD?

In der Anmoderation zum oben erwähnten DLF-Beitrag betonte Christiane Florin, dass auch die DTIB und der Zentralrat der Muslime sich von Gewalt und Hass distanziert hätten. Formal ist das sicher richtig, doch da diese Beteuerungen ganz offensichtlich nichts genützt haben, wäre es jetzt wohl allerhöchste Zeit, festzustellen, dass die Politik jahrzehntelang mit den Falschen geredet, konferiert und getagt und diese reichlich gefördert hat. Passiert dies nicht – und darauf wette ich – wird alles genau so weitergehen und schlimmer werden.

„Unfair“, weil Israel weniger Opfer hat

Der Versuch deutscher Medien, im Nahostkonflikt beide Seiten „auf Augenhöhe“ zu heben, ist nur teilweise dem zeitgeistig dumpfen Streben nach Gleichheit für alle und alles zuzurechnen. Man möchte einfach nicht sehen, was und wen genau Deutschland und die EU da eigentlich Jahr für Jahr mit Millionensummen in Gaza unterstützen. Man spürt die Raketen nicht, sieht die Einschläge nicht und muss selbst nicht Nächte in Bunkern verbringen. Aus Berichten über das israelische Raketenabwehrsystem „Iron Dome“ hört man förmlich das Bedauern heraus, hier sei die Technologie doch irgendwie unfair verteilt. Doch es ist nunmal so: Wenn für die eine Seite Frieden das Schweigen der Waffen, für die andere jedoch die Vernichtung des Gegners und die Auslöschung seines Landes und seiner Bürger bedeutet, ist kein Verhandeln möglich. Dass „Iron Dome“ auch die arabischen Israelis schützt, wird verdrängt.

Im Versuch, diesen Gegensatz zu übertäuben entstehen dann „erklärende“ DLF-Artikel wie dieser, der die „Hintergründe der Gewalt“ recht eigenwillig zurechtzupft. Als stünden sich da gerade zwei gleichberechtigte Kontrahenten gegenüber, die sich mal wieder in eine „Gewaltspirale“ begeben, wie unsere Kanzlerin in Wartestellung, Annalena Baerbock, sich ausdrückte. Gern hält man die Illusion aufrecht, durch Vermittlungen, Beschwichtigungen und letztlich Zahlungen von viel Geld etwas erreichen zu können. Aber verhandelt der italienische Staat mit der Mafia? Hat General Eisenhower mit der SS verhandelt? Die Hamas ist und bleibt das, was sie bei ihrer Gründung am 18. August 1988 war und in ihrer Charta festgelegt hat: Jihad bis zur Zerstörung Israels. Interessant ist deshalb, was uns der Deutschlandfunk in seinem Erklär-Artikel mitzuteilen hat.

„Die Hamas war auf dem Weg, sich zu mäßigen. Sogar von einem Abkommen mit Israel war die Rede. Sie versuchte, vom Klischee der raketenschießenden Terroristen wegzukommen. Sie stand auch in Umfragen gar nicht so schlecht da. Doch dann sagte Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas die Wahlen ab."

Das Bedauern tropft auf jeder Zeile. Per Mail habe ich beim DLF nachgefragt, um welches Abkommen es sich da wohl handeln mag und wie der Weg der Mäßigung genau aussieht, den die Hamas angeblich beschritt, bevor Abbas die Wahlen (wieder einmal) absagte. Vielleicht ist mir da ja was entgangen. Im Subtext beschuldigt das DLF hier den Chef der Fatah, der friedliebenden Hamas den Weg zur Macht zu verbauen, obwohl die Hamas „in den Umfragen gar nicht so schlecht da" stünde. So ein Pech aber auch!

Ich vermute, die Ursache für den Optimismus des Artikels ist, dass das DLF es vorzieht, nur die Hälfte dessen zur Kenntnis zu nehmen, was die Hamas so meint und schreibt. „Israel existiert und wird weiter existieren,", heißt es schon in der Präambel der Hamas. Na, wenn das kein schöner Erfolg ist, ein Weg, den man weiter beschreiten kann. Zu dumm nur, dass der Satz nach dem Komma wie folgt weiter geht: „bis der Islam es ausgelöscht hat, so wie er schon andere Länder vorher ausgelöscht hat."

Der phantasievolle Leser, der um den grundsätzlichen Sunna-Schia-Konflikt, die große Nähe der Hamas zum Iran und um die Ignoranz der muslimischen Welt weiß, wenn Muslime sich gegenseitig umbringen, wird im Geist ergänzen „…und danach weitere Länder auslöschen möchte."

Das Abkommen, von dem im Artikel angeblich die Rede war, ist nichts als Pfeifenrauch, wobei mir nicht ganz klar ist, welche Kräuter die Autoren beim DLF zu dessen Erzeugung benutzen. Die Hamas verhandelt nicht mit Israel, ist aber mittlerweile durchaus bereit, eine Zweistaatenlösung zu akzeptieren: einen Staat für sich und einen zweiten für die Fatah.

Ergebnis von 16 Jahren Appeasement

Die deutsche Politik gibt sich überrascht und entsetzt über Ton und Inhalt der Demonstrationen, die offen den souveränen, mit Deutschland befreundeten Staat Israel verleumden und herabsetzten und die Terrortruppe der Hamas unterstützen, die das eigene Volk als Geiseln und Schutzschilde nutzt. Dabei ist es doch unser Bildungssystem, durch das fast alle dieser Jugendlichen gegangen sind. Was wurde da gelehrt? Und wie verhält sich dieser Lernstoff zu dem, was in den Moscheen gepredigt und in den Familien tradiert wird? Auch die Gleichsetzung hier lebender Juden mit israelischer Politik, für die sie sich bei jeder Gelegenheit rechtfertigen sollen, ist offensichtlich nicht auszumerzen. Verfestigte Parallelgesellschaften, in denen Werte gepflegt und gelehrt werden, die unserem Grundgesetz und der Freiheit selbst diametral gegenüberstehen, haben sich nicht über Nacht gebildet. Was wir heute sehen ist mindestens das Ergebnis von vier Legislaturperioden.

Man hat weggesehen, die Abkoppelung von Parallelgesellschaften zugelassen und die sich daraus ergebenen Probleme geleugnet. Man hatte ja auch nichts anzubieten, keine Werte, keine Fahne, kein Selbstbewusstsein außer dem unbedingten Wunsch, so schnell wie möglich in einem paneuropäischen Amalgam zu verschwinden. Solange das Kreuz alle vier Jahre an der richtigen Stelle gemacht wurde, durfte die Politik von einer Kontinuität träumen, die es längst nicht mehr gibt. Das Problem des Antisemitismus wurde stärker, statt schwächer. Denn während man das Geld für den „Kampf gegen rechts" nur so herausblies, scheint eine ganze Generation Heranwachsender entweder der islamistischen Seelenfängern oder den Weltuntergangspredigern von der „Kirche der letzten zwei Grade" hinterherzulaufen. Häufig sogar beides.

Mahnwachen sind Mangelware

Die Instrumente, die man sich schuf, um einer erneuten Machtergreifung brauner Horden vorzubeugen, zeigen sich angesichts des meist von jungen Muslimen ausgehenden Antisemitismus stumpf und unbeweglich. Keine Mahnwachen, keine Konzerte, keine Hashtags, kein „Nie wieder". Stattdessen ein seltsam unentschlossener und vager Artikel von der sonst jede Ungerechtigkeit witternden Amadeu-Antonio-Stiftung, in dem zwar von „brennenden Israel-Fahnen" die Rede ist, aber nicht davon, wer sie anzündete. Wo „jeder Antisemitismus" verurteilt wird, aber nicht jene benannt werden, die ihn mit der Muttermilch einsaugen und ausüben. Zumindest nicht diesmal. Aber wer als zweites Standbein auch die „Islamfeindlichkeit" bekämpft, muss sich wohl entscheiden, auf welcher Seite er sich Feinde machen will.

Eine Antwort auf meine Frage nach den Quellen ihrer butterweich-optimistischen Behauptungen über die Hamas habe ich vom DLF bisher noch nicht erhalten. Ich werde diese aber gern nachliefern.

Jüdisches Leben in Deutschland: Schutzhaft de luxe

Das angeblich so blühende jüdische Leben in der Bundesrepublik findet mit zunehmender Islamisierung unter noch mehr Polizeischutz statt. Der von der Bundesregierung großzügig geförderte Zentralrat aber kritisiert den islamischen Antisemitismus zaghaft bis gar nicht.

Von Henryk M. Broder

Polizei bewacht jüdische Einrichtungen in Berlin

Die Gefahr, irgendjemand könnte dem Berliner Innensenator Andreas Geisel, SPD, vorwerfen, er sei für seinen Job überqualifiziert, ist recht überschaubar. Gäbe es für die Angehörigen des Berliner Senats, also der Regierung, „Kopfnoten" wie in einer Schule, würde in seinem Zeugnis der Satz stehen: „Er hat sich immer Mühe gegeben."

Letzten Montag berichtete der Innensenator vor dem Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses über eine antiisraelische Demonstration im Berliner Bezirk Neukölln, die, sagen wir es freundlich, ein wenig aus dem Ruder gelaufen war. Den 3.500 Teilnehmern standen 900 „Einsatzkräfte" gegenüber, die „mehrere Stunden brauchten, um die Lage in den Griff zu bekommen" (taz). Dabei wurden 93 Polizisten verletzt und 65 Demonstranten „vorläufig festgenommen".

Obwohl es Kundgebungen dieser Art in Berlin schon öfter gegeben hat, schien die Polizei diesmal überrascht zu sein. Sie hatte offenbar nicht mit der Militanz der Berliner Exil-Palästinenser gerechnet. Vor dem Event noch ahnungslos, brauchte der Innensenator keine 36 Stunden, um sich Klarheit über die Klientel zu verschaffen. Die Gewalt sei „nicht von politisch organisierten palästinensischen Gruppen ausgegangen", ließ der Innensenator die Mitglieder des Innenausschusses wissen, vielmehr seien es 300 bis 400 „erlebnisorientierte arabischstämmige Jugendliche und junge Männer" gewesen, von denen „eine unglaubliche Aggressivität" ausgegangen wäre.

Erlebnisorientierte junge Männer

Ja, das hat der Innensenator so gesagt, es waren keine katholischen Pfadfinder, keine Wandervögel aus der Pfalz und keine Austauschschüler aus dem Altmühltal, die in Neukölln eine Hamas-Party feierten, nein, es waren „erlebnisorientierte arabischstämmige Jugendliche und junge Männer", unpolitisch und nicht organisiert. Wie hat der Innensenator das so schnell herausgefunden? Festgenommene interviewt, Speichelproben genommen? Oder nur auf sein Bauchgefühl gehört, das ihm zuraunte: „Die wollen nur spielen!"

Tröstlich an dieser Geschichte ist, dass Einfalt keine Heimat hat. Sie wohnt Dummen und Klugen inne, Christen und Juden, Armen und Reichen.

Am selben Tag, da Andreas Geisel die Mitglieder des Innenausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus informierte, gab der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, der „Tagesschau" ein Interview. Auf die Frage, wie sich die jüdische Gemeinschaft in Deutschland fühlen würde, antwortete er: „Die jüdische Gemeinschaft fühlt sich nicht unsicher, sie fühlt sich nicht unwohl, aber: sehr wohl ist im Moment erhöhte Aufmerksamkeit geboten…"

Das hätte auch eine Antwort von Monty Python auf die Frage sein können, wie er sich so fühlen würde, wenn ihm jemand an der Supermarktkasse eine Pistole an den Kopf hielte: „Nicht unsicher und nicht unwohl, aber wohl wissend, dass im Moment eine erhöhte Aufmerksamkeit geboten ist."

Goldfische in einem Piranha-Becken

Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist kein demokratisch legitimiertes Gremium, eher eine Honoratiorenversammlung, die rund 100 jüdische Gemeinden mit etwa 100.000 Mitgliedern „repräsentiert". Wichtigste Aufgabe des Zentralrates ist es, dafür zu sorgen, dass der gute Ruf der Bundesrepublik nicht beschädigt wird. Er darf Kritik üben, aber immer mit Maß und Mitte. Dafür wird er von der Bundesregierung generös gefördert. Nur wenn er den Ast, auf dem er sitzt, absägen möchte, würde es Präsident Schuster wagen zu sagen, dass sich die Juden in Deutschland fühlen wie Goldfische in einem Piranha-Becken.

Angst ist ihr ständiger Begleiter, und nicht erst seit gestern. Während deutsche Politiker nicht müde werden zu verkünden, wie glücklich sie darüber sind, dass jüdisches Leben in Deutschland wieder blüht und gedeiht, müssen jüdische Gotteshäuser, Schulen, Altersheime und Kindergärten rund um die Uhr bewacht werden. Das ist kein Leben, das ist Schutzhaft de luxe.

Wären die Juden ebenso „erlebnisorientiert" wie die militanten Palästinenser, würden sie diese Art der Sonderbehandlung möglicherweise als etwas Positives empfinden. Und manche tun es auch. Der Zentralrat hat das Jahr 2021 zu einem „Festjahr" des jüdischen Lebens in Deutschland erklärt, denn: „Im Jahre 2021 leben Jüdinnen*Juden nachweislich seit 1.700 Jahren auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands" – eine Formulierung, die dem Umstand Rechnung trägt, dass es vor 1.700 Jahren noch kein Deutschland gegeben hat. Macht nichts, „Ziel des Festjahres ist es, jüdisches Leben sichtbar und erlebbar zu machen und dem erstarkenden Antisemitismus etwas entgegenzusetzen."

Letztes Wochenende ist das jüdische Leben wieder sichtbar und erlebbar geworden, mit Hilfe „erlebnisorientierter arabischstämmiger junger Männer", die in Neukölln und zwei Dutzend weiteren Städten eine große Sause feierten, zu der Juden nicht eingeladen waren.

Dieser Beitrag erschien zuerst in der Weltwoche.

Die antisemitische Hauptbedrohung kommt in Deutschland und Westeuropa derzeit vom Islam und seinen links-grünen Wegbereitern

Immer wieder zitieren unsere Politiker und Journalisten eine Statistik über antisemitische Straftaten, die belegen soll, dass antisemitische Taten zu 90 % von „rechts" begangen werden. Doch diese Angabe enthält bei genauerem Hinsehen zahlreiche absichtliche Falschverortungen und deckt sich nicht im Geringsten mit den Erlebnissen der Betroffenen.

Von Gerd Buurmann

STEFANIE LOOS / AFP

Anti-israelische Demonstration in Berlin

„Tapfer im Nirgendwo" präsentiert ein paar wichtige Auszüge aus diesem „Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus" des 18. Deutschen Bundestags vom 7. April 2017 (Drucksache 18/11970). Die Lektüre zeigt, der größte Teil judenfeindlicher Straftaten ist nicht dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen, sondern wird dem rechtsradikalen Spektrum zugeordnet. Dies ist ein wichtiger Unterschied, vor allem für jene, die sich vor Judenhass schützen müssen. In dem Bericht steht:

„Antisemitische Straftaten zählen in Deutschland zur politisch motivierten Kriminalität (PMK). (…) Eine politische Motivation wird dann angenommen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sich die Tat gegen eine Person oder Personengruppe aufgrund deren Nationalität, Volkszugehörigkeit, »Rasse«, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung, ihres gesellschaftlichen Status oder ihres äußeren Erscheinungsbildes richtete. (…) Fremdenfeindliche Straftaten werden heute überwiegend als extremistisch eingestuft. Antisemitische Straftaten gelten generell als extremistisch. Beides wird unter dem Begriff der »Hasskriminalität« zusammengefasst. (…) Innerhalb der PMK wird einerseits nach sogenannten Phänomenbereichen, nämlich »PMK-Rechts«, »PMK-Links«, »PMK-Ausländerkriminalität« (PMAK, oder auch PMK-Ausländer) und »PMK-Sonstige«, andererseits zwischen Straftaten generell und der Teilmenge der Gewalttaten unterschieden, denen auch im Fall antijüdischer Straftaten eine besondere Bedeutung zukommt. Der jeweils ermittelte Sachverhalt kann nur einem der drei Phänomenbereiche »PMK-Rechts«, »PMK-Links« oder »PMAK« zugeordnet werden. Ist eine Zuordnung zu diesen nicht möglich, wird der Phänomenbereich »PMK-Sonstige« gewählt."

Antisemitisch motivierte Straftaten werden somit nicht gesondert erfasst, sondern unter Fremdenfeindlichkeit subsumiert! Das heißt, unter „PMK-rechts" finden sich größtenteils Straftaten gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte. Das bedeutet, über die Verteilung antisemitischer Straftaten kann durch diese Statistik keine Aussage gefällt werden.

„Der PMAK/PMK-Ausländer werden Straftaten zugeordnet, »wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass v. a. die durch eine nicht-deutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet sind Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Straftaten der PMAK können auch durch deutsche Staatsangehörige verübt werden«."

Der Begriff „Ausländerkriminalität" bedeutet somit nicht, Ausländer, die Straftaten begehen, sondern Straftaten mit Verhältnissen zum Ausland, womit auch deutsche Staatsbürger Ausländerkriminalität begehen können.

„Die Polizei kann nur solche Straftaten erfassen, die sie entweder selbst ermittelt hat oder die ihr von dritter Seite bekannt gemacht werden. D. h. wir haben es auch hier, wie bei allen Formen von Kriminalität, mit dem Hellfeld-Dunkelfeld-Problem zu tun. Eine Ursache ist das sogenannte Underreporting, d. h. viele antisemitische Straftaten werden von den Betroffenen oder Zeugen nicht angezeigt."

Da mit hoher Wahrscheinlichkeit gerade die judenfeindlichen Äußerungen in Flüchtlingsheimen und Moscheen nicht von den Bewohnern und Besuchern der Räumlichkeiten zur Anzeige gebracht werden, taugt diese Statistik nicht zur Ermittlung von Judenhass unter Muslimen und Flüchtlingen.

„Die Zahl der tatsächlichen antisemitischen Vorfälle wird auch dadurch systematisch unterschätzt, dass bei jedem Vorfall, bei dem es zu mehreren Delikten gekommen ist (z. B. Beleidigung, Raub, Körperverletzung), nur das Delikt mit der höchsten Strafandrohung gezählt wird. Damit gehen alle anderen Delikte nicht in die polizeiliche Statistik ein. Insbesondere bei kollektiven Handlungen, wie Demonstrationen, ist die genaue Anzahl der begangenen Straftaten daher kaum angemessen zu ermitteln."

In den letzten Jahren waren bei Demonstrationen in Deutschland folgende Parolen zu hören:

„Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein!" / „Juden ins Gas!" / „Scheiß Juden"

Diese Demonstrationen fanden mit tausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern muslimischen Glaubens in Berlin, Frankfurt, Essen, Gelsenkirchen und vielen weiteren Städten statt. In der Statistik werden diese Massen nicht angemessen gespiegelt.

„Die Einordnung einer Straftat als antisemitisch hängt von der Wahrnehmung und von den Kriterien ab, nach denen eine Tat eingestuft wird. Es handelt sich also um das »Problem der Motivklärung«, das die Entwicklung eines Problembewusstseins voraussetzt. Es hängt letztlich von den Erfahrungen, der Sensibilität und dem thematischen Kenntnisstand der ermittelnden Beamten ab, ob eine antisemitische Straftat als solche erkannt und korrekt klassifiziert wird."

Im Jahr 2015 verurteilte das Wuppertaler Amtsgericht zwei Araber zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt für einen Brandanschlag auf eine Synagoge. Ein weiterer 18-Jähriger Täter wurde nach Jugendstrafrecht zu einer Bewährungsstrafe ohne konkretes Strafmaß verurteilt. Das niedrige Strafmaß begründet das Gericht mit der Feststellung, dass es „keine Anhaltspunkte für eine antisemitische Tat" gäbe. Die „Palästinenser" hatten gestanden, im Sommer 2014 Brandsätze auf die Synagoge geschleudert zu haben, erklärten aber, dass sie damit die Aufmerksamkeit auf den Gaza-Konflikt lenken wollten.

Einige Anschläge auf jüdische Einrichtungen werden nicht unter Antisemitismus gefasst, wenn eine „Palästina-Verbindung" besteht.

„Fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten werden grundsätzlich immer dann dem Phänomenbereich PMK-Rechts zugeordnet, wenn keine weiteren Spezifika erkennbar sind (z. B. nur der Schriftzug »Juden raus«) und zu denen keine Tatverdächtigen bekannt geworden sind. Damit entsteht möglicherweise ein nach rechts verzerrtes Bild über die Tatmotivation und den Täterkreis."

In der Nacht vom 27. auf den 28. März 2011 wurde die Aachener Synagoge mit einem Hakenkreuz beschmiert.

Im Sommer zuvor war bereits die Außenmauer des jüdischen Friedhofs an der Lütticher Straße verunstaltet worden. Neben Hakenkreuzen wurde auch die Parole „Freiheit für Palästina" an die Wand geschmiert.

Hakenkreuze und andere Symbole werden nicht nur von rechts verwendet, aber oft ausschließlich rechts zugeordnet. Das heißt: Wenn ein Hakenkreuz dabei ist, wird die Tat als rechtsradikal eingestuft, selbst wenn es von Muslimen kommt.

„Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die PMK-Statistik eine Reihe teils behebbarer, teils reduzierbarer, teils aber auch nicht zu ändernder Schwächen aufweist, so dass sie nur begrenzt zur Beurteilung der Verbreitung von Antisemitismus und entsprechenden Tätergruppen geeignet ist."

So steht es in dem „Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus". „Nur begrenzt" ist eine sehr milde Bezeichnung.

Die Aussage, neunzig Prozent aller antisemitischen Straftaten in Deutschland würden von rechts begangen werden, ist nicht belegt.

Im Jahr 2021 erschien der Zweite Bericht der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Dieser Bericht zeigt, dass sich an dem Problem kaum etwas geändert hat.

Für den Bericht wurde eine Studie unter der Problembeschreibung „Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen: Wahrnehmungen und Erfahrungen jü-

discher Menschen“ in Auftrag gegeben. Für die Problembeschreibung wurden mit insgesamt 59 Jüdinnen und Juden aus Nordrhein-Westfalen Interviews geführt. Alle Interviewten erwähnten, antisemitische Vorfälle selbst erlebt zu haben. Diese reichten von Bedrohungen gegen die eigene Person oder antisemitischen Zuschriften an jüdische Gemeinden, sowie gezielten Sachbeschädigungen jüdischer Objekte bis zu antisemitisch motivierten körperlichen Angriffen. Als Hauptphänomen des Antisemitismus erwähnen die Befragten die starke Zunahme des israelbezogenen Antisemitismus. Bei der Befragung fiel besonders auf, dass es eine Diskrepanz gibt zwischen der Erfahrung von Menschen, die vom Judenhass betroffen sind und der Polizeistatistik. Der Bericht macht dafür auch die fehlerhafte Datenerhebung verantwortlich:

„So werden antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik meistens dem Phänomenbereich „Rechts“ zugeordnet. Die Problembeschreibung zeigt auf, dass die Zuordnung erfolgt, sobald Bezüge zum Nationalsozialismus oder keine weiteren Spezifika erkennbar sind oder keine Täterinnen und Täter bekannt geworden sind. Die Interviews ergaben, dass Straftaten auch von Täterinnen und Tätern mit muslimischem und/oder islamistischem Hintergrund verübt und in dieser Rubrik erfasst wurden. Das wird nach Auffassung der Betroffenen nicht ausreichend deutlich.“

Nicht ausreichend deutlich? Das haben die Betroffenen sehr zurückhaltend formuliert. Hakenkreuze und die Parolen „Tod den Juden“ und „Juden ins Gas“ werden nach wie vor unter politisch motivierter Kriminalität von rechts einsortiert, obwohl das Hakenkreuz mittlerweile auch zum Symbol der Hamas geworden ist und im Sommer 2014 auf einer antiisraelischen Demonstrationen in Essen von Muslimen Hitler gefeiert wurde.

Der Antisemitismus-Bericht gibt noch eine weitere Erklärung für die große Diskrepanz zwischen der Polizeistatistik und der Erfahrung der Betroffenen:

„Die PMK-Statistik listet im Themenfeld Hasskriminalität auch die antisemitischen Straftaten auf. Allerdings kann die PMK-Statistik nur Auskunft über angezeigte Straftaten geben. Somit fallen antisemitische Vorfälle, die strafrechtlich nicht relevant sind und Straftaten, die erst gar nicht angezeigt wurden, aus der PMK-Statistik heraus. Daher liefert die PMK-Statistik immer nur eine Auskunft über das Hellfeld, also die Zahl der tatsächlich angezeigten Fälle. (…)

Als einen großen Ort antisemitischer Vorfälle nennen die Interviewten die Schule. Hier finden antisemitische Vorfälle auf dem Schulgelände, im Unterricht und in WhatsApp-Gruppen statt. Die Befragten geben an, dass die Vorfälle sowohl von Mitschülerinnen und Mitschülern, die meist dem muslimischen Spektrum zu zuordnen seien, als auch teilweise von Lehrkräften ausgehen. Die Betroffenen trauen sich oftmals nicht, die Vorfälle bzw. das Fehlverhalten oder Nicht-Eingreifen der Lehrkräfte bei der Direktion der Schule zu melden, aus Angst vor möglichen negativen Konsequenzen für das Schulkind. Ein Ausweg besteht dann nur in einem Schulwechsel. Im Bereich Schule gibt es nach Wahrnehmung der Betroffenen ein großes Dunkelfeld.“

Es gibt somit ein großes Dunkelfeld, es gibt problematische Einordnungen antisemitischer Straftaten und es gibt fehlerhafte Datenerfassung bei der Polizei. Es gibt so viele Gründe, nicht zu behaupten, neunzig Prozent aller antisemitischen Straftaten würden von rechts ausgehen; vor allem dann nicht, wenn der Monat Mai 2021 von massiven antisemitischen Straftaten auf offener Straße geprägt war, die von muslimischer Seite aus begangen wurden.

Im Antisemitismus-Bericht von NRW aus dem Jahr 2021 steht weiterhin:

„Zum Anzeige- und Meldeverhalten gaben die Befragten an, dass sie von vielen wissen, die antisemitische Vorfälle nicht melden würden. Als Gründe nennen sie vor allem die Erwartung auf Seiten der Betroffenen, dass eine Anzeige ohne Konsequenzen für die Täterinnen und Täter bleibt und somit eine Meldung nichts ändern würde. Außerdem spielt die Angst vor weiteren Übergriffen und Nachahmungstaten eine große Rolle, auch die fehlende Kenntnis der Rechtslage, ob ein Vorfall strafbar ist oder nicht, sowie Sprachbarrieren und ein zu hoher bürokratischer und zeitlicher Aufwand bei der Polizei tragen zu einem Nicht-Meldeverhalten bei. Hinzu kommt auch fehlendes Vertrauen in staatliche Institutionen sowie schlechte Erfahrungen mit der Polizei.“

Das fehlende Vertrauen in staatlichen Institutionen rührt gewiss auch daher, dass selbst nach massiven Angriffen auf jüdischen Einrichtungen von muslimischer Seite der Ministerpräsident von NRW lieber fehlerhafte Statistiken bemüht, als das Problem endlich anzupacken.

Realitäts-Verleugnung und Harmonisierungs-Träumerei: Das „House of One” und der kleinste gemeinsame Nenner

Nach Jahrzehnten des als vollkommen gescheitert anzusehenden Religionsdialoges wurde nun in Berlin der Grundstein für das sogenannte „House of One“ für Christen, Moslems und Juden gelegt. Angesichts der Christen- und Judenverfolgung in islamischen Ländern wird damit dem quasi nicht integrierbaren Islam mithilfe von Steuergeldern ein weiteres Alibi geschaffen.

Von Roger Letsch

Dass es am Ende zehn Jahre bis zur feierlichen Grundsteinlegung des „House of One“ in Berlin gedauert hat, lag sicher nicht nur an der wackeligen Finanzierung und der langwierigen Auswahl eines Entwurfs für die äußere Architektur. Es lag auch an der labilen inneren Struktur dieses neuen Symbols des „interreligiösen Dialogs“, die mit viel politischen Mörtel gefestigt werden musste. Glaubt man den Beteuerungen des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble, wird es sich beim „House of One“ um einen „Ort der Toleranz und Offenheit“ handeln und Bürgermeister Michael Müller nahm die Grundsteinlegung zum Anlass, das Bekenntnis Berlins zu „Toleranz und Weltoffenheit“ zu erneuern. Angesichts der gelebten und demonstrierten existenziellen Intoleranz gerade gegenüber Juden auf den Straßen und Plätzen Berlins wohnt dieser Erklärung leider ähnlich viel Substanz inne wie dem Siegel „Schule ohne Rassismus“. Sie merken schon, liebe Leser, ich bin kein Fan dieser neuen zelebrierten Dreieinigkeit, wenngleich ich dem Projekt alles erdenklich Gute wünschen möchte. Es ist nur leider wie bei so vielen guten Gedanken, wenn sie in Deutschland auf fruchtbaren Boden fallen: der Efeu, der aus ihnen wächst, verdeckt die Realität.

Potemkin’sche Dörfer

Die „Berliner Zeitung“ spricht von einem „Wahrzeichen für Toleranz“, das da am Petriplatz entsteht. Ein gemeinsames Haus für die drei abrahamitischen Religionen, eine Kirche, eine Moschee und eine Synagoge unter einem Dach. Getrennt, aber verbunden durch einen Mittelbau. Viel architektonisches Hineinbedeuten, viel Metaebene, viel Wollen, zu viel Politik. Fragt man sich, wem da eigentlich ein Monument der Versöhnung errichtet werden soll, stellt man schnell fest, dass es nicht Judentum und Christentum sind, denen heute Brüderlichkeit und gegenseitige Achtung in Stein gemeißelt werden soll. Jesiden, Bahai und Buddhisten sind auch außen vor. Auch wenn man es nicht so deutlich sagt, so ist es doch der Islam, dem hier in einer Art seltsamen Provokationstherapie gezeigt werden soll, dass es auch anders, kooperativer und mit weniger Anspruch auf Absolutheit und nach dem Motto „ein Ungläubiger ist auch ein Mensch“ gehen kann.

Bitte nicht falsch verstehen, gegen Dialog ist nichts einzuwenden, auch zwischen den Religionen nicht. Ich fürchte aber, dass schon der Standort Berlin dafür sorgen wird, dass das Experiment politisch vereinnahmt wird und nach dem Sündenstolz, wie er anlässlich des fünften Jahrestages der Einweihung des Holocaust-Mahnmals („um dieses Mahnmal beneiden uns andere Völker“) nun eine Versöhnung mit der Realität gefeiert wird, die in Wirklichkeit nie stattfand. Im Gegenteil: Die unschönen Bilder von gegen Juden ganz allgemein und Israel im besonderen gerichteten Demonstrationen der letzten Wochen schreien geradezu nach einer warmen ideologischen Decke des Nichtwissenwollens, welche man darüber werfen kann.

Die Katholiken machen nicht mit

Die Politik braucht positive Symbolik, selbst dann, wenn sie nur in Form von verkopften Leuchttürmen existiert. Die „Drei“, die in diesem Projekt zu „One“ werden sollen, muss man sich schon durch eine ganze Reihe von Abstraktionen glatt denken. Eine kleine muslimische Gemeinde mit in Berlin gerade mal 5.000 Mitgliedern, die der Gülen-Bewegung nahesteht, kann schwerlich „den“ Islam verkörpern. Die beteiligte evangelische Kirche ist heute sowieso überall zu finden, wo dem Profanen, politischen Aktivismus gehuldigt und das Spirituelle vernachlässigt wird. Von anderen christlichen Kirchen ist in dem Projekt ebenso wenig zu finden, wie von den vielfältigen Strömungen und streitenden Meinungen im Judentum oder die zahlreichen Schismen im Islam. Kann es ja auch nicht, sage ich. Soll man ja auch nicht, wird der eine oder andere Leser vielleicht einwenden.

Doch wozu dann das Pathos? Wozu die absichtsvolle Auslassung alles Trennenden? Um die Gemeinsamkeiten umso heller strahlen zu lassen? Es mangelt ja weder an Gelegenheiten zur Begegnung noch an Gotteshäusern in Deutschland. Die freie Religionsausübung ist vom Grundgesetz garantiert. Es werden Kirchen abgerissen und Moscheen und Synagogen errichtet. Nur letztere müssen umfassend geschützt werden. Aus schlechtem, sehr traurigem Grunde, wie wir wissen. „House of One“ soll der wahr gewordene Traum vom Cumbaya sein, so wie ihn sich die Politiker erträumen, die die Menschen gern in Schachteln packen, um sie einschätzen, benutzen oder nach Interessen sortieren zu können. „House of One“ ist also ein politisches Projekt, kein gesellschaftliches oder religiöses.

Privatsache Religion

Nichts bringt heute Gelder, Ressourcen und Menschen zuverlässiger in Bewegung als die Religionszugehörigkeit. Muslime werden in Deutschland geradezu ausschließlich über diese Zugehörigkeit angesprochen und auch deren Bedürfnisse und die Anforderungen, die man an sie zu stellen wagt, werden darüber definiert. Was dazu führt, dass sie sich selbst häufig ausschließlich über eben diese Religionszugehörigkeit definieren. Als gäbe es keine anderen, der Religion entzogene Ebenen, auf der alle Menschen gleichermaßen „nur“ Konsumenten, Unternehmer, Steuerzahler, Hausbesitzer oder Hausbesetzer, Urlauber, Student, Passant, Leser oder sonst etwas sind, fliegen der Staat und die ihm zuarbeitenden Parteien, die Schulen, NGOs oder Initiativen auf dieses eine Merkmal wie Wespen zum Zwetschgenkuchen.

Hier setzten Förderprogramme an, werden Islamkonferenzen durchgeführt, Beauftragte ernannt, gibt es Posten und Pöstchen in einem ganzen Zirkus von Kümmerer-Organisationen zu besetzen, wird schon in der Ablehnung bestimmter religiös begründeter Praktiken eine Islamphobie erschnuppert und gern zur gesellschaftlichen Therapie geschritten. „House of One“ ist zwar kein genuin staatliches Projekt, es kann aber nur dank der politischen Hefe gedeihen, die man dem Most dieser Idee hinzugefügt hat. Dass sich daraus ein guter Wein keltern, auf Flaschen ziehen und exportieren lassen wird, wage ich zu bezweifeln.

0Im Grunde denke ich, „House of One“ zäumt das Pferd einfach von der falschen Seite auf. Statt gemeinsam zu beten und getrennt zu leben, sollten wir besser getrennt beten und gemeinsam leben. Dass es dazu nie kam, ist Teil des Versagens der Politik. Weil das, was unser Land an verbindenden säkularen Werten anzubieten hat, längst zu schwach ist, wird stattdessen nach einem religiösen kleinsten gemeinsamen Nenner gesucht. Gefunden hat man ihn nicht, die Brüche sind einfach viel zu komplex.

Wie die „Badische Zeitung“ (BZ) den moslemischen Judenhass verschweigt

Bei der aufgeheizten und gewaltbereiten Freiburger Hass-Demo wurde von Muslimen dazu aufgerufen Juden zu „schlachten“. Die Journalisten der großen Regionalzeitung erwähnen diese Ungeheuerlichkeit nicht und blenden den islamischen Judenhass aus, den auch unsere Autorin vor Ort erfahren musste.

Von Simon Schermann

Badische Zeitung
Die Tageszeitung der BZ medien

Bagatellisierend und verstörend spricht die BZ von einer „friedlichen“ Demonstration von „Palästina spricht“, auf der antisemitische Hassparolen gebrüllt wurden. Sie schweigt auch zum Judenhass und Hass auf Israel in anderen Städten Baden-Württembergs.

Die Positionierung der BZ ist auch dieser Tage augenfällig und reiht sich in eine Dauerberichterstattung nach dem Prinzip der einseitigen und subtilen Parteinahme ein. Sie lässt systematisch Fakten weg, die Israel positiv betreffen könnten, bedient mit Vorliebe die Narrative der arabischen Seite und suggeriert damit eine vermeintlich tatsachenbezogene Berichterstattung. Es ist das Prinzip: Entstellung, Verharmlosung und Auslassung.

Der Verein „Palästina spricht“ hatte in Freiburg eine Demonstration gegen Israel angemeldet. Die jüdische Gemeinde hingegen hatte sich eingefunden, um für Israel Gebete zu sprechen und dazu die christliche Initiative „Aktion Schalom“ zur Unterstützung eingeladen, die israelische Tänze aufführte.

Die aggressive Anti-Israel-Hetze in Baden-Württemberg, wie sie am 15. Mai 2021 in Freiburg, Stuttgart und Karlsruhe stattgefunden hat, war der „Badischen Zeitung“ jedoch keinen Bericht wert. Es entsteht der Eindruck, dass die Gewaltbereitschaft, mit der diese drei Städte und ihre jüdischen Gemeinden konfrontiert wurden, für die BZ durchaus legitime „Maßnahmen“ darstellen, da alle drei Hass-Demos von der Zeitung stillschweigend ignoriert wurden.

Gelsenkirchen: „Scheiß Juden!“

In Gelsenkirchen brüllte bereits am 12. Mai 2021 eine moslemische Horde vor der Synagoge „Scheiß Juden!“, und 180 Personen waren auf dem Weg zur Synagoge. In Kreuzberg ruft dieselbe Klientel dazu auf „Tel Aviv zu bombardieren“, in Dresden wird die Gegendemo attackiert, die Israel-Fahnen hochhält. In Pankow wird eine Israel-Fahne angezündet, in Würzburg wird eine vom Mast gerissen, in Hannover zerrissen und in Solingen verbrannt. Die Stadt Hagen nimmt die Fahne zur „Deeskalation“ von selbst wieder ab und bezeugt den Kotau vor der Islamisierung Deutschlands in diesen Tagen auf symbolhafte Weise.

Es war Samstag, der 15. Mai, an dem moslemisch-arabische Judenhasser wieder zahlreiche Innenstädte in Deutschland dominierten. Eine konzertierte und in großen Teilen aufgeheizte und gewaltbereite Stimmung quer durch die Republik, von Berlin bis Freiburg.

In Berlin eskalierte die Pro-„Palästina“-Demo bestehend aus 3.500 Personen. Der Mob brüllt „Kindermörder Israel“ und die Forderung nach einem „freien Palästina, vom Jordan bis zum Meer“, wobei Steine und Flaschen gegen die Polizeikräfte flogen und massive Gewalt ausgeübt wurde. Die Hauptstadt Berlin traf es besonders schlimm, da allein bei der Hass-Demo im Stadtteil Neukölln rund 93 Polizisten verletzt und 65 Personen festgenommen wurden.

Laut „Stuttgarter Zeitung“ kam es in der Landeshauptstadt am Samstag zu gewaltsamen Auseinandersetzungen auf dem Marienplatz, Flaschenwürfen auf Beamte und zu der Fixierung von Demonstranten am Boden durch die Polizei. In Karlsruhe stürmten laut „Badische Neueste Nachrichten“ (BNN) aggressive Demonstranten aus der Pro-„Palästina“-Demo auf eine einzelne Frau zu. Die Frau, die eine Israel-Fahne hochhielt, hatte von der Polizei daraufhin einen Platzverweis erhalten, da laut BNN sofort eine aggressive Stimmung aufkam und eine „brenzlige“ Situation für die Frau entstanden war. Zudem kam es zum „Einkassieren“ der Fahne. In einem weiteren Bericht der BNN kommt der Einsatzleiter zu Wort, der davon berichtet, dass rund 150 Personen gegen die Frau vorgegangen waren. „Sie wäre überrannt worden und es wäre Schlimmeres passiert,“ so der Einsatzleiter.

Aber die BZ schweigt zu alldem hartnäckig, auch zum Hass und der Aggressivität in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg.

Der Samstag hat in der Republik zu einer Zeitenwende geführt. Ein Albtraum ist wahr geworden: offener moslemischer Judenhass auf Deutschlands Straßen. Auch in Freiburg gab es eine gewaltbereite Hass-Demo. Aber die BZ titelt: „Polizei sichert und trennt drei Demos. Jüdische Gemeinden und palästinensischer Verein demonstrieren friedlich nebeneinander.“

Es wird auf verstörende Weise suggeriert, man habe drei gleiche „Demos“ voneinander trennen müssen, die alle „friedlich“ waren. Das klingt nicht nur absurd, es stimmt einfach nicht, da die Realität eine gänzlich andere war.

Vermeintlich gleich-friedliche Gruppen

Mit einer Gruppe von 10 Personen folgte ich an dem Samstag dem Aufruf der Jüdischen Gemeinde und der christlichen Gruppe „Aktion Schalom.“ Wirklich friedliebende Menschen hatten Israelfahnen dabei und die Zusammenkunft wirkte wie ein großer, fröhlicher Gebetskreis. Es bedurfte dann über 20 Mannschaftswagen der Polizei, die in Doppelreihe als Sichtschutz aufgestellt wurden, um diese einzige friedliche Zusammenkunft des Tages zu beschützen. Friedlich, weil mehrere Personen Psalmen rezitierten, der Kantor der Jüdischen Gemeinde betete und sang, ein anderes jüdisches Mitglied sang israelische und jiddische Lieder. Die betende und singende Zusammenkunft von Israel-unterstützenden Kreisen unterschiedlichster Provenienz war als einzige friedlich. Um circa 15 Uhr begann dann die Kundgebung von „Palästina spricht“, die wir bestürzt und fassungslos betrachteten, und zu der ein massives Polizeiaufgebot in Stellung gegangen war, das sich als bittere Notwendigkeit erwies.

In Freiburg durften rund 700 moslemische Männer und Frauen ihrem Hass auf Israel und Juden freien Lauf lassen. Die Stimmung war außerordentlich aufgeheizt und hasserfüllt. In der Mitte moslemischer junger Männer stand eine Art Einpeitscher, der übelste Parolen brüllte, die vom Rest ebenso hasserfüllt nachgebrüllt wurden. Hass und Gebrüll dominierten diese Demo.

Szenen aus Freiburg (1)

Die Polizei untersagte daher zu unserem Schutz, Israelfahnen sichtbar zu zeigen. Vor unseren Augen und Ohren brüllten deutlich gewaltbereite und aufgepeitschte Männer auch den Schlachtruf „Kaybar, Kaybar ya Yahud.“ Die Ankündigung der Rückkehr von Mohammeds Armee und des Abschlachtens der Juden, erschallte im Herzen von Freiburg. Es ist der Schlachtruf, mit dem wir Juden an die Ausrottung der jüdischen Gemeinde in der Stadt Kaybar im siebten Jahrhundert erinnert werden sollen. Der Aufruf zur Vernichtung Israels und für einen israelfreien Nahen Osten wurde mit „from the river to the sea – Palestine will be free” ebenfalls in Freiburg mehrfach skandierend verkündet.

Kaybar, kaybar ya Yahud!

Mit dieser Gebietsdefinition vom Fluss Jordan bis zum Meer wird klassisch das Existenzrecht Israels in Frage gestellt und in Verbindung mit „Kaybar, kaybar ya Yahud“ zur Vernichtung der Juden aufgerufen.

Es gab keine drei Demos. Es gab Gebete für Israel auf der einen Seite, geschützt durch ein massives Polizeiaufgebot und durch einen Schutzwall aus Mannschaftswagen. Die Betenden hatten keine tobenden Agitatoren, deren Geschrei von hunderten hasserfüllten Individuen zurückschallte. Es gab nur eine Demo und zwar eine gewaltbereite, bei der man spürte, dass lediglich ein Funke fehlte wie zum Beispiel eine sichtbare Israelfahne, um eine Eskalation hervorzurufen. Nur ein paar Meter trennten uns von dem Hass von „Palästina spricht.“

Mit größter Anstrengung versucht die BZ diese hässlichen Sachverhalte zu verharmlosen, die Realität zu verdrehen und die hässliche Wahrheit zu verschweigen.

Denn am Montag danach liest man auf Seite 15 bloß einen äußerst verstörenden Bericht von Uwe Mauch, der eine „friedliche“ Demo gesehen haben will. „Friedlich“! Wirklich? Warum verheimlicht dann die BZ das infernalische Getöse dieser „friedlichen“ Schlachtrufe?

Wie konnte die Recherche der Israel-Experten von der BZ so derartig in die Hose gehen? Sogar über die Vernichtungsparolen, die auf Englisch gerufen wurden, fehlt die Berichterstattung. Laut „Stuttgarter Nachrichten“ sprach die Polizei für Freiburg durchaus von einer aufgeheizten Stimmung bei der von „Palästina spricht“ organisierten Kundgebung.

Wir erleben also die Verweigerung der „Badischen Zeitung“ die Wahrheit zu berichten.

Moslemischer Antisemitismus, unterfüttert mit Fake News, einseitigen Beschreibungen des Nahostkonflikts, gesteuert aus dem Iran, der Türkei und von Erdogan persönlich waren die hässliche Melange, die sich aus der „Palästina spricht“-Demo in Freiburg

ergoss.

Die BZ dagegen, dient sich in ihrem skurrilen Montagsartikel auf Seite 15 als Sprachrohr für „Palästina spricht“ an und widmet sich thematisch der sogenannten „andauernden Nakba“. „Nakba heißt Katastrophe und bezeichnet die Staatsgründung Israels am 14. Mai 1948 sowie die Flucht und Vertreibung hunderttausender Araber und Araberinnen aus dem früheren britischen Mandatsgebiet,“ so die BZ. Damit wird ein geschichtsklitternder und geschichtsrevisionistischer Flüchtlingskult betrieben und der Angriffskrieg auf Israel von 1948 einfach weggelassen. Offenbar sind die Juden Israels für die BZ eine quantite negligeable – bestenfalls, eigentlich sind sie die Schuldigen.

Am Anfang stand der Krieg der Araber gegen Israel

Es ist die typische Verfälschung der Geschichte mittels Auslassung und Entstellung. Tatsächlich überfielen einen Tag nach der Gründung Israels die Armeen fünf arabischer Staaten Israel in der erklärten Absicht, es dem Erdboden gleichzumachen. Die BZ lässt aus, dass die Ursache für Flucht, Umsiedlung und Vertreibung der Araber in diesem Krieg liegen, der nicht von Israel ausging, sondern eine ideologisch vom Hass auf Juden motivierte Reaktion der Israel umgebenden arabischen Staaten auf die Staatsgründung war: Ziel war die Vernichtung Israels.

Stattdessen verbreitet die BZ das geschichtsverzerrende und entstellende Narrativ von „Palästina spricht“ und somit auch eine simple Täter-Opfer-Umkehrung, die die Staatsgründung Israels als sogenannte „Nakba“ bezeichnet und den israelbezogenen Antisemitismus befeuert.

Verschwiegen wird, dass es auf jüdischer Seite Flüchtlinge in ähnlicher Größenordnung gab. Dass Hunderttausende von Juden nach Ausrufung des Staates Israel ihre arabischen Heimatländer verließen, geschah zwangsweise und war Folge der wachsenden Diskriminierung und auch massiver antisemitischer Pogrome.

Dass ein Anlass zur Flucht der Araber auch die „Aufrufe seitens der arabischen Führer“ war, worauf beispielsweise Michael Wolffsohn und Friedrich Schreiber in ihrem Buch „Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts“ verweisen, bleibt von Uwe Mauch ebenfalls unerwähnt. Lokale arabische Führer riefen zur Flucht auf, da der vermeintliche Endsieg der Araber nahe und die Flucht lediglich von kurzer Dauer sein sollte. Ein großer Trugschluss, da der Krieg der arabischen Staaten gegen das kleine Israel zugunsten Israels ausging.

Die „Badische Zeitung“ gehört aber zu den medialen Beobachtern, die gerne Opfer und Täter gleichgesetzt oder vertauscht, und für die Israel schon immer der beliebteste Platz deutscher Selbstentlastung war.

Daher findet man auch in der Ausgabe vom Dienstag, 18. Mai 2021 unter dem Titel „Judenhass löst Sorge aus“ wieder nichts über die Hass-Demo von Freiburg. Eine haarsträubende Kernaussage ist die Relativierung des Raketenterrors der Terrororganisation Hamas gegen Israel. Die BZ schreibt: „Als Reaktion auf palästinensischen Raketenbeschuss bombardierte die israelische Armee in der Nacht zum Montag erneut Dutzende Ziele im von der Hamas kontrollierten Gazastreifen.“

Mehrere tausend auf die Zivilbevölkerung Israels abgefeuerte Raketen sind also kein Bombardement, sondern lediglich „Raketenbeschuss.“ Die israelische Reaktion dagegen ist eine „Bombardierung dutzender Ziele“, und die Hamas ist auch keine Terrororganisation.

Szenen aus Freiburg (2)

Die BZ lässt einfach weg, dass auf Israel in den vergangenen Jahren tausende Raketen abgefeuert wurden. Immer mit dem Ziel, Schulen, Kindergärten und Wohngebiete zu treffen. Die erklärte Absicht der Terrormiliz Hamas ist der Genozid an der israelischen Zivilbevölkerung. Die Motivation für die Angriffe auf Zivilisten benennt die Hamas ganz offen in ihrer Gründungscharta, wo im Artikel 7 die Vernichtung des jüdischen Volkes gefordert wird.

Diese Vernichtung missglückt, weil Israel mit Iron Dome ein hervorragendes Abwehrsystem errichtet hat, das auch jüngst 90 Prozent der Raketen in der Luft abfängt, bevor sie einschlagen können. Israel schützt die eigene Bevölkerung, was bei weit über dreitausend abgefeuerten Raketen ein Segen ist. Israel nutzt seine Waffen, um Menschen zu schützen. Die Hamas jedoch nutzt Menschen, um ihre Waffen zu schützen, da sie Raketen aus Schulen und Wohnhäusern abfeuert und die Zivilbevölkerung als menschliche Schutzschilde benutzt. Während in Israel die Sirenen heulen, und Menschen in die Schutzräume rennen, weil die Terrororganisation Hamas Israel bombardiert, benutzt die Hamas ihre Bunker, um Waffen zu schützen. Die Menschen in Gaza sterben, weil sie von ihrer Führung in jeder Hinsicht missbraucht werden.

In Deutschland hat sich eindeutig ein Mehrfrontenkrieg etabliert, den es exklusiv nur für den jüdischen Staat gibt: der Zweifrontenkrieg der Nahost-Experten. Es gibt zwei Sorten von Nahost-Experten, die man bei der Arbeit beobachten kann. Einmal die „Hamas, Hamas -Juden in Gas“- Brüller, die auch gerne zum „Schlachten der Juden“ aufrufen. Bei ihnen handelt es sich um „Experten“, die im Zweifelsfall auch wieder richtig „anpacken“ würden.

Dann diejenigen Nahost-Experten vieler Medien, bei denen mich der Gedanke beschleicht, dass die SS-Wachmänn:innen – nachdem die Schoah nicht vollendet werden konnte, da die Alliierten mit den kaugummikauenden GIs indessen den Krieg gewonnen hatten – geschwind alle auf Nahost-Experte umgeschult haben.

Falsche Statistik

Die Pogromstimmung erlebte dieser Tage ein richtungsweisendes Comeback. Mit Rufen nach der Vernichtung Israels, versuchten Brandanschlägen auf Synagogen, Hitler-Huldigungen oder Rufen nach einem zweiten Holocaust – ausgehend von moslemischen Antisemiten. Die BZ aber verschweigt und verzerrt gezielt und systematisch.

Der BZ-Journalist Christoph Ziedler gibt zudem ein schiefes Bild der neuesten Polizeistatistik zum Ursprung des Antisemitismus völlig unkritisch weiter. Ziedler beschönigt den moslemischen Judenhass in seinem Artikel „Was tun gegen den Hass“ vom 18. Mai 2021 (also drei Tage nach Freiburgs Hass-Demo) damit, dass angeblich „94 Prozent der Straftaten auf das Konto von Rechtsextremisten“ gingen. Wie jedoch auch die FAZ am 5. Mai 2021 berichtete, ist diese Statistik ihr Papier nicht wert. Seit der Anfrage des FDP-Abgeordneten Marcel Luthe im Mai 2019 ist bekannt, dass die maßgebliche Polizeistatistik des Bundeskriminalamts verzerrt ist, so die FAZ. Antisemitische Straftaten, die nicht klar einer Tätergruppe zuweisbar sind, werden pauschal rechts eingeordnet. Auch wenn Ermittlungen später ergeben, dass sie eindeutig nicht rechtsextremistisch motiviert waren, verbleiben sie oftmals sogar in der dann nachweislich falschen Einordnung, schreibt die FAZ. „Die Polizeibeamten können gegen den offenkundigen Unsinn nichts tun.“

Die Zahlen in der Statistik sind anders, wenn der Täter bekannt ist. Hinzu kommt, dass der Antisemitismus-Bericht 2017 des „Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“ zu völlig anderen Ergebnissen kommt. Nur 19 Prozent der körperlichen Attacken auf Juden sind dem Rechtsextremismus zuzuordnen, 81 Prozent dagegen Muslimen. Es ist die Rede von einem „nach rechts verzerrten Bild,“ was die Tatmotivation und den Täterkreis angeht.

Christoph Ziedler und die BZ weigern sich offensichtlich, von der Problematik des importierten Antisemitismus und der antisemitischen Sozialisation von Muslimen zu berichten.

Was wir in den letzten Tagen in Deutschland und in Freiburg erlebt haben, ist ausschließlich muslimischer Antisemitismus, der von gewaltbereiten Männern mit muslimischem Migrationshintergrund, von arabischen Migranten und durch arabische Sender, Moscheen und Kulturvereine getragen wird. Wer sich wirklich mit den unschuldigen Frauen und Kindern in Gaza solidarisieren will, brüllt nicht vor Synagogen und auf Plätzen danach, die Stadt Tel Aviv zu bombardieren.

Zwischen dem muslimischen Mob, bestehend aus über hundert gewaltbereiten Personen, und der Gelsenkirchener Synagoge befanden sich lediglich die Polizisten, die mit Einsatz ihres Körpers den hasserfüllten Männermob gerade noch am Eindringen in die Synagoge hindern konnten.

Das Fazit aus den Freiburger Hetz-Demos ist, dass wer in Deutschland aggressiv und gewaltbereit auftritt, auch gewinnt. Die „grüne“ Stadt im Breisgau hat nun auch eine arabische Anti-Israel-Szene, die dabei ist, ihren eiskalten Israel-Hass und Antisemitismus in Freiburg zu etablieren, und bei der jegliche Integration vollkommen gescheitert ist.

Und es hat keine Konsequenzen, im Gegenteil. Es passierte am helllichten Tag.

Hätte es Israel damals schon gegeben, wären sie noch am Leben

Israel, der Staat auf historisch jüdischem Gebiet, stellt angesichts des wachsenden Antisemitismus auch heute einen Zufluchtsort für verfolgte und eingeschüchterte Juden dar. Die künstliche Trennung von Antisemitismus und Israel-Kritik, die gerade Politiker des linken Spektrums vornehmen, ist sowohl historisch als auch politisch totaler Humbug.

Tobias SCHWARZ / AFP

Israel ist die Lebensversicherung aller Juden weltweit.

Von Michal Kornblum

Sechs Tischdecken, 15 Servietten, 12 Paar Strümpfe – ich schaue auf die von meinen Urgroßeltern fein säuberlich ausgefüllte Vermögenserklärung, die sie am 8. April 1942 unterschrieben. Sie waren angesehene Bürger Rathenows und hatten ein Geschäft für Herrenmode. Mein Uropa nahm als Vorsitzender aktiv am Leben der jüdischen Gemeinschaft teil, die Familie war aber nicht besonders religiös. Sie waren assimiliert und Deutsche durch und durch. Sie haben die mahnenden Stimmen ignoriert, da sie Deutsche seien, könnte man Ihnen nichts anhaben. Am 14. April 1942 wurden meine Urgroßeltern deportiert und noch im selben Jahr ermordet.

Die deutschen Juden damals dachten, dass die Nazis es nur auf die orthodoxen Juden aus dem Schtetl, wie man sie sich klischeehaft mit Schläfenlocken, schwarzem Hut und Kippa vorstellt, abgesehen hätten. Viele Juden, die nicht religiös waren, bürgerlichen Berufen nachgingen, Teil der deutschen Gesellschaft waren und zum Teil sehr hohe z.B. wissenschaftliche Posten innehatten, wiegten sich in Sicherheit. Heute wissen wir, wie die Geschichte ausging. Bei vielen deutschen Juden nehme ich aktuell eine parallele Logik in Bezug auf den heutigen Antisemitismus wahr: Ziel seien nur Zionisten und Israelis.

Als Jude wird man bereits als Kind mit Themen des Nahostkonflikts und der israelischen Politik konfrontiert. Ganz fair ist das nicht, denn auch als jüdisches Kind hat man mit 10 Jahren noch nicht so ganz den Durchblick in komplizierten geopolitischen Themen und, ehrlich gesagt, auch andere Interessen. Deswegen legen sich die meisten jüdischen Kinder (so wie auch ich damals) das perfekte Argument zurecht, um das Thema zu umschiffen: „Ich bin kein Staatsbürger Israels und kann deswegen nichts zu politischen Entscheidungen Israels sagen."

Problematisch wird es jedoch, wenn man sich so sehr an die Einfachheit dieser Ausrede gewöhnt, dass sie auch nach der Pubertät noch regelmäßig Anwendung findet. Leider ist das aber die Realität bei einem Großteil der jüdischen Community in Deutschland. Zur Zeit verurteilen viele Juden antisemitische Übergriffe oder Aufmärsche vor Synagogen in Deutschland, weil Juden in Deutschland (in der Mehrheit) keine israelischen Bürger sind und deswegen nicht für Israel verantwortlich seien.

Verantwortlich sein – das klingt nach schlimmen Taten und verurteilenswerten Aktionen; so als wäre die propalästinensische Seite grundsätzlich im Recht, aber hätte mit einer Synagoge einfach den falschen Ansprechpartner. Israel verteidigt sich gegen die Terrorgruppe Hamas, aber selbst damit wollen viele deutsche Juden nichts zu tun haben. Diese Logik bedeutet im Umkehrschluss jedoch, dass Aufmärsche vor der israelischen Botschaft oder Demonstrationen, die sich explizit gegen Israelis richten, legitim wären.

> Unsere Gemeinde- und Zentralratsvertreter reden der deutschen Politik nach dem Munde, wenn es heißt, dass Antisemitismus mehrheitlich von rechts komme, obwohl jeder weiß, dass es nicht stimmt.

Leben ohne Antisemitismus und Angriffe nur, wenn wir uns von Israel distanzieren?

Viele deutsche Juden stehen leider nicht in ausreichendem Maße zu Israel und verhalten sich in der Israelfrage feige. Solidarität mit Israel bedeutet eben nicht nur, alle zwei Jahre nach Israel zu fliegen und dann ein Foto von sich mit nachdenklichem Gesichtsausdruck an der Klagemauer mit #jewish bei Instagram zu posten. Bei einer meiner Israelreisen sagte uns ein älterer Kibbutznik: „Ob ihr wollt oder nicht, ihr werdet als Juden in der Diaspora immer auch Botschafter für den Staat Israel sein. Lernt die Geschichte, seid informiert und vertretet uns gut!"

Fakt ist, dass jeder Jude jederzeit nach Israel gehen kann. Wir alle sind potenzielle Staatsbürger Israels. Israel ist die Lebensversicherung aller Juden und steht für uns alle ein. Und das sollten wir auch umgekehrt für Israel tun. Ich nehme jedoch wahr, dass viele Juden Israel nur als Landebahn für Notfälle sehen und es nicht für nötig halten, hier in Deutschland klar Stellung zu beziehen und sich proisraelisch zu „outen". Ich halte diese haarscharfe Trennung von Juden und Israelis für lächerlich. Der einzige Unterschied ist eine banale Formalie. Am Ende sind wir alle – unabhängig von der Staatsbürgerschaft – ein Volk und eine Einheit, die nicht zu trennen ist. Leider lassen sich viele Juden bewusst oder unbewusst durch Medien und Politik in dieser israelneutralen bis antiisraelischen Position instrumentalisieren. Es wirkt fast so, als würde man uns Juden in Deutschland nur ein Recht auf ein Leben ohne Antisemitismus und Angriffe zusprechen, wenn wir uns von Israel distanzierten.

So habe ich auch in den letzten Tagen mit Erschrecken feststellen müssen, dass sich „meine" jüdische Gemeinde, in der ich Mitglied bin, an einem „Aufruf gegen Antisemitismus und Antiislamismus" beteiligt hat.

„Die Mitglieder des Rundes Tisches der abrahamitischen Religionen in Lübeck sind bestürzt über den Antisemitismus, der an vielen Orten in Deutschland offen zutage tritt. Mit großer Sorge nehmen wir auch den Antiislamismus in diesem Kontext wahr und erklären:

Wir lehnen Antisemitismus entschieden ab. Wir lehnen Antiislamismus entschieden ab.

Wir verwahren uns dagegen, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland verantwortlich gemacht werden für die Politik des Staates Israel. Wir verwahren uns dagegen, dass Musliminnen und Muslime in Deutschland verantwortlich gemacht werden für die Politik der Palästinenser…."

Gleichstellung von Israel und Palästina ist eine Verdrehung von Tatsachen

Antisemitismus in Deutschland mit Antiislamismus gleichzustellen, ist Realsatire. Wie viele extremistische Juden haben in den letzten Tagen Moscheen oder Moslems angegriffen, palästinensische Flaggen oder andere Hoheitszeichen verbrannt oder sind durch aggressive Ausschreitungen der Polizei gegenüber aufgefallen? Genauso ist die Gleichstellung von Israel und Palästina (welches es als Staat nicht einmal gibt und nie gab) eine Verdrehung von Tatsachen. Angriffe einer Terrororganisation können nicht auch nur annähernd mit Selbstverteidigungsmaßnahmen eines souveränen und demokratischen Staates verglichen werden.

Diese Erklärung wurde von zwei jüdischen, einigen christlichen und einigen islamischen Gemeinden un-

terschrieben. Meine Gemeinde vertritt mich jedoch in Bezug auf diesen Aufruf nicht. Ich kann es beim besten Willen nicht nachvollziehen, was jüdische Vertreter bis hin zu Zentralratsfunktionären dazu motiviert, öffentlichkeitwirksam eine gewisse Distanz zu Israel zu halten.

Auch viele Politiker betonen, dass deutsche Juden und Synagogen nicht für israelische Politik verantwortlich gemacht werden dürfen. Die Islamwissenschaftlerin und Bundestagskandidatin für die Grünen Lamya Kaddor formuliert auf ihrer Facebookseite in einem Posting die rhetorische Frage, was denn deutsche Synagogen mit Israel zu tun hätten. Diese Frage, kann wohl jedes jüdische Kind beantworten, auch wenn nicht so, wie Frau Kaddor es erwarten dürfte.

In den meisten Synagogen in Deutschland, in denen ich war, sind Israelflaggen zu finden, wir beten auf der ganzen Welt in Richtung Jerusalem, wir begehen Jom Haatzmaut, den Tag der Gründung Israels, als Feiertag in unseren Synagogen, trauern an JomHasikaron um gefallene israelische Soldaten, zu Pessach wünschen wir uns „nächstes Jahr in Jerusalem“, und eines der wichtigsten Gebete ist das „Schma Jisrael“ (Höre, Israel!). Dazu kommt noch, dass fast jeder Freunde und Verwandte in Israel hat und wir mit diesem Land eine tiefe Verbundenheit haben (sollten). Die künstliche Trennung von Israel und deutschen Juden, die gerade Politiker des linken Spektrums vornehmen, um den eigenen Widerspruch ihrer Aversion gegenüber Israel, aber auch der Ablehnung von Antisemitismus zu bereinigen, ist sowohl historisch als auch religiös totaler Humbug.

Die Aggressoren der heutigen Zeit, mehrheitlich Muslime, nehmen diese Trennung übrigens nicht vor. Ihnen ist egal, ob jemand eine Kippa, welche ein rein jüdisch-religiöses Symbol ist, oder eine israelisches Symbol trägt. Überspitzt gesagt, wäre mit dieser messerscharfen Unterscheidung der Angriff auf einen Mann mit Kippa in Berlin zu verurteilen – dass eine Freundin von mir, die Israelin ist, vor kurzer Zeit in einer deutschen Großstadt von einigen arabischstämmigen Männern auf Grund eines Israelpatches an Ihrer Kleidung bedrängt und bedroht wurde, wäre jedoch legitim.

So sein, wie „die Deutschen“ uns gerne hätten?

Meine Urgroßeltern haben damals in ihrer deutschen, braven Art handschriftlich ihre gesamten Besitztümer bis zum letzten Tischtuch und bis zur letzten Unterhose aufgelistet, von deren Erlös nach der Pfändung ihre Deportation bezahlt wurde. Es hat Ihnen nichts gebracht, dass sie Deutsche und angepasste, gute Bürger waren.

Auch viele der heutigen Juden sind besessen davon, so zu sein, wie „die Deutschen“ uns gerne hätten. Es ist vielleicht der gleiche Gedanke wie damals, im Falle eines Falles nicht so schlimm dran zu sein wie andere. Man möchte beweisen, dass man mehr deutsch als jüdisch ist. Politiker und andere Personen des öffentlichen Lebens lassen sich für ihre „Israelkritik“ häufig den Koscherstempel von bestimmten israelkritischen Juden geben: Man sei kein Antisemit, aber man dürfe wohl noch Israel kritisieren.

Unsere Gemeinde- und Zentralratsvertreter reden der deutschen Politik nach dem Munde, wenn es heißt, dass Antisemitismus mehrheitlich von rechts komme, obwohl jeder weiß, dass es nicht stimmt. Kurzum – der deutsche Jude will gefallen. Wir (oder zumindest unsere Vertreter) wollen nicht laut sein, gegen den Strom schwimmen oder unbequeme und ungern gehörte Wahrheiten aussprechen. So distanzieren sich viele Juden in Deutschland lieber von Israel, als Sympathiepunkte bei „den Deutschen“ einzubüßen.

Ich schäme mich für diese Anbiederung und dafür, dass viele deutsche Juden sich bereitwillig als Spielball der Politik und Medien benutzen lassen. Wir sollten inzwischen verstanden haben, dass so gut wie in jedem Kapitel der Judenverfolgung ein Jude in erster Linie ein Jude war. Er konnte noch so patriotisch sein oder seine jüdische Herkunft verleugnen, schlussendlich war er trotzdem ein Jude wie jeder andere. Die Juden in Deutschland müssen endlich das lernen, was die Antisemiten schon lange wissen: Am Ende sind wir alle ein Volk. Bleiben wir uns selber treu!

In Gedenken an meine Urgroßeltern.

Michal Kornblum, Jahrgang 1997, ist aus Münster und Studentin.

Jitzchak Herzog zum 11. Staatspräsidenten gewählt

Mit Herzog wählt die Knesset den politisch erfahreneren Kandidaten in das höchste Staatsamt. Die Mehrheit der Israelis hätte jedoch seine Herausforderin Miriam Peretz bevorzugt.

(**Israelnetz**) Jitzchak Herzog ist zum elften Präsidenten des Staates Israel gewählt worden. Er erhielt bei einer geheimen Wahl in der Knesset 87 von 120 Stimmen. Auf seine Gegenkandidatin Miriam Peretz entfielen 26 Stimmen. Zwar war der Ausgang der Wahl grundsätzlich offen gewesen. So hatte die größte Parlamentsfraktion, Benjamin Netanjahus Likud, die Abstimmung für ihre Abgeordneten freigegeben. Allerdings galt Herzog als Favorit.

Der 60-Jährige war der politisch erfahrenere Kandidat. Von 2003 bis 2018 war der Anwalt Knesset-Mitglied. Er diente in verschiedenen Positionen als Minister und war Oppositionsführer für die „Zionistische Union“, ein sozialdemokratisches Parteienbündnis, das inzwischen nicht mehr existiert. Ins Amt des Premierministers schaffte Herzog es nicht. Derzeit ist er Vorsitzender der Jewish Agency.

Ein israelischer „Royal“

Herzog kommt aus einer Familie, die einer royal-aristokratischen in Israel am nächsten kommt, wie manche Beobachter mit einem Augenzwinkern sagen. Denn viele seiner Familienangehörigen sind eng mit dem Staat verbunden. Herzogs Großvater Jitzchak HaLevi Herzog war erster aschkenasischer Oberrabbiner des Staates Israel. Sein Vater Chaim Herzog, der als Offizier im britischen Militär diente und als solcher an der Landung in der Normandie teilnahm, fungierte zwischen 1983 und 1993 als sechster Präsident Israels. Herzogs Mutter Aura initiierte Ende der 1950er Jahre das berühmte Bibel-Quiz, das bis heute alljährlich am Unabhängigkeitstag ausgerichtet wird. Seine Tante war die Frau des berühmten israelischen Außenministers Abba Eban.

Im Gegensatz zu Herzog hat die 67-jährige Peretz keine staatlich-politischen Aktivitäten vorzuweisen. Bei manchen brachte ihr das Sympathiepunkte ein, andere Kommentatoren sahen es als große Schwäche. Bekannt wurde die Witwe vor allem dadurch, dass sie 1998 und 2010 zwei ihrer Söhne in Kampfeinsätzen verlor. Hätten alle Israelis über die Wahl mitentscheiden können, hätte Peretz sich wohl durchgesetzt. Mehrere Umfragen bescheinigten ihr, die beliebtere Kandidatin zu sein. Unterstützt wurde die Sephardin, die in einer Siedlung nördlich von Jerusalem wohnt, unter anderem von den Abgeordneten der rechtskonservativen Partei „Religiöser Zionismus“.

Miriam Peretz (links) unterlag Jitzchak Herzog bei der Wahl zum neuen israelischen Staatsoberhaupt.

Politisierung des Amtes

Der Staatspräsident hat in Israel wie in Deutschland vorwiegend repräsentative Aufgaben, zu denen etwa die Entgegennahme von Akkreditierungen ausländischer Botschafter oder Treffen mit Staatsgästen gehören. Er soll „den guten, angemessenen, moralischen und einzigartigen Charakter der israelischen Bevölkerung“ widerspiegeln, wie es das Oberste Gericht formuliert. Im politischen Tagesgeschehen spielt er nach idealer Vorstellung kaum eine Rolle. Herzog sieht seine Aufgabe denn auch unter anderem darin, der Polarisierung in Israel entgegenzuwirken. Er wolle „Brücken bilden“, sagte er am Mittwoch nach der Wahl.

Die siebenjährige Amtszeit von Herzogs Vorgänger Reuven Rivlin, die erst am 9. Juli offiziell endet, hat jedoch gezeigt, dass auch das Staatsoberhaupt politisiert werden kann. Aus dem Umfeld Netanjahus wurde Rivlin immer wieder vorgeworfen, gegen den Premier zu intrigieren. Im Kontext der innenpolitischen Blockade musste Rivlin wiederholt entscheiden, wen er mit der Regierungsbildung beauftragt. Auch im Vorfeld der jetzigen Wahl Herzogs gab es bereits politische Diskussionen. Dabei interessierten sich Beobachter vor allem dafür, ob es denkbar ist, dass der neue Amtsinhaber Netanjahu begnadigt, sollte dieser wegen Korruption verurteilt werden.

Keine Verschnaufpause für die Hamas!

Es ist kurzsichtig und gewissenlos in Hinsicht auf die Sicherheit jüdischen Lebens in Israel, vorzuschlagen, der Hamas eine Waffenruhe zu gewähren. Das Gebot der Stunde im letzten Gaza-Konflikt wäre gewesen, dass Israel den Terroristen eben keine Verschnaufpause gibt und weiterkämpft, bis dieses terroristische Übel endlich besiegt ist.

Von David Lazarus (Israel Heute)

Nicht weiter gewähren lassen: Die Hamas-Bosse Sinwar und Haniya müssen besiegt werden.

Wenn ich die allzu vorhersehbaren Verurteilungen von Israels Krieg mit der Hamas und dem Islamischen Dschihad in Gaza lese, frage ich mich: „Verstehen die Leute, dass dies Terrororganisationen sind, die mit radikaler religiöser Hingabe gegründet wurden, um Israel und das jüdische Volk zu zerstören?"

Verstehen diese Leute, dass islamische Terrorgruppen sich der einzigen der Menschheit bekannten Religion verschrieben haben, die immer noch lehrt, dass es ehrenwert ist, Männer, Frauen und Kinder zu opfern und zu töten? Die meisten Weltreligionen versuchen zumindest, Freundlichkeit, Liebe und Respekt für die Menschheit zu lehren und Wege zu finden, die Welt zu einem besseren Ort zum Leben zu machen, indem sie den Menschen helfen, mit Leid oder Verlust fertig zu werden. Der radikale Islam und seine Anhänger bleiben die einzigen religiösen Gruppen, die stolz darauf sind, unschuldige Menschen zu töten. Die Hamas findet es ehrenvoll und erfreut sich daran, unschuldige Juden zu töten.

Wie interessant, dass Israels gelobtes Land mitten in islamischem Gebiet endet, das gezwungen ist, sich mit dem größten modernen Übel der Welt auseinanderzusetzen! Gott hat sicherlich einen Plan für all das. Los Israel!

Ich höre Menschen und Regierungen sagen: „Wir müssen ihre (Hamas') Missstände verstehen. Wenn wir ihnen nur zuhören und das Leben für sie besser machen würden, gäbe es weniger Terror auf der Welt." Welche Missstände rechtfertigen den Terrorismus? Allein im letzten Jahrhundert haben wir zwei Weltkriege, Bürgerkriege, Hiroschima, Massaker und einen Holocaust ertragen. Gibt es irgendeine andere Religion auf der Welt, die ihre Leute immer noch lehrt, Rache zu nehmen, indem sie unschuldige Menschen tötet? Haben Sie jemals einen Überlebenden des Holocaust oder von Hiroschima gesehen, der ein Krankenhaus oder eine Schule in die Luft sprengt oder Tausende von Raketen wahllos auf große Zivilbevölkerungen abfeuert, in der Hoffnung, so viele Zivilisten wie möglich zu töten?

Um es noch einmal zu wiederholen: Die Hamas ist eine terroristische Organisation, die von den zivilisierten Nationen der Welt als solche anerkannt ist und niedergeschlagen werden muss. Warum Israel und die Nationen nicht einsehen, dass die Hamas und der Islamische Dschihad zerschlagen werden müssen, ist mir ein Rätsel. Es gibt keine andere Lösung. Das ist der Kampf, den wir in Israel seit über 70 Jahren führen, und wir müssen aufwachen, aufhören, Entschuldigungen für ihren Blutdurst zu finden, und die Erde von diesem Übel reinigen.

Organisationen wie die Hamas und der radikale Islam sind religiöse Anhänger einer Philosophie, die im Krieg mit den Grundprinzipien der Menschheit steht. Es gibt keine Logik, kein Ziel und keine Politik, die einen Sinn darin sehen. Auf eine solche Ideologie kann es keine andere Antwort geben als Schock und kompromisslosen Widerstand, sei es in Israel, in den Nationen oder in den Medien, die ebenfalls verantwortlich sind, wenn sie diese Grausamkeit unterstützen.

Es gibt Tausende von namenlosen islamischen religiösen Führern in Gaza und auf der ganzen Welt, die weiterhin die gleichen Ideen lehren, die ihre Schahiden (Märtyrer auf Arabisch) von 9/11 in die Zerstörung geschickt haben. Verstehen die Menschen nicht, dass die Hamas und der Islamische Dschihad entlang der südlichen Grenze Israels so viele Juden wie möglich im Namen dieser perversen Ideologie ermorden, verstümmeln und verstümmeln würden, wenn sie die Gelegenheit und die Waffen dazu hätten?

Um diesen Feind zu bekämpfen, müssen wir uns bewusst machen, dass der islamische Dschihad eine Religion mit einer Armee ist, aber Ideen nicht allein mit Waffen bekämpft werden können. Die gegenwärtige Feuersbrunst, wie auch Israels siebzigjähriger Kampf mit dem „palästinensischen" Terror zeigen, dass dieser religiöse Fanatismus nicht allein mit Gewalt zu besiegen ist. Israel wird bald einen militärischen Aufschub verhängen, aber alle politischen Parteien, Regierungen und Medien der zivilisierten Welt müssen sich gegen diesen tödlichen Feind stellen, wenn wir von dieser Pandemie der Unmenschlichkeit gesäubert werden wollen. Es kann keinen Kompromiss mit diesem Übel geben, das nicht toleriert werden kann, wenn wir eine Chance zum Kämpfen haben.

Wer ist die Hamas?

Muss ich diejenigen in der Regierung, Anti-Israel-Protestler auf der ganzen Welt und in den Medien, die darauf bestehen, diese Terrororganisation zu unterstützen, an die Hamas-Charta oder den Pakt der Islamischen Widerstandsbewegung erinnern, der am 18. August 1988 herausgegeben wurde? Die Charta ist ein umfassendes Manifest, das aus 36 separaten Artikeln besteht, die alle das grundlegende Ziel der Hamas fördern, den Staat Israel durch den Dschihad (Islamischer Heiliger Krieg) zu zerstören.

Lesen Sie dies und Sie werden verstehen, warum es so beunruhigend ist, dass einige arabische Israelis sich in diesen Tagen mit gewalttätigen Protesten in unseren Städten mit der Hamas verbünden, und warum Israel dieser Tendenz kompromisslos widerstehen muss.

Im Folgenden finden Sie Auszüge aus der Hamas-Charta

„Die Islamische Widerstandsbewegung ist eine angesehene palästinensische Bewegung, deren Treue zu Allah und deren Lebensweise der Islam ist. Sie strebt danach, das Banner Allahs über jeden Zentimeter Palästinas zu erheben." (Artikel 6)

Über die Zerstörung von Israel:

„Israel wird existieren und wird weiter existieren, bis der Islam es auslöscht, so wie er andere vor ihm ausgelöscht hat." (Präambel)

Der ausschließlich muslimische Charakter des Gebietes:

„Das Land Palästina ist ein islamischer Waqf [heiliger Besitz], der für zukünftige muslimische Generationen bis zum Jüngsten Tag geweiht ist. Niemand kann auf es oder einen Teil davon verzichten oder es oder einen Teil davon aufgeben." (Artikel 11)

Palästina ist ein islamisches Land… Da dies der Fall ist, ist die Befreiung Palästinas eine individuelle Pflicht für jeden Muslim, wo immer er auch sein mag." (Artikel 13)

Der Aufruf zum Dschihad:

„An dem Tag, an dem die Feinde einen Teil des muslimischen Landes usurpieren, wird der Dschihad zur individuellen Pflicht eines jeden Muslims. Im Angesicht der Usurpation der Juden ist es Pflicht, das Banner des Dschihad zu erheben." (Artikel 15)

„Die Reihen werden sich schließen, die Kämpfer werden sich anderen Kämpfern anschließen, und überall in der islamischen Welt werden die Massen als Antwort auf den Ruf der Pflicht vortreten und laut verkünden: Heil dem Dschihad!. Dieser Schrei wird den Himmel erreichen und immer wieder ertönen, bis die Befreiung erreicht, die Eindringlinge besiegt und Allahs Sieg herbeigeführt ist." (Artikel 33)

Ablehnung einer verhandelten Friedenslösung:

„[Friedens]initiativen und sogenannte friedliche Lösungen und internationale Konferenzen stehen im Widerspruch zu den Prinzipien der Islamischen Widerstandsbewegung… Diese Konferenzen sind nichts anderes als ein Mittel, um die Ungläubigen als Schiedsrichter in den Ländern des Islam einzusetzen… Es gibt keine Lösung für das palästinensische Problem außer durch den Dschihad. Initiativen, Vorschläge und internationale Konferenzen sind nur Zeitverschwendung, eine Übung in Vergeblichkeit." (Artikel 13)

Verurteilung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrags:

„Ägypten wurde durch das verräterische Camp-David-Abkommen zu einem großen Teil aus dem Kreis des Kampfes [gegen den Zionismus] entfernt. Die Zionisten versuchen, andere arabische Länder in ähnliche Abkommen hineinzuziehen, um sie aus dem Kreis des Kampfes zu entfernen. …Den Kreis des Kampfes gegen den Zionismus zu verlassen ist Hochverrat, und verflucht sei, wer eine solche Tat begeht." (Artikel 32)

Antisemitische Hetze:

„Der Tag des Jüngsten Gerichts wird erst dann eintreten, wenn die Muslime gegen die Juden kämpfen und sie töten. Dann werden sich die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, und die Felsen und Bäume werden schreien: 'O Muslim, da versteckt sich ein Jude hinter mir, komm und töte ihn.'" (Artikel 7)

„Die Feinde haben seit langer Zeit Ränke geschmiedet … und haben großen und einflussreichen materiellen Reichtum angehäuft. Mit ihrem Geld haben sie die Kontrolle über die Weltmedien übernommen … Mit ihrem Geld haben sie Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt angezettelt … Sie standen hinter der Französischen Revolution, der Kommunistischen Revolution und den meisten Revolutionen, von denen wir hören … Mit ihrem Geld bildeten sie geheime Organisationen – die sich auf der ganzen Welt ausbreiten, um Gesellschaften zu zerstören und zionistische Interessen durchzusetzen … Sie standen hinter dem Ersten Weltkrieg … und bildeten den Völkerbund, durch den sie die Welt beherrschen konnten. Sie steckten hinter dem Zweiten Weltkrieg, durch den sie enorme finanzielle Gewinne erzielten… Es gibt keinen Krieg, der irgendwo stattfindet, ohne dass sie ihre Finger im Spiel haben." (Artikel 22)

„Die Intrigen des Zionismus haben kein Ende, und nach Palästina werden sie eine Expansion vom Nil bis zum Euphrat begehren. Wenn sie damit fertig sind, das Gebiet zu verdauen, auf das sie ihre Hand gelegt haben, werden sie sich auf weitere Expansion freuen. Ihr Plan ist in den 'Protokollen der Weisen von Zion' dargelegt worden." (Artikel 32)0

„Die Hamas sieht sich als Speerspitze und Vorhut des Kampfkreises gegen den Weltzionismus … Das sollten auch die islamischen Gruppen in der ganzen arabischen Welt tun, denn sie sind am besten für ihre zukünftige Rolle im Kampf gegen die kriegstreibenden Juden gerüstet." (Artikel 32)

Die Wählertäuschung Bennets: Israels Regierung sollte unter keinen Umständen von der Muslimbruderschaft abhängig sein

Jede Koalition, die auf die Unterstützung von Ra'am und der „Gemeinsamen Arabischen Liste" angewiesen ist, gefährdet die nationale Sicherheit des Landes. Gerade nach den gewaltsamen Zusammenstößen in Israel zwischen Juden und Arabern wurde offensichtlich, dass die Gefahr dieser subversiven Bedrohungen von Innen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Von Amir Avivi (Audiatur)

Mansour Abbas ist der große Gewinner der Wahl von Israel: Erstmals in der Geschichte des jüdischen Staates wird eine arabisch-islamische Partei Teil der Regierungskoalition.

Es scheint, dass die Muslimbruderschaft der Königsmacher im jüdischen Staat geworden ist. Der Vorsitzende der Jamina-Partei, Naftali Bennett, und der Vorsitzende von Yesh Atid, Yair Lapid, scheinen einen Koalitionsvertrag geschmiedet zu haben, der die Vereinigte Arabische Liste (Ra'am) einbindet.

Jede israelische Regierung, die sich auf diese Art von Unterstützung verlässt, gefährdet die nationale Sicherheit des Landes. Israels Feinde beobachten sehr genau und sind bereit, zuzuschlagen, nachdem israelische Politiker ihre Seelen an den Teufel verkauft zu haben scheinen. Nur eine starke, stabile zionistische Regierung, und zwar unabhängig von ihrer Politik, kann das Niveau an militärischer Bereitschaft und Abschreckung bieten, das Israel zum Überleben braucht.

Seit Jahrtausenden hat sich das jüdische Volk danach gesehnt, in sein altes Heimatland zurückzukehren. Sie träumten von einer neuen Ära jüdischer Selbstbestimmung, in der die Juden über ihr eigenes Schicksal entscheiden können.

Zionistische Werte im gesamten politischen Spektrum haben sich immer um die Vorstellung einer jüdischen Mehrheit gedreht. Minderheiten sind mit vollen Rechten vor dem Gesetz zu begrüßen, aber Israel muss sich vor subversiven Bedrohungen von innen schützen. Jetzt sieht es so aus, als ob der Zionismus im Namen persönlicher politischer Egos und Interessen über Bord geworfen worden wird.

Ra'am ist ein Teil der globalen islamistischen Muslimbruderschaft. Wie jede Sektion der Muslimbruderschaft versucht sie, den gegenwärtigen Staatsapparat langsam zu stürzen, indem sie aus dem Inneren des politischen Systems heraus Einfluss ausübt, bis dieser demontiert und durch eine islamistische Theokratie ersetzt werden kann.

Enge Verbindungen zur Hamas und zur PLO

Ra'am hat enge Kooperationsbeziehungen mit der Führung der Hamas und der „Palästinensischen Befreiungsorganisation" (PLO), die sie als ihre Vertreter in Israels Knesset sehen.

Die potenzielle Gefahr, die von Ra'am und der „Gemeinsamen Arabischen Liste" ausgeht, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Mitglieder dieser Parteien sitzen in israelischen Gefängnissen wegen Beihilfe und Unterstützung der Hamas. Der ehemalige Gründer der Balad-Partei floh aus dem Land, nachdem er beschuldigt wurde, für die Hisbollah zu spionieren. Ein paar Reden über Einigkeit und Koexistenz ändern nichts an dieser Realität.

Seit Monaten warnt die Habithonistim-ISDF, eine Gruppe von 2.000 ehemaligen israelischen Generälen, Offizieren und Soldaten, dass die Legitimierung dieser Partei oder anderer wie dieser zu Gewalt führen würde. Die jüngste Flut tödlicher Ausschreitungen innerhalb Israels und die darauf folgende Militäroperation im Gazastreifen können direkt auf das Umwerben dieser Parteien als brauchbare Partner bei der Bildung einer israelischen Regierung zurückgeführt werden.

Nachdem der Waffenstillstand verkündet wurde, kamen die Führer der Hamas aus ihren Bunkern gekrochen und beglückwünschten das, was sie als den „palästinensischen Aufstand" innerhalb Israels ansahen, und prahlten damit, dass sie 10.000 Möchtegern-Selbstmordattentäter mit israelischer Staatsbürgerschaft haben, die auf Befehle aus Gaza warten.

Hier geht es nicht um Rasse oder Religion. Jede größere politische Partei rühmt sich der Unterstützung durch Muslime, Christen und Drusen. Jede größere politische Partei ist stolz darauf, nicht-jüdische Israelis auf ihrer parlamentarischen Liste zu haben. Doch Ra'am und die „Gemeinsame Arabische Liste" versuchen, das Land durch den Stimmzettel oder die Kugel zu zerstören.

Das alles geschieht langsam am helllichten Tag. Die Ra'am-Führung zog sich während der jüngsten Gaza-Operation aus den Koalitionsverhandlungen zurück, weil sie gegen Maßnahmen gegenüber der Hamas war. Sie forderte, dass Anklagen gegen muslimische Israelis, die Synagogen niedergebrannt und Juden angegriffen haben, fallen gelassen werden.

Auf Feinde kann man sich nicht verlassen

Eine israelische Regierung, die sich auf diese Partei verlässt, um zu funktionieren, wird einfach nicht in der Lage sein zu funktionieren. Allein die Tatsache, dass diese Kräfte innerhalb der israelischen Politik gestärkt wurden, hat bereits zu Blutvergießen geführt.

Um der Sicherheit Israels willen muss eine Regierung gebildet werden, die den Willen des Volkes widerspiegelt und nicht die Wunschträume unserer Feinde.

IDF Brigadegeneral (a.D.) Amir Avivi ist der Gründer und Geschäftsführer von Habithonistim – Protectors of Israel. Auf Englisch zuerst erschienen bei Jewish News Syndicate. Übersetzung Audiatur-Online.

Evangelische Kirchen trennen sich aus Protest gegen Israel von Anteilen an Caterpillar

Bei der Zerstörung „palästinensischer" Terrornester kommen wie überall bei Abrissarbeiten Maschinen von Caterpillar zum Einsatz. Allein aus diesem Grunde verkauft u.a. die einflussreiche Methodistische Kirche in Großbritannien ihre Anteile an dem amerikanischen Unternehmen, distanziert sich aber keinesfalls vom „palästinensischen" Terror in Israel.

(Israelnetz) Die Methodistische Kirche in Großbritannien hat ihre Anteile an der US-Firma Caterpillar verkauft. Sie begründet diesen Schritt mit dem Einsatz entsprechender Fahrzeuge bei der Zerstörung „palästinensischer" Häuser. Außerdem wirft die Kirche dem Unternehmen eine schlechte Bilanz in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung vor. Das teilte die pro-„palästinensische" Organisation „Sabil-Kairos" am Mittwoch mit.

Der Organisation liegen demnach Fotos vor, die den Einsatz von Caterpillar-Fahrzeugen bei der Zerstörung von Ackerland, Olivenhainen und Häusern zeigen. Darüber hinaus sollen mit den Maschinen, „unter Verletzung des Völkerrechts", israelische Siedlungen errichtet worden sein. In dem Bericht wird das Mitglied des methodistischen Finanzausschusses, Pfarrer David Haslam, mit den Worten zitiert: „Caterpillar solle sich zutiefst schämen". Schließlich wisse die Firma genau, wofür die Fahrzeuge eingesetzt werden.

Caterpillar wies dagegen eine direkte Beteiligung an Verkäufen ihres Materials nach Israel zurück. Dies berichtet das katholische „Domradio".

JEAN-PIERRE CLATOT / AFP

Ungewöhnlich: Eine Kirche will einen Baugeräte-Hersteller boykottieren.

Keine Ausnahme

Andere Kirchen haben sich in der Vergangenheit aus ähnlichen Gründen ebenfalls von Caterpillar getrennt. 2006 sagte sich die Kirche von England vom Unternehmen los, 2014 ging die amerikanische Presbyterianische Kirche den gleichen Weg.

Im vergangenen Jahr hatte die Methodistische Kirche bereits Anteile an der deutschen Firma HeidelbergCement verkauft. Damals stand der Vorwurf im Raum, der Baustoffkonzern sei am Bau „illegaler israelischer Siedlungen" beteiligt.

„Spiegel": Eine halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge

Einmal mehr macht das selbsternannte „Sturmgeschütz der Demokratie" und Relotius-Blatt auf mit verzerrenden Schlagzeilen wie „Israelische Soldaten erschießen palästinensischen Jugendlichen im Westjordanland". Der aufmerksame Leser ahnt, dass der „Spiegel" schon wieder den Kontext in der Überschrift ins Gegenteil verkehrt.

Von Gerd Buurmann

„Israelische Soldaten erschießen palästinensischen Jugendlichen im Westjordanland"

Mit dieser Schlagzeile hat der „Spiegel" eine Nachricht überschrieben, die sich mit folgenden Geschehnissen im Nahen Osten beschäftigt:

Am Morgen des 2. Mai 2021 ging eine Frau mit einem Messer bewaffnet auf israelische Soldaten im südlichen Teils des Westjordanlands zu. Daraufhin wurde die Frau angeschossen und schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht.

Am selben Tag wurde an einer Kreuzung südlich von Nablus aus einem Fahrzeug das Feuer auf israelische Soldaten eröffnet. Bei diesem Anschlag wurden drei Israelis verletzt, zwei davon schwer.

Daraufhin suchte das israelische Militär nach den Schützen. Auf der Suche wurde eine israelische Einheit mit Brandsätzen angegriffen. Bei der Verteidigung wurde ein 16-jähriger Jugendlicher so schwer verwundet, dass er an seinen Verletzungen starb.

Am 5. Mai nahmen die israelische Armee einen 44-Jährigen im Dorf Silwad nahe Ramallah fest, der für den Anschlag am Sonntag verantwortlich sein soll. Am selben Tag verstarb ein 19-jähriges Opfer vom Anschlag südlich von Nablus.

Am 6. Mai kurz vor sieben Uhr morgens brachte der „Spiegel" die Ereignisse unter folgender Schlagzeile raus:

„Nach Angriff mit Brandsätzen. Israelische Soldaten erschießen palästinensischen Jugendlichen im Westjordanland."

Viel kleiner im Untertitel: „Mehrere Israelis wurden am Wochenende bei einem Anschlag im Westjordanland verletzt – einer tödlich. Bei der Suche nach dem Täter haben israelische Soldaten nun einen jungen Palästinenser erschossen."

Für diese Schlagzeile hat der „Spiegel" definitiv einen weiteren Goldenen Orwell verdient.

„Tapfer im Nirgendwo" präsentiert daher ein paar weitere Schlagzeilen im Stil des „Spiegel":

Über den Aufstand im Warschauer Ghetto:

Polen – Über hundert Deutsche in Warschau von jüdischen Truppen getötet.

Über den Kniefall von Willy Brandt:

Warschau – Deutscher Bundeskanzler geht vor jüdischem Militarismus in die Knie. Keine Kritik in Richtung der jüdischen Truppen.

Über Kennedys Rede „Ich bin ein Berliner":

Berlin – US-Präsident täuscht deutsche Öffentlichkeit über seine Herkunft.

Über den Sieg Muhammad Alis 1966:

Frankfurt – Karl Mildenberger neuer Vizeweltmeister im Schwergewicht.

Über den Mauerfall 1989:

Ost-Berlin – Vertreter der DDR-Grenztruppen zeigen sich besorgt über neueste Entwicklung. Tausenden Mitarbeitern drohen betriebsbedingte Kündigungen.

Über den 11. September 2001:

New York – Zehn politische Aktivisten sterben bei Protesten am World Trade Center.

Über die Mondlandung:

USA – Bruch des Völkerrechts? USA marschieren auf dem Mond ein!

Über den Beginn des Zweiten Weltkriegs.

Gleiwitz – Deutschland öffnet Grenze zu Polen. Nationalisten in Polen sind empört.

Über den Anschlag auf Charlie Hebdo 2015:

Paris – Wie weit darf Provokation gehen? Mohammed-Karikaturen fordern erste Todesopfer.

Über die Kölner Silvesternacht:

Köln – Kopftuch und Armlänge. Was Frauen demnächst beachten müssen.

Über den Tod des Attentäters vom Berliner Weihnachtsmarkt.

Mailand – Italienische Polizei erschießt ausländischen Fahrer bei einfacher Verkehrskontrolle.

Degussa
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

Degussa fördert eine unabhängige jüdische Presse in Deutschland!

Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart
Zürich Genf Madrid London

„Unfair zu Goliath“

Zum 54. Jahrestag des siegreichen 6-Tage-Krieges

Von Dr. Rafael Korenzecher

10. Juni 1967: Israelische Fallschirmjäger an der Klagemauer.

Den arabischen Nachbarn, dem ARD/ZDF-Morgen-Magazin, den Atombomben-gegen-Israel-Bastlern und passionierten Frauen-Steinigern aus dem Iran, Herrn Steinmeier, Herrn Maas, Herrn Erdogan, der EU, der UNO, den deutschen Selbstauflösungs-Parteien, den deutschen Bischöfen und all den anderen deutschland-, europa- und weltweiten rassistischen Israelhassern und aufrechten Judenfeinden ist der kleine Staat der Juden immer noch zu groß.

Man muss nur die Morgenmagazin-Sendung oder andere linke, Islam-affine Propaganda-Formate des mit Vorliebe über Gedenktage für gute, weil tote Juden berichtenden deutschen öffentlich-rechtlichen Regierungs-Fernsehens einschalten, um hinter den so gut wie stets einseitig gegen Israels Politik gerichteten Gehirnwasch-Kommentaren – auch bezüglich des sich gerade zum 54. mal jährenden israelischen Überlebenskrieges vom Juni 1967 – das unausgesprochene und nur mangelhaft verhohlene Bedauern herauszuhören, dass es damals trotz der bis zu den Zähnen hochgerüsteten vielfachen arabischen Übermacht doch nicht gelungen ist, die physische Existenz des Staates Israel und seiner jüdischen Bevölkerung zu vernichten.

Kein Wort über die damalige Existenzbedrohung des kleinen israelischen Staates, deshalb – etwas weiter unten im Text – nur einige Zitate der durch Israel ach so schrecklich viktimisierten persönlichen arabischen Freunde weiter Kreise unserer etablierten Politik:

Vollkommen ungehindert und sogar ermutigt von einem nicht geringen Teil der vor allem in Sachen Israel-Anfeindung selten wie fast nie einträchtigen UNO-Völkerfamilie verkündeten die Staatpräsidenten Ägyptens und des Iraks, Nasser und Aref, mit stolzgeblähter Brust schon im Mai 1967 in ihren jeweiligen Staatsmedien bereits das sichere Ende Israels.

Dass daraus dann doch nichts wurde, ist weder der Völkergemeinde noch der UNO zu verdanken. Die haben Israel bereits damals – ebenso wie sie es ohne jeden Zweifel auch heute tun würden – sofort nach dem ersten Säbelrasseln der arabischen Aggression im Stich gelassen und grünes Licht für seine Vernichtung gegeben. Es war ausschließlich der heldenhafte Kampf des in seiner Not – damals wie auch jetzt – stets alleingelassenen kleinen Israel. Nur diese entschlossene und mutige Initiative hat die seitens seiner arabischen Nachbarn beabsichtigte Zerstörung des legitimen jüdischen Staates und die von den Arabern – wie mannigfach von ihnen selbst betont – aus tiefstem Abgrund beabsichtigte Tötung seiner jüdischen Bürger verhindert.

„Wir beabsichtigen einen grundlegenden Angriff auf Israel. Dies wird ein totaler Krieg sein. Unser primäres Ziel wird es sein, Israel zu zerstören.“

So drohte großsprecherisch Gamel Abdel Nasser, der damalige Staatspräsident Ägyptens, am 26. Mai 1967, um am 30.Mai 1967 noch draufzusatteln:

„Die Armeen Ägyptens, Jordanien, Syriens und des Libanon stehen einsatzbereit an den Grenzen Israels, während hinter uns die Armeen des Irak, Algeriens, Kuwaits, des Sudan und der gesamten arabischen Nation stehen. Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.“ (Gamel Abdel Nasser, Staatspräsident Ägyptens, 30. Mai 1967)

Bereits zuvor, am 18. Mai 1967 hatte sich Radio Kairos „Voice of Arabs“ auf Veranlassung Nassers ähnlich zurückhaltend geäußert:

„Die einzige Methode, die wir Israel gegenüber anwenden werden, ist der totale Krieg, der in der Vernichtung der zionistischen Existenz enden wird.“

Nicht zurückstehen durften hier selbstverständlich auch die anderen arabischen Anführer, die die Unversehrtheit, welche die UNO dem jungen, bereits durch den arabischen Überfall von 1948 vieler seiner Gebiete und der halben Hauptstadt Jerusalem beraubten Staat Israel eigentlich garantierte – natürlich völlig ungestört durch die UNO selbst – in folgender Weise auslegten:

„Ich, als Militärmann, glaube, dass *die Zeit gekommen ist, um in einen Vernichtungskampf einzutreten.“*

(Hafez al-Assad, Verteidigungsminister Syriens, 20. Mai 1967)

„Die Existenz Israels ist ein Fehler, der berichtigt werden muss. Unser Ziel ist klar – Israel von der Landkarte zu wischen.“

(Abdur Rahman Aref, Staatspräsident des Irak, 31. Mai 1967)

Die UNO macht den arabischen Vernichtungskriegern den Weg frei

Folgerichtig und offensichtlich tief beeindruckt von all dieser arabischen Friedensliebe zog der Sicherheitsgarant und ach so große Freund des jüdischen Volkes, Sithu U-Thant, in seiner Funktion als damaliger Generalsekretär der UNO – auf Wunsch der arabischen Aggressoren und ganz im vorauseilenden Sinne auch der heutigen UNO-Liebe zu Israel – seine sogenannten Schutztruppen zurück und überließ Israel ohne internationalen Schutz seinem eigenen Schicksal.

Überwältigt von so viel UNO-Solidarität und internationalem Einvernehmen durchschnitt Nasser die wirtschaftliche Lebensader und verhängte mit der Abriegelung der Meerenge von Tiran eine Seeblockade über Israel. Außerdem hatten die arabischen Nachbarländer in den ersten Junitagen des Jahres 1967 fast eine halbe Million Soldaten, mehr als 2.800 Panzer und 810 Kampfflugzeuge gegen Israel in Stellung gebracht.

Während Abba Eban, der israelische Außenminister, ebenso verzweifelt wie vergebens versuchte, den bevorstehenden Vernichtungsschlag der arabischen Allianz auf diplomatischem Wege zu verhindern, konnte Kishon in einem seiner Beiträge für die Zeitung „Ma’ariw“ nur noch verbittert schreiben:

„Unsere gelegentlichen Beschwerden werden von den United Nations immer streng objektiv behandelt. Die UN wahren das Prinzip gleiches Recht für beide – in Fachkreisen auch UN-Recht genannt.“

Dann ging aber alles ganz schnell – die Chronik des Geschehens liest sich wie folgt:

Der eigenen Auslöschung zuvorgekommen

Am 5. Juni 1967 führte Israel zur Abwendung seiner schon festgeschriebenen Auslöschung einen Präventivschlag gegen Ägypten aus, der voll durch das natürliche Recht auf Selbstverteidigung, wie es völkerrechtlich in Artikel 51 der UN-Charta festgeschrieben ist, gedeckt war.

In den Morgenstunden starteten Flugzeuge der israelischen Luftwaffe und griffen ägyptische Luftwaffenstützpunkte auf dem Sinai und im ägyptischen Kernland an. In einem kurzen, effizienten und entschiedenen Schlag

wurden innerhalb von zwei Stunden 300 ägyptische Flugzeuge, darunter Bomber, Kampfjets und Hubschrauber, zerstört.

Die Hauptbedrohung für Israel aus der Luft war damit ausgeschaltet. Die Lufthoheit der israelischen Luftwaffe war bereits gesichert, als jordanische, syrische und irakische Flugzeuge Ziele in Israel angriffen.

Am Ende des ersten Kriegstages waren die Luftwaffen aller beteiligten arabischen Länder zerstört. Die israelischen Bodentruppen konnten von nun an unter „freiem Himmel“ agieren. Die israelische Luftwaffe verlor an diesem Schicksalstag 20 Flugzeuge. 12 Piloten wurden getötet, fünf verwundet und vier gefangengenommen.

Der Kampf dauerte nur vier Tage und vollzog sich in einem einzigen, kontinuierlichen Ablauf. Die israelische Armee war sich angesichts ihrer quantitativen Unterlegenheit von vornherein bewusst, dass sie einen raschen Sieg erringen musste. Daher wählte sie eine schnelle Vorwärtsattacke und verzichtete auf die Sicherung der Flanken und Transportwege.

AFP

Israelische „Mirage”-Kampfflugzeuge fliegen am 5. Juni 1967, dem ersten Tag des 6-Tage-Krieges, über die ägyptische Sinai-Halbinsel.

Am 8. Juni hatten die israelischen Soldaten unter dem Oberkommando von General Yeshayahu Gavish und seinen drei Divisionskommandeuren Ariel Scharon, Avraham Yoffe und Israel Tal die ägyptische Armee besiegt. Die Straße von Tiran war wieder frei und die gesamte Sinai-Halbinsel von ägyptischen Truppen geräumt.

Unter dem Oberkommando von General Uzi Narkiss gelang es der israelischen Armee an der Ostfront die Jordanier innerhalb von drei Tagen zu besiegen. Am 8. Juni wurde der Waffenstillstand vereinbart.

Geraubte Altstadt von Jerusalem zurückerobert

Bereits am 7. Juni hatten israelische Fallschirmjäger unter dem Kommando von Oberst Mordechai Gur nach blutigen Straßenkämpfen die 1948 geraubte Altstadt von Jerusalem zurückerobert.

Gemeinsam mit General Narkiss betraten Verteidigungsminister Mosche Dajan und Generalstabschef Jitzhak Rabin den von einer Eroberungsmoschee der jahrhundertelangen islamischen Usurpatoren zweckentfremdeten und entweihten Tempelberg.

Der Islam hat in solchen Fällen derartige Sakralbauten anderer Religionen grundsätzlich zerstört. Die Armee des demokratischen Staates Israel hat dem im Zuge der Kampfhandlungen verlassenen islamischen Bau, der seinerzeit weit über tausend Jahre nach der Errichtung des jüdischen Tempels zur Demütigung der besiegten Juden auf dem zerstörten jüdischen Heiligtum errichtet wurde, dieses Schicksal erspart.

Wie sehr dieser islamische Protzbau ein Fremdkörper auf dem Tempelberg der Juden war und heute noch ist, belegt auch der Name dieses Gebäudes: „Al Masqid Al Aqsa“ heißt übersetzt nichts anderes als „Die ferne Moschee“ und offenbart allen heutigen von der Welt gern wiedergekauten islamischen Lügen zum Trotz, dass den muslimischen Eroberern der seit jeher jüdischen Stadt Jerusalem schon damals bewusst war, dass sie dort nicht zu Hause waren und sind.

Ohne das schändliche Symbol der arabischen Fremdherrschaft und Unterjochung der Juden anzutasten, ließ am Abend desselben Tages der oberste Militärrabbiner der israelischen Verteidigungsstreitkräfte, General Shlomo Goren, das Widderhorn (Schofar) an der Klagemauer ertönen. Die geteilte Hauptstadt Israels war wiedervereinigt.

Im Norden dauerte der Kampf gegen Syrien, Israels erbittertsten Feind, bis zum fünften Tag des Sechs-Tage-Krieges an. Der Durchbruch erfolgte am Morgen des 9. Juni nach zwei Tagen heftigen Bombardements. Die Speerspitzen bildeten dabei die Panzerbrigade unter Oberst Albert und die Golani-Infanteriebrigade unter Oberst Yona Efrat. Am 10. Juni waren die Syrer endgültig besiegt.

679 Tote

Am Ende der sechstägigen Kampfhandlungen hatte Israel 679 Tote zu beklagen. Außerdem wurden 2.563 israelische Soldaten und Zivilisten verwundet. Auf arabischer Seite gab es 21.000 Tote und 45.000 Verwundete.

Die Wiedervereinigung Jerusalems ist das symbolträchtigste Resultat des Sechs-Tage-Krieges.

Seit König David die Stadt im Jahre 1004 v.d.Z. zum Mittelpunkt seines Reiches gemacht hatte, ist Jerusalem die historische Hauptstadt des jüdischen Volkes geblieben – auch nach seiner Zerstörung durch die Römer im Jahre 70 n.d.Z.

Seit 1948 ist es die politische Hauptstadt des Staates Israel, was nicht etwa von der deutschen Politik, sondern durch den hier auch dafür geschmähten amtierenden US-Präsidenten Donald Trump rechtlich anerkannt wurde durch den Umzug der US-Botschaft nach Jerusalem.

Jordanier zerstörten nach 1948 Synagogen und jüdische Gräber

Nach der Teilung Jerusalems durch die völkerrechtswidrige jordanische Annexion von 1948 hatten Juden keinen Zugang mehr zu ihrer heiligsten Stätte, der Klagemauer.

Die Jordanier verletzten sämtliche Vereinbarungen des Waffenstillstandsabkommens, die Jerusalem betrafen. Zwischen 1948 und 1967 entweihten sie nicht nur Hunderte von jüdischen Gräbern auf dem Ölberg, sondern zerstörten auch 58 Synagogen im jüdischen Viertel der Altstadt Jerusalems. Nur eine einzige Synagoge entging dem Schicksal der Zerstörung und Plünderung.

Weder damals noch heute nahmen und nehmen unsere westliche und hiesige Politik und ihre Leitmedien Anstoß an der arabischen Aggression gegenüber Juden und den offensichtlichen Atrozitäten und Völkerrechts-Brüchen Jordaniens gegenüber den Juden. Sie taten und tun dies im Übrigen ebenso wenig wie andere große gesellschaftliche Gruppierungen unseres Landes, allem voran etwa die Kirchen und die einseitig und vermeintlich Friedensbewegten mit dem großen Herzen und Verständnis für islamische Gewalt, islamischen Rassismus und Antisemitismus sowie der unheilbar einseitigen Erblindung für von den Arabern und dem Islam verübtes jüdisches Leid.

Erst seit der Wiedervereinigung Jerusalems 1967 haben wieder Angehörige aller Religionen freien Zugang zu ihren heiligen Stätten, die von ihren jeweiligen religiösen Autoritäten verwaltet werden.

Hagia Sophia vs. Al Aksa

Auch dieses besondere und im Fall der islamischen Eroberungs-Moschee auf dem Tempelberg geradezu sogar über das zumutbare Maß hinausgehende Entgegenkommen des jüdischen Staates (man beachte im Vergleich hierzu nur einmal beispielsweise den völlig von unseren Medien entthematisierten Umgang der Türkei mit der ehemals wichtigsten Kirche des Christentums, der Hagia Sophias in Istanbul) findet in unseren zunehmend Israel-aversen Medien nicht nur keinerlei Würdigung, sondern wird vorsätzlich entthematisiert oder schlimmer noch, führte sogar zu der hier gern aufgenommenen Unterstützung der rassistischen und antisemitischen islamischen Forderung den jüdischen Tempelberg ganz im Sinne der Nazis „judenrein“ zu machen.

Überhaupt wird trotz aller gegenwärtigen Antirassismus-Demos kaum eines der oben geschilderten damaligen Ereignisse, der historischen Zusammenhänge und schon gar nicht die Kriegsursache des 6-Tage-Krieges von 1967, die in der absoluten und durch und durch rassistischen Vernichtungs-Aggression der arabischen Nachbarn gegenüber den Juden bestand, heute in der Islamdevoten, Fakten-verdrehenden und den gesamten Staat Israel delegitimierenden Mainstream-Politik und -Presse objektiv und sachrichtig dargestellt.

Insbesondere wird der historisch eindeutig legitimierte israelische Anspruch auf sein gesamtes, ihm auch von der UNO 1947 zugesprochenes Territorium in Judäa, Galiläa und Samaria mit uralten jüdischen Städten wie Jericho, Hebron, Nazareth, Betlehem u.a.m. sowie vor allem auf seine ewige und ungeteilte jüdische Hauptstadt Jerusalem zu Gunsten einer in der Geschichte der Region niemals aufgetretenen, friedensfeindlichen und erst in den Jahren nach dem 6-Tage-Krieg erfundenen sogenannten „palästinensischen“ Identität gerade wieder allen Anti-Rassismus-Demos zum Hohn verstärkt von den linken gesellschaftlichen Kräften und den schon in der Zeit des Nationalsozialismus mehrheitlich mit der rassistischen und antisemitischen Judenpolitik Hitlers in Einklang stehenden Kirchen (besonders der Luther-Kirche) in Abrede gestellt.

Einer der geschichtlich am längsten legitimierten Staaten in der Welt, und erst recht in der Region, sieht sich durch islamische Aggression, Israelhass und Antisemitismus wieder in nicht hinzunehmender Weise massiv in seiner Existenz bedroht.

„Pardon, wir haben gewonnen“ und „Unfair zu Goliath“ schrieb nach der Abwendung der tödlichen Bedrohung der israelische Schriftsteller Ephraim Kishon erleichtert.

Für die heutigen, keinesfalls weniger gewordenen hiesigen und weltweiten Feinde Israels hätte er noch hinzufügen sollen, dass Israel auch in Zukunft weder sein Recht auf sein historisch legitimiertes Staatsgebiet und seine ungeteilte – seit 53 Jahren endlich wiedervereinte, historisch seit über 3000 Jahren legitimierte – jüdische Hauptstadt Jerusalem aufgeben noch etwa auf sein Recht verzichten wird, seine Bevölkerung mit allem zu Gebote stehenden Nachdruck vor jedem Angriff und vor jeder Aggression zu schützen.

We don’t have Jews like Jesus anymore – we don’t turn the other cheek! (K. Freedman)

Daran sollten sich auch die heutigen weltweiten Antisemiten und rassistischen Judenhasser gewöhnen.

Kein einziger Toter, kein Held und kein Opfer des jahrzehntelangen israelischen Kampfes um seine Existenz gegen Terror und Vernichtungs-Bedrohung wird jemals vergessen.

Jewish Life matters!

Am Israel Chai!

Dr. Rafael Korenzecher

Warum äußern sich israelkritische Promis nicht zu Kaschmir oder Kurdistan?

Ein Israeli schreibt sich den Frust über Leute im Westen von der Seele, die sich fortschrittlich geben, aber Sympathien für den Terror zeigen und Marketing für die Hamas betreiben.

Von Blake Ezra (The Times of Israel / Mena Watch)

Bella Hadid, US-Amerikanerin, Model und Tochter eines „palästinensischen" Immobilienhändlers, agitiert öffentlich gegen Israel.

Ich habe die Schnauze voll. Ich will das nicht schreiben, aber ich habe die Schnauze voll. Ich habe es satt, und ich habe all das schon einmal gesehen.Vor zwei Wochen sah ich eine Sendung der BBC über Ostern an den heiligen Stätten Israels. Die Moderatorin, eine bekannte und wohlmeinende britische Schauspielerin, sah die Sicherheitsbarriere, die Israel und das Westjordanland trennt, und bemerkte, wie „falsch" diese sei.

Spulen wir 20 Jahre zurück, es war 2001, ich stand in Jerusalem und überlegte, wohin ich mit Freunden zum Abendessen gehen sollte. Unsere Unentschlossenheit führte dazu, dass wir nicht weit kamen. Zwei Minuten später explodierte eine Bombe 50 Meter entfernt – in der Pizzeria, in die wir gehen wollten. Sie tötete über 20 unschuldige Teenager und verletzte Hunderte. Der Selbstmordattentäter war von der Hamas. Wir sprangen in ein Taxi und verließen die Gegend, während die Leute rannten und die Sirenen heulten. Augenblicke später explodierte eine zweite Bombe, genau dort, wo ich gestanden hatte, als die erste Bombe hochging.

Die Sicherheitsbarriere – die, die „falsch" sei – wurde in den Jahren nach meiner eigenen von der Hamas hervorgerufenen Nahtod-Erfahrung gebaut. Sie setzte im Wesentlichen den Selbstmordattentaten in Bussen, in Restaurants und während religiöser Feste in Israel ein Ende. Manchmal dienen Dinge, die für unsere naiven westlichen Augen „falsch" aussehen mögen, auch dazu, unschuldige Leben zu retten. Manchmal verhindern Dinge, die „falsch" erscheinen, andere Dinge, die noch viel „falscher" sind. Unvollkommen, vielleicht. Notwendig, definitiv. Nichts ist einfach.

Israel ist kompliziert. Die Vorgänge in dieser Woche sind nur die Oberfläche vieler Schichten der historischen Geschehnisse, von Nebenhandlungen, von Verletzungen. Menschen studieren die Region jahrelang und kratzen trotzdem nur an der Oberfläche.

Ich habe die Schnauze voll von „woken" Prominenten, die Israel verteufeln und die Augen vor den Tausenden von Raketen verschließen, die von der Hamas auf israelische Zivilisten abgefeuert werden. Sie geben dem Terror unwissentlich ihre prominente Unterstützung. Nur eine Seite eines Konflikts zu dämonisieren ist gleichbedeutend damit, Entschuldigungen für das Verhalten der anderen Seite zu finden. Leute von Love Island werden unwissentlich zu Marketingleuten für die Hamas in Europa. (…)

Welche Promis sind „Experten" für Südossetien?

Ich habe die Schnauze voll von ungebildeten Influencern, die sich plötzlich als Experten für den Nahen Osten aufspielen. Proklamieren sie, Experten für Südossetien, Kaschmir oder Nordzypern zu sein? Nein. Füllen sie ihre Instagram-Stories mit Vorwürfen gegen Assad, der sein eigenes Volk in Syrien vergast, oder mit Geschichten über uigurische Muslime, die in China in regelrechte Konzentrationslager gesteckt werden? Nein. Haben sie jemals vom Gaza-Abzug, Mohammed al-Dura, dem Jenin-„Massaker", den Camp-David-Verhandlungen, der Hamas-Charta oder irgendeinem anderen Stück Kontext gehört, der nötig ist, um diese Situation wirklich zu verstehen?

Natürlich nicht. Und doch sind sie glücklich, #PrayForPalestine zu beten, während sie die Tausenden von Raketen ignorieren, die von der Hamas auf israelische Bürger abgefeuert werden und Familien mit ihren Kindern in die Luftschutzbunker treiben. Es scheint, dass jedes Land ein Recht hat, sich gegen Kriegshandlungen zu verteidigen – außer dem einen jüdischen.

Vielleicht hat Ricky Gervais es vor dem Auditorium bei den Golden Globes am besten gesagt: „Benützt diese Veranstaltung nicht als Plattform, um politische Reden zu halten. Ihr seid nicht in der Position, die Öffentlichkeit über irgendetwas zu belehren. Ihr wisst nichts über die reale Welt."

Ich habe die Sprache der britischen Medien satt, die ihre Schlagzeilen nicht nach der Chronologie, sondern nach dem Narrativ ausrichten. Es spielt keine Rolle, wenn die Hamas Israelis tötet und Israel reagiert, indem es Hamas-Führer ins Visier nimmt – die Schlagzeile wird sein: „Israel tötet Palästinenser … die früher am Tag laut israelischen Angaben israelische Zivilisten getötet haben sollen."

Ich habe die Nase voll davon, dass, während ein bekannter Rapper letztes Jahr 48 Stunden lang gegen Juden hetzte, sich nur so wenige Leute gegen ihn stellten, dass es kaum ins Gewicht fiel. So wenige Nicht-Juden sagten etwas. Damals schrieb ich: „Israel mag nicht perfekt sein, aber es existiert genau deshalb, weil Leute wie Sie nichts sagen, wenn Juden angegriffen werden." Nun stellt sich heraus, dass dieselben Leute, die sich damals bedeckt hielten, jetzt aus dem Unterholz gekrochen kommen, um das einzige jüdische Land auf der Erde zu diffamieren, wenn es sich gegen Raketenbeschuss verteidigt.

Sie wollen also die Juden nicht verteidigen, aber sie selbst dürfen sich auch nicht verteidigen? Zur Kenntnis genommen. Einige Leute behaupten, wenn man an der Oberfläche eines Israel-Hassers kratzt, kommt ein Juden-Hasser zum Vorschein.

Ich habe es satt, dass die Welt die Hamas ignoriert, als wäre sie nichts weiter als ein unangenehmer Geruch, während sie Israel bei jeder Gelegenheit dämonisiert. Wenn Sie ein Influencer sind und mehr gegen Israel als gegen die Hamas gepostet haben, machen Sie buchstäblich die Drecksarbeit einer terroristischen Organisation. Oh und übrigens, wenn Sie diesen Bikini tragen oder mit Ihrem gleichgeschlechtlichen Partner in Gaza Händchen halten, werden Sie getötet und durch die Straßen geschleift, während blutdürstige Männer mit Gewehren in die Luft schießen und schreien, wie großartig Gott sei. Tragen Sie dagegen den Bikini oder seien Sie offen schwul in Tel Aviv, dann passen Sie das bestens hin, solange Sie auch Tattoos und einen süßen Hund haben.

Der „gescheiterte", weil nie beabsichtigte „Völkermord"

Ich habe die Nase voll von denen, die Israel des „Völkermordes" beschuldigen, was „die absichtliche Tötung einer großen Anzahl von Menschen einer bestimmten Nation oder ethnischen Gruppe mit dem Ziel, diese Nation oder Gruppe zu zerstören" bedeutet. Es gibt jetzt mehr Palästinenser als vor 50 Jahren. Das geschieht nicht bei einem Völkermord. Jeder, der diese Behauptung aufstellt, hat sich von Sinn und Verstand verabschiedet und wird von Hass getrieben. Sie ist absurd und erbärmlich, zumal es die Hamas ist, die kein Geheimnis daraus macht, einen Völkermord an Juden begehen zu wollen. Sie verdrehen die Realität. Hören Sie auf damit.

Ich habe das Wort „unverhältnismäßig" satt, das für jeden mit funktionierenden Gehirnzellen überhaupt keinen Sinn ergibt, aber immer noch als der einfachste Weg hervorgekramt wird, Israel zu dämonisieren. „Israel handelt unverhältnismäßig", sagen sie. „Israel sollte in der Lage sein, sich gegen Terror zu verteidigen, aber es darf nicht unverhältnismäßig sein", sagen sie uns. Wenn Sie ein Messer in der Hand hielten und mir sagten, Sie würden meine Familie ermorden, und dann versuchten, es zu tun, würde ich die Waffe in meiner Tasche benutzen, um Sie aufzuhalten.

Ist das unverhältnismäßig? Wenn acht Israelis von der Hamas getötet werden, ist es dann OK für Israel, acht Palästinenser zu töten? Nein, natürlich nicht. Die Hamas hat in dieser

Woche über 2.000 Raketen wahllos auf Israel abgefeuert, jede einzelne mit dem Ziel, Zivilisten zu töten. Wenn Israel 2.000 Raketen auf den Gazastreifen abfeuerte, von denen jede einzelne versuchte, Zivilisten zu töten, wäre das OK, weil es „verhältnismäßig“ wäre? Natürlich nicht.

„Verhältnismäßig“?

Wenn 100 Palästinenser und 30 Israelis getötet wurden, würden Sie sich besser fühlen, wenn weitere 70 Israelis getötet würden? Nicht genug tote Juden, ist das das eigentliche Problem für Sie? TV-Moderator Trevor Noah hat dieses Argument diese Woche wörtlich benutzt, als er die Todeszahlen verglich. Wenn mehr Juden tot wären, hätte er kein Problem. Er würde die Dinge dann als „verhältnismäßig“ sehen.

Nun, Trevor, es tut mir wirklich leid, dass es nicht mehr tote Juden gibt. Nein, Trevor, es ist nicht wie da, wo Du aufgewachsen bist. Außerdem, Trevor, wenn eine Seite ihr ganzes Geld in Luftschutzbunker investiert und die andere Seite ihr ganzes Geld in Raketen, wird die Seite mit den Luftschutzbunkern nun einmal weniger Opfer haben. Sie sollte sich nicht dafür entschuldigen müssen, und sie sollte nicht ihr eigenes Leben opfern müssen, damit Du im Fernsehen sitzen und sagen kannst, dass es „fairer“ ist, da jetzt die Juden-Todeszahl hoch genug für Dich ist.

Ich war mal ein Fan, aber jetzt habe ich die Nase voll von Dir. Ist das Einzige, was wir brauchen, um zu verstehen, was im Kontext eines uralten Konflikts richtig oder falsch ist, ein Rechenschieber? Komm schon Trevor, ich dachte, Du wärst intelligent!

Israel führt derzeit die präziseste Anti-Terror-Operation der Geschichte durch. Es ruft die Bewohner Gazas an, um sie vor Angriffen auf ihre nächsten Ziele zu warnen, und bereitet sich darauf vor, mit Bodentruppen hineinzugehen – auch wenn dabei junge Israelis getötet werden –, um die zivilen Opfer auf der palästinensischen Seite zu minimieren. Ich habe es satt, dass jeder das Wort „unverhältnismäßig“ benutzt, um Israel zu kritisieren. Es steht für Denkfaulheit und ergibt keinen Sinn.

Israel ist nicht perfekt, bietet aber allen Bürgern gleiche Rechte, und arabische Bürger sind in jedem Bereich der Gesellschaft vertreten, von Richtern am Obersten Gerichtshof über Parlamentsabgeordnete bis hin zu Universitätsprofessoren. Die Hamas-Charta ruft im Gegensatz dazu auf, jeden Juden zu töten, überall auf der Welt. Mich eingeschlossen. Sind Sie Antirassist? Haben Sie ein schwarzes Quadrat aufgestellt? Haben Sie sich hingekniet? Wenn Sie Antirassist sind, sollten Sie sich gegen die Hamas stellen!

Ich habe die Nase voll von Leuten, die in jeder anderen Hinsicht liberal sind, sich aber in diesem Fall um die falschen Dinge sorgen. Israel hat das einzige Pride Weekend im gesamten Nahen Osten, eine unglaubliche Feier der Liebe, die jedes Jahr in Tel Aviv stattfindet und von Tausenden von Menschen aus der ganzen Welt genossen wird. Währenddessen wirft die Hamas schwule Menschen von den Dächern. Wenn Sie gegen Homophobie sind, sollten sie sich gegen die Hamas stellen!

Diktator Abbas

In Israel finden mehr Wahlen statt als in jedem anderen Land im Nahen Osten. Alle seine Bürger haben das Wahlrecht, von jüdischen Männern bis zu muslimischen Frauen. Die Hamas wird im Unterschied dazu niemals eine faire Wahl zulassen, und im Westjordanland ist Machmud Abbas bereits im 16. Jahr seiner 4-jährigen Amtszeit und hat gerade die bevorstehenden Wahlen abgesagt. Wenn Sie an die Demokratie glauben, sollten Sie sich gegen die Hamas stellen!

Übrigens, gegen die Hamas zu sein, macht Sie nicht „anti-palästinensisch“. Ich würde behaupten, wenn man gegen die Hamas ist, bedeutet das, dass man sich um das Wohlergehen des palästinensischen Volkes sorgt und will, dass es ihm gut geht.

„Sky News“ interviewte gestern die Leiterin eines Krankenhauses in Aschkelon (Israel) und fragte sie, wie sie es dort schaffen, ihre Arbeit unter dem ständigen Raketenbeschuss der Hamas in Gaza fortzusetzen. Sie erklärte, dass sie in den letzten Jahren ein 300-Betten-Krankenhaus unterirdisch gebaut haben, das sie vor Raketenbeschuss schützt und es ihnen ermöglicht, weiterhin ohne Unterbrechung Leben zu retten.

Wo baut Israel, und wo baut die Hamas ihre Krankenhäuser?

In der Zwischenzeit lagert die Hamas in Gaza Raketen unter dem Al-Shifa-Krankenhaus, da sie weiß, dass es eine katastrophale PR für Israel wäre, wenn es dieses Munitionslager angreifen würde. Israel baut ein Krankenhaus unter ihrem Krankenhaus, die Hamas baut ein Munitionslager unter ihrem. Spricht das nicht Bände?!

Wenn Sie etwas über Gaza gepostet haben, für Palästina beten, Israel dämonisieren, dann nehme ich an, Sie wissen alles über den Gaza-Rückzug von 2005?

Falls ich mich irren sollte: Früher gab es 21 israelische Gemeinden in Gaza. Im Jahr 2005, in Ermangelung sinnvoller Verhandlungen, beschloss Israel, diese 21 Gemeinden aufzulösen und seine eigenen Leute von dort wegzuschleifen, alle Juden und Israelis aus dem Gazastreifen zu entfernen. Das war nicht Teil eines Deals, sondern geschah in der Hoffnung, dass die Palästinenser die blühende Industrie und Landwirtschaft, die die Israelis aufgebaut hatten, nehmen und sie nutzen würden, um sich ein besseres Leben aufzubauen.

Gehofft wurde, dass dieser Akt als ein Schritt in Richtung Frieden gesehen werden würde, dass Israel bereit ist, Land für einen sinnvollen Frieden aufzugeben. Israel übergab die Schlüssel und ging weg. Ich war zu der Zeit in Jerusalem, es gab massive Demonstrationen gegen diesen Schritt. Wir sahen Juden, die Juden aus ihren eigenen Häusern zwingen, um des großen Ganzen und eines möglichen Friedens willen.

Was dann geschehen ist? Die Hamas hat die letzten 16 Jahre damit verbracht, den Gazastreifen in eine terroristische Hochburg zu verwandeln und das gesamte Gebiet zu einem Raketenabschussplatz zu machen, von dem aus Israel angegriffen werden kann. Sehen Sie, die Hamas würde lieber Israel zu Fall bringen, als das Leben der Palästinenser zu verbessern. Israel kümmert sich mehr um das Leben der Palästinenser, als es die Hamas jemals getan hat. Ja, diese Aussage klingt verrückt, aber sie ist wahr. Die Hamas predigt „Märtyrertum“, dass es die größte Ehre sei, sein Leben zu verlieren, während man Juden tötet. Das ist krank, verdreht und für die meisten wohlmeinenden Menschen unbegreiflich.

Damals war ich für den Gaza-Abzug. Seitdem: 16 Jahre anhaltender Extremismus; 16 Jahre des Hochrüstens mit Raketen dank internationaler Hilfe – auch durch Ihr Steuergeld; 16 Jahre Investitionen in Terrortunnel, um Israelis zu ermorden, statt Schulen zu bauen, um Palästinenser auszubilden. Es war eine goldene Gelegenheit für Wohlstand und Fortschritt, die von der Hamas in Flammen gesetzt wurde. Wenn Sie Israel wären, würden Sie noch mehr Land aufgeben in dem Wissen, dass es wahrscheinlich von der Hamas in eine Raketenabschussbasis verwandelt würde? Noch einmal zurückzuschauen und Bilanz zu ziehen ist eine sehr hilfreiche Sache.

Wenn Sie einen extrem fundamentalistischen islamischen Terrorstaat an den Ufern des Mittelmeers wollen, teilen Sie weiterhin diese Memes, die die Hamas als Problem ignorieren und schwören, „Palästina zu befreien“. Nochmals, ihr Promis, Liberalen, wohlmeinenden Instagramer: Ihr betreibt ungewollt Onlinemarketing für homophobe und rassistische Mörder!

Bei jüdischen Feiern, wie Bar Mitzvahs in Großbritannien, singen alle am Ende „Salam“, ein arabisches Wort, kein hebräisches. Ein Wort, das Frieden bedeutet. Juden sehnen sich nach Frieden. In der Zwischenzeit nimmt die Hamas 4-jährige Rekruten und lässt sie „Tod den Juden“ schreien. Und die Palästinensische Autonomiebehörde (die ‚Gemäßigten‘, die mehr internationale Hilfe – Ihr Steuergeld – erhalten als jeder andere) unterhält einen Fonds namens Märtyrer-Fonds.

Sie zahlt ein monatliches Gehalt an die Familie von jedem, der Juden ermordet und dabei sein Leben verliert. Pay to Slay. Es ist mehr als widerlich. Wenn ein jüdisches Baby in Israel geboren wird, hat es sofort einen Preis auf seinen Kopf ausgesetzt. Ihre Steuern werden verwendet, um den Mord an Juden zu bezahlen und zu belohnen. Nochmal, spricht das nicht Bände? Oder wollen Sie das nicht hören?

Ich habe die Nase voll, die Palästinenser haben die Nase voll, die Israelis haben die Nase voll. Dies ist kein Konflikt zwischen „Palästina und Israel“, es ist ein Konflikt zwischen anständigen Menschen (auf beiden Seiten) und den perversesten Extremisten der Welt. Ändern Sie Ihre Hashtags in #ShalomSalamPeace, was den Schmerz auf beiden Seiten sichtbar macht und anerkennt, dass das ultimative Ziel für alle anständigen Menschen Frieden ist – etwas, das die Hamas niemals sehen möchte.

Vor Jahren, als ein idealistischer junger linker Student des Nahen Ostens, sagte mir ein älteres Familienmitglied: „Wenn die Araber morgen ihre Waffen niederlegen würden, gäbe es keinen Krieg. Wenn Israel morgen seine Waffen niederlegen würde, gäbe es kein Israel mehr.“ Damals lachte ich über eine so pauschale und vereinfachende Aussage, aber sie ist viel näher an der Wahrheit dran, als es mir bewusst war. Es gibt eine einfache Gleichung hier: Die Hamas will alle Juden tot sehen, und die Juden weigern sich, das geschehen zu lassen. Wie können Sie es wagen …?

Journalisten nicht unkritisch glauben

Ich habe genug von Leuten, die Nachrichtenberichte für bare Münze nehmen – glauben Sie wirklich, dass die komplizierteste Region der Welt so einfach ist? Niemand will sehen, wie junge israelische Soldaten palästinensische Krankenwagen anhalten und durchsuchen, es ist schwer mit anzusehen und für die meisten anständigen Menschen auf der Welt ist es eine Schande.

Aber seit die Hamas zum ersten Mal im Jahr 2002 die offiziellen Krankenwagen des Roten Halbmonds benutzt hat, um Selbstmordattentäter und Sprengstoff zu schmuggeln (angefangen mit einer Selbstmordattentäterin, Wafa Idris, die als Sanitäterin für den palästinensischen Roten Halbmond arbeitete) und die Rettungsorganisation damit zum Komplizen bei der Ermordung unschuldiger Israelis gemacht hat: Welche Wahl hat Israel?

Die Dinge sind nicht einfach. Jedes andere Land würde dasselbe tun. Es ist sehr leicht, von seinem Lehnstuhl aus zu kritisieren. Einer meiner Lieblingssätze ist: „Jeder kämpft einen Kampf, von dem du nichts weißt, sei nachsichtig.“ Vielleicht können Sie das gelegentlich auf Ihre Wahrnehmung Israels anwenden, eines Landes, das jeden Tag mit Bedrohungen seiner Existenz konfrontiert ist, Herausforderungen, von denen Sie nichts wissen, wenn Sie in NYC oder London leben.

Vielleicht sollten Sie heute Abend, wenn Sie für Palästina beten, auch die Millionen israelischer Familien in Ihre Gebete einschließen. Die normalen Menschen, die mit ihren Kindern in die Luftschutzbunker rennen und beten, dass alles bald vorbei sein wird. Es gibt Leid auf beiden Seiten. Echte Menschen mit echten Träumen auf beiden Seiten.

Wenn Sie mutig genug sind, dies zu teilen, werden Sie vielleicht Freunde haben, die sich in „Whataboutism“ ergehen, wie das Skript desjenigen es vorschreibt, der sich nicht dazu bringen kann, etwas anderes als ein Israel-Hasser zu sein. „Was ist mit den Siedlungen? Was ist mit den Checkpoints?“, werden sie fragen, als ob sie nichts von dem gelesen haben, was ich geschrieben habe. Sicher, das sind Probleme in einer Region voller Probleme.

Viele dieser Themen verdienten ein eigenes Buch, aber sie sind nicht das Thema. Die Hamas will Israel beseitigt und die Juden tot sehen. Der Präsident des Iran, des größten Sponsors des Terrorismus auf der Welt, sagte wörtlich „Israel sollte von der Landkarte getilgt werden“, während er massive Lieferungen von Raketen nach Gaza schickte in dem Versuch, dieses Ziel Wirklichkeit werden zu lassen. Ich habe konfiszierte iranische Munition mit eigenen Augen gesehen.

Ich habe die Nase voll. Ich bin wirklich genervt. Ich habe diesen Text in 20 Minuten geschrieben, gespeist vom Ausmaß meiner Frustration. Ich erwarte nicht, dass viele Leute alles lesen, was ich geschrieben habe, aber wenn es eine Person dazu bringt, zweimal nachzudenken, wenn ihr Lieblingspromi das nächste Mal Israel verteufelt, dann hat es sich gelohnt.

(Der Text „I'm Fed Up“ ist von der Times of Israel veröffentlicht worden. Blake Ezra schreibt über Politik im Nahen Osten und über die jüdische Welt. Übersetzung von Florian Markl.)

Gaza-Abzug 2005: Wie konnte Israel nur?

Im Sommer 2005 lebte und arbeitete die Journalistin Orit Arfa in Tel Aviv. Sie hatte bereits den starken Verdacht, dass der bevorstehende Abzug aus dem Gazastreifen am 15. August 2005 katastrophale Folgen haben würde – nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch humanitär. Es erschien ihr unerträglich, dass jüdische Soldaten Juden gewaltsam aus ihren Häusern herausreißen würden. Sie lebte mehrere Wochen in Gush Katif, und erlebte hautnah den (ausgerechnet vom hier als „Hardliner" bezeichneten Ariel Scharon angeordneten) fatalen Rückzug, der den fortwährenden Hamas-Raketenbeschuss in den Folgejahren erst möglich machte.

Von Orit Arfa

Ich wusste damals nicht viel über Gush Katif, eine Siedlung, die in den 70ern auf Land errichtet worden war, dass Israel im Sechstagekrieg eingenommen hatte. Ich wusste, dass um die 9.000 Juden dort in einer Enklave lebten, die von Terrornestern umgeben war. Ich wusste, dass ihre Einwohner zu jenen Menschen gehörten, die der Terror am stärksten traf: Schießereien, Bombenanschläge und Raketen. Und ich habe Leute immer jammern hören, dass „zu viele israelische Soldaten in Gaza sterben."

Ich band aus Solidarität ein leuchtend orangenes Band an meinen Autospiegel, das Symbol für den Kampf um Gush Katif (Orange ist die Farbe der Flagge der Gemeinde), obwohl ich nie richtig sagen konnte, warum das alles falsch war – besonders weil doch so viele Israelis Premierminister Ariel Scharons Unternehmung zu befürworten schienen und Scharon selbst als ein Gründervater der Siedlungsbewegung betrachtet wurde. Die Leute dachten, dieser Kriegsheld muss wissen, was er da tut.

Ich hatte früher zu diesen „Lasst-uns-die-Palästinenser-nicht-länger-unterdrücken- Zweistaatenlösungs-Juden" gehört. In den Medien war das einfach Mode.

Aber während ich von 2000 bis 2003 in Jerusalem lebte und sich Selbstmordattentäter überall um mich herum in Cafés, Bars und in Bussen in die Luft sprengten, erkannte ich, dass es in diesem Krieg nicht um die „Besatzung" geht, sondern schlicht und einfach um Judenhass. Nichts, was Israel in den „Gebieten" tat, rechtfertigte es, gezielt Kinder in die Luft zu jagen – besonders nachdem die Israelis den „Palästinensern" bereits einen Großteil der Gebiete angeboten hatten, die sie für einen Staat einforderten.

Mit dem Tod des Terror-Königs Jassir Arafat hatte 2003 auch das Ausmaß der Terroranschläge abgenommen. Es war daher merkwürdig, dass Scharon im selben Jahr den Abzug aus dem Gazastreifen beschloss – meiner Meinung nach ein Schritt unnötigen Appeasements, aber für so viele andere ein Akt des Friedens. (Scharons wahre Beweggründe bleiben bis heute rätselhaft.) Er gab den jüdischen „Siedlern" eineinhalb Jahre Zeit zum freiwilligen Umsiedeln – oder sie werden gegen ihren Willen umgesiedelt.

Durch Zufall traf ich einen früheren Kollegen meiner Mutter, der jetzt mit seiner amerikanisch-israelischen Familie in Beit El lebte, einer „Siedlung" in Judäa und Samaria. Er sagte mir, dass seine Tochter ihr Jahr im „National Service" in Gush Katif beim Notrufdienst ableistete und ich sie besuchen solle. I meldete mich sofort und sie lud mich zum Schabbat ein.

Schabbat in Gush Katif

Ayelet war so schön, dass es mich beinahe erschütterte. Sie hatte langes, wogendes dunkelblondes Haar, eindrucksvolle hellbraune Augen, die vollen Lippen eines Models und diesen klassischen ländlich-religiösen Stil von Gush Katif, ein lässiges T-Shirt und einen langen, fließenden Rock. Sie war orthodox, aber modern und absolut cool – und sie widerlegte die Klischees, die die Menschen in Gush Katif als abgedrehte, religiöse Fanatiker darstellten. Sie und ihre Freunde hielten den Schabbat und die jüdischen Speisegesetze ein, abgesehen davon waren sie „normale" Israelis, nur beseelter.

Was sie tatsächlich von anderen Israelis unterschied, war eine klare Auffassung von ihrer jüdischen Identität und Bestimmung, weshalb sie fest davon überzeugt waren, dass der „Abkoppelungsplan" – die Vertreibung – falsch war.

Auch Gush Katif war schön, ein landwirtschaftlich geprägter und von Palmen gesäumter Ort am Strand. Fast jedes Haus trug die unverkennbare Signatur der terracottafarbenen Dächer jüdischer Siedlungen. Ich atmete tief die heiße, feuchte Luft ein, die von der Meeresbrise erfrischt war. Der großzügig angelegte Ort war so eine willkommene Unterbrechung von der Plackerei im städtischen Leben von Tel Aviv, mit seinen Verkehrsinfarkten, der Enge und diesem Lebensstil im Hamsterrad.

Autarke Gemeinschaft

Die Einwohner von Gush Katif waren größtenteils Bauern. Ich besuchte hochmoderne Gewächshäuser, die landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wert von fast einer Milliarde Schekel (250 Millionen Euro) im Jahr produzierten. Sie perfektionierten die Technik des Gemüseanbaus im Sand und konnten es so fertigbringen, „käferfreien" Salat anzubauen – ein großer Renner bei den Ultraorthodoxen, die sehr streng sind, wenn es um das Verbot des Verzehrs von Käfern geht. Einige besaßen mehr, andere weniger, aber sie halfen sich alle gegenseitig dabei, ein gutes Leben führen zu können. Es war eine autarke Gemeinschaft.

Ich saß an Schabbat-Abenden mit Bauern beim Essen, die mir davon erzählten, dass sie nicht vorhätten zu packen. Sie hatten immer noch Vertragsverpflichtungen. Sie glaubten, dass ein Wunder geschehen und der Abkoppelungsplan nicht umgesetzt werden würde. Und selbst wenn doch, so hätten sie es nicht über sich bringen können, ihr Lebenswerk zu zerstören, besonders nicht für eine Sache, an die sie nicht glaubten.

Das Leben in Gush Katif war in gewisser Weise idyllisch, aber auch von viel Leid geprägt. Auf den Gemeinden hier lastete die volle Wucht des Terrors. Ich lernte ein Mädchen kennen, dessen älterer Bruder von Terroristen erschossen worden war, während er einen Schutzzaun um eine der Gemeinden errichtete. (Seine sterblichen Überreste wurden später wieder ausgegraben und – wie die aller Juden, die dort eine Ruhestätte hatten – auf dem israelischen „Festland" begraben.) Damals war Gush Katif der größte „Grenzort" im Gazastreifen. Nur hatten die Einwohner des Gazastreifens zu jener Zeit noch nicht so hochentwickelte Raketen, sondern nur selbstgebaute Kassams.

Die Einwohner von Gush Katif erinnerten sich auch an die Zeit, bevor die Osloer Verträge die „Palästinenser"-Behörde erschufen und bewaffneten, als Israelis und Araber im Gazastreifen freundschaftliche Beziehungen unterhielten. Araber wurden von jüdischen Bauern angestellt (um später von thailändischen Arbeitern ersetzt zu werden). Junge Israelis nahmen Fahrstunden in Deir al Ba'alach – jetzt werden von dort Raketen abgeschossen. Es war ein Vorgeschmack echter Koexistenz. Einige Araber sahen in den Juden einen Segen und haben noch immer Kontakt zu ihren früheren jüdischen Arbeitgebern, die ihnen in schwierigen Zeiten auch Geld senden.

Ein jüdischer Gaza-Bewohner und Protestler (erkennbar an der Farbe Orange) legt einem jüdischen Polizisten, der zu seiner Vertreibung gekommen ist, die Gebetsriemen an.

Einige Juden machten geltend, es sei nicht fair, dass sie selbst alles in allem ein gutes Leben führten, während die „Palästinenser" in viel größerer Armut und Ungleichheit lebten. Ich konnte das Argument nachvollziehen, aber die Araber hätten sich an den Israelis ein Beispiel nehmen sollen. Und egal welche „Ungleichheit" sie erlebten, nichts – und besonders nicht Neid – rechtfertigt Terror, der Zivilisten ins Visier nimmt. Das ist die Taktik von Kriminellen und nicht von Menschen, die Gerechtigkeit wollen.

Nach dem Schabbat verlies ich Gush Katif sogar noch entmutigter als zuvor. Wie konnte die israelische Armee nur diese Oase der Zivilisation zerstören? Wie konnte sie das Leben dieser guten Menschen ruinieren? Wie konnte sie sich dem Terror beugen?

Vorstoß nach Gush Katif

Ich spürte, dass ich da sein musste, um alles mitzuerleben und meinen Beitrag zu leisten, damit dieser Travestie Einhalt geboten wurde. Ich konnte nicht in meinem Wohnzimmer in Tel Aviv sitzen und diese Zäsur nur in den Nachrichten mitverfolgen. Also sagte mir der mutige Redakteur des Online-Magazins „Israel Insider", das heute nicht mehr existiert und für das ich damals schrieb, er würde mich zur Grenze fahren, die damals für Nichtanwohner gesperrt war, damit ich über die Geschehnisse schreiben konnte. Ayelet und ein paar ihrer Freunde brachten mich im Auto mit einem falschen Ausweis hinein. Ich tat so, als schliefe ich und sie ließen mich durch. Ich hatte nur für eine Nacht gepackt.

Aus der einen Nacht wurden zwei Wochen. Ich konnte einfach nicht gehen. Ich wurde in das zionistische Fest hineingesogen, in das sich Gush Katif verwandelt hatte. Ich würde für sie kämpfen und für den „Israel Insider" in meinem „Tagebuch zum Abkoppelungsplan" von ihrem Kampf berichten.

Es waren doppelt so viele Demonstranten vor Ort wie es Einwohner gab. Ayelets kleine Wohnung war voll von Eindringlingen, größtenteils liebe, religiöse Mädchen. Ich kaufte Kleidung und eine Zahnbürste im Einkaufszentrum. Viele T-Shirts musste ich nicht kaufen, denn ich trug mein oranges Gush-Katif-Shirt so oft wie ich in der Lage war, es zu waschen. Jeans konnte ich im Laden nicht finden, nur züchtige Röcke. Ich wurde zu einem lieben, „religiösen" Mädchen und zählte die Tage bis zum „Erntedankfest", wenn der Erlass des Abkoppelungsplans aufgehoben werden würde.

Israels Journalisten hetzten gegen die Juden von Gaza

Die Mehrheit der Demonstranten protestierte friedlich – trotz der Vorhersagen der israelischen Medien, dass es zu „Siedlergewalt" kommen würde. Die Medien zeichneten Karikaturen von den Einwohnern Gush Katifs: religiöse Extremisten, die vor nichts zurückschrecken würden, um Arabern und nun israelischen Soldaten zu schaden. Im psychologischen Intensivtraining für die Soldaten, das auf emotionale Deeskalation abzielte, hatte die Armee Szenarien entwickelt, in denen sie Menschen als Siedler verkleidete, die dann in Orange kostümiert „Nazis" und „Juden vertreiben keine Juden!" schrien.

Ein paar junge Männer, die ich ken-

nenlernte, schlitzten Autoreifen der Armee auf, aber das war es auch schon mit dem Ausmaß an „Gewalt“ – außer einigen Demonstranten in Kfar Darom, die planten, Farbe auf Soldaten zu gießen, die versuchen würden, sie auf dem Dach der Synagoge zu ergreifen (am Ende setzten sie das auch in die Tat um). Kfar Darom wurde auf Land errichtet, dass Juden in den 30er Jahren gekauft hatten. Sie wurden von dort während des Israelischen Unabhängigkeitskrieges im Jahr 1948 vertrieben. Die jüdische Präsenz im Gazastreifen geht also auf die Zeit vor dem Sechstagekrieg zurück, tatsächlich lebten in der Gegend schon zu biblischen und talmudischen Zeiten Juden.

Die meisten Siedler hatten vor, mit den Soldaten zu reden und sie zu umarmen, um sie zu überzeugen, den Befehl zu verweigern. Ich hatte meine eigenen Pläne. Ich würde für sie singen!

Soldaten setzten ihre Befehle um

Als der 15. August näher rückte und die Soldaten eintrafen, stand ich auf der Straße und sang jede herzerweichende jüdische Liturgie, die ich aus meinen Schultagen kannte. Meine Stimme würde sie berühren! Sie hörten mir zu und sagten: „Sie hat eine gute Stimme.“ Im Übrigen waren sie aber nicht weiter beeindruckt. Ich bekam mit, wie ein paar Soldaten weinend auf dem Bürgersteig saßen und traurig waren wegen ihres Auftrags. Die meisten führten aber einfach aus, was ihnen aufgetragen wurde, wie Roboter. Einige betrachteten das sogar als „zionistische“ Pflicht.

Zur psychologischen Kriegsführung der Armee gehörte es auch, uns zu zermürben, indem Soldaten geschickt wurden, die „sanfter“ waren, nur um Hoffnung in uns zu wecken, bis dann die resoluteren eintrafen. Schließlich lautete das Motto des Einsatzes auch „Mit Entschlossenheit und Feingefühl“. Sie trugen dunkelblaue Westen und Mützen, auf denen die Fahne des Staates Israel prangte – eine Beleidigung für die Einwohner von Gush Katif, die gegenüber dem israelischen Staat so loyal waren und deren Söhne in den Eliteeinheiten der Armee dienten.

Während sich die Tage hinzogen, sah ich zu, wie Soldaten vor den Rasenflächen der Vorgärten standen und Häuser bewachten, damit die Zwangsräumungen nicht unterbrochen wurden. Langsam, ganz langsam verflog mein Optimismus. Die israelische Armee würde das wirklich durchziehen. Sie tun es! Es passiert!

Oft wusste ich nicht einmal, was um mich herum geschah. Ohne soziale Medien und Smartphone damals konnte ich das Ganze nicht aus digitaler Perspektive von oben betrachten. Schließlich sprach ich mit meinem Redakteur, der mir dann sagte: „Geh zur Synagoge! Das ist der letzte Ort, an dem sie ausharren!“

Die meisten jungen Frauen versammelten sich jetzt in der wunderschönen Synagoge der größten Siedlung, Neve Dekalim. Sie war in Form eines Davidsterns gebaut. Ich fand Gefallen an den voll besetzen Bänken. Einige religiöse Zionistinnen begannen, dort zu beten, sie müssen um die 20 Jahre alt gewesen sein. Ich schloss mich ihnen an, so viel Leidenschaft in mir. Wir sangen und sangen aus vollem Herzen; Lieder, die von jüdischer Einigkeit und jüdischem Stolz handelten, fähig, tagelang ohne Nahrung und Wasser weiterzumachen – nur um all das zu verhindern!

Und dann passierte es. Wir wurden aufgehalten – zunächst nicht von einem Soldaten, sondern von einem Rabbi, der zum Toraschrein ging und sich sein

Die Autorin Orit Arfa 2005 vor Ort im Gazastreifen.

Hemd zerschnitt, das traditionelle Zeichen der Trauer, als wollte er uns sagen: Es ist vorbei. Er sprach laut das berühmte jüdische Gebet „Shema Yisrael!“ – Höre Israel, der Ewige ist unser G-tt, der Ewige ist einzig – und die Mädchen begannen weinend zusammenzubrechen. Wenn die Rabbis nicht auf unserer Seite waren, würde es niemand sein. Es war vorbei.

Viele Frauen wurden hinausgetragen, währenddessen kamen einige Soldatinnen auf mich zu und nahmen mich beim Arm. Sie waren nur ein paar Jahre jünger als ich.

„Bitte tut das nicht!“, flehte ich. „Warum macht ihr das?“

Eine von ihnen antwortete: „Wir wollen das nicht tun, aber wir müssen.“

„Nein, das müsst ihr nicht!“, schrie ich. „Verweigert den Befehl!“

„Das können wir nicht.“

Ich verlies die Synagoge und wurde zu meiner Linken und Rechten von einer Reihe Soldaten begrüßt, die ich anschrie: „Bin ich aus diesem Grund nach Israel gekommen? Ich gehe zurück nach Amerika!“

Die Synagogen und Gewächshäuser ließ Scharon stehen

Ich konnte Gush Katif nicht in dem Bus verlassen, der die Menschen aus der Synagoge nun abschob. Ich musste so lange bleiben, wie ich konnte. Also schlich ich mich weg und nutzte meinen Presseausweis. Die Medien trieben sich immer noch vor Ort herum und wurden wie Adlige behandelt. Sie durften so lange bleiben, wie sie wollten – und über den Trümmerhaufen berichten. Bald würde die Armee beginnen, die Häuser niederzureißen, damit die Hamas nicht in den Genuss käme, etwas zu nutzen, das Juden erschaffen hatten. Nur die Gewächshäuser ließen sie als „Geschenk“ zurück, zusammen mit den Synagogen. Scharon brachte es nicht über sich, sie zu zerstören. Die Araber übernahmen diese Drecksarbeit, mit Ausnahme einiger Bauten wie der Synagoge von Neve Dekalim—jetzt ist sie eine islamische Universität.

Ich flirtete mit einem schmierigen israelischen Busfahrer, der die Soldaten beförderte, sodass ich bei der Armee bleiben und eine weitere Nacht in Gush Katif verbringen konnte. Ich schlief am Strand, umgeben von Soldaten, die das, was übrig war, jetzt vor arabischen Angriffen schützten. Ich wehrte die Annäherungsversuche ab, die einer der Busfahrer machte und konnte so noch ein letztes Mal den Sonnenaufgang über Gush Katif sehen.

Dann war es Zeit zu gehen. Vertrieben zu werden.

Die geschockte linke WG-Mitbewohnerin

Zurück in Tel Aviv fühlte ich mich fremd. Ich nahm ein paar Orangefarbene auf, was meiner linken Mitbewohnerin einen Schock versetzte. Viele von ihnen hatten aber einfach keine Bleibe. Die Wohnwagenparks für die Evakuierten waren noch nicht fertig. In Tel Aviv wurde eine Zeltstadt aufgebaut. Die Armee hatte so sorgfältig geplant, die Leute zu entfernen, dass sie das Thema Umsiedlung vernachlässigt hatte. Die meisten Gemeinden waren über Wochen und Monate in Hotels untergebracht.

In den kommenden Jahren verfolgte ich das Ungemach der Gemeinden von Gush Katif: Junge Menschen, die ihren Glauben verloren; Menschen, die Probleme hatten, eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz zu finden; die Auswirkungen, die sich daraus ergaben, dass Soldaten verlagert wurden (oder der hieraus resultierende Mangel); und natürlich die neuen Terroranschläge, die durch die Vertreibung nun mit voller Wucht Sderot und andere Grenzorte trafen, später dann auch Tel Aviv und Jerusalem. Um all das zu verarbeiten, schrieb ich sogar einen Roman mit dem Titel The Settler über die Geschehnisse. Er handelt von einer jungen Frau, die umgesiedelt wird und schließlich ein neues Leben in der Clubszene von Tel Aviv beginnt und gegen alles aufbegehrt, was sie bisher kannte.

Wir alle mussten uns in gewisser Weise neu erschaffen. Wir würden nie wieder so sein wie früher.

Die Linken hatten Gush Katif erschaffen

Ich spürte, dass die Geschehnisse in Gush Katif große Mängel innerhalb der israelischen Gesellschaft, ihrem Denken und ihrer Strategie offengelegt hatten. Ich denke, ich war nun etwas weniger Zionistin als zuvor, denn die „zionistische Einheit“ war wichtiger geworden als das individuelle Leben einzelner Juden. Die Einwohner von Gush Katif waren Pioniere. Eine Regierung der politischen Linken hatte sie in den siebziger und achtziger Jahren nach Gush Katif geschickt, um innerhalb des Gazastreifens eine Pufferzone zu errichten, die Angriffe auf das südliche Israel abwehren sollte.

Genau hier aber liegt das Problem: Juden sind mit dem zionistischen Traum zu Schachfiguren geworden. Wenn der Staat sie zum Wohle des „Staates“ irgendwo hinschicken kann, so kann er sie zu seinem Wohle auch wieder von dort entfernen. Ich erkannte, dass Israel einen Kurs einschlagen musste, der dem individuellen Leben der Israelis mehr Bedeutung gibt.

Es dauerte lange, bis der Schmerz von Gush Katif ausheilte, aber ich weiß, dass wir seitdem gewachsen sind und ungemein viel gelernt haben. Viele der Demonstranten begannen, sich mehr auf die israelische Gesellschaft einzulassen. Gush Katif war damals wie eine Festung, in die nur wenige eindringen konnten. Die Menschen von dort engagierten sich nun im Kulturleben, den Medien und der Bildung in Israel, um die Wahrnehmung dort zu verändern.

Heute haben viele verstanden, dass es ein Fehler war

Der Diskurs über die „Siedler“ ist heute anders. Sie werden nicht länger als „Friedenshindernisse“ verleumdet – außer vom politischen linken Rand und von europäischen Regierungen wie der deutschen. Die Mehrheit der Israelis weiß, dass die Menschen, die jetzt im Hochland von Judäa und Samaria leben, an vorderster Stelle für Israels Verteidigung eintreten – sowohl körperlich als auch spirituell. Die meisten Israelis begreifen, dass die Vertreibung ein Fehler war. Wenn sie nur damals schon auf uns gehört hätten.

Stattdessen zahlt Israel leider bis heute den Preis für seine Torheit. Wir haben gerade erst den fünften Gaza-Krieg seit der Vertreibung beendet (oder war es der sechste?) und Israel ist sich immer noch nicht im Klaren darüber, wie der Terror dort ein für alle Mal beendet werden soll. Israel hat Angst, zurück in den Gazastreifen vorzudringen und zum Status quo vor dem Jahr 2005 zurückzukehren, der vielleicht sogar von noch mehr Gewalt gekennzeichnet wäre. Israel hat sich zu sehr von der Meinung der restlichen Welt abhängig gemacht.

Nach meinen zwölf Jahren in Israel und dem Leid des Abkoppelungsplans habe ich erkannt, dass in Israel erhebliche Reformen nötig sind – hinsichtlich unseres weltanschaulichen Fundaments, des Regierens und erst recht mit Blick auf unser Wahlverfahren.

Nachdem ich in Gush Katif aus der Synagoge gezerrt wurde und rief, ich würde zurück nach Amerika gehen, verbrachte ich tatsächlich den gesamten Sommer des Jahres 2006 zu Hause in Los Angeles bei meiner Familie. 2008 würde ich für fünf Jahre wieder zurück nach Israel gehen, aber diesmal kämpfte ich als Privatperson, als Journalistin und als Leiterin einer gemeinnützigen zionistischen Organisation.

Leute fragen sich oft, was eine „Zionistin“ wie ich in Berlin macht. Vielleicht reicht meine Entscheidung, mich hier niederzulassen, zurück zu dem Tag, an dem ich vor der Synagoge von Neve Dekalim stand.

Nachdem ich schrie, dass ich Israel verlassen würde, hat Gott mich letzten Endes nach Deutschland geführt, vielleicht als unumstößliche zionistische Rebellion. In Deutschland wuchs in mir immer mehr die Überzeugung heran, dass manchmal die Art, wie im Alltag mit einzelnen Bürgern umgegangen wird, wichtiger ist als großartige kollektive Erklärungen und Handlungen. Ironischerweise würde es in Deutschland niemand wagen, mich aus meiner Wohnung hinauszuwerfen, weil ich eine Jüdin bin. Es ist seltsam und tragisch zugleich, dass ich mich hier oft sicherer fühle als in Israel. Obwohl es in Deutschland viele Probleme gibt, insbesondere die Beziehung Deutschlands zu Israel, hat mir das Land viel gegeben.

Aber es gibt dennoch weiterhin einen Ort, von dem ich immer geträumt habe, ich könnte dort in Frieden leben. Und wer weiß – vielleicht wird es wahr werden: Gush Katif.

Marokko und Israel: Sich näher kommen mit Avocados

Im Interesse der Verbesserung der diplomatischen Beziehungen verstärkt sich nun auch die wirtschaftliche Kooperation: Israelis bauen mittlerweile in Marokko sogar die boomende Trend-Frucht Avocado an, weil dort u.a. Wasser leichter verfügbar ist als im jüdischen Staat.

Von Stefan Frank

Shira Greenberg vom israelischen Finanzministerium unterzeichnete zusammen mit ihrem marokkanischen Kollegen Nabil Lakhdar Wirtschaftsverträge zwischen den beiden Ländern.

Nicht nur auf dem diplomatischen Parkett verstehen sich Marokko und Israel immer besser, auch wirtschaftlich entstehen neue Beziehungen. So hat ein grosser israelischer Nahrungsmittelkonzern nun bekannt gegeben, schon bald in Marokko Avocados anbauen zu wollen.

Seit das Königreich und Israel im Dezember ihre Beziehungen normalisiert haben, nähern sich beide Länder mit grossen Schritten einander an. Ebenfalls im Dezember war bekannt geworden, dass die jüdische Geschichte Marokkos in Schulbücher der vierten Grundschulklasse aufgenommen wird. Und vom 11. bis zum 14. Februar 2021 fand im marokkanischen Essaouira an der Atlantikküste eine auch von Vertretern der Regierung besuchte Veranstaltung zur Geschichte des jüdischen Rechts in Marokko statt.

Da sind engere Wirtschaftsbeziehungen folgerichtig, zumal die marokkanische Regierung bestrebt ist, die Wirtschaft des Landes auf eine breitere Basis zu stellen und dazu auch ausländisches Kapital und Know-how ins Land zu holen.

Die Avocado gilt als gesunde Modefrucht, als „Superfood", der Weltmarkt wächst um durchschnittlich fünf Prozent pro Jahr, besonders stark legte die Nachfrage aus China in den letzten Jahren zu. Einer der unter Europas Konsumenten wohlbekannten Avocadoexporteure ist Israel.

Der frühere israelische Ministerpräsident Ariel Scharon schrieb in seiner Biografie, dass sein Grossvater schon in den 1920er Jahren mit dem Avocadoanbau in Palästina begonnen habe, als die Idee, dafür kostbare landwirtschaftliche Fläche zu verbrauchen, noch verrückt schien. Das Land ist seither nicht größer geworden. Die grünschwarze Frucht verdrängt in Israel bereits mancherorts den Anbau von Zitrusfrüchten. Nun plant der grosse israelische Nahrungsmittelkonzern Mehadrin die Expansion im Ausland. In einem Joint Venture mit einem marokkanischen Unternehmen soll die Nachfrage bewältigt werden. Das berichtet die englischsprachige israelische Wirtschafts-Website Globes.

Laut dem Vertrag, der bereits unterzeichnet ist, wird Mehadrin 51 Prozent des Joint Ventures halten. Mindestens 500 Hektar sollen bepflanzt werden, dafür wollen beide Partner in den ersten drei Jahren 30 Millionen Schekel (8,3 Millionen Schweizer Franken) bereitstellen. Wenn die notwendigen behördlichen Genehmigungen erteilt werden, sollen die Früchte vor allem nach Europa exportiert werden. Avocados, die für den Verkauf in der EU nicht geeignet sind, sollen vor Ort verkauft werden.

Shaul Shelach, der Vorstandsvorsitzende (CEO) von Mehadrin, erklärt: „Um zu wachsen, muss Mehadrin ein Unternehmen werden, dessen Haupttätigkeit zwar immer noch in Israel liegt, das aber zusätzliche Aktivitäten an anderen Orten entwickelt. Dies wird auch für unsere Landwirtschaft in Israel von Vorteil sein, weil wir auf diese Weise unseren Kunden in Europa das ganze Jahr über einen besseren Service bieten können." Marokko sei ein Land mit guten Wachstumsbedingungen und viel geringeren Kosten als in Israel, und es liege etwas näher an den Hauptmärkten des Unternehmens in Europa. „Unsere nächsten Schritte nach Übersee werden in der südlichen Hemisphäre sein, wo wir nicht nur niedrigere Kosten vorfinden, sondern auch Früchte anbauen können, die reifen, wenn in Israel keine Saison dafür ist." Shelach schätzt, dass die Aktivitäten in Marokko auf der Grundlage des aktuellen Abkommens ein Viertel der Avocado-Produktion von Mehadrin ausmachen könnten.

„Die Nachfrage nach Avocados ist weltweit im Aufwärtstrend, da die Frucht als ‚Superfood' gilt und die Menschen sie sehr mögen", sagt Shelach. „In Europa, den USA und auf der ganzen Welt wollen die Menschen Avocados, und der Konsum von Avocados ist auch in Israel gestiegen."

In Israel ist Wasser teuer

Avocados seien profitabel, was in der Landwirtschaft nicht selbstverständlich sei, so Shelach. In Zukunft aber könnte das Geschäft schwieriger werden, fürchtet er, da überall auf der Welt neue Avocado-Plantagen entstehen: „Es ist allen klar, dass das Angebot irgendwann die Nachfrage einholen wird, weil es auf der ganzen Welt riesige Pflanzungen gibt. Heute wollen alle Avocados, aber irgendwann wird sich das ändern. In der Landwirtschaft kommt es immer zu einer Situation, in der die Nachfrage nicht mehr wächst, das Angebot jedoch aufgrund umfangreicher Pflanzungen weiter steigt. Eines Tages wird ein Teil dessen, was jetzt gepflanzt wird, rausgerissen, weil es nicht mehr wirtschaftlich ist."

In Israel sei die Situation für die Landwirtschaft schwierig, da nicht nur die Lohnkosten viel höher seien als in vielen anderen Ländern, sondern auch der Preis des Wassers. „Der Wasserpreis ist in Marokko im Vergleich zu Israel zu vernachlässigen, und damit müssen wir konkurrieren. Wasser ist neben der Arbeitskraft unser Hauptkostenfaktor. In diesen beiden Punkten sind wir viel teurer als alle unsere Konkurrenten." Eine Anhebung des Wasserpreises stehe jetzt in Israel auf der Tagesordnung, und wenn dies geschehe, sei das ein harter Schlag für die Landwirtschaft. „Es gibt Gemüse, dessen Anbau viel teurer wird, wenn dieses Dekret verabschiedet wird, und das wird an die Konsumenten weitergegeben Wenn wir bestehen wollen, muss der Anteil unserer Aktivitäten in Übersee steigen."

Juden und Muslime feiern gemeinsam

Wie Essen Kulturen und Religionen verbindet, kann man in Marokko auch bei anderen Gelegenheiten sehen. Vor einigen Tagen wurde ein Video ins Internet gestellt und über die sozialen Medien verbreitet, das zeigt, wie die Synagoge von Rabat zum Ende des Fastenmonats Ramadan (Eid al-Fitr), den Muslime traditionell mit einem Fest begehen, Lebensmittelkörbe für die Nachbarn bereitstellt. Eine Aktion, die offenbar gut angenommen wurde, wie die Bilder zeigen.

Das gefällt nicht allen: Der Betreiber eines algerisch-nationalistischen Blogs behauptet, die Marokkaner seien „wütend" über die angebliche Demütigung durch die Juden. Die „Armut", die durch die Corona-Situation verschärft worden sei, werde „ausgenutzt", um Stimmung für die Normalisierung der Beziehungen zu Israel zu machen, so der Blogger. Abgesehen von dem Hass, der hier mitschwingt, liegt hier auch ein Missverständnis vor. Die Lebensmittelkörbe sind eine freundliche Geste, ein Symbol, keine karitative Hilfe, die irgendjemanden vor dem Verhungern retten soll. Und mit Politik oder gar mit Corona hat das auch nichts zu tun: In den Jahren vor Corona feierten Juden und Muslime in der Synagoge von Rabat gemeinsam das Fastenbrechen am Ende des Ramadan. Beim letzten Mal, 2019, nahm auch Andre Azoulay, der Berater von König Mohammed VI., daran teil. Bei dieser Gelgenheit sagte er, dass Marokko von einer Reihe von Kulturen erbaut wurde, insbesondere „der grossen Berber-Kultur, der grossen jüdischen Kultur, der grossen arabisch-muslimischen Kultur, Afrika, Andalusien, Europa". Er fügte hinzu, bei der Veranstaltung gehe es nicht um Politik: „Wir sind nicht hier, weil wir dazu verpflichtet wären. [Die Veranstaltung] wird nicht aus Gründen der politischen Notwendigkeit ersonnen, organisiert und besucht. Wir sind aus Gründen des Herzens hier, weil wir das wollen und weil wir darin grosse Freude und Vergnügen finden."

Stefan Frank ist freischaffender Publizist und lebt an der deutschen Nordseeküste. Er schreibt regelmässig über Antisemitismus und andere gesellschaftspolitische Themen, u.a. für die „Achse des Guten", „Factum", das Gatestone Institute, die „Jüdische Rundschau" und „Lizas Welt". Zwischen 2007 und 2012 veröffentlichte er drei Bücher über die Finanz- und Schuldenkrise, zuletzt "Kreditinferno. Ewige Schuldenkrise und monetäres Chaos."

Die Operation „Wächter der Mauern“ – ein Beispiel für lernfähige Präzision

Israels Sicherheitskräfte arbeiten seit Jahren auf allen möglichen Ebenen daran, die Aktivitäten der Hamas und anderer Terrorgruppen in Gaza zu überwachen. Alle Beobachtungen fließen in ein System der künstlichen Intelligenz, das nicht nur Daten sammelt, sondern auch in Echtzeit lernt. Dabei ist die Komplexität der Aufgabe nicht zu unterschätzen.

Von Elisabeth Lahusen

In den 16 Jahren, seit Israel sich einseitig aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat, gab es sechs große Einsätze der IDF, durchschnittlich alle zweieinhalb Jahre. In früheren Kriegen flogen die Raketen ungefähr bis Ashdod, jetzt kommen sie bis Tel Aviv. Aber auch wenn die Hamas ihre Fähigkeiten immer wieder aufrüstete und erweiterte, sorgte doch ihre bloße Anwesenheit dafür, dass der Gazastreifen insgesamt sich kaum entwickeln konnte. Die Radikalislamisten bewegen sich zudem nicht isoliert, sondern wie Fische im Wasser innerhalb der Zivilbevölkerung. Das bedeutet, dass ein militärisches Eingreifen Israels immer beides im Blick haben muss: Die modernen Raketen der Hamas und die primitiven Möglichkeiten der Zivilbevölkerung in Gaza, die noch nicht einmal über bombensichere Räume verfügt.

In den elf Tagen der Kämpfe zwischen dem 10. und 21. Mai 2021 führte das israelische Militär intensive Angriffe gegen wichtige Infrastrukturen und Personal der Hamas und des „Palästinensischen Islamischen Dschihad“ im Gazastreifen. Dabei richtete die IDF eine fortschrittliche KI-Technologieplattform ein, die alle Daten über terroristische Gruppen im Gazastreifen auf ein System zentralisierte, das die Analyse und Extraktion der Geheimdienste ermöglichte. Anders als beim autonomen Autofahren, wo das Warnsystem im Wesentlichen mit Gefahrenquellen aus der Fläche umgehen muss, hat man es in Gaza auch noch mit einem weitverzweigten Tunnelsystem zu tun, das teilweise über viele Stockwerke in die Tiefe reicht. Hinzu kommen die Gewohnheiten und Eigenheiten bestimmter Hamasführer, die ebenfalls eine Art Netzwerk bilden. In einem langsamen Prozess wurde jedes Ziel eingekreist – oft über Jahre beobachtet und gründlich studiert. Soldaten der Einheit 8200, einer Eliteeinheit des Geheimdienstes, entwickelten dafür Algorithmen und Codes, die zu mehreren neuen Programmen führten, die während der Kämpfe entwickelt und verwendet wurden.

Die Einheit 8200

Unit 8200 ist die Geheimdienst-Einheit der IDF und fast so alt wie Israel selbst. Sie wurde 1952 unter Verwendung von überschüssiger amerikanischer Militärausrüstung gegründet und seitdem ununterbrochen weiterentwickelt. Ein hochrangiger Beamter der Einheit sagt über die Notwendigkeit des Einsatzes künstlicher Intelligenz: „Es gibt keine Möglichkeit, dass nur Menschen das gesamte Potenzial von Informationen aus den riesigen Datenbanken (ob die visuellen oder schriftlichen Informationen) von allen militärischen Einheiten ausschöpfen. Die größte Herausforderung besteht darin, eine Situation zu erreichen, in der die Menschen weniger Fehler machen, und unser Ziel ist es, die gesamte Datenschrift des Staates Israel auszuschöpfen und in Betreibersoftware umzuwandeln.“

Dabei muss man sich die Einheit nicht als unbewegliche Nerd-Truppe in einem Computer-Bunker vorstellen, sondern als höchst bewegliches System. Schon 2020 wurde berichtet, dass „etwa die Hälfte der Einheit 8200 in operativen Aktivitäten über die Grenzen Israels hinaus tätig ist“.

Dieses System trennt denn auch nicht die verschiedenen Arten von Informationsquellen, sondern führt sie ständig zusammen. Dadurch ist die Zielbank der IDF nicht einfach nur ein wachsender Sammelpool von Informationen, sondern entwickelt sich kontinuierlich weiter. Sie umfasst dabei eine Liste mit Tausenden von verschiedenen Zielen. Dabei muss jedes künstlich errechnete Ziel von menschlichen Quellen bestätigt werden und auch deren Beobachtungen fließen in die Berechnungen ein. Außerdem wird die Software ständig überprüft und so vereinfacht, dass während der Operation quasi jeder das System bedienen könnte. Genau wie der Iron Dome so ausgelegt wurde, dass eine 50 Kilogramm leichte junge Soldatin damit umgehen kann, darf auch der Einsatz der KI nicht nur für Eingeweihte möglich sein.

Der Teamleiter, Lt. P., erklärte das mit einem drastischen Bild: „Ein 100-Jähriger, der nicht in der Zielwelt aufgewachsen ist, soll dies in Echtzeit tun können, ohne Programmiersprachen kennen zu müssen oder riesige Mengen an Informationen selbst zu überprüfen. Dies ermöglicht eine sehr signifikante Verkürzung der Zeiten und erhöht die Fähigkeit, eine größere Anzahl von Zielen in Echtzeit zu verfolgen. Dies ist ein langer Prozess, in dem Sie jeden Tag mehr über die Entwicklung und Veränderungen in diesem Bereich lernen. Zum Beispiel werden die Sicherheitskräfte in einem scheinbar unschuldigen Schuppen, der im Gazastreifen errichtet wurde, die Zahlen der Menschen genau registrieren, die hinein- und hinausgehen. Und selbst wenn ein Ziel mehrfach überprüft wurde, muss jeder Einsatz vom Staatsanwalt genehmigt werden. Bei allen Überlegungen zur Genehmigung jedes Ziels besteht immer die Rechenschaftspflicht, die Israel in Zukunft in Den Haag übernehmen muss.“

Wer wurde neutralisiert?

Es ging dabei gegen Raketenwerfer, Raketenproduktions-, Lagerstätten, Militärgeheimdienste, Drohnen, Kommandeursresidenzen und die Marinekommandoeinheit der Hamas. Israel hat dabei den größten Teil der Infrastruktur und Waffen der Marinekommandoeinheit zerstört, darunter mehrere autonome GPS-geführte U-Boote, die 30 Kilogramm an Explosivstoffen tragen können. Die Satelliten der IDF-Einheit 9900 waren in der Lage, Veränderungen des Geländes automatisch in Echtzeit zu erkennen, so dass das Militär während der Operation in der Lage war, sich bewegende Abschusspositionen zu erkennen und sie nach dem Abfeuern zu treffen. So konnten beispielsweise Truppen der Einheit 9900 mit Satellitenbildern 14 Raketenwerfer erkennen, die sich neben einer Schule befanden. Die IDF tötete auch mehr als 150 Terroristen des „Palästinensischen Islamischen Dschihad“ und der Hamas, von denen viele als ranghohe Kommandeure oder unersetzlich in ihren Rollen betrachtet wurden, insbesondere diejenigen, die die Forschung und Entwicklung der Raketenprojekte leiteten. Der Angriff gegen den hochrangigen Hamas-Aktivisten Bassem Issa wurde ohne zivile Opfer durchgeführt, obwohl er sich

Ahmad GHARABLI / AFP

Raketen der israelischen „Eisernen Kuppel“ (links) steigen auf, um die Raketen der Hamas (rechts) abzufangen.

in einem Tunnel unter einem Hochhaus befand, das von sechs Schulen und einer medizinischen Klinik umgeben war. Issa war ein Brigadekommandeur für Gaza-Stadt und die ranghöchste militärische Figur in der Hamas, die von Israel seit der Operation „Fels in der Brandung“ im Jahr 2014 getötet wurde. Er wurde zusammen mit dem Hamas-Chef für Cyber- und Raketentechnologie, Jomaa Tahla, dem Leiter der Abteilung für Entwicklung und Projekte, Jemal Zebda, und 13 Mitgliedern der Waffenfertigungseinheit der Fraktion neutralisiert. Auch das unterirdische Tunnelnetz „Metro“ der Hamas wurde durch mehrere Nächte der Luftangriffe schwer beschädigt. Das Untergrundnetzwerk verläuft über Hunderte von Kilometern unter Wohngebieten. Auf ihren Karten hat die IDF ein vollständiges Bild des Netzes sowohl über als auch unter der Erde mit Details wie der Tiefe der Tunnel, ihre Dicke und der Art der Routen gesammelt und dann gezielt wichtige Teile des Netzwerks getroffen. Die IDF verwendete auch ein System namens „Alchemist“, das von der Einheit 8200 entwickelt wurde und KI und maschinelles Lernen nutzte, um Truppen vor Ort vor möglichen Angriffen der Hamas oder des „Palästinensischen Islamischen Dschihad“ zu warnen. Das dynamische und aktualisierende System wurde von jedem Kommandanten im Feld verwendet, der das System auf einem benutzerfreundlichen Tablet hatte.

Das Militär berichtete, dass der Angriff, der St.-Sgt. Omer Tabib getötet hat, noch untersucht wird. Truppen waren auf die Möglichkeit eines Panzerabwehrfeuers aufmerksam gemacht worden, das auf ihre Jeeps außerhalb der Gemeinde Netiv Ha'asara abzielte. Tabib war der einzige Soldat, der bei den Kämpfen getötet wurde.

Dabei hört es mit der genauen Ortung eines Zieles noch lange nicht auf. Auch die Wahl der Waffen muss präzise vorbereitet sein. Ein Hamas-Büro, das oberirdisch liegt, muss mit einer anderen Art von Munition neutralisiert werden, als ein Zentrum, das unterirdisch ist. Man muss vorher wissen, wie tief eine Sprengladung einschlagen muss, um die Auswahl der Bombe für die Anti-Terror-Mission präzise zu bestimmen und es soll dabei so wenig wie möglich Schaden im Umfeld entstehen.

Tod durch „eigene“ Raketen?

Die IDF bombardierte mehr als 1.000 Ziele in Gaza, viele davon Häuser, Gebäude, Tunnel und Hamas-Stellungen. Dabei blieb die Anzahl der getöteten Zivilisten vergleichsweise gering. Nach Angaben des von der Hamas geführten Gesundheitsministeriums in Gaza wurden bei den Kämpfen mindestens 243 „Palästinenser“ getötet, darunter 66 Kinder und Jugendliche, wobei 1.910 Menschen verletzt wurden. Die IDF erklärte ihrerseits, dass mehr als 100 Aktivisten der Terrorgruppen getötet wurden und dass einige der zivilen Opfer durch Hamas-Raketen verursacht wurden, die nach einem Luftangriff auf das Tunnelnetz der Hamas in die Nähe fielen oder Wohnhäuser zum Einsturz brachten. Wobei der Begriff Jugend auf der „palästinensischen“ Seite an dieser Stelle auch nicht genau präzisiert werden kann, da es sich bei den Terrorkämpfern an den Raketenstellungen auch zum Teil um 15 – 17-jährige Kindersoldaten handelt.

Es kann nach solchen Kämpfen keinen Frieden geben, sondern höchstens eine kurze oder längere Pause bis zum nächsten Einsatz, solange es nicht möglich ist, organisierte militante Islamisten wirksam an Terroreinsätzen zu hindern. Deshalb war dies vermutlich nicht der letzte Schlagabtausch. Und dennoch kann Israel optimistisch bleiben, denn die Einheit 8200 spiegelt die Qualitäten wider, die auf vielen Ebenen das Erfolgsrezept des Landes sind: Ein Leben im Spannungsfeld zwischen Disziplin und Kreativität, der Wille, ständig Risiken einzugehen und Fehler zu akzeptieren, es auch als Vorgesetzter nicht nur auszuhalten, dass ein Untergebener vielleicht klüger ist, sondern sogar gezielt auf der Suche nach Menschen zu sein, die mehr können und sich dabei jederzeit der ständigen Ungewissheit in einem feindlichen Umfeld zu stellen.

Entgegen allen arabischen und linken Geschichtslügen: Gerade Ost-Jerusalem wurde überhaupt erst 1948 gewaltsam arabisiert

Während der Fall Sheikh Jarrah auf eine Entscheidung des Gerichts wartet, behaupten viele, israelische Juden würden das Jerusalemer Stadtviertel Sheikh Jarrakh „kolonisieren" und Israel versuche Jerusalem zu „judaisieren". Das Schicksal der Familie des Autors widerlegt diese Behauptungen und zeigt, dass die Anschuldigungen nur ein weiterer Versuch sind, die Geschichte der jüdischen Gemeinschaft auszulöschen.

Von Dr. Michael L. Wise (Audiatur)

Meine Mutter, Miriam, wurde 1921 im Schimon Ha'Tzadik-Viertel von Scheich Jarrah geboren. Die jüdische Präsenz in Scheich Jarrah konzentrierte sich rund um das Grab von Schimon HaTzadik, einem der letzten Mitglieder des Hohen Rates, dem Führungsgremium des jüdischen Volkes nach dem Babylonischen Exil.

Laut dem babylonischen Talmud traf sich Schimon HaTzadik mit Alexander dem Großen, als die mazedonische Armee durch das Land Israel zog und überzeugte ihn, den Zweiten Tempel nicht zu zerstören. Jahrelang pilgerten Juden zu seinem Grab in Sheikh Jarrah, eine Praxis, die in der Reiseliteratur dokumentiert ist. 1876 wurden die Höhle und das angrenzende Land, bepflanzt mit 80 alten Olivenbäumen, von den Juden für 15.000 Francs gekauft. Dutzende von jüdischen Familien bauten Häuser auf dem Grundstück.

Die türkisch-osmanische Volkszählung von 1905 zählte 97 jüdische Familien, die dort lebten. Trotz der sogenannten „arabischen Revolte" in den 1930er Jahren, als einige jüdische Familien entwurzelt wurden, blieb es ein jüdisches Viertel bis 1948, als die jüdischen Bewohner von der jordanischen Armee vertrieben wurden und ihre Häuser von Arabern besetzt wurden.

In den 1880er Jahren, als Jerusalem eine mehrheitlich jüdische Stadt war (zurückgehend auf die osmanisch-türkische Volkszählung von 1848), waren Terror und Bedrohungen ein täglicher Teil des Lebens für die jüdischen Einwohner. Die Mutter meiner Mutter, Sarah, war 1911 ein Teenager, als ihr Vater Chaim Eisenbach das Leben von Rabbi Rachmastrivka an der Westmauer rettete, indem er seinen blutüberströmten Körper vor mörderischen arabischen Angreifern abschirmte. Chaim Eisenbach ging danach nur noch humpeln und Sarah erholte sich nie davon, diesen furchtlosen und hingebungsvollen Mann zusammengeschlagen nach Hause kommen zu sehen.

Als Sarah meinen Großvater Shimon Gotlieb heiratete, zogen sie 1919 in die Nachbarschaft von Shimon Ha'Tzadik. Shimons Familie ließ sich bis zu den Shlah HaKadosh zurückverfolgen, die 1621 in Palästina ankamen. Die Eltern meiner Mutter hatten Angst vor marodierenden Araberbanden in verschiedenen Jerusalemer Vierteln, darunter die Klagemauer und der Machane-Yehuda-Markt. Sie verließen Jerusalem im Jahr 1927, um der antijüdischen Gewalt zu entkommen. Der Rest der Familie meiner Mutter blieb und lebt bis zum heutigen Tag in Jerusalem.

Flucht 1948

Zufälligerweise wurde meine Frau Batya auch in Shimon Hatzadik geboren. Batya erinnert sich, wie ihr Vater, Professor Chaim Gevaryahu, sie als kleines Mädchen erfolgreich mit alten Matratzen abschirmte, als das Dach ihres Hauses durch Granaten der jordanischen Armee weggesprengt wurde. Alle jüdischen Familien von Shimon Hatzadik flohen im Unabhängigkeitskrieg in andere Jerusalemer Stadtteile, als der junge jüdische Staat von den Armeen von fünf arabischen Nationen überfallen wurde. Die Araber besetzten dann alle jüdischen Häuser.

Heute wird von zahlreichen Journalisten so getan, als sei der Osten Jerusalems schon immer arabisch gewesen.

Meine familiäre Verbindung zu Sheikh Jarrakh schließt auch meine Schwiegertochter Yael ein, die von der ursprünglichen sephardischen Gründergemeinde von Shimon Hatzadik abstammt. Batya war nicht in der Lage, ihren Geburtsort zu besuchen, bis Israel Sheikh Jarrakh während des Sechs-Tage-Krieges 1967 befreite.

Nach der Wiedervereinigung Jerusalems wurde 1970 das Gesetz über Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten in Israel erlassen, das festlegte, dass Juden, die 1948 ihren Besitz in Jerusalem verloren hatten, ihr Eigentum zurückfordern können. In den 1970er Jahren begannen nicht enden wollende juristische Auseinandersetzungen um Landbesitz, einschließlich der Ansprüche auf Teile von Sheikh Jarrah.

1972 machten das Sephardische Komitee und das Knesset-Komitee Israels geltend, dass sie 1885 das Land gekauft und die Häuser auf dem Gebiet, das als Shimon Hatzadik bekannt ist, auf der Ostseite der Nablus-Straße in Jerusalem gebaut haben.

Miete zahlen ab 2009

1976 entschied das Gericht, dass das Land den israelischen Verbänden gehöre und sie reichten eine Räumungsklage ein. 1982 bestätigte der Oberste Gerichtshof Israels das jüdische Landeigentum. 1987 erkannte ein weiteres Gerichtsurteil das Eigentum der jüdischen Vereinigungen an den Grundstücken auf der Westseite der Nablus Road an und definierte die palästinensischen Araber als „geschützte Pächter". Im Jahr 1991 wurde vereinbart, dass das Eigentum an dem Land den jüdischen Vereinigungen gehört und den arabischen Bewohnern des Viertels wurde ein Mieterstatus zugestanden, vorausgesetzt, dass bis zum 30. September 2009 Miete an die Vereinigungen gezahlt wird, wenn diese Häuser wieder an ihre jüdischen Eigentümer zurückfallen würden.

Im Jahr 2001 zogen israelische Juden in einen Teil des Shimon Hatzadik/Sheikh Jarrakh. Ein Araber reichte beim Jerusalemer Bezirksgericht eine Klage ein, um sein Landeigentum zu beweisen, wobei er sich auf Eigentumsurkunden aus dem Osmanischen Reich berief, die aus der Türkei mitgebracht wurden. Das Gericht stellte fest, dass die Dokumente gefälscht waren und lehnte die Klage 2005 ab; eine Berufung im folgenden Jahr wurde ebenfalls abgewiesen.

Trotz des Urteils konnten die jüdischen Eigentümer nicht aktiv werden, da die palästinensischen Araber sofort Berufung beim Obersten Gerichtshof einlegten. Vier Jahre später wies das Gericht die Berufung schließlich ab. Im Jahr 2009 entschied das Jerusalemer Bezirksgericht, dass Araber, die sich weigerten, Miete zu zahlen, aus zwei Häusern in Sheikh Jarrah vertrieben werden sollten und jüdische Familien einziehen sollten. Daraufhin organisierten arabische Aktivisten in Sheikh Jarrakh ständige Proteste gegen die jüdische „Übernahme" in der Nachbarschaft.

Am 15. Februar 2021 wurden weitere laufende arabische Einsprüche in einem Urteil des Jerusalemer Bezirksgerichts abgewiesen, und es wurden Räumungsbefehle erlassen, die bis zum 2. Mai ausgeführt werden sollten. Der Oberste Gerichtshof Israels bestätigte die Entscheidung, Araber, die in ehemals jüdischen Häusern leben, zu räumen.

Arabische und jüdische Aktivisten brachten ihren Unmut auf die Straße und hielten täglich Proteste ab, die auch auf andere Teile Jerusalems übergriffen. Araber haben internationale Politiker und Befürworter dazu aufgerufen, Druck auf Israel auszuüben, um das zu beenden, was sie als „andauernde Nakba" von Sheikh Jarrah bezeichnen. Am 22. April 2021 wurde Israel vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) wegen Kriegsverbrechen angeklagt, unter anderem wegen der Zwangsvertreibung von Arabern aus Ost-Jerusalem.

Vorgeschobener Kriegsgrund

Infolgedessen gab der Oberste Gerichtshof Generalstaatsanwalt Mandelblit bis zum 8. Juni Zeit, seine Stellungnahme in dieser Angelegenheit abzugeben. Die anstehende Räumung war einer der Auslöser für den 11-tägigen Gaza- Konflikt, der letzte Woche endete.

Die Geschichte meiner Familie entkräftet die arabischen Ansprüche auf den Eigentumsvorrang gründlich und deutet darauf hin, dass es sich lediglich um einen weiteren Versuch handelt, die Geschichte einer jüdischen Gemeinschaft in Israel auszulöschen.

Viele Juden haben tiefe Wurzeln in der Nachbarschaft von Shimon Hatzadik/Sheikh Jarrakh und die Behauptung, dass Israel diese Nachbarschaft „judaisiert", steht in tiefem Widerspruch zu unserer Familiengeschichte.

Unerbittliche Feinde Israels werden nicht so bald verschwinden, aber glücklicherweise sind einige von Israels Nachbarn kürzlich dem Abraham-Abkommen beigetreten. Trotz der jüngsten Gewalt können wir vorsichtig optimistisch sein, dass wir uns an der Schwelle zu einer neuen Ära des regionalen Friedens und Wohlstands befinden.

Dr. Michael L. Wise ist Physiker und Gründer und Investor zahlreicher Technologieunternehmen. Er ist Gründungsmitglied der American Israel Demographic Research Group. Auf Englisch zuerst erschienen bei Arutz Sheva. Übersetzung Audiatur-Online.

ANZEIGE

Privatgelehrter in Magdeburg denkt an Israel in schwerer Stunde des Raketenbeschusses.

Verschnaufpause oder Gelegenheit zur Wiederaufrüstung?

Seit Kurzem herrscht zwischen Israel und der Hamas eine Waffenruhe. Das ist jedenfalls das Wort, das benutzt wird. Dabei sind der Hamas, die dafür keinerlei Zugeständnisse machen musste, lediglich die Raketen ausgegangen! Besondere Dramatik bekommt der Raketenterror für deutschsprachige Leser, wenn man die Zahl der auf Israel abgefeuerten Hamas-Raketen auf Deutschland umrechnet.

THOMAS COEX / AFP

Mitglieder der Kassam-Brigaden, des bewaffneten Arms der Hamas, posieren mit ihren Raketen, die zum Abschuss auf israelische Zivilisten bestimmt sind, am 27. Mai 2021 auf den Straßen von Khan Yunis im Süden des Gazastreifens.

Von Gerd Buurmann

„Tapfer im Nirgendwo“ verteilt all die Raketen, die in der Woche vom 14. zum 21. Mai 2021 auf Israel abgefeuert wurden, auf Deutschland:

19 Raketen auf Aachen
17 Raketen auf Alf
14 Raketen auf Andernach
17 Raketen auf Augsburg
13 Raketen auf Baden-Baden
6 Raketen auf Bad Honnef
7 Raketen auf Bad Münstereifel
33 Raketen auf Bayreuth
205 Raketen auf Berlin
37 Raketen auf Bielefeld
13 Raketen auf Bingen
43 Raketen auf Bitburg
51 Raketen auf Bochum
24 Raketen auf Bonn
7 Raketen auf Boppard
6 Raketen auf Braunlage
19 Raketen auf Braunschweig
43 Raketen auf Bremen
11 Raketen auf Brühl
7 Raketen auf Bückeburg
2 Raketen auf Buxtehude
28 Raketen auf Celle
32 Raketen auf Chemnitz
7 Raketen auf Cochem
19 Raketen auf Cottbus
13 Raketen auf Cuxhaven
23 Raketen auf Darmstadt
2 Raketen auf Daun
9 Raketen auf Delmenhorst
4 Raketen auf Detmold
21 Raketen auf Dorsten
32 Raketen auf Dortmund
17 Raketen auf Dresden
76 Raketen auf Duisburg
36 Raketen auf Düsseldorf
4 Raketen auf Eisenhüttenstadt
8 Raketen auf Elmshorn
9 Raketen auf Emden
11 Raketen auf Ennepetal
23 Raketen auf Erfurt
21 Raketen auf Erlangen
52 Raketen auf Essen
27 Raketen auf Flensburg
23 Raketen auf Frankfurt a. Main
15 Raketen auf Frankfurt a. d. Oder
29 Raketen auf Freiburg
21 Raketen auf Friedrichshafen
20 Raketen auf Fulda
12 Raketen auf Füssen
13 Raketen auf Garmisch-Partenkirchen
19 Raketen auf Gera
21 Raketen auf Gießen
3 Raketen auf Görlitz
5 Raketen auf Greifswald
8 Raketen auf Gummersbach
21 Raketen auf Hagen
17 Raketen auf Halle
106 Raketen auf Hamburg
31 Raketen auf Hameln
14 Raketen auf Hamm
41 Raketen auf Hannover
1 Rakete auf Haren
15 Raketen auf Heidelberg
24 Raketen auf Heilbronn
1 Rakete auf Helgoland
14 Raketen auf Herford
6 Raketen auf Hoyerswerda
4 Raketen auf Höxter
19 Raketen auf Ingolstadt
4 Raketen auf Iserlohn
15 Raketen auf Jena
28 Raketen auf Kaiserslautern
36 Raketen auf Karslruhe
47 Raketen auf Kassel
18 Raketen auf Kiel
52 Raketen auf Kleve
75 Raketen auf Koblenz
111 Raketen auf Köln
2 Raketen auf Königswinter
8 Raketen auf Konstanz
10 Raketen auf Krefeld
2 Raketen auf Landshut
16 Raketen auf Leer
13 Raketen auf Leverkusen
68 Raketen auf Leipzig
3 Raketen auf Lingen
4 Raketen auf Linz
9 Raketen auf Ludwigsburg
16 Raketen auf Lübeck
13 Raketen auf Lüneburg
27 Raketen auf Magdeburg
48 Raketen auf Mainz
12 Raketen auf Mannheim
17 Raketen auf Marburg
1 Rakete auf Mayen
3 Raketen auf Meppen
14 Raketen auf Minden
35 Raketen auf Mölln
18 Raketen auf Mönchengladbach
92 Raketen auf München
35 Raketen auf Münster
5 Raketen auf Nettetal
3 Raketen auf Nordhorn
72 Raketen auf Nürnberg
22 Raketen auf Oberhausen
31 Raketen auf Offenbach
2 Raketen auf Oldenburg
13 Raketen auf Osnabrück
9 Raketen auf Paderborn
6 Raketen auf Papenburg
8 Raketen auf Passau
19 Raketen auf Pinneberg
4 Raketen auf Plauen
17 Raketen auf Polch
62 Raketen auf Potsdam
21 Raketen auf Prenzlau
13 Raketen auf Quakenbrück
4 Raketen auf Recklinghausen
15 Raketen auf Regensburg
18 Raketen auf Reutlingen
10 Raketen auf Rheda-Wiedenbrück
5 Raketen auf Rosenheim
47 Raketen auf Rostock
25 Raketen auf Rügen
12 Raketen auf Rüsselsheim
12 Raketen auf Saarbrücken
25 Raketen auf Schweinfurt
21 Raketen auf Schwerin
28 Raketen auf Siegen
13 Raketen auf Sindelfingen
19 Raketen auf Speyer
9 Raketen auf Stade
1 Rakete auf St. Goar
17 Raketen auf St. Peter-Ording
8 Raketen auf Stralsund
53 Raketen auf Stuttgart
7 Raketen auf Sylt
12 Raketen auf Trier
36 Raketen auf Tübingen
59 Raketen auf Ulm
14 Raketen auf Unna
8 Raketen auf Vechta
3 Raketen auf Viersen
16 Raketen auf Wetzlar
27 Raketen auf Wiesbaden
23 Raketen auf Wismar
18 Raketen auf Witten
6 Raketen auf Wolfsburg
9 Raketen auf Worms
31 Raketen auf Würzburg
62 Raketen auf Wuppertal
4 Raket0en auf Xanten
1 Rakete auf Yach
31 Raketen auf Zwickau

Das sind alle Raketen aus nur einer Woche im Mai.

Meisterwerke eines Feuilletonisten

Die in Buchform veröffentlichten „Plauderbriefe" des großen jüdischen Schriftstellers Alfred Kerr zeichnen ein einmaliges Porträt des Berlins des Kaiserreiches und der Weimarer Republik.

Von L. Joseph Heid

Im Jahre 1997 erschienen unter der Autorenschaft von Alfred Kerr (1867-1948) ein voluminöser Briefband mit dem Titel „Wo liegt Berlin? Briefe aus der Reichshauptstadt". Herausgeber war der frühere Feuilleton-Chef der FAZ, Günther Rühle. Er hatte im Berliner Alfred-Kerr-Archiv bis dahin unbekannte Texte aus der Feder von Kerr entdeckt, die seinerzeit in der „Breslauer Zeitung" erschienen waren. In der Breslauer Universitätsbibliothek fand Rühle dann alle Texte Kerrs für die Zeit ab Januar 1895 bis Ende 1900.

In der am 11. Dezember 1997 ausgestrahlten Kultursendung „Literarisches Quartett" besprach der damals bekannteste deutsche Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki die Edition mit den hymnischen Worten: „Die Geschichte des deutschen Feuilletons muss neu geschrieben werden" und nannte die Neuerscheinung ein „Meisterwerk eines Feuilletonisten". Nicht genug des Lobes, erklärte Reich-Ranicki „Wo liegt Berlin?" zum wichtigsten deutschsprachigen Buch des Bücherjahres. Reich-Ranickis Literaturempfehlung verfehlte ihre Wirkung nicht: Am Tag darauf gingen zehntausend Bestellungen beim Verlag ein. Und ein Jahr später war der Verlag bereits bei der vierten Auflage und bei 75.000 verkauften Exemplaren.

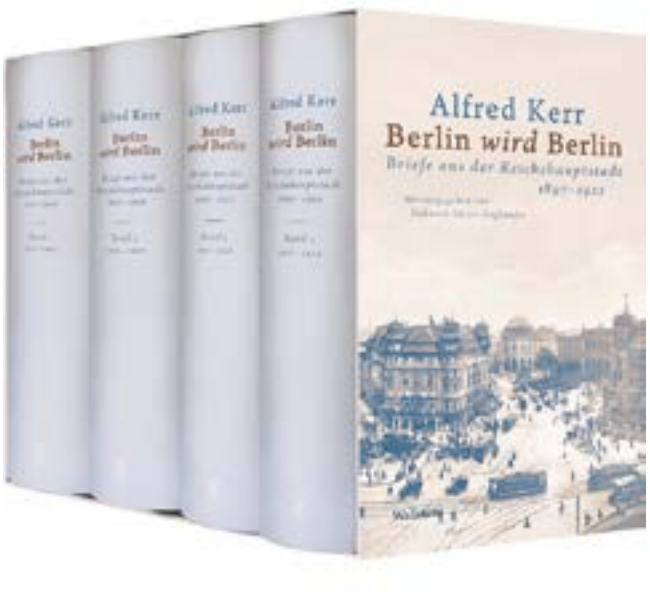
Wie Rühle hat sich die Literaturwissenschaftlerin Deborah Vietor-Engländer intensiv mit Leben und Werk Kerrs beschäftigt und mit ihrer grandiosen Kerr-Biografie (2016) ihrem eigenen wissenschaftlichen Leben ein Glanzlicht aufgesetzt. Das Thema Kerr bestimmte auch weiterhin ihre Forschung. Mit der von ihr herausgegebenen vierbändigen Edition „Alfred Kerr: Berlin wird Berlin. Briefe aus der Reichshauptstadt 1897-1922" mit seinen stattlichen fast 3.000 Seiten, hat sie einen weiteren literaturhistorischen Höhepunkt gesetzt.

Umstrittener Theaterkritiker

Kerr war zu seinen Lebzeiten nachgerade berühmt, für manche auch berüchtigt. Seiner spitzen Feder wegen. Er gehörte zu den bekanntesten (und umstrittensten) Theaterkritikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Die Urteile seiner Zeitgenossen changieren zwischen „Feuilletonschlampe" (Karl Kraus), „Kritikergenie" (Moritz Heimann) und „Kerr ist ein Dichter" (Robert Musil). Allein diese drei Stimmen deuten an, dass Kerr weit mehr war als ausschließlich ein Kritiker.

Geistig geprägt war Kerr von seinen großen Inspiratoren Heinrich Heine und Ludwig Börne. Das waren seine literartur-kritischen Leitsterne. Deren scharfer Geist, ihr Witz, ihr Blick auf die Wirklichkeit und ihre lustvollkritische Schreibenergie, waren ihm nachahmenswertes Vorbild.

Was Kerr schrieb, gewann zunehmend die Tendenz, selbst Literatur zu sein. Er lebte in und mit der Literatur. In seinen Texten klingen stets analytische Schärfe, Polemik, Ironie und Witz an, Lust am Streit, die vielen Literaturkritikern zu eigen ist. Indes



war Kerr mehr als ein Theater- und Literaturkritiker – er war auch Journalist, Essayist, Lyriker und (Reise-) Schriftsteller. Seine öffentliche Bedeutung zog er aus der Grenzüberschreitung von Literatur und Theater in die politische Polemik. Bei all dem war er auch ein Entdecker von Literatur sowie ein einflussreicher Vermittler in der Literatur.

Auch wenn es am Ende des Kaiserreichs und dann vor allem in den Weimarer Jahren eine Fülle großartiger Kritiker in Deutschland gegeben hat, Kerr überragte sie alle. Er brach radikal mit der Kritik alter Schule. Seine Markenzeichen waren die knappen, treffsicheren Formulierungen, Umgangssprache und Dialekt, gepaart mit Fragmenten klassischer Bildung, Wortspiele, Metaphern und Assoziationen. Ihn, der in der Gegenwart schon ein wenig vergessen schien, rückt die Literaturwissenschaftlerin Deborah Vietor-Engländer erneut ins Bewusstsein der Gegenwart.

Ein Vierteljahrhundert lang schrieb Kerr seine „Plauderbriefe" für die Sonntagsausgabe der „Königsberger Allgemeinen Zeitung", nachdem er seit Januar 1895 in der „Breslauer Zeitung" wöchentliche Berichte geschrieben hatte – kühn, oft ironisch-witzig, interessiert für vielerlei. Seine Briefe waren nicht nur eine Mischung aus Ernst, Sprachkunst und Unterhaltung, sondern auch manchmal von brennender Aktualität. Immer dann, wenn er auf das Theater zu sprechen kam oder das noch junge Medium Kino, ließ er seine besondere Schreiblust aufscheinen. Die jahrzehntelang verschollenen Briefe handeln von Aufbruch und Endstimmung im Ersten Weltkrieg, dem Wandel von der Reichshauptstadt Berlin der Kaiserzeit, die durch die November-Revolution 1918 zur kulturell quicklebendigen Hauptstadt der Republik wurde.

Der junge Feuilletonist fiel sogleich auf durch seine unbekümmerte Beobachtung, Benennung und Formulierung von dem, was er sah und unmittelbar erlebte. Der erste Plauderbrief aus der Feder des 29-jährige Kerr trug den Titel „Der Prozess Tausch". Kerr wusste genau, was er wollte: „Der Chronist hat kein Recht, bloße Stimmungen wiederzugeben – und gar noch Zwitterstimmungen! Der Chronist hat sich an die Ereignisse zu halten, welche im Vaterland passieren. Der Chronist soll die Stimmung Berlins widerspiegeln".

Rolle der Frau

Kerr war ein fortschrittlicher Denker und für Themen empfänglich, für die ihm gesellschaftlich heftiger Widerspruch entgegenschlug. Das galt namentlich für seine Einstellung zur Lage der Frauen in Deutschland. Er schrieb über die erste Promotion einer Frau in Berlin und über die erste Professorin in Deutschland, gleichwohl hoffend, die Wahlberechtigung der Frauen ließe nicht länger auf sich warten. Er freute sich über die erste weibliche Droschkenkutscherin, die in Berlin ihre Tätigkeit aufgenommen hatte. In seinen technischen Prophezeiungen war er seiner Zeit voraus und es ist erstaunlich, wie präzise seine Visionen ausfallen. 1905 sah er voraus, dass Autos eines Tages zum Alltag gehören würden: „In zwanzig Jahren, wenn jeder kleine Mann sein Automobilchen als selbstverständliches Lebenserfordernis besitzen wird ..." Vom Volkswagen war das Land damals noch weit entfernt.

Auch seine politischen Utopien weisen ihn als klugen Kopf aus: Fünf Jahre vor Beginn des Ersten Weltkrieges hatte er eine Vorstellung von den „Vereinigten Staaten von Europa", obwohl die meisten europäischen Staaten noch in nationalistischen Denkmustern verfangen waren. Als es dann zum Krieg kommt, zögert

Alfred Kerr, 1932

er nicht, wie Tausende anderer deutscher Juden auch, mittun zu wollen. Doch man will ihn nicht. Und so bleiben ihm all die Enttäuschungen erspart, die deutsch-jüdische Soldaten – zum Beispiel durch die diskriminierende „Judenzählung" – während des Krieges erdulden mussten. Seine Briefe während der Zeit des Weltkrieges haben in ihrer Eindringlichkeit eine besondere Qualität.

Fast dreitausend gedruckte Briefseiten auf höchstem Niveau und den Schreiber nicht persönlich zu Wort kommen zu lassen, wäre für einen Rezensenten nachgerade fahrlässig. Werfen wir einen fokussierten Blick auf den Vorabend des Weltkrieges, Kerrs Blick. Im Juli 1914 verhängte die Regierung in Preußen für die Wirte eine Art Lockdown. Kerr schreibt: „Die Gastwirte rasen; denn allerhand Verordnungen kommen darauf hinaus, die Stätten früher zu schließen... Man nennt das schlicht und fachtechnisch: Verkürzung der Polizeistunde ..." Kerr zeigt viel Verständnis für die Gastronomie: „Arme Wirte! ... die Seele des Geschäfts liegt ja darin, noch aufzuhaben, wenn der Andere schon zuhat. Daher der Name Nachtlokal".

Nationalbegeisterung

Ein fortschrittlicher, politisch weitblickender Mann wie Kerr vermochte nicht im Juli/August 1914 seine chauvinistischen Gefühle, er nennt sie „Schicksalsgefühle", zu unterdrücken. Am 2. August 1914 spricht Kerr noch davon, das deutsche Heer habe wie kein zweites in der Welt „Friedensarbeit pflichtgetreu" getan, doch werde es von nun an furchtlos seinen Mann stehen.

Eine Woche später, die ersten Schüsse sind gefallen, der Weltkrieg hat begonnen und Kerr spricht von einer „seelische(n) Steigerung von einziger Art". Am 9. August 1914 hob Kerr in seinem Brief „Die ersten Tage" das Gemeinsame jenseits allen Klassendenkens, dass das Leben in Deutschland nunmehr bestimmte, hervor. Man wolle Deutschland auf der Landkarte „zusammenstreichen", war er, eine „schluchzende Wut" empfindend, überzeugt: „Man hat die Frechheit, uns am freien Atmen hindern zu wollen", die Feinde rücken an, von Ost, von West und übers Wasser, kurz: „sie wollen Deutschland den Garaus machen". Eine pazifistische Haltung klingt anders. Nach Schuld und Ursachen für den Krieg fragte Kerr nicht. In all seinem seelischen Überschwang vergaß Kerr nicht die Tausende und Hunderttausende „drüben" jenseits der Grenzen, die wie die Deutschen „nur machtlos" waren, „fortgerissen von der Verbrecherschar", dass man dennoch auf sie schießen müsse. In der Stunde der Not war er „selig", dass deutsche Truppen „stramm und ohne Zeitverlust" ein neutrales Land wie Belgien durchschritten und damit „das Völkerrecht aus Not gebrochen" hätten.

Doch es gab im Sommer 1914 jüdischerseits auch Haltungen, selten zwar, die lebensbejahend waren. Kerr gehörte nicht zu diesen und stimmte in den Chor der Bellizisten ein. Einer, ganz und gar kein Hurra-Patriot, entzog sich 1917 einer noch möglichen Einberufung zum Kriegsdienst durch Übersiedlung in die Schweiz, um in Bern Geisteswissenschaften zu studieren – Walter Benjamin. Walter Benjamin, der zu einem der bedeutendsten deutsch-jüdischen Schriftsteller avancieren sollten, dessen Schriften in alle Weltsprachen übersetzt wurden, war ein Polyhistor, ein „Homme de lettres", wie er sich selbst gerne bezeichnete. Er wollte sich nicht in den „Schwall von Leibern" einreihen, wie er schrieb, der sich in den allerersten Augusttagen des Jahres 1914 „vor den Kasernen staute".

Spanische Grippe

Eine weitere gewichtige Stimme seit zitiert, die dem um sich greifenden Nationalismus eine unmissverständliche Absage erteilte: „In solcher Zeit sieht man, welch trauriger Viehgattung man angehört […] und empfinde nur eine Mischung aus Mitleid und Abscheu“, schrieb Albert Einstein im August 1914 seinem Kollegen Paul Ehrenfest.

Als der Krieg sich dem unehrenvollen Ende zuneigte, wurde Kerrs Ton ruhiger, wenn nicht desillusioniert: „Der schwerste Druck lastet auf uns allen, auf dieser sonst leichtlebigen, oft schnoddrigen Bevölkerung. Ein Druck, wie er in den härtesten Tagen zu Beginn des Krieges nicht erlebt worden ist. Und man dürfte uns Schurken nennen, wenn es anders wäre…“.

Durch die Plauderbriefen erhält der Leser Informationen über die Spanische Grippe, von der Kerr und seine Frau betroffen sind. Anfangs unterschätzt Kerr diese Pandemie: „Die Grippe rast. … Schließlich ist man noch dankbar, dass es nur eine unverhältnismäßig unwesentliche Krankheit ist, die uns das Jahr 1918 beschieden hat“. Doch das änderte sich sehr rasch dramatisch: Seine junge Frau Inge, erst 21 Jahre alt und gerade ein Vierteljahr mit ihm verheiratet, stirbt im Oktober 1918 an der Grippe „in junger Herrlichkeit“, wie der trauende Witwer in der Todesanzeige schreibt. Kerr selbst überlebt wie durch ein Wunder.

Sein Judentum verleugnet hat Kerr nie, im Gegenteil. Doch in seinen Plauderbriefen finden sich kaum Spuren, die auf sein Judentum hindeuten. Umso mehr sticht ein Text heraus, den er am 2. Februar 1902 unter der Überschrift „Ha'm Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?“, veröffentlichte. Kerr hatte ein Sensorium für antisemitische Strömungen, die sich nicht zuletzt in platten Witzen niederschlugen, und, um ihr jämmerliches Niveau aufzuzeigen, führte er diese ad absurdum mit den Worten: „da wackeln die Wände vor allgemeiner Seligkeit“.

Den nach dem Krieg sich militant bemerkbar machenden Antisemitismus konnte Kerr nicht unwidersprochen lassen. Im März 1921 nahm er wieder einmal Stellung: „Die Dreyfus-Ära in Frankreich war nicht halb so schlimm wie nun der tobsüchtige Bruderzwist in Deutschland bei schönster Lenzsonne. Wiederum ist die Tatsache selber das Ärgste nicht, sondern der pathologische Einschlag daran: die Hemmungslosigkeit, die Wahllosigkeit, das Betrüglich-Ausgefallene“.

Das Briefkonvolut ist der größte journalistische Zeitbericht, den wir zwischen den letzten Jahren des deutschen Kaiserreichs und den ersten drei Jahren der Weimarer Republik haben: das Berlin, das Kerr vorfindet und das Berlin, das sich ihm erschließt, die Entwicklung der Stadt seit Ende des 19. Jahrhunderts. Kerrs Briefsammlung ist ein Lehrbuch für Journalisten, es präsentiert der Nachwelt einen von Vorurteilen so gut wie unverstellten Zeitbiografen, der 27 Jahre einen Epochenbericht über das Leben in Berlin schrieb. Keine andere Stadt hat einen solchen Spiegel ihrer selbst.

Wünschen wir also den Kerrschen Plauderbriefen einen ähnlichen Erfolg wie der von Marcel Reich-Ranicki so überschwänglich gelobte Briefband „Wo liegt Berlin“? Der Leser wird sein Vergnügen daran haben. Auch nach mehr als 120 Jahren sind Kerrs Brief alles andere als verstaubt. Man könnte sie zeitlos nennen, oder, wie es im fundierten Nachwort Deborah Vietor-Engländer heiß – ein „Vermächtnis ohnegleichen“.

Alfred Kerr: Berlin wird Berlin. Briefe aus der Reichshauptstadt 1897-1922, 4 Bde., hrsg. v. Deborah Vietor-Engländer, Wallstein Verlag, Göttingen 2021, 2984 S., 128,00 Euro.

Bob Dylan feiert 80. Geburtstag

Seine Karriere begann in den 60er Jahren. Mit Liedern wie „Blowin' in The Wind“ wurde er weltberühmt und zur Stimme einer ganzen Generation. Eines seiner Lieder weist außerdem auf die Lage Israels hin. Nun wurde der jüdische Musiker Bob Dylan, der auch mehrmals in Israel auftrat, 80 Jahre alt.

Von Valerie Wolf (Israelnetz)

Musiker-Legende Bob Dylan 1981 auf der Bühne in Toulouse (Frankreich)

Musiklegende Bob Dylan feiert seinen 80. Geburtstag. Der 1941 in Minnesota geborene Sänger gehört zu den einflussreichsten Musikern des 20. Jahrhundert. Mit seinen Texten begeistert er bis heute ein Millionenpublikum. Im Jahr 2016 wurde ihm sogar der Literaturnobelpreis verliehen. Lieder wie „Blowin' in The Wind“ oder „The Times They Are a-Changin'“ sind weltberühmt. Weniger bekannt ist hingegen der Song „Neighborhood Bully“, in dem Dylan die Situation Israels thematisiert.

Robert Allen Zimmerman, wie Dylans bürgerlicher Name lautet, wird am 24. Mai 1941 in der Stadt Duluth geboren. Er ist das Kind jüdischer Eltern. Deren Vorfahren kommen aus der Ukraine. Seine Karriere beginnt 1961 mit einer Reise nach New York. Kurz zuvor hatte er das College geschmissen und seinen Eltern erklärt, er wolle Musiker werden. Im Big Apple angekommen, lebt und musiziert er im Stadtviertel Greenwich Village, das damals als Hochburg der Folkmusik gilt.

Aufritt beim Bürgerrechts-Marsch auf Washington

Den ersten großen Auftritt hat Dylan am 11. April 1961 gemeinsam mit Blues-Legende John Lee Hooker. Kurz danach erhält er einen Plattenvertrag. Bereits zwei Jahre später, im Jahr 1963, geht er gemeinsam mit Folk-Sängerin Joan Baez auf Tournee durch die Vereinigten Staaten. Dabei haben sie auch einen Auftritt beim Bürgerrechts-Marsch auf Washington. Sie singen das Lied „When the Ship Comes In“. Dylan begleitet mit Gitarre und Mundharmonika. Er und Baez werden zu Ikonen der Gegenkultur.

Angefangen als Folkmusiker widmete er sich im Laufe der Jahre vielen weiteren Musikrichtungen, darunter Blues, Gospel und Rock 'n' Roll. Seine tiefergehenden Texte sorgen dafür, dass sich gerade die Rockmusik immens weiterentwickelt. Dylan ist ein Künstler, der die Gefühle und Ideen seiner Zeit auf einzigartige Weise formulieren kann. Das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“ beschreibt seinen Einfluss folgendermaßen: „Er bedeutet für die Popmusik das gleiche wie Einstein für die Physik.“

Lyrische Beschreibung des Phänomens Israel

Seine jüdische Herkunft ist bekannt, ebenso wie seine Hinwendung zum Christentum Ende der 70er Jahre. Im Anschluss an eine seelsorgerische Therapie und einen dreimonatigen Bibelkurs lässt sich der Musiker 1979 von Mitgliedern der charismatischen Erneuerungsbewegung Vineyard taufen. Diese Konversion und auch sein Bekenntnis, „ein wiedergeborener Christ zu sein“, kommen bei seinen Fans nicht gut an. Später distanziert er sich von dieser Aussage.

Kurz nach dieser Phase erscheint 1983 sein Album „Infidels“, in dem auch das Lied „Neighborhood Bully“ enthalten ist. Darin beschäftigt sich Dylan mit der Situation und Rolle Israels. Auch wenn der Name des Landes nicht fällt, ist die Botschaft deutlich. Er singt von einem „exilierten Mann“, der „kritisiert und verurteilt wird, dafür, dass er am Leben ist“. Dessen Familie sei „verstreut“, dessen Leute „gejagt und zerrissen“ worden. Dennoch solle sich der „Nachbarschaftstyrann“ – laut seiner Feinde – nicht wehren, sondern „hinlegen und sterben“. Weiter heißt es, „alle Imperien, die ihn versklavt haben, sind untergegangen, darunter Ägypten, Rom und sogar das große Babylon“. Zum Schluss stellt Dylan die Frage: „Was hat er getan, um so viele Narben zu tragen?“.

Konzerte in Israel – trotz Boykottforderungen

Sein bisher letztes Konzert auf israelischem Boden gab Dylan im Juni 2011 in Tel Aviv. Zuvor war er bereits 1987 und 1993 in Israel aufgetreten. Forderungen der anti-israelischen Boykott-Bewegung BDS, seine Konzerte in Israel abzusagen, hatten keinen Erfolg.

Für seine musikalischen und literarischen Werke gewann Dylan nahezu alle erdenklichen Preise. Neben elf Grammys, dem Pulitzer-Preis, einem Oscar, der „Presidential Medal of Freedom“, der höchsten zivilen Auszeichnung in den USA, wurde er 2016 sogar mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet. Die Jury würdigte seine „poetischen Neuschaffungen in der großen amerikanischen Gesangstradition“.

Auch mit nunmehr 80 Jahren ist Bob Dylan offensichtlich noch nicht am Ende seines Schaffens. Weiterhin textet und musiziert er. Vergangenes Jahr erschien das Studioalbum „Rough And Rowdy Ways“ mit dem fast 17-minütigen Lied „Murder Most Foul“. Ob Dylan seine „Never Ending Tour“, die 1988 ihren Anfang nahm und während der er pro Jahr etwa 100 Konzerte spielte, so weiterführen kann wie bisher, ist jedoch offen. Was ist in jedem Fall bleibt, ist sein musikalisches Erbe – auch mit dem Bezug auf Israel.

Frankfurt: Von Synagogen, koscherem Eis und einer Rabbinerin

Der bevorstehende Deutsche Ökumenische Kirchentag in Frankfurt nimmt auch das Judentum in den Blick. Eine gute Gelegenheit, die Mainmetropole und das jüdische Leben dort einmal näher zu erkunden.

Von Leticia Witte (Audiatur)

Das Jüdische Museum von Frankfurt

Der hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker hat einmal gesagt, Frankfurt am Main sei die „jüdischste Stadt“ Deutschlands. Die jüdische Gemeinde der Metropole zählt laut eigenen Angaben mit 6.500 bis 7.000 Mitgliedern zu den vier grössten Gemeinden bundesweit und hat eine lange Tradition. An den Main soll auch ein wichtiges Projekt des Zentralrats der Juden in Deutschland kommen: die Jüdische Akademie, eine bundesweite Denkfabrik und Bildungsstätte. Der geplante Neubau gilt als Pendant zu den Katholischen und Evangelischen Akademien.

In Frankfurt ist es möglich, jüdische Religion und Tradition aktiv zu leben – eingebettet in eine Infrastruktur, wie es sie ähnlich auch in einigen weiteren Städten mit grossen Gemeinden wie Berlin und München gibt, in vielen anderen Teilen Deutschlands aber eben nicht. Die Frankfurter unterhalten etwa ein Gemeindezentrum mit koscherem Restaurant, zwei Kindergärten, Krippen, eine Kindertagesstätte, die I.E.-Lichtigfeld-Schule mit Grundschule und gymnasialer Oberstufe, ein Alten- und ein Jugendzentrum. Auch gibt es jüdische Friedhöfe.

Darüber hinaus hat die Bildungsabteilung des Zentralrats ihren Sitz in der Stadt, ebenso finden sich dort unter anderen auch der Jüdische Turn- und Sportverband Makkabi, die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und das Jüdische Museum, das im Herbst vergangenen Jahres nach einer Sanierung und Erweiterung wieder eröffnet wurde. Ist jüdisches Leben in Frankfurt also etwas „ganz Normales“?

„Normalität würde bedeuten, dass man das jeweils andere kennt“, sagt Michaela Fuhrmann, Leiterin für politische Beziehungen der Gemeinde. Viele Menschen hätten jedoch selbst in Frankfurt kaum Berührung mit der Gemeinde. Diese biete gleichwohl Veranstaltungen an, die auch von Nichtjuden angenommen würden. „Wir laden alle ein, die Unkenntnis zu überwinden und jüdisches Leben kennenzulernen und zu erleben“, betont Fuhrmann.

Auch am Ökumenischen Kirchentag (ÖKT), der vom 13. bis 16. Mai in Frankfurt und vor allem digital stattfindet, hätten sich Gemeindevertreter eingebracht – in der Vorbereitung und bei geplanten Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer der Schoah, zum Thema Antisemitismus oder ethische Fragen sowie im interreligiösen Dialog.

Judenfeindschaft geht auch an der Frankfurter Gemeinde nicht spurlos vorüber. „Ich kenne glücklicherweise kein Gemeindemitglied, das Angst hat, auf die Strasse zu gehen“, so Fuhrmann. Jedoch müssten Polizisten und anderes Sicherheitspersonal für den Schutz der Gemeinde sorgen. „Die Kosten für die Sicherheit sind mit 1,2 Millionen Euro pro Jahr einer der größten Posten in unserem Haushalt“, erklärt Fuhrmann. Geld, das an anderen Stellen fehle. „Das ist eine absurde Realität, die zu einer jüdischen Normalität geworden ist, die wir nicht hinnehmen wollen.“

Einheitsgemeinde

Die Frankfurter Gemeinde ist eine Einheitsgemeinde. Das bedeutet, dass Gottesdienste für eine streng orthodoxe bis hin zu einer liberalen Ausrichtung angeboten werden. Geleitet wird das Rabbinat von Avichai Apel und Julian-Chaim Soussan, die beide auch hohe Posten in der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland bekleiden. Eine Besonderheit ist der Egalitäre Minjan als Synagogengemeinschaft der liberalen Juden mit Rabbinerin Elisa Klapheck. Minjan bedeutet zehn gezählte Personen, die Mindestzahl für eine Gemeinde, und egalitär, dass Männer und Frauen gleichberechtigt gezählt werden. Es gibt mehrere Synagogen, die grösste ist die Westend-Synagoge.

Am Flughafen in Frankfurt stehen jüdischen Reisenden darüber hinaus Gebetsräume zur Verfügung. Und ebenfalls am Airport: ein Automat mit koscheren Lebensmitteln. Denn das Angebot an Speisen und Produkten, die den jüdischen Speisegeboten folgen, gehört zur Infrastruktur der Mainmetropole. Vorhanden sind Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und selbst eine Eisdiele, die koschere Sorten im Programm hat.

Der ÖKT fällt in das Festjahr zu „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, das unter anderem dazu anregen möchte, sich mit dem zeitgenössischen jüdischen Leben hierzulande vertraut zu machen. Wer neugierig ist, kann das zum Beispiel in Frankfurt tun – auch wenn gerade kein ÖKT ist.

Aspekte zur Geschichte der Jüdischen Gemeinde Frankfurt

Die Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main hat eine lange Tradition. Die Anfänge gehen zurück bis ins 12. Jahrhundert, als sich in dem Gebiet um den heutigen Dom eine erste jüdische Gemeinde bildete. Auch in Frankfurt kam es zu Verfolgungen von Juden. 1464 wurde ihnen schliesslich ein Areal an der Stadtgrenze zugewiesen, wo später die Judengasse, das Frankfurter Ghetto, entstand. Nach der bürgerlichen Gleichstellung im Jahr 1864 zogen Juden auch in andere Stadtteile.

Vor der Schoah war Frankfurt einer der wichtigsten Schauplätze für die Geschichte des liberalen Judentums. Bekannte Reformrabbiner wie Caesar Seligmann und Georg Salzberger wirkten in der Stadt. Aufseiten der Orthodoxie war ein weiterer bedeutender Rabbiner in Frankfurt tätig: Samson Raphael Hirsch, Gründer der modernen Orthodoxie.

Viele Juden hatten zu unterschiedlichen Zeiten wichtige Funktionen in der Frankfurter Kultur- und Politikszene. Institutionen wie die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität oder die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gehen auf jüdische Stiftungen und Gründungen zurück.

Bis 1933 hatte die Frankfurter Gemeinde mehr als 30.000 Mitglieder. Die NS-Zeit machte dem jüdischen Leben der Stadt den Garaus. Viele Gemeindemitglieder flohen, rund 12.000 Frankfurter Juden kamen in den Lagern ums Leben.

Im Juli 1945 wurde Rabbiner Leopold Neuhaus, der in Theresienstadt inhaftiert gewesen war, von der amerikanischen Militärregierung mit der Gründung einer jüdischen Gemeinde beauftragt. Wenige überlebende Frankfurter Juden gehörten zu den Gründern der Gemeinde, überwiegend waren es polnische Holocaust-Überlebende.

1949 nahm die Gemeinde mit rund 800 Mitgliedern den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an. Bis zum Zuzug von Juden aus der zerfallenden Sowjetunion ab den 1990er Jahren hatte die Gemeinde etwa 4.500 Mitglieder. Heute sind es 6.500 bis 7.000 Menschen.

ie Jüdische Gemeinde weist darauf hin, dass sie durch politische Auseinandersetzungen oft auch in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt ist: zum Beispiel 1985 im Streit um die Aufführung des Theaterstückes „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder oder 1998 während der Kontroverse zwischen Ignatz Bubis, der damals an der Spitze des Zentralrats der Juden stand, und dem Schriftsteller Martin Walser.

Diese Auseinandersetzung hatte sich an der Rede Walsers anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Paulskirche und seinem Wort von Auschwitz als „Moralkeule“ entzündet.

„Rahel Varnhagen – Lebensbild einer Salonière“

Der Eulenspiegel-Verlag hat die Porträts von Dorothee Nolte über Persönlichkeiten der Goethezeit mit einem Bändchen über Rahel Varnhagen fortgesetzt. Es bietet faszinierende und inspirierende Einblicke in die Geschichte Berlins.

Von Vera Lengsfeld

Wenn man heute in der verkehrsumtosten Brache der ehemaligen Mitte Berlins steht, etwa am Neptunbrunnen, mit dem Rücken zum Fernsehturm, braucht man sehr viel Phantasie, um sich vorzustellen, dass hier einmal ein Zentrum geistig-kulturellen Lebens war, ein Treffpunkt für die besten Köpfe, die Deutschland je hervorgebracht hat. In Sichtweite stand das Haus Spandauer Straße 68, der Wohnort von Moses Mendelssohn, der als mittelloser Jude in der Stadt ankam und als hochgeehrter Philosoph und Gelehrter hier starb. Seine Tochter Brendel, spätere Dorothea Schlegel, verdiente als eine der ersten Frauen ihren und den Lebensunterhalt ihres Mannes Friedrich als Schriftstellerin und Literaturkritikerin.

Wenige hundert Meter entfernt stand das Haus, in dem Henriette Hertz geboren wurde, die später mit ihrem Salon Furore und Rahel Varnhagen Konkurrenz machte. Sie sprach ein halbes Dutzend Sprachen, darunter Hebräisch, Griechisch und Sanskrit, und widmete sich in der zweiten Hälfte ihres Lebens der Unterrichtung von mittellosen Kindern. Schräg gegenüber dem Roten Rathaus, wo sich heute Spandauer und Rathausstraße kreuzen, stand das Eckhaus Nummer 26, in dem Rahel Levin geboren wurde, die von keinem Geringeren als Heinrich Heine „die geistreichste Frau des Universums“ genannt wurde.

Ein Hort geistiger Freiheit und vorurteilslosen Austauschs

Rahel selbst war nie literarisch tätig. Von ihr sind nur tausende Briefe überliefert und ihre Statements in Gesprächen mit den Größen ihrer Zeit, die von ihrem Mann, Karl August Varnhagen, sorgfältig aufgeschrieben, redigiert und veröffentlicht wurden. Die drei Frauen, die eine entscheidende Rolle im geistigen Leben der Goethezeit spielten, kannten sich, seit sie Kinder waren und blieben einander als Freund-Feindinnen lebenslang verbunden.

Rahel, die sich selbst für unendlich hässlich hielt – ob sie es tatsächlich war, lässt sich heute nicht mehr feststellen – übte sich früh in der Kunst, Menschen, besonders Männer, mit ihrem Geist und Esprit zu verzaubern. Darin wurde sie zur Meisterin. Höhere Bildung, wie sie Henriette Hertz genoss, blieb Rahel verwehrt. Ihre Brüder besuchten Schulen, sie nicht.

Sie leidet unter den Grenzen, die ihr als Frau und Jüdin gesetzt sind und versucht, ihnen durch Heirat zu entfliehen. Aber Graf Finck von Finckenstein löst nach jahrelanger Beziehung sein Eheversprechen nicht ein. Rahel bleibt lange ledig.

Als ihre Familie in die vornehme Friedrichstadt zieht, eröffnet sie in ihrer Dachstube einen Salon, der damals noch nicht so hieß. Sie bittet zum Tee. Und alle kommen. Teils ist es die Anziehungskraft von Rahels geistreichen Reden und Repliken, teils ist es das einzigartige Publikum, das man bei Rahel treffen kann. Schriftsteller, Künstler, Schauspieler, Gelehrte, Naturforscher, sogar Prinz Louis Ferdinand, Juden und Christen beider Konfessionen geben sich die Klinke in die Hand. Rahels Dachstube wird zum Hort geistiger Freiheit und vorurteilslosen Austauschs.

Sie bevorzugt sehr viel jüngere Männer

Aber wer war die Frau, die es schaffte, die größten Geister ihrer Zeit bei sich zu vereinen? Dorothee Nolte versucht in ihrem Buch „Rahel Varnhagen – Lebensbild einer Salonière“, den Menschen hinter dem Mythos zu entdecken. Sie bedient sich dabei eines Stils, den Rahel ihr diktiert haben könnte. Das Buch ist wie ein Gespräch aufgebaut, das von Gegenstand zu Gegenstand springt und schlaglichtartig charakteristische Szenen erhellt.

Rahel und ihre Männer. Sie bevorzugt große, schöne, vorzugsweise blonde, später auch sehr viel jüngere Männer, mit denen sie innige, wenn auch manchmal nur platonische Verhältnisse pflegt. Ihre letzte große Liebe ist der fast zwanzig Jahre jüngere Alexander von der Marwitz, der jung in einer Schlacht gegen Napoleon fällt, sodass er seine hervorragenden Anlagen – auch er spricht mehr als ein halbes Dutzend Sprachen – nicht mehr zur Entfaltung bringen kann.

Rahel Varnhagen aus Berlin (1771-1833)

Während sie von der Marwitz liebt, ist sie schon mit Varnhagen liiert, den sie mit Ende 30 eher aus Vernunftgründen als aus übergroßer Neigung heiratet. Er betet sie seit frühester Jugend an, ohne ihn gäbe es die Rahel, die wir kennen, nicht. Zum Beispiel den Schlagabtausch zwischen Rahel und dem Historiker Friedrich von Raumer. Auf dessen Frage, was er noch werden könnte, um sich zu vervollkommnen, antwortet sie: „Werden Sie ein Denker“. Ohne Varnhagen wüssten wir nichts von Szenen wie dieser: Als mal eine Freundin versucht, Varnhagen in Paris zu verführen, reagiert Rahel gelassen: Pölle wollte Ralles Mann kosten. Das konnte sie verstehen.

Ambivalentes Verhältnis zu Frauen

So charmant sie zu Männern war, so ambivalent war ihr Verhältnis zu Frauen. Sie beneidete Henriette Hertz um ihre Schönheit und wünschte ihr deshalb den Tod. Sie überwarf sich mit fast allen ihren Freundinnen, die sie erst mit Schmeicheleien, später mit Gehässigkeiten überschüttete. Besonders erfolgreiche Frauen, die ihr Konkurrenz machen konnten, hat ihr Bannstrahl getroffen. Aber gerade diese menschlichen Schwächen, die Nolte zwar nennt, aber nicht beurteilt, bringen Rahel dem Leser näher, als es jede Lobhudelei vermag.

Rahels Faszination ist über die Jahrhunderte ungebrochen. Sie hat herausragende Denkerinnen wie Hannah Arendt und Carola Stern inspiriert. Dank Rahels Briefen und Gesprächen haben wir ein faszinierendes Bild eines freien, toleranten, innovativen Berlin, wie es vorher und nachher nicht existiert hat.

Wem die Gesammelten Werke (10 Bände) zu umfangreich sind, der sollte zu Noltes Buch greifen. Der Autorin ist es gelungen, Rahels Gedanken in komprimierter Form nahezubringen. Am Ende wird man feststellen, dass der kleine Band nicht nur vergnüglich zu lesen war, sondern die Lektüre den Leser gebildet hat, ohne ihn zu belehren. Ganz im Sinne Rahels.

„Rahel Varnhagen – Lebensbild einer Salonière“ von Dorothee Nolte, 2021, Berlin: Eulenspiegel-Verlag.

Billy Joel: „Alle meine Lieblingskomponisten sind Deutsche“

Jüdische Singer-Songwriter (4)

Billy Joel 2003 während eines Benefiz-Konzerts für Kinder

Von Theodor Joseph

William Martin genannt „Billy“ Joel, 1949 in New York geboren, ist Sänger, Pianist und Songschreiber. Musikalisch angesiedelt ist er zwischen Paul Simon und Bruce Springsteen. Mit mehr als 80 Millionen verkauften Alben ist Billy Joel einer der erfolgreichsten Solokünstler in den USA. Wer kennt sie nicht, seine Songs? Hier einige Titel: „Captain Jack“, 1973; „Piano Man“, 1973; „New York State of Mind“, 1976; „Don’t ask me why“, 1980; „Uptown Girl“, 1983; „My Life“, 1978, und all die anderen zu Welthits gewordenen Songs.

Joel ist der einzige namhafte jüdische Musiker, der seine Wurzeln in Deutschland hat. Warum er seine frühen Musikstunden nicht in Nürnberg oder Berlin erhalten hat, ist besonderen Umständen geschuldet. Seine Familiengeschichte ist deutsch-jüdisch geprägt, eine Geschichte von Erfolg und Leid – man könnte sie auch bizarr nennen.

Helmut Joel, Billys Vater, der selbst gerne Pianist geworden wäre, brachte seinem kleinen Sohn das Klavierspielen bei. Schon früh zeigte sich dessen musikalisches Talent, und im Alter von fünf Jahren konnte „Billy the Kid“ bereits ein Stück von Mozart auswendig spielen. Billy setzte sich gerne an das Instrument, aber er hasste es, die Tonleiter auf und ab zu üben. Stattdessen improvisierte er lieber vor sich hin. Diese wilde Spielfreude brachte ihm eines Tages sogar eine Ohrfeige seines klassikbegeisterten Vaters ein, der sich darüber aufregte, dass Billy eine Beethoven-Komposition zum Jux als Boogie spielte.

Religion spielte im Hause Joel bei der Erziehung keine große Rolle. Man hielt es wie schon die Elterngeneration mit dem jüdischen Glauben sehr liberal und locker. Billy Joel erinnert sich: „In meiner Familie wurde seit mindestens drei Generationen keine Religion praktiziert, und soweit ich weiß, war das gar nichts Ungewöhnliches. Wir haben Weihnachten gefeiert und weil meine Freunde Italiener, Polen oder Iren waren, ging ich sonntags oft mit zur Messe. Ich dachte damals, das machen alle Kinder so. Ich hatte keine jüdische Erziehung.“

Sein Judentum verleugnet hat Billy Joel allerdings nie, ja, er bekannte sich offen zu seinem Judentum, auch wenn er bekennender Agnostiker ist.

Beethoven war die Musik in Person!

Und wie kam Billy Joel zur „richtigen“ Musik? „Ich kann mich an den Moment erinnern, in dem ich mich entschloss, Musiker zu werden: Beethoven war mein Lieblingskomponist, er atmete und aß Musik, der Typ war die Musik in Person. … aber die Beatles! Plötzlich taucht da diese Band auf mit Haaren wie Mädchen. Sie spielten ihre eigenen Instrumente und sie schrieben ihre eigenen Songs. Sie schauten so aus, wie die Typen, die wir kannten. Und John Lennon hatte diesen Ausdruck: Fuck you all. In diesem Moment dachte ich, das will ich auch machen.“

Musik zieht sich wie ein roter Faden durch die wechselvolle Geschichte der Familie Joel: „Ich bin mit klassischer Musik aufgewachsen. Seltsamerweise sind fast alle meine Lieblingskomponisten Deutsche: Bach, Händel, Mendelssohn, Beethoven, Wagner, Schumann... Irgendetwas in der deutschen Seele lässt sich am besten mit Musik ausdrücken: Sturm und Drang. Ich weiß auch nicht genau, was das ist. Mein Vater hatte es, ich habe es und mein Bruder Alex hat es auch.“

Aus der Anzahl seiner erfolgreichen Hits sticht ein Song aus dem Jahre 1989 heraus – „We didn’t start the Fire“. Zu seinem 40. Geburtstag hatte sich Billy Joel überlegt, was alles seit seinem Geburtsjahr 1949 passiert war und notierte sich Stichworte, beginnend mit Harry Truman und endend mit dem Tiananmen-Massaker in Peking. Auch der Name Adolf Eichmann wird in seiner Namenliste aufgeführt. Joels beschwörend-suggestiver Gesang und der treibende Beat machen diesen Song zu einem verzweifelten Gedächtnis des 20. Jahrhunderts und seiner Katastrophen entlang seiner Pop-Geschichte. Unter Joels Schlagworten finden sich zentrale Figuren und Schlüsselbegriffe der modernen jüdischen Geschichte. Und das ist gewiss kein Zufall: „The Rosenbergs“, Albert Einstein, „Palestine, terror on the airline“.

Von Nürnberg nach New York

In der Geschichte der Familie Joel spiegelt sich die Geschichte des 20. Jahrhunderts in allen Höhen und Tiefen. Es geht um Erfolg und Misserfolg, Geschäftsmänner und Geschäftemacher, um Glück und Unglück, um Politik, Terror und Musik – sie beginnt in Nürnberg und endet in New York. Die Hauptrollen spielen ein fränkischer Unternehmer und ein amerikanischer Weltstar. Karl Joel und sein Enkel Billy. In der Joelschen Familiengeschichte gibt es auch einen Teil, der nichts mit Musik zu tun hat. Es ist eine sehr deutsche Geschichte, ein deutsches Lehrstück – und sie handelt von menschlichen Abgründen:

Karl Joel hatte 1928 in Nürnberg einen Versandhandel gegründet. Als erster Versand bot er auch aktuelle Modeartikel an und bald gehörte sein Wäsche- und Konfektionsversandhaus zu den Großen der Branche, er selbst kam zu Wohlstand.

Hier sei aus den „Erinnerungen“ eines „großen“ deutschen Publizisten zitiert, Josef Neckermann, der im Jahre 1990 feststellte (Josef Neckermann: Erinne-

rungen, 1990) : „Karl Amson Joels Unternehmen hatte nur zwei Haken: Er war Jude, und er hatte sich seinen Firmensitz ausgerechnet in der Stadt Nürnberg ausgesucht, die Stadt des berüchtigten Julius Streicher mit seinem ‚Stürmer', der seit 1923 allwöchentlich die Parole ‚Die Juden sind unser Unglück!' in bis zu 500.000-tausenfacher Auflage unters Volk brachte. […] Joel war ein weitsichtiger Mann. Er wusste, dass das nicht gutgehen konnte".

Zum Verkauf an Neckermann gezwungen

Unter dem Druck der politischen Verhältnisse in Nazi-Deutschland musste Joel 1938 sein Unternehmen weit unter Wert an einen jungen, dynamischen und aufstrebenden Kaufmann namens Josef Neckermann verkaufen, der daraus den „Neckermann-Versandhandel" schuf. Den ursprünglich vereinbarten Kaufpreis reduzierte er einseitig und hinterlegte ihn auf einem Sperrkonto, dessen Verfügungsberechtigter Josef Neckermann selbst war. Karl Joel war inzwischen in die Schweiz geflüchtet. Dort wartete er aber vergeblich auf sein Geld. Während Neckermann mit seiner Familie Joels Berliner Villa (samt einem Teil der Einrichtung) bezog, lebte Karl Joel mit seiner Familie mittellos in einer Einzimmerwohnung.

Über Frankreich und Kuba flohen die Joels in die USA, wo Karl Joel 1942 in New York mit der Herstellung von Haarschleifen ganz von vorne begann. Die meisten anderen Mitglieder der Familie hatten nicht so viel „Glück", ihnen gelang die Flucht nicht, viele wurden in Konzentrationslagern ermordet.

In seinen „Erinnerungen" erwähnte der frühere „Arisierer" und inzwischen erfolgreicher Reiseunternehmer, Versandhändler und Dressurreiter, Josef Neckermann, auch die Familie Joel, der er für einen Spottpreis das Versandhaus abgeschwatzt hatte. Hier erdreistete er sich, sein damaliges „Arisierung-Geschäft" so darzustellen, dass die Joels allein des angenehmeren Klimas wegen Deutschland freiwillig verlassen hätten und nach Südfrankreich gezogen seien. Damit hatte Neckermann sogar unfreiwillig recht, denn in Deutschland war das Klima für die Joels tatsächlich nicht mehr angenehm.

Josef Neckermann war nie Antisemit – nach eigener Aussage. Doch hatte er einen „arischen" Riecher, wenn's ums Geschäft ging. Geschäftlich stand er stets auf der Höhe der Zeit und lebte ganz nach dem Grundsatz: „Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit." Und für ihn waren die Zeiten ab 1933 günstig – er marschierte mit der Zeit.

Dabei waren jüdische Kaufhäuser für ihn nichts anderes als „jüdische Ramschläden", in die man eigentlich keinen Fuß setzt. Zitat Neckermann: „Wie es da schon riecht". Die ganz eigentümliche, diffuse Mischung, an der man mit „verbundenen Augen erkannte, wo mach sich befand": in einem jüdischen Warenhaus. „Jüdisch" und „Warenhaus", so ein semantisch versierter Neckermann, zwei Begriffe, die zusammengehörten „wie Pünktchen und Anton". Und das hatte für ihn, mit Glaubensfragen nichts zu tun – „und nichts mit Judendiskriminierung".

Und es wurde die normalste und deshalb grauenhafteste Geschichte im Schnittpunkt von Egoismus und Zeitgeist, eine Geschichte von blanker Habgier und „arischem" Wahnsinn.

Als es 1949 zu einem Wiedergutmachungsverfahren kam, drehte Neckermann den Spieß um: Er bekam es mit der Angst zu tun und verstieg sich in der Behauptung, Karl Joel hätte begonnen, ihn, Josef Neckermann zu verfolgen, indem er seine Wiedergutmachungsforderungen immer weiter, schließlich auf 26 Millionen DM „hochschraubte". Auch hätte Joel nichts unversucht gelassen, ihn bei der Militärregierung „anzuschwärzen". Neckermann war „fassungslos über so viel Hass".

Und wie ging es mit Josef Neckermann „danach" weiter? Das Unternehmen, das zunächst nur Textilien, bald aber auch zahlreiche weitere Konsumgüter zu äußerst günstigen Preisen anbot, erlebte in den 1950er Jahren einen rasanten Aufschwung. Neckermann baute seine Firma zu einem Konzern aus. Mitte der 1950er Jahre kamen eine Warenhauskette und Anfang der 60er Jahre das Reiseunternehmen „Neckermann und Reisen" (NUR) sowie weitere Tochtergesellschaften hinzu. Der Firmenslogan „Neckermann macht's möglich" wurde zu einem Symbolspruch für das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit und Neckermann zu einer seiner Galionsfiguren. Und sonst? Hier eine Liste über die Ehrungen, die Josef Neckermann für seine „Verdienste" erhielt: 1968: Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland; 1974: Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; 1982: Großes Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland; 1987: Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik Deutschland; Mitglied der Hall of Fame des deutschen Sports; Silbernes Lorbeerblatt …

Begegnung mit den Neckermann-Enkeln

Im Jahr 2001 wurde ein Treffen der Enkel-Generationen der Familien Joel, mit Billy, und Neckermann arrangiert. Die erhoffte Versöhnung der Familien blieb aus, da die Nachfahren Josef Neckermanns keinen Grund sahen, sich vom Handeln ihres Großvaters zu distanzieren. Billy Joel erinnert sich an die Begegnung mit den Neckermann-Enkeln: „Die Neckermann-Enkel waren sehr herzlich, aber auch ein bisschen naiv. Sie sagten: Unser Großvater wollte doch nur Gutes. Er habe die Wehrmacht, die vor Stalingrad feststeckte, mit Winterklamotten versorgt. Ich dachte: Das muss ja ein toller Trost für die russischen Soldaten gewesen sein, dass Neckermann die Firma meines Großvaters dazu nutzte, der Wehrmacht zu helfen, die gerade in Russland einmarschiert war. Aber ich trage den Neckermann-Enkeln nichts nach. Es war nicht ihre Schuld."

Aufgrund dieser krassen Familiengeschichte wird verständlich, dass der Popstar Billy Joel sich viele Jahre lang geweigert hat, in Deutschland aufzutreten, auch wenn er sich später voll und ganz mit der Vergangenheit ausgesöhnt hat und das deutsche Publikum inzwischen schätzt. „Wir müssen uns mit der Vergangenheit auseinandersetzen", so ein versöhnlicher Billy Joel, „bevor wir weitergehen. Aber wir müssen auch Kapitel abschließen". Über seine Beziehung zum heutigen Deutschland sagte er: „Als ich das erste Mal für ein paar Auftritte in den 70er Jahren nach Deutschland kam, hatte ich sehr gemischte Gefühle. Heute ist Deutschland einer der Orte, wo ich am liebsten spiele. Ich bin gern dort und fühle mich verbunden mit der deutschen Kultur."

Spende für die jüdische Gemeinde Nürnberg

Billy Joel mag, vordergründig, wenig mit dem jüdischen Leben an sich zu tun haben, aber man kann trotzdem argumentieren, dass sein jüdisches Erbe, seine jüdische Herkunft – darunter die Tatsache, dass seine Eltern den Holocaust überlebt haben – sein Leben und seine Musik beeinflusst haben. Viele seiner Songs werben für den Underdog und rufen nach Gerechtigkeit („Allentown"; „Goodnight Saigon"; „The Downeaster Alexa"; „Keeping the Faith").

Sein Konzert in Nürnberg 1995 trat Joel mit gemischten Gefühlen an. Auf dem dortigen jüdischen Friedhof liegen seine Großeltern begraben: „Wir sollten die Dinge, die passiert sind, nicht vergessen", kommentierte er seinen Besuch in Nürnberg: „Wenn einer verzeihen muss, dann ist das mein Vater, nicht ich. Ich übertrage nicht die Sünden der Väter auf die Söhne und Töchter". Es war eine noble Geste der Versöhnung, dass Billy Joel den Reinerlös seiner zwei Nürnberger Konzerte (50.000 D-Mark) am 4./5. Juni 1995, sechzig Jahre nach der Verkündung der Nürnberger Gesetze, der Israelitischen Kultusgemeinde und für den Menschenrechtspreis der Stadt Nürnberg stiftete.

Seit fast dreißig Jahren hat Billy Joel kein neues Album mehr eingespielt. Das Klavier sei manchmal wie ein Ungeheuer, sinnierte er einmal, ein Ungeheuer mit 88 Zähnen. Er will nun mal nichts unter seinem Niveau produzieren, nur weil seine Plattenfirma meine, etwas herausbringen zu müssen – so wie es Elton John tue. Sein Werk scheint zur Klassik versteinert. Die Popsängerin Pink (Alecia Beth Moore) wollte vor nicht allzu langer Zeit Songs mit ihrem Idol aufnehmen. Doch es kam nichts dabei heraus. Darauf angesprochen sagte Pink: „Das Problem war, er ist einfach zu gut für mich". Auf die Frage nach dem Geheimnis eines langen Lebens verriet er einmal sein Geheimrezept: „Don't die!"

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau"
oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

„Rote Kapelle“: Juden im Spionagenetz des Zweiten Weltkrieges

Während des Zweiten Weltkrieges kämpften hunderte von Juden im sowjetischen Geheimdienst gegen die Nazis. Sogar dort begegnete ihnen tiefes Misstrauen seitens des Diktators Stalin, der zahlreiche seiner eigenen jüdischen Agenten verhaften und umbringen ließ.

Von Prof. Dr. Boris Chavkin

Ausgerechnet der kommunistische Diktator Stalin ließ so viele Kommunisten töten wie niemand sonst in Europa. Rechts seine Geheimdienstmitarbeiter (von oben nach unten): Anatoli Gurewitsch, Sándor Raďó, Leopold Trepper

„Schandor Rudolfi“, oder „Dora“, der in der Schweiz die Information aus dem engsten Umfeld der Hitler-Unterstützer erhielt, war der ungarische Jude Alexander Radó. In Verbindung mit ihm standen die deutschen Juden Rachel Dubendorfer („Das Mädchen“), Rudolf Ressler und Christian Schneider. In Belgien arbeiteten die polnischen Juden Leopold Trepper und seine Frau Ljubow Broido mit der „Roten Kapelle“ hervorragend für den Kreml. Ein weiteres Mitglied der „Roten Kapelle“ war der berühmte „Kent“ – der russische Jude Anatoli Gurewitsch. Ein anderer russischer Jude, Lev Manevich, schickte entscheidende Informationen aus Italien. Die erfolgreichste Spionin in der Geschichte des Nachrichtendienstes hieß „Sonja“, die deutsche Jüdin Ruth Werner, die im Tandem mit ihrem Bruder Jürgen Kuchinsky arbeitete.

Stalin ließ seine eigenen Agenten umbringen

In den Vereinigten Staaten waren Grigory Hejfetz, Liza Gorskaja-Zarubina (Rosenzweig) und andere maßgeblich an der Gewinnung von Atomgeheimnissen beteiligt. Bedeutende Persönlichkeiten des sowjetischen Geheimdienstes waren zu dieser Zeit: Yankel Cherniak (der „Held Russlands“, der die Auszeichnung im Februar 1995 – wenige Tage vor seinem Tod im Alter von 86 Jahren – erhielt), Simon Kremer, Boruch Rybkin, Maria Fortus, Raissa Sobol (Azarch), Hillel Katz, Vera Ackerman, David Kami, Isidor und Flora Springer, Mira und Gersch Sokol, Julius und Ethel Rosenberg, Klaus Fuchs, David Greenglass, Harry Gold, Jacob Golos, Arnold Dejtsch, Peter Smollet (Smolka) und viele andere... Fast alle von ihnen wurden rekrutiert, als Meyer Trilisser, Abram Slutsky und Sergej Spiegelglas an der Spitze des sowjetischen Auslandsgeheimdienstes standen, die von Stalin bald zu Verrätern erklärt und erschossen worden waren ... Stalin beachtete auch nicht die Nachricht des Deutschen Richard Sorge, der den genauen Tag, an dem die Nazis die Sowjetunion angreifen würden, im Voraus verkündete: denn Sorge war von dem Juden Solomon Uritsky – einem „Verräter“ – angeworben worden, der nach Stalins Meinung ein englischer Spion sein musste. Das hinderte den Kreml-Diktator nicht daran, diejenigen, auf deren Arbeit er angewiesen war und daher dulden musste, in den höchsten Tönen zu loben, denn die wertvollsten Informationen konnte er von niemandem sonst bekommen.

Wegen Zionismus in den GULAG

In seinem Geheimschreiben an Präsident Roosevelt vom 7. April 1945, wenige Tage vor dessen Tod, beteuerte Stalin: „...Was meine Informanten anbelangt, so kann ich Ihnen versichern, das sind sehr ehrliche und bescheidene Menschen, die ihre Pflicht gewissenhaft ausführen. […] Wir haben sie mehrfach in der Praxis getestet und ich konnte mich immer wieder von der Sorgfalt und Sachkenntnis der sowjetischen Informanten überzeugen.“

Nach dem Krieg wurden die „ehrlichen und bescheidenen“, „sorgfältigen und sachkundigen“ Alexander Radó, Leopold Trepper, Anatoli Gurewitsch und andere Geheimdienst-Profis für ihre Erfolge in den Gulag gesteckt: sie alle wurden unter anderem des „Zionismus“ und der Unterstützung der „jüdischen Vorherrschaft“ in ihren Reihen bezichtigt.

Leopold Trepper (Leo Domb, Otto), Anatoli Gurewitsch (Kent) und Sándor Raďó (Dora) – das sind die drei legendären Namen des sowjetischen Geheimdienstes. Trepper und Radó wurden bei Komintern („Kommunistische Internationale“, gegründet 1919 von Lenin in Moskau, die weltweite Organisation kommunistischer Parteien, - Anm. d. Übers.) ausgebildet, kamen zum Militärgeheimdienst und wurden als Leiter der Residenturen nach Europa entsandt. Gurewitsch wurde als Geheimdienstoffizier nach seiner Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg Trepper zur Hilfe geschickt. Die Fehler, durch die ihre Tätigkeit unterbrochen wurde, wurden nicht von ihnen begangen, sondern waren der Unerfahrenheit derer geschuldet, die die in den 1930er Jahren hingerichteten alten Profis ersetzten.

Radó, Trepper und Gurewitsch leiteten das sowjetische Geheimdienstnetz in Europa, das unter dem Namen „Rote Kapelle“ oder „Rotes Orchester“ bekannt wurde. Während des Zweiten Weltkrieges flossen die Informationen aus hunderten von Quellen mit Sitz in Berlin, Brüssel, Marseille, Paris, Genf, Zürich und in anderen europäischen Städten planmäßig nach Moskau.

Zwecks Liquidation des sowjetischen Geheimdienstnetzes wurde bei Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und dem Militärischen Geheimdienst Deutschlands (Abwehr) ein Sonderkommando „Rote Kapelle“ gebildet, das von Reichsführer SS Heinrich Himmler persönlich kontrolliert wurde.

Walter Schellenberg, der Leiter der vereinigten Geheimdienste von Sicherheitsdienst des Reichsführers SS und Abwehr, schrieb später über die „Rote Kapelle“: „Dank der regelmäßig einfließenden Informationen waren Russen über unsere Lage im Bereich der Rohstoffe sogar besser im Bilde als der Abteilungsleiter im Kriegsministerium… In der Tat gab es in jedem Reichsministerium unter verantwortlichen Personen Agenten des russischen Geheimdienstes, die zur Übermittlung von Informationen geheime Funksender verwenden konnten.“

Über die „Rote Kapelle“ sind in mehreren Ländern hunderte Bücher und Artikel erschienen.

Infolge der sog. Archivrevolution in Russland 1991-1993 wurden zahlreiche neue Quellen zugänglich. Eine der wichtigsten von ihnen waren Ermittlungs- und Rehabilitationsfälle der Mitglieder der „Roten Kapelle“, die in der Sowjetunion der Nachkriegszeit als ausländische Spione und Verräter diffamiert und erst viele Jahre später rehabilitiert wurden. Unter ihnen sowjetische Geheimdienstoffiziere wie Leopold Trepper, Sándor Raďó, Anatoli Gurewitsch sowie die Kämpfer des deutschen Widerstandes Johann Wenzel, Rachel Dubendorfer, Paul Böttcher u. a. Im Zentralarchiv des Inlandsgeheimdienstes der Russischen Föderation befinden sich die Verhörprotokolle hochrangiger Beamte der Gestapo und der Abwehr, darunter Heinz Pannwitz, Franz von Bentivegni und Friedrich Panzinger, die von der sowjetischen militärischen Spionageabwehr Smersch im Fall der „Roten Kapelle“ verhört wurden.

Was übermittelte die Rote Kapelle?

Worin bestehen die Verdienste der „Roten Kapelle“ für den sowjetischen Geheimdienst? Bevor sie Ende 1942 scheiterte, gelang es der „Roten Kapelle“ nach Moskau nicht nur das Datum des deutschen Angriffs auf die UdSSR, sondern auch sonstige entscheidende Informationen zu übermitteln. Das waren unter anderem die Pläne der Belagerung Leningrads, die genauen Zeitpunkte und Orte, wo Fallschirmjäger abgesetzt werden sollten, die Verluste der Luftwaffe, die Herstellung von synthetischem Kraftstoff, die technischen Eigenschaften des neuen Messerschmitt-Jägers, die außenpolitischen Maßnahmen Deutschlands und die Bewegungen von Wehrmachtseinheiten. Die Informationen flossen unaufhörlich, die Funksender der „Roten Kapelle“ gingen täglich auf Sendung.

Trepper und Gurewitsch gründeten zwei Tarn-Handelsfirmen – Simexco in Brüssel und Simex in Paris, die mit der deutschen militärischen Baufirma Todt, die für die Wehrmacht strategische Objekte errichtete, zusammenarbeiteten. So finanzierte die deutsche Wehrmacht ohne es zu wissen die Arbeit der sowjetischen Agentur.

Sehr effizient war die Tätigkeit der Schweizer Residentur von Sándor Radó. Die Quelle Lüzi (Rudolf Rössler) gab

an Radó Geheiminformationen unmittelbar aus dem Kommunikationszentrum des Wehrmachtsoberkommandos (OKW) in Zossen bei Berlin weiter. Kein Funkpeiler hätte verdächtige Telegramme in der riesigen Menge von Funkchiffren identifizieren können, die vom Hauptkommunikationszentrum des OKW ununterbrochen gesendet wurden. So gab es zwischen dem OKW und dem sowjetischen Geheimdienst sozusagen eine Funkbrücke.

Informationen, die Rössler zur Verfügung standen, hatten ihren Ursprung in den Kreisen um Carl Gördeler, der zu den führenden Persönlichkeiten der deutschen konservativen Opposition und des Widerstandes zählte. Neben Gördeler waren Rösslers Hauptinformanten der Stabschef und stellvertretende Chef der Abwehr Wilhelm Canaris, Generalmajor Hans Oster, der ehemalige Kanzler der Weimarer Republik, Karl Joseph Wirth, und der Vizekonsul des deutschen Generalkonsulats in Zürich, Abwehroffizier Hans Bernd Giesevius.

Am 24. November 1942 wurde Leopold Trepper in Paris verhaftet. Am 13. September 1943 ist es ihm gelungen die Nazis auszutricksen: er wurde aus der konspirativen Wohnung zum Zahnarzt gebracht und konnte von dort aus die Flucht ergreifen; Kämpfer der französischen Resistance halfen ihm, sich zu verstecken. 1944 nahm Trepper an den Kämpfen der Franzosen gegen deutschen Truppen teil; im Januar 1945 schickte man ihn per Flugzeug nach Moskau.

Ebenfalls im November 1942 verhaftete die französische Polizei in Marseille Kent (Anatoli Gurewitsch) und übergab ihn an die Gestapo. Beim Verhör legte man ihm seine Radiogramme vor, wo die ihm erteilten Aufgaben beschrieben wurden, und seine Funkchiffren nach Moskau. Ein schwerer Schlag war für ihn, die Radiogramme zu sehen, die von der Gestapo in seinem Namen nach Moskau gegangen sind, während er bereits verhaftet war… Die Deutschen behaupteten, er sei auf freiem Fuß. In einer Funkchiffre ans Zentrum konnte Gurewitsch schließlich mitteilen, dass er unter deutscher Kontrolle arbeiten müsse; das Zentrum beschloss, dieses „Funkspiel“ aufzunehmen. Am Ende des Jahres 1943 stand für Gurewitsch fest, dass der Leiter des Sonderkommandos „Rote Kapelle“, Heinz Pannwitz, die Niederlage Deutschlands fürchtete, und Gurewitsch konnte ihn überzeugen, die Seiten zu wechseln und für die Sowjetunion tätig zu werden. 1945 ist es Gurewitsch gelungen, nicht nur Pannwitz selbst, sondern auch zwei seiner Kollegen sowie die Archive des französischen Teils des Sonderkommandos „Rote Kapelle“ nach Moskau zu bringen.

Aber in Moskau, wo der Große Sieg gefeiert wurde, hatten Trepper, Gurewitsch und Radó kein Glück. Sie kamen in die Sowjetunion mitten in der Zeit der Suche nach den Verantwortlichen für das Versagen des sowjetischen Geheimdienstes während des Krieges. Außerdem gingen der Rückkehr von Trepper, Radó und Gurevich Ereignisse voraus, die es ermöglichten, sie zu „Schuldigen“ zu machen.

1943-1944 wurde in der Sowjetunion eine Reihe interner Vorschriften herausgearbeitet, die Prozentanteile Angehöriger verschiedener Nationaliten in leitenden Positionen regelten. Im Herbst 1944 sprach Stalin auf einer geschlossenen Versammlung von „Vorsicht“ in Bezug auf den „jüdischen Kader“; der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Georgi Malenkow, rief zu „verstärkter Wachsamkeit“ gegenüber jüdischen Fachkräften. Als Ergebnis dieses Treffens wurde das sogenannte „Malenkowsche Rundschreiben“ erstellt: eine Auflistung der Ämter sowie Dienstposten, zu denen Juden keinen Zugang mehr haben dürften. Ebenfalls wurden für Juden Einschränkungen bei der Zulassung für die Universitäten eingeführt. Der Apparat des Zentralkomitees, die militärische Führung und die Regierungsbehörden wurden zudem auch von Juden „gesäubert“; und aus der Hochschulbildung und Wissenschaft wurden sie vertrieben.

Juden kamen aufs Abstellgleis

Unter den ersten, die zu spüren bekamen, was „verstärkte Wachsamkeit“ bedeutet, waren Trepper, Gurewitsch und Radó. Nach einem langwierigen Ermittlungsverfahren wurden alle Unterlagen an die Sonderversammlung im Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR übergeben. Sowjetische Geheimdienstoffiziere, die einen unschätzbaren Beitrag zum Sieg über den Faschismus leisteten, wurden „für die Zusammenarbeit mit der Gestapo“ und als „deutsche Spione“ verurteilt: Sándor Radó wurde 1946 zu 10 Jahren Haft, Anatoli Gurewisch im Juni 1947 zu 20 Jahren und Leopold Trepper im Dezemberg 1947 zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Ein Jahr nach Stalins Tod im März 1953 – im Mai 1954 – kamen Sándor Radó und Leopold Trepper frei. Mit erheblichen Schwierigkeiten erlangten sie die Genehmigung, die Sowjetunion verlassen zu können; Radó ging nach Ungarn, Trepper nach Polen.

Das Schicksal von Anatoli Gurewitsch war tragischer: im September 1955 kam er zwar frei, das geschah jedoch im Rahmen einer Amnestie, und somit wurde er nicht rehabilitiert. 1958 beantragte er eine vollständige Rehabilitation – und wurde stattdessen am 10. September 1958 erneut verhaftet: angeblich hatte man ihn nur versehentlich freigelassen, hieß es. Zum zweiten Mal verließ Gurewitsch das Gefängnis am 20. Juni 1960, diesmal bei Verlust seiner Rechte, ohne Aufhebung der „Vorstrafen“ und einem Verbot, in seiner Heimatstadt Leningrad zu leben. Erst viele Jahre später, am 22. Juli 1991, wurde er von der Obersten Militärstaatsanwaltschaft der UdSSR vollständig rehabilitiert.

Sándor Radó starb 1981 in Budapest. Leopold Trepper starb 1982 in Israel. Anatoli Gurewitsch starb am 2. Januar 2009 in Sankt Petersburg.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland,

Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre

JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Jüdische Rundschau

Abonnementspreis
einschliesslich LITERATURBLATT
vierteljährlich:
1. durch die Expedition:
a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark.
2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis
die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Allgemeine Jüdische Zeitung

Redaktion:
BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4.
Telephon: II, 3387.

Expedition und Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Auguststrasse 49a.

Geschäftsstunden der Expedition täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 U.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 26 | Berlin, 6. Tammuz 5666 — 29. Juni 1906 | XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.
(Baseler Programm.)

Bialystok und Gerechtigkeit
Von Eljaqim

Weiteres aus Bialystok über Plünderungen und Zerstörungen
Liste Ermordeter
Keine Bombe geworfen
KREUZZEITUNG und STAATSBUERGER-ZEITUNG
Senator Turau über die Planmässigkeit der Pogrome
Dunkle Machenschaften
Bestialitäten
Protestversammlungen
Bialystok und das Ausland
Andere russische Kulturstückchen

Allerlei
Das bestellte Blutbad

Konferenz des Verbandes für jüdische Vollberechtigung in Russland

Nachrichten aus Palästina (Schluss)

Rundschau
Jüdisches Arbeiterproletariat
Schmutzstücke gemeinster Art
Deutsche Juden in Russland
Parität
Jüdische Turnerschaft
Heinrich Cudenhove
Calergi
Stampiglienschneider
Auswanderung der Juden
Schneiderstreik
Jenseits des Teiches
Das neue Einwanderungsgesetz

Kleine Mitteilungen

Briefkasten der Redaktion

Geschäftliches

Beilage: Aus d. zion. Bewegung

Mitteilungen des Zentralbureaus der zionist. Vereinigung f. Deutschland

Kadimah

Palästinafragen
Referat des Mitgliedes des Engeren Aktionskommitees Prof. O. Warburg auf dem Delegiertentag in Hannover.
Fortsetzung

Ratschläge für Versammlungen

Nachtrag zum Bericht über den Hannoverschen Delegiertentag

Aus den Ortsgruppen
Berlin — Berlin — Duisburg — Prag

Der Palästinabeitrag

Nationalfond

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG
Adresse für Geldsendungen
Max Wolfsteiner,
Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU
Berlin W. 66
Mauerstrasse 2 III

SHARE-KLUB-ZENTRALE
Adresse für Anmeldungen
M. Goldschmidt,
Hamburg, Stadthausbrücke 12/14

Farhud – das unbekannte Pogrom

Die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs warfen auch im Nahen Osten ihre Schatten. Im Irak kam es zu einem beispiellosen Pogrom und zur Ermordung von einheimischen Juden. Die Ereignisse jähren sich Anfang Juni zum 80. Mal. Ein Rückblick.

(Israelnetz) Im Juni 1941 war Jakob Ben-Sion sechs Jahre alt. In einem Interview des „Zentrums für das Erbe des Babylonischen Judentums“ (BJHC) rekapituliert er seine Erinnerungen an die Tage, in denen ein Mob wütender Muslime auf seine jüdischen Nachbarn losging:

„Weil ich die ganze Zeit Schüsse gehört habe, verstand ich, dass etwas nicht in Ordnung war. Alle um mich herum hatten Angst, haben geschrien und geweint. Als sie bei uns an die Haustür trommelten, hielt ich mich am Rockzipfel meiner Mutter fest und versteckte mich hinter ihr. Die dann bei uns eindrangen, waren die Besitzer der Eisdielen von nebenan.“ Seine Mutter habe ihnen gesagt: „Das Haus und alles, was darinnen ist, gehört euch. Nehmt alles, was ihr wollt. Aber bitte tut uns nichts.“ Die Nachbarn hätten eine Menschenkette gebildet und begonnen, das Haus leer zu räumen.

Plötzlich sei ein Polizist hereingekommen, in Uniform und mit einer Waffe in der Hand. Er sagte: „Ihr und euer Glaube sollt verflucht sein. Verflucht sei auch euer Palästina.“ Ben-Sion weiß: „Ich werde mich immer an diese Worte erinnern.“ Dann habe der Polizist seiner Mutter in den Kopf geschossen: „Ich stand immer noch hinter ihr. Sie fiel auf der Stelle um, ich rannte und versteckte mich vor dem Polizisten hinter unseren Sofas. Meine zwei Jahre ältere Schwester schrie entsetzt. Da erschoss er auch sie. Meine Großmutter kam aus dem Keller. Sie konnte nicht gut sehen und rief nach ihrer Tochter. Derselbe Polizist erschoss auch sie umgehend.“

Denkmal im israelischen Ramat Gan für die Opfer des Farhud-Pogroms

Die Eingeweide hingen heraus

In fließendem Hebräisch erzählt der ehemalige Iraker weiter: „Auch meinen vierjährigen Bruder nahmen sie fest und wollten ihn schlachten, doch meine Cousine rief von unten: ‚Er ist doch noch ein Kind. Bringt ihn nicht um!‘ Sie wiederholte es ein paar Mal. Zum Schluss warf der Polizist meinen Bruder zu ihr herunter. Meine Cousine rannte ihm hinterher, doch die Lust des Mannes, Blut zu sehen, war noch nicht gestillt – er stieß sie die Treppe hinunter, schnitt ihren Arm ab und ihren Bauch auf, alle Eingeweide hingen heraus.“

Als Ben-Sion das Töten sah, habe er gewusst, dass das sein Ende sei. Er rannte zur Tür. „Dort stand ein Mann im Türrahmen, doch als kleiner Junge konnte ich unter seinen Armen durchschlüpfen, rannte auf die Straße und hinüber zum Haus meiner Tante. Ich wusste, dass mein Vater dort war. Ich rannte und hatte solche Angst, unterwegs lief ich an drei Leichen vorbei. Ich trommelte an die Tür. Sie öffneten verwundert und ich sagte: ‚Sie haben alle umgebracht.‘ Sie fingen an zu schreien. Ich war im Schockzustand, setzte mich auf die Schaukel im Garten und sprach kein Wort.“

Ben-Sions Erinnerung ist eine von Hunderten Schicksalen, die als „Farhud“, als „gewaltsame Enteignung“, in die Geschichte der Juden des Irak eingingen. Das BJHC hat einige von ihnen auf seinem YouTube-Kanal aufgezeichnet. Die Mitarbeiterin Lily Schor erzählt: „Die Geschichte der Juden im Irak ist im Grunde genommen die Geschichte des gesamten jüdischen Volkes. Wir haben eine so lange Zeit im Babylonischen Exil verbracht, dass wir dort unsere Identität ausgebildet haben.“ Unter anderem entstand dort der Babylonische Talmud.

Juden leben über ein Jahrtausend länger im Irak als Moslems

Unter der Herrschaft Nebukadnezars im 6. Jahrhundert vor Christus wurden Juden aus dem Königreich Juda in Babylon, dem heutigen Irak, angesiedelt. Somit waren jüdische Gemeinden in der Region lange präsent, bevor sich im 7. Jahrhundert nach Christus muslimische Gemeinden etablierten. Auch wenn Juden größtenteils nicht in die muslimische Mehrheitsgesellschaft integriert waren – mit der Gründung des irakischen Staates unter dem Britischen Mandat 1921 wurden sie zu vollwertigen Bürgern. Sie besaßen das Wahlrecht, hatten mehrere Repräsentanten im Parlament und einen im Senat.

Dies blieb auch so, als das Königreich Irak 1932 seine Unabhängigkeit erlangte. In den 1940er Jahren machten Juden mit etwa 135.000 Bewohnern etwa 3 Prozent der Bevölkerung im Irak aus. Etwa 90.000 von ihnen lebten in Bagdad, 10.000 in Basra, der Rest verteilte sich auf kleine Orte im Land.

Unter Beteiligung des deutschen Diplomaten Fritz Grobba führten arabische Nationalisten unter Premierminister Raschid Ali al-Kailani im April 1941 einen Militärputsch gegen den irakischen König Faisal II. aus. Auch durch den arabischsprachigen Radiosender aus Berlin und die arabische Übersetzung von „Mein Kampf“ hatte sich der deutsche Nationalsozialismus und Antisemitismus im Irak inzwischen verbreitet.

Infolge der Kapitulation vor den Briten am 31. Mai kam es an den beiden ersten Junitagen zum Pogrom an der jüdischen Bevölkerung: Juden wollten das Wochenfest Schawuot feiern, dabei griffen die Nationalisten Al-Kailanis die jüdische Bevölkerung in Bagdad an. Unter den Angreifern waren Polizisten, Soldaten, Zivilisten und Beduinen aus den Vororten der irakischen Hauptstadt.

Zwischen 130 und 180 Juden wurden getötet, mehrere Hundert verletzt, zahlreiche Frauen vergewaltigt. Etwa 1.500 Läden und Häuser wurden ausgeraubt, Synagogen geschändet.

Mit dem Einmarsch irakischer Truppen in Bagdad am 2. Juni um Mitternacht und der Ermordung Hunderter Aufrührer endete die Farhud – oder, wie die israelische Zeitung „Ha'aretz“ vor einigen Jahren titelte: „das erste Pogrom an den irakischen Juden“.

Danach wurde es für Juden nicht leichter. Bis 1951, nur zehn Jahre nach dem Pogrom, waren fast 124.000 irakische Juden nach Israel emigriert. Das „Zentrum des Erbes für Babylonisches Judentum“ erzählt ihre Geschichte. Auch Schor ist mit ihren Eltern 1971 aus dem Irak eingewandert. Sie erinnert sich an eine Schulfreundin, die in den frühen 70er Jahren in Bagdad ermordet wurde.

Ein auch in Deutschland bekannter Vertreter der aus dem Irak vertriebenen Juden ist Eli Amir. Er war zwölf Jahre alt, als seine Familie 1950 nach Israel auswanderte. Die mit dieser Entwurzelung verbundenen Erlebnisse verarbeitete er in seinem Roman „Der Taubenzüchter von Bagdad“.

Farhud-Gedenken

In Tel Avivs Nachbarstadt Ramat Gan erinnert ein fünfeinhalb Meter hohes Denkmal vom jüdisch-ukrainischen Bildhauer Jascha Schapira an die Farhud: Ein Jude sitzt, in seinen Gebetsschal gehüllt, vornübergebeugt und liest in der Heiligen Schrift. Die Plastik heißt Tefilah, Gebet. 2015 setzten die Vereinten Nationen den 1. Juni als Internationalen Farhud-Gedenktag fest. 2021 lädt das BJHC zu einer Gedenkveranstaltung nach Or Jehuda. Das Jerusalemer Forschungsinstitut Jad Ben Zvi bietet ein mehrstündiges Zoom-Seminar rund um die Farhud an.

Picassos Juden

Vor 120 Jahren fand die erste Ausstellung des Künstlers in Paris statt. Zahlreiche Juden kreuzten künstlerisch den Weg des weltberühmten Malers.

Von Alexander Kumbarg

Eines Tages bemerkte Pablo Picasso: „‚Wenn du dich entscheidest, Soldat zu werden, dann wirst du bestimmt General werden, solltest du dich für das Mönchsein entscheiden, dann wirst du sicher auch Papst werden', sagte meine Mutter. Aber ich wählte den Weg der Kunst und wurde Picasso."

Er kam in Spanien zur Welt, aber sein Leben wie auch sein Schaffen sind größtenteils mit Frankreich, mit Paris verbunden. Im Juni 1901 wurde in der französischen Hauptstadt die erste Aufstellung seiner Werke eröffnet. Die Kunstkritiker und -sammler begannen über den jungen Künstler zu reden, etwas später kam die Anerkennung des breiten Publikums.

Auf den Bildern und auch im Leben des herausragenden Künstlers gab es immer wieder die jüdischen Menschen.

„Alter Jude mit einem Knaben"

Das Bild „Alter Jude mit einem Knaben (Der blinde Bettler mit einem Knaben)" entstand 1903 in Barcelona. Hier werden wir Zeugen einer atemberaubenden Kraft der Kunst. Ein berührendes Werk von tiefster Traurigkeit, das den Zuschauer nicht gleichgültig lassen kann. Die darauf abgebildeten Bettler – ein knochiger, entkräfteter blinder Greis – und ein magerer Junge mit ernsthaftem, unkindlichem Blick, der sich an ihn schmiegt, sind überflüssige Menschen, entbehrlich für die Gesellschaft, die es nicht eilig hat, ihnen zu helfen. Die dunkelblaue Farbe der Leinwand verstärkt in unserer Wahrnehmung den Kummer und die Hoffnungslosigkeit der Protagonisten. Wir wissen nicht, wer sie füreinander sind, aber es ist die gegenseitige Unterstützung, die ihnen hilft zu überleben. In dieser Arbeit sehen wir viele Bedeutungen, sie bietet viel Raum für die Interpretation. Es ist die Hellsichtigkeit eines Blinden, der die Welt aus seiner inneren Sicht wahrnimmt, eine Verbindung zweier Unglücklichen, die versuchen, zusammen ein Ganzes zu sein. Es ist ein stiller und dennoch eindringlicher Vorwurf an die moralische Blindheit der Welt: er geht von einem blinden Greis und einem sehenden Kind mit bewegungslosen Augen aus.

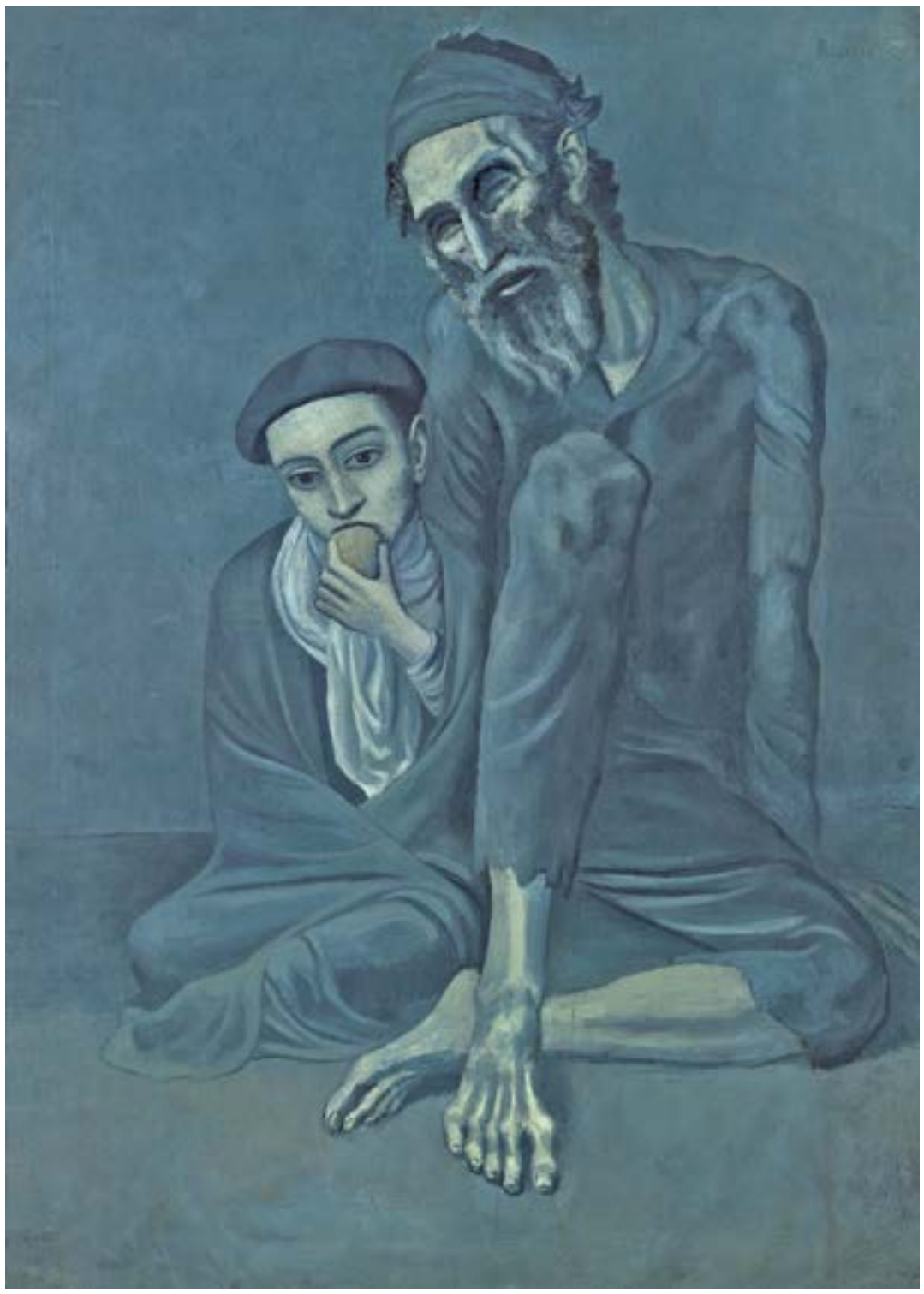
Das Bild befindet sich im Puschkin-Museum der bildenden Künste in Moskau; es kam nach Russland dank dem Moskauer Sammler Sergej Schtschukin, der es zu Beginn des 20. Jahrhunderts kaufte.

Warum ein Jude?

Warum zeigt das Bild einen Juden? Saul Jay Singer (The Jewish Press) bietet mögliche Antworten an. Es liegt auf der Hand, dass dem in Barcelona lebenden Spanier Picasso in den armen Bezirken der Stadt nicht selten bettelnde Juden begegnen konnten. Seit der Vertreibung der Juden aus Spanien gab es sie in Barcelona für 400 Jahre lang kaum noch, und diejenigen, die Ende des 19. Jh. zurückkamen, waren Bettler aus Nordafrika und Osteuropa. Das Schicksal der verfolgten, diskriminierten Menschen entsprach den damaligen Empfindungen des Künstlers selbst: „Wahrscheinlich fühlte er sich mit diesem leidenden Volk verbunden, denn er lebte damals selbst in Armut, fühlte sich abgelehnt und verachtet", schreibt Singer.

Eine andere Erklärung, meint Singer, könnte in Picassos Wertschätzung für die jüdischen Familienwerte begründet liegen: der Greis auf dem Bild hat nur ein Hemd und eine zerrissene Hose, die seine abgemagerten, dürren Beine kaum bedeckt; der Junge hingegen ist liebevoll in eine Decke gehüllt. Das Kind isst ein Stück Brot, und „man hat den Eindruck, dass der alte Mann sich opferte, um den Jungen zu retten", – dass er jede Nahrung, die ihm in die Hände fällt, dem Kind überlässt. Seit jeher ist und bleibt eins der grundlegenden Prinzipien jüdischer Familien sich aufopfernd um das Wohlergehen der Kinder zu kümmern.

Ein dritter möglicher Grund war die Vermutung, dass Picassos Großmutter mütterlicherseits Jüdin war. Hier beruft sich Saul Singer auf den Biografen des Malers, John Richardson. Der andere Biograf Picassos, Roland Penrose, bestätigt dies in seinem Buch „Pablo Picasso. Sein Leben – sein Werk" allerdings nicht. Er schreibt: „Weit mehr als nur einer der zahlreichen Biografen Picassos versuchte auf die eine oder andere Art, Beweise dafür zu bringen, dass Picasso mütterlicherseits eine Beimischung von fremdem Blut hatte, sei es nordafrikanisches oder jüdisches." Penrose meint, über die Herkunft von Picassos Großmutter gebe es keine sicheren Informationen.



„Alter Jude mit einem Knaben", 1903

Gertrude Stein

Eine der engen Freunde von Picasso war die amerikanische Schriftstellerin und Jüdin Gertrude Stein. Sie und ihr Bruder Leo Stein gehörten zu den ersten Kunstsammlern, die die Werke des jungen Malers schätzten und zu erwerben begannen, was für ihn eine wichtige Unterstützung darstellte. Regelmäßig besuchte er, zusammen mit den anderen Künstlern – Malern, Schriftstellern, Dichtern – Gertrude Stein in ihrer Pariser Wohnung, wo sie große Dinner veranstaltete. In den schwierigen Zeiten seines Schaffens war Stein einer der wenigen, die Picasso verstanden und sein Recht erkannten, seinen eigenen Weg zu gehen.

Eines Tages schlug Picasso vor, ein Porträt von Gertrude zu malen. Diese originelle Geschichte hat sie später so beschrieben: „Den ganzen Winter stand ich für ihn Modell – 80 Sitzungen; schließlich übermalte er den Kopf [mit Farbe], verkündete, er könne mich nicht mehr ansehen, und […] reiste nach Spanien ab. […] Zurück in Paris, malte er meinen Kopf aus dem Gedächtnis, ohne mich auch nur ein einziges Mal angeschaut zu haben, gab mir das Bild […] ich war zufrieden; ich finde, das bin in der Tat ich und das ist das einzige Bild, wo ich immer ich bin… so sehe ich das."

Picasso war ebenfalls mit dem jüdischen Kunsthändler und Galeristen Paul Rosenberg befreundet. Rosenberg vertrat seine Interessen und richtete Ausstellungen seiner Werke aus.

Ehrenburg

Ilja Ehrenburg, der berühmte russische Schriftsteller und Journalist jüdischer Herkunft erinnerte sich: „Zu Beginn des Jahres 1915, an einem kalten Wintertag, nahm Picasso mich mit in sein Atelier. Überall lagen bemalte Leinwände... Er arbeitete mit einer nie dagewesenen Leidenschaft. Für andere wurden die Monate der Kreativität durch [eine] Leere ersetzt […], Picasso hat sein ganzes Leben lang mit der gleichen Wut weiterarbeitet." 1948 porträtierte Picasso Ehrenburg mit Bleistift. „Als Pablo mit dem Zeichnen fertig war, fragte ich: „Schon?" – die Sitzung kam mir sehr kurz vor. Picasso lachte: „Aber ich kenne dich seit 40 Jahren…" [...] Das Porträt von Picasso kommt mir nicht nur sehr ähnlich (besser gesagt - ich sehe der Zeichnung ähnlich) vor, sondern auch zutiefst psychologisch. Alle Porträts von Picasso offenbaren (manchmal enthüllen) die Innenwelt des Modells."

Max Jacob

Zu den Picassos besten Freunden zählte außerdem Max Jacob – Jude, französischer Dichter, Maler und Kunstkritiker. Sie lernten sich auf Picassos erster Ausstellung in Paris kennen; das beidseitige Interesse war prompt da und sie wurden Freunde. Eine Zeit lang teilten sie sogar das bescheidene Zimmer von Jacob auf dem Boulevard Voltaire. Sie hatten zu ihrer Verfügung einen Hut, der abwechselnd benutzt wurde, und ein Bett. Nachts, während Max schlief, malte Picasso; tagsüber arbeitete Jacob und Picasso war an der Reihe, zu schlafen.

Picasso porträtierte den Dichter mehrmals: 1907 ist das Portrait im Stil alter afrikanischer Kunst entstanden; eine realistische Bleistiftzeichnung machte Picasso 1915, und 1921 kam Jacob auf Picassos kubistisches Bild „Drei Musikanten" als ein Mönch mit Notenblatt in den Händen. Zwei andere Figuren sollen Picasso selbst darstellen (als Harlekin mit Gitarre) und der Klarinette spielende Pierrot links auf dem Bild.

Im Februar 1944 wurde Max Jacob, der sich in ein französisches Kloster zurückgezogen hatte, von der Gestapo verhaftet und in das Sammellager

CRISTINA QUICLER / AFP

„Guernica" im Königin-Sofia-Museum in Madrid

Drancy geschickt. Die nächste Station wäre Auschwitz, aber schon in Drancy erkrankte Jacob an einer Lungenentzündung und starb. 2006 verfilmte der französische Regisseur Gabriel Aghion das Leben von Max Jacob. In diesem Film „Monsieur Max" sowie im Interview

Gertrude Stein, 1905-1906

der israelischen Zeitung Ynet brachte Aghion zum Ausdruck, dass Jacobs Freunde auf die eine oder andere Weise mit den Nazis kooperiert haben und ihn hätten retten können, dies jedoch nicht getan haben. Seinen Hauptvorwurf adressierte Aghion an Picasso: „Seine Beziehung zu Jacob war so, wie die zu seinen Frauen und Kindern. Er war ein Mensch, dessen Genie seinem Ego entsprach. Er benutzte Jacob – und warf ihn weg wie eine schmutzige Socke."

Dennoch gibt es Beweise, die Picassos Kollaboration mit den Nazis und seine angebliche Gleichgültigkeit gegenüber Jacobs Schicksal widerlegen. Der Dichter Paul Eluard beispielsweise, ein Kämpfer der Résistance, schrieb über Picasso: „[Er] …erwies sich als einer der wenigen Künstler, die standhaft waren und standhaft bleiben."

Der Biograf R. Penrose schreibt, dass Picasso, im Gegensatz zu einigen anderen Kulturschaffenden, alle Angebote, die die Besatzer an ihn richteten, ablehnte, sei es eine zusätzliche Ration von Lebensmitteln und Heizkohle oder Reisen nach Deutschland. Es ist außerdem bekannt, dass er Kämpfer der Résistance bei sich versteckte. Des Weiteren bemerkt Penrose, dass Max Jacob jahrelang im Benediktinerkloster Saint-Benoît lebte (1915 konvertierte Jacob vom Judentum zum Katholizismus, - Anm. d. Übers.) und „Picasso seit geraumer Zeit kaum Kontakt zu ihm pflegte. Lediglich gemeinsame Erinnerungen blieben den Beiden und der Respekt, den Picasso seinem einst engen Freund entgegenbrachte und der sich in den seltenen Besuchen des Künstlers bei diesem Einsiedler in seinem Kloster äußerte. Aber der Tod des Freundes, besonders unter solch unmenschlichen Bedingungen, erschütterte Picasso. Mit Jacob war der Faden gerissen, der ihn mit der Vergangenheit verband... Obwohl Picasso seine Ansichten nie öffentlich kundtat, zögerte er nicht, im Frühjahr 1944 bei der Beerdigung von Max Jacob zu erscheinen."

Guernica

Während des Spanischen Bürgerkriegs waren Picassos Sympathien eindeutig auf der Seite der gegen Franco und seine Verbündeten kämpfenden Republikaner. Den Diktator zeichnete er als eine scheußliche, groteske Figur. Als die Stadt Guernica im Frühjahr 1937 von deutschen und italienischen Bombern zerstört wurde, schuf Picasso ein monumentales gleichnamiges Gemälde, das das durch den Krieg verursachte Elend verurteilt.

Als Frankreich von den Deutschen besetzt wurde, konnte Picasso in die USA oder nach Mexiko gehen, zog es aber vor, zu bleiben. Für die Nazis war seine Kunst „entartete Kunst", die es auszurotten galt. Dennoch trauten sie sich nicht Picasso anzugreifen – aus Angst vor der Reaktion der internationalen Gemeinschaft und der französischen Gesellschaft.

„Indem er sich kopfüber in die Arbeit stürzte, demonstrierte er damit seine

Max Jacob, 1907

Verachtung für diejenigen, für die seine Kunst dekadent war", betont Penrose. Die verzerrten Körper nackter Frauen, ein Haufen Schädel, verzogene Gesichter, Gewaltszenen in seinen Werken dieser Zeit drückten erkennbar den Schmerz des Künstlers aus. Während der Besatzungszeit war es Picasso verboten seine Bilder auszustellen. Er wurde von Kunstkritiker-Kollaborateuren angegriffen. Die Gestapo durchsuchte seine Wohnung. Einmal bemerkte ein deutscher Offizier auf dem Schreibtisch des Künstlers ein Foto von „Guernica" und fragte: „Ist das Ihr Werk?" – „Nein, das ist ihr Werk", erwiderte der tapfere Picasso.

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Koscherer Familienurlaub in Deutschland

Wie eine kinderreiche jüdische Familie einen Urlaub in Deutschland nach den Regeln des Judentums organisieren kann.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Kosheres Restaurant im mexikanischen Urlaubsort Playa del Carmen (Yucatan).

In letzter Zeit sprechen viele über jüdisches Leben in Deutschland. Nicht nur, weil in diesem Jahr 1700 Jahre jüdische Präsenz in Deutschland gefeiert wird. Es wird auch regelmäßig gefordert, dass dieses jüdische Leben sichtbar und sicher sein, und jüdische Bürger sich in Deutschland wohl fühlen sollten.

Doch wie sieht es mit dem realen jüdischen Leben ganz praktisch in Deutschland aus? Über die Sicherheit der Synagogen und Gemeinden, übers Kippa-Tragen auf der Straße wurde schon viel berichtet und viel diskutiert. Jedoch gibt es auch andere Bereiche des Alltags, die nicht weniger spannend sind. Besondere Herausforderungen ergeben sich für traditionelle religiöse Familien, die das Leben in einer säkularen Gesellschaft mit den jüdischen Gesetzen und der jüdischen traditionellen Lebensweise in Einklang bringen möchten.

Das tagtägliche Leben der jüdischen gesetztreuen Familien ist in großen und kleinen Städten einigermaßen organisiert. Die Eltern arbeiten und besuchen Synagogen und Gemeindezentren, die Kinder gehen in die jüdischen Schulen oder bekommen Religionsunterricht. Auch die Beschaffung der koscheren Lebensmittel ist mittlerweile kein großes Problem. Doch es gibt einen Bereich, wo die jüdischen Familien, die die Gebote der Tora halten, immer wieder vor Problemen stehen. Und das ist der Familienurlaub.

Ferien in einem koscheren Hotel (mit kleiner Synagoge, koscherem Essen und getrennten Badezeiten für Männer und Frauen) in der Schweiz oder Österreich zu verbringen, wäre natürlich traumhaft. Doch für eine Familie, die mit mehreren Kindern gesegnet ist, jedoch keine 6000 Euro pro Monat verdient, ist das unvorstellbar teuer und nicht umsetzbar. Auch jüdische Organisationen in Deutschland, die für die Mitglieder der jüdischen Gemeinden jüdischen Urlaub anbieten, haben zurzeit keine passenden Angebote für religiöse Familien.

Deshalb müssen solche Familien ihre Ferien selbst managen und dabei sehr viele Details beachten. Das erste Kriterium bei der Wahl des Urlaubs ist… die Zeit für den Urlaub. Während der Osterferien ist Pessach, die Herbstferien fallen mit Sukkot zusammen, so dass man eher an eine Synagoge gebunden ist und fast unmöglich diese Zeit an einem Kurort verbringen kann. Auch im Sommer, wo es keine jüdischen Feiertage gibt, kann man nicht zu jeder Zeit reisen: vom 17.Tammuz bis zum 9. Aw ist nach jüdischem Kalender (in diesem Jahr vom 27. Juni bis zum 18. Juli) Trauerzeit, in der der Zerstörung unserer beiden Tempel gedacht wird. In dieser Zeit wird von fröhlichen Aktivitäten abgeraten, weil sie von der Trauer ablenken. Und in der letzten Woche vor dem Fastentag Tischa beAw sind solche Aktivitäten sogar verboten. Deshalb wären jegliche Ausflüge oder Badespaß in diesem Zeitraum unmöglich. Und so muss man eine Zeit finden, in der noch Schulferien sind, aber gleichzeitig nach jüdischem Kalender keine Feiertage und keine Trauertage sind.

Eine eigene Küche ist ein Muss

Das zweite Kriterium ist zweifelsohne das koschere Essen. Um eine Woche koscher essen zu können, muss die Familie für sich selbst kochen können. Deshalb fallen hier schon mal alle Hotels und Pensionen aus, wo es keine Küche im Zimmer gibt. Wenn man mit etwas Glück eine erschwingliche Bleibe im Grünen oder am Strand gefunden hat, kann die Planung richtig losgehen: Wie viele Lebensmittel muss man mitnehmen, und was kann man im Supermarkt kaufen? Welche Aktivitäten und Ausflüge kommen für Kinder und Erwachsene in Frage? Wie kann der Schabbat organisiert werden? Je mehr Kinder die Familie hat und je höher ihr Kaschrut-Level ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass man zum Urlaubsort nur mit dem Auto kommt. Denn es müssen nicht nur koschere Lebensmittel mitgebracht werden, sondern auch eigene Töpfe und Pfannen (örtliche sind nicht koscher), Sefarim (religiöse Bücher) zum Lernen, Spiele für Kinder und vieles mehr, was zum jüdischen Leben gehört. Und für den Schabbat müssen zusätzliche Gegenstände mitgebracht werden, wie eine Schabbat-Platte. Doch nur die Lebensmittel und Töpfe mitzunehmen, reicht nicht aus. Wenn man endlich am schönen Ferienort ankommt, muss man noch die Küche im gemieteten Appartement kaschern. Und wenn das Kaschern von Mikrowellen noch einfach und schnell gemacht ist, so erfordert das Kaschern von Herden je nach Art gründliche Kenntnisse in der Halacha und viel Fingerspitzengefühl, um weder den fremden Herd kaputtzumachen, noch den Feueralarm dabei auszulösen.

Auch die Freizeit mit Kindern verschiedenen Alters zu organisieren, ist kein Selbstläufer. Sollte es kein Swimmingpool im gemieteten Haus geben, wird es mit dem Badespaß wohl nichts. Aus Tznijut-Gründen darf man nämlich nicht zum Strand gehen, wo leicht bekleidete oder gar unbekleidete Menschen herumlaufen. Deshalb müssen öfters Ausflüge gemacht werden. Zum Glück gibt es in Deutschland genug Museen und Freizeitsparks, wo sich die Kinder nicht nur austoben können, sondern auch noch etwas dazulernen.

Wie Außerirdische

Ein anderer Aspekt des Urlaubs, dass die jüdischen Männer und Jungs äußerlich auffällig sind. Deshalb werden ein mit Talit und Tfillin betender Vater oder ein mit Kippa und Tzitzit spielender Junge oft angeschaut, als ob sie Außerirdische wären. Auch das müssen religiöse Kinder wegzustecken lernen.

Die Einhaltung der Taharat ha-Mischpacha (Familien-Reinheitsgebote) kann manchmal ebenfalls zur Herausforderung werden. Eine jüdische verheiratete Frau soll nach Ende ihrer Menstruation in das Ritualtauchbad (Mikwe) eintauchen, um wieder für ihren Mann erlaubt zu sein. Sollte die Ehefrau ausgerechnet in den Ferien einen Mikwe-Besuch brauchen, werden zum Teil sehr kreative Lösungen nötig. Denn die nächste koschere Mikwe könnte mehrere hundert Kilometer entfernt sein.

Ein Reisebüro kann sich einiges abgucken!

Trotz Entspannung und der anderen Umgebung darf das tagtägliche jüdische religiöse Leben auch in den Ferien nicht vergessen werden. Jüdische Männer müssen trotz aller Ausflüge und Spiele immer noch dreimal pro Tag beten und Zeit fürs Tora-Lernen finden. Gerade dann, wenn keine Synagoge oder kein Ferien-Minjan in der Nähe ist, bedarf es der Selbstdisziplin und des Zeitmanagements. Manchmal muss man während des Besuchs eines Freizeitparks einen ruhigen Platz finden, um das Nachmittagsgebet (Mincha) zu verrichten.

Es erfordert also für eine einfache Urlaubsreise mit Familie eine echte logistische Meisterleistung, von der sogar manchem Reisebüro schwindelig würde. Dennoch ist ein Urlaub trotz aller Schwierigkeiten und Herausforderungen ein schönes Erlebnis. Allein schon der „Tapetenwechsel" bringt neue Energie und Freude. Und die logistischen Eventualitäten können die Familie sogar noch mehr zusammenschweißen und die Fernreise zu einem bunten und unvergesslichen, und auf jeden Fall abenteuerlichen Ereignis machen.